

Juncker ist neuer EU-Kommissionspräsident

Das Europäische Parlament hat Jean-Claude Juncker am 15. Juli mit einer starken Mehrheit von 422 Stimmen zum neuen Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt.



© 2014 European Parliament

Jean-Claude Juncker ist der erste demokratisch gewählte Präsident der EU-Kommission.

Vor der Abstimmung im Plenum des Europäischen Parlaments stellte Juncker in einer Rede seine politischen Leitlinien vor: „Meine erste Priorität und der Leitfaden jeden einzelnen Vorschlages ist Wachstum und Arbeitsplätze in Europa zu schaffen“, sagte er. „Um das zu erreichen werde ich, in

den ersten drei Monaten meiner Amtszeit, ein Paket für Arbeitsplätze, Wachstum und Investition vorlegen, um 300 Milliarden Euro an Investitionen über die kommenden drei Jahre zu generieren.“

Nachdem Juncker vom Europäischen Rat am 27. Juni 2014 nach einigen Mißstim-

migkeiten als Kandidat für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission vorgeschlagen wurde, benötigte er eine Mehrheit von 376 der insgesamt 751 Stimmen im Europaparlament – die er mit 422 Stimmen schließlich erreicht hatte.

Lesen Sie weiter auf der Seite 3



Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,
diesmal erwarten Sie leider gleich vier Nachrufe: auf die erst am 2. August verstorbene Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, auf die Schauspieler Gert Voss und Dietmar Schönherr sowie auf den Physiker Heinz Zemanek, Erbauer des »Mailüfterls« – einer der weltweit ersten Computer, die mit Hilfe von Transistoren funktionierten. Da der Platz auch in unserem pdf-Magazin begrenzt ist, zwingt uns die Notwendigkeit, an diese herausragenden Persönlichkeiten zu erinnern, bei Erfreulichem einzusparen. Wir hoffen nun, daß dies nicht allzu oft der Fall ist.

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 133

Nachwahlanalyse zur Europawahl	7	Chinesische Delegation zu Besuch im Burgenland	72
Staats- und Ministerpräsident der Slowakei zu Gesprächen in Wien	9	Gute Nachbarschaft	73
Bundeskanzler Faymann in Prag	11	Größtmögliche Sicherheit	74
Integrationsbericht 2014	12	FH Burgenland veröffentlicht erste Gemeinwohlbilanz	75
Österreich unter Gewinnern der europäischen Integration	14	Die awarischen Kriegergräber von Mattersburg	76
Eurobarometer	15	Klingenbach mit Top-Wertung	77
Österreichs Exporteure mit guten Marktchancen in BRICS-Länder	16	Beste Russisch-Schüler Österreichs kommt aus Kleinhöflein	77
Euregio forscht	18	-----	
Burgenlands Politspitze bei den Bayreuther Festspielen	19	Aus Südtirol	78
Oö. Gold für Pavel Kohout	20	Schulz: Das EU-Parlament wird einflußreicher und sichtbarer	79
»Stolpersteine« in Klagenfurt	21	Wirtschaftspolitik könnte gefordert sein	80
Der Steg zum Mont-Saint-Michel Von Dietmar Feichtinger.	26	Rekord Mai und Juni: 16,75 Mio Nächtigungen	82
Unterrichten in Ghana Von Sophie Neurath.	28	Schleppende Konjunkturerholung	83
Kindheitserinnerungen an Silba	33	Schwedenbomben aus NÖ	84
20. AuslandsNiederösterreicherInnen-VIP-Treffen in St. Pölten und Krems	34	Österreichs wachstumsstärkste Markenunternehmen	86
Weltbund-Tagung Auslands-österreichertreffen 2014 in Baden bei Wien	35	»Hofmeisterei Hirtzberger«	90
94. Salzburger Festspiele Eröffnung mit Bezug auf 1914	37	Barbara Prammer 1954 – 2014	91
Gedenken an den Ersten Weltkrieg	39	Gert Voss 1926 – 1988	95
Fronterfahrung – Teil 7 der Serie: von Helmut Konrad	41	Heinz Zemanek 1920 – 2014	97
Schloß Artstetten: 100 Jahre nach der Ermordung des Thronfolgers	48	Dietmar Schönherr 1926 – 1988	99
Die Steiermark und der »Große Krieg«	55	Therapeutische Parkinson-Impfung	100
Tiroler Ehrenbuch ist online	54	Novae senden Gammastrahlen durchs All	102
Der Erste Weltkrieg im HGM	56	Tür in die Welt der Quasiteilchen	103
Wirtschaftsbericht 2014	60	Neue Theorie ermöglicht Blick ins Innere der Erde	104
Österreich mit der niedrigsten Arbeitslosenquote in der EU	63	Joan Miró in der Albertina Wien	108
Kärntner Bundesratspräsidentin Ana Blatnik hat Amt angetreten	64	Salotto.Vienna in Triest	111
Gipfeltreffen am Dachstein	67	KHM: Leonardo der Naturmalerei	113
»Burgenland-Journal«		K.U.SCH. Eine Themenpalette	114
»Chefsache« Wirtschaftsstandort	68	Punctum. Salzburger Kunstverein	116
Keine Neuverschuldung ab 2015	69	Oö. Kulturstudie 2014	118
Gesamtverkehrsstrategie	70	8. Schrammel.Klang.Festival	119
Gewalt für den Frieden?	71	Serie »Österreicher in Hollywood« von Rudolf Ulrich. Diesmal: der Komponist Oscar Straus	120
		Urlaub mit Kultur und Geschmack in Niederösterreich	123



Besuch aus der Slowakei S 9



Salzburger Festspiele – Bezug zu 1914 S 37



Barbara Prammer 1954 – 2014 S 91



Joan Miró in der Albertina Wien S 108



NÖ: Urlaub mit Kultur S 123

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 2: Peter Lechner / HBF; Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Mike Ranz; LMZ/Neumayr/MMV; Successió Miró 2014/Bildrecht, Wien, 2014; Niederösterreich-Werbung / Lois Lammerhuber

Österreich, Europa und die Welt

„Sie sind das erste Parlament, das den Präsidenten der Europäischen Kommission wählt“, sagte der (damals noch) Kandidat für das Amt des Kommissionspräsidenten in der Debatte unmittelbar vor der Abstimmung über seine Nominierung am 15. Juli. Die Abgeordneten applaudierten Jean-Claude Juncker an vielen Stellen seiner Rede.

Juncker legte sein Reformprogramm dar, seine Ziele für eine soziale Marktwirtschaft, einschließlich eines Investitionspakets von 300 Mio. Euro zur Förderung von Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit. Er machte seine Ansichten über eine europäische Energie-Union deutlich sowie darüber, wie die Troika aus EU-Kommission/EZB/IWF demokratischer und der Stabilitäts- und Wachstumspakt flexibler gestaltet werden kann.

Hinsichtlich der Beziehungen der Kommission zu Rat und Parlament und der Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger in die EU sagte er: „Warten wir ab, was wir konkret bewerkstelligen können, und lassen wir uns damit aufhören, die Bürger mit interinstitutionellen Streitereien zu langweilen. Wir sollten es künftig auch unterlassen, Brüssel für alles verantwortlich zu machen, was schiefläuft. Wenn Sie ‚Ja‘ in Brüssel sagen, dann sagen Sie bitte nicht woanders ‚Nein‘. Wir müssen als Team auftreten, und die Gemeinschaftsmethode anwenden.“ Er fügte hinzu: „Wir sollten nicht jedes kleine Problem zu einem europäischen machen, sondern uns auf die großen Herausforderungen konzentrieren.“

Der Vorsitzende der EVP-Fraktion Manfred Weber (DE) sagte: „Heute ist ein guter Tag für Europa. (...) Wir haben Europa mit dieser Wahl auch ein großes Stück demokratischer gemacht. Es ist ein historischer Tag. Erstmals haben die Wähler über die Spitze der Europäischen Kommission unmittelbar mitentscheiden können.“ Er fügte hinzu: „Jean-Claude Juncker ist der richtige Mann zur richtigen Zeit. Er steht für Konsens in diesem Europäischen Parlament.“ Weber nannte vier Prioritäten seiner Fraktion für die neue Kommission: Wachstum, Währungsstabilität, mehr Respekt für nationale Parlamente und ein Europa, das nach den Jahren der Krise wieder den Blick nach außen wenden muß.

Für die S&D-Fraktion hob Gianni Pittella hervor: „Wir lernen aus der Krise, daß alle Regeln angewendet werden müssen, aber zugunsten der Bürger. Wir lernen auch, daß wir mehr Demokratie brauchen. Wir unterstützen Sie, Herr Juncker, weil wir glauben,

EUROPÄISCHE KOMMISSION WIE WIRD...GEWÄHLT

DER PRÄSIDENT DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION



Der Präsident des Europäischen Rates berät sich mit dem Europaparlament über mögliche Kandidaten für den Präsidenten der Kommission und berücksichtigt dabei die Ergebnisse der Europawahl.



Nach den Beratungen schlägt der Präsident des Europäischen Rates den Staats- und Regierungschefs der EU einen Kandidaten vor.



Die Staats- und Regierungschefs entscheiden sich nach dem Vorschlag für einen Kandidat mit qualifizierter Mehrheit.



Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament mit einfacher Mehrheit (mindestens 376 Stimmen)

AUFGABEN

- Leitet die Europäische Kommission, das Exekutivorgan der EU
- Entwirft die politischen Leitlinien der Kommission
- Beruft Treffen des Kollegiums der EU-Kommissionsmitglieder ein und leitet sie
- Leitet die Arbeit der Kommission zur Umsetzung der EU-Ziele

© 2014 European Parliament

daß Sie dies verstanden haben, insbesondere was den Bedarf an mehr Demokratie betrifft.“ Des weiteren sagte er: „Unsere Zustimmung ist aber kein Blankoscheck. Wir werden unnachgiebig sein.“ Er fügte hinzu: „Es muß ein Ausgleich gefunden werden zwischen Finanzstabilität und der Notwendigkeit von Investitionen: Wir brauchen ein sozialeres Europa und mehr Solidarität, vor allem in Einwanderungsfragen.“

Syed Kamall (UK) von der EKR-Fraktion sagte: „Die Europawahl sollte der Praxis der Hinterzimmer-Abkommen ein Ende setzen, hat sich aber selbst als ein solcher Hinterzimmer-Deal erwiesen.“ Seine Fraktion werde Juncker aber nicht deshalb die Unterstützung verwehren, sondern „weil wir nicht glauben, daß Sie der richtige Kandidat sind, um Europa in den nächsten Jahren zu führen.“ Er fügte hinzu: „Europa braucht eine Führung, die nach vorne schaut, nicht nach hinten.“ Eine solche Führung muß einen Binnenmarkt gestalten, der fit für die neue Zeit ist, sie muß ein Netz integrierter und verbundener Energiequellen aufbauen und weitere transparente Handelsabkommen in den kommenden Jahren abschließen, so Kamall weiter.

Für die ALDE-Fraktion sagte Guy Verhofstadt (BE), daß eine Wahl Junckers bedeute, gleichzeitig für eine Spar- und eine Wachstumspolitik zu stimmen. „Ich hoffe, Sie werden beides durchführen: Ohne Haushaltsdisziplin gibt es kein Wachstum, aber wir müssen über die Haushaltsdisziplin hinausgehen, um Wachstum zu fördern – mit einem Wachstumspaket“, sagte er. Verhofstadt kritisierte jene Abgeordneten, die sich enthalten oder gegen Juncker stimmen wollen: „Sie unterstützen damit die Anti-Europäer, und sie lassen ihre Wähler im Stich, indem sie Hinterzimmer-Deals bevorzugen.“

Im Namen der GUE/NGL Gruppe erklärte Gabriele Zimmer (DE): „Ich teile diese allgemeine Euphorie nicht. Dies ist nur ein erster Schritt, aber nicht ein Sieg der Demokratie. Die Demokratie hat auch versagt. 3,5 mal mehr Menschen haben nicht für die Konservativen gestimmt als jene, die für sie gestimmt haben. Sie haben anders oder überhaupt nicht gewählt.“ (...) „Meine Gruppe wird Sie nicht unterstützen, aber wir werden Ihre Arbeit täglich im Auge behalten im Lauf der kommenden Jahre“, so Zimmer. „Wir erwarten klare Antworten auf Fragen wie: Wie beabsichtigen Sie die Arbeit der Troika

Österreich, Europa und die Welt

© 2014 European Parliament



Jean-Claude Juncker stellte unmittelbar vor der Abstimmung den Mitgliedern des EU-Parlaments sein Arbeitsprogramm vor.

zu reformieren? Wie wollen Sie das Problem der Verschuldung lösen? Was genau verstehen Sie unter Mindestlöhnen – ein Einkommen, von dem man auch wirklich leben kann?“

Für die Fraktion der Grünen/EFA sprach Philippe Lamberts (BE): „Wenn 25 Prozent der Europäer von Armut und sozialem Ausschluß bedroht sind, wenn 10 Prozent von uns 60 Prozent von Europas kollektivem Reichtum besitzen, wenn der Klimawandel so weit fortgeschritten ist, daß mit 6 Grad globaler Erwärmung zu rechnen ist, und wenn 30 Prozent aller nicht-erneuerbaren Ressourcen in den vergangenen 30 Jahren verbraucht worden sind, dann steht die Existenz unserer Gesellschaft auf dem Spiel. Werden Sie der Mann sein, der angesichts dieser Herausforderungen die notwendigen Reformen durchsetzen wird?“ (...) „Ich will es ehrlich glauben, und einige unserer Mitglieder werden Sie unterstützen, weil wir glauben, daß der Prozeß, der Sie heute hierher gebracht hat, eindeutig ein bescheidener Schritt in Richtung eines demokratischeren Europas ist. Andere hingegen trauen Ihnen nicht zu, der Mann für die notwendigen Reformen zu sein und sind gespalten.“

Nigel Farage (UK) erklärte, seine EFDD-Gruppe werde Juncker nicht unterstützen. „Niemand im Vereinigten Königreich wußte,

daß diese Wahlen irgendetwas mit der Nominierung des Kommissionpräsidenten zu tun hatten. Und nun sind wir alle aufgefordert, abzustimmen, aber es gibt nur einen Kandidaten, wie in alten Sowjet-Zeiten.“ Farage kritisierte hingegen die geheime Stimmabgabe. „Politiker sollen nicht geheim abstimmen, sondern sind ihren Wählern Rechenschaft schuldig.“ Juncker habe jüngst „seine Hintergrundmusik gewechselt hat, indem er sich gegen Vereinigte Staaten von Europa ausgesprochen hat“, so Farage, „aber ich glaube kein Wort davon.“

Aus den Reihen der fraktionslosen Abgeordneten sprach Marine Le Pen (FR): „Am 25. Mai sind die Völker Europas erwacht und haben den ganzen Kontinent aufgerüttelt. Das europäische Projekt ist ein verrücktes, fatales Projekt geworden und die Menschen wenden sich von der EU ab... Sozialisten und EVP haben die Botschaft, die aus den Wahlurnen kam, ignoriert und teilen sich nun die Top-Jobs (...). Aber glauben sie nur nicht, daß die Menschen Juncker Schulz vorgezogen hätten: beide sind völlig unbekannt und repräsentieren nichts und niemand“, so Le Pen. „Patrioten in Frankreich haben die Legitimität der Europäischen Kommission zurückgewiesen. (...) Wir werden Ihre föderalistische Utopie bekämpfen und ihre Obsession gegen Nationalstaaten.“

Juncker stellte unmittelbar vor der Abstimmung sein Arbeitsprogramm vor

„Ich möchte für eine Union arbeiten, die für Demokratie und Reform steht; die nicht aufdringlich ist und für, statt gegen ihre Bürger arbeitet. Ich möchte für eine Union arbeiten, die Ergebnisse liefert.“

„Meine erste Priorität und der Leitfaden jeden einzelnen Vorschlages ist Wachstum und Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Um das zu erreichen, werde ich in den ersten drei Monaten meiner Amtszeit ein Paket für Arbeitsplätze, Wachstum und Investition vorlegen, um 300 Milliarden Euro an Investitionen über die kommenden drei Jahre zu generieren.“

„KMU sind das Rückgrat unserer Wirtschaften. Sie schaffen 85 Prozent der neuen Arbeitsplätze in Europa – wir können sie nicht in Papierkram begraben, sondern müssen sie von belastender Regulierung befreien.“

„Es ist in jedermanns Interesse, daß Energiepolitik nicht für politische Ziele genutzt wird. Es ist an Zeit, daß Europa in diesem Gebiet auf eigenen Füßen steht, durch die Zusammenlegung unserer Rohstoffquellen, Infrastrukturen und die Bündelung unserer Verhandlungsmacht.“

„Die Rettung des Euro war notwendig, aber hat die soziale Dimension vernachlässigt.“

Österreich, Europa und die Welt

sigt. Es ist inakzeptabel, daß in der Krise einfache Rentner die gesamte Last der Strukturreformen tragen mußten, während Reeder und Spekulanten noch reicher wurden. In Zukunft brauchen wir einen demokratisch legitimierten Ersatz für die Troika und gründliche soziale Folgenabschätzungen für alle neuen Unterstützungsmaßnahmen und -programme.“

„Ich will ein vernünftiges und ausgewogenes Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika aushandeln. Ich bin nicht bereit die hohen europäischen Sicherheits-, Gesundheits-, Sozial- und Datenschutzstandards, sowie unserer kulturelle Vielfalt auf dem Altar des Freihandels opfern.“

„Wir brauchen mehr Solidarität in unserer Einwanderungspolitik. Ich werde die Zusammenarbeit mit Drittstaaten stärken, um die Frage der irregulären Migration besser anzugehen. Zudem, werde ich eine neue europäische Politik der legalen Migration verfolgen. Ich möchte, daß Europa auf der Weltkarte ein attraktives Ziel für qualifizierter Zuwanderung wird.“

„Es ist meine feste Überzeugung, daß wir gemeinsam als Union voranschreiten müssen, allerdings nicht alle unbedingt mit der gleichen Geschwindigkeit. Einige von uns haben vielleicht bereits ihr Ziel erreicht. Ich war und bin weiterhin stets bereit, zuzuhören und zu helfen, um Lösungen für die Anliegen jedes einzelnen Mitgliedstaats zu finden.“

„Die Geschlechtergleichheit ist kein Luxus, sondern ein politisches Muß. Sie sollte für uns alle selbstverständlich sein – dies gilt insbesondere für die Staats- und Regierungschefs, wenn es darum geht, Kandidaten für den Posten des EU-Kommissars vorzuschlagen. Das Bekenntnis nationaler Regierungen zu einem neuen, demokratischen Ansatz in Zeiten des Wandels steht hierbei auf dem Prüfstand.“

„Das Motto der Wahlkampagne des Europaparlaments war ‚Dieses Mal geht’s um mehr‘ – helfen Sie mir, dieses Wahlversprechen heute wahr zu machen. Helfen Sie mir der Welt zu zeigen, daß wir gemeinsam Europa neuen Antrieb verschaffen können.“

Faymann: Ein engagierter Europäer an der Spitze der EU-Kommission

„Ich freue mich, daß mit Jean-Claude Juncker ein äußerst engagierter Europäer die erforderliche Stimmenmehrheit bei der Wahl zum neuen Präsidenten der EU-Kommission erhalten hat“, sagte Bundeskanzler Werner



Foto: BKA / Andy Wenzel

Beim Europäischen Rat der EU-Staats- und Regierungschefs am 16. Juli in Brüssel (v.l.): Europaparlaments-Präsident Martin Schulz, Bundeskanzler Werner Faymann und Jean-Claude Juncker

Faymann (SPÖ) nach der Wahl von Jean-Claude Juncker zum Präsidenten der EU-Kommission durch das Europaparlament. Die demokratischen Grundprinzipien der EU seien durch diese Entscheidung untermauert worden, da man sich auf den Spitzenkandidaten der stimmenstärksten Partei der Wahlen zum Europäischen Parlament geeinigt habe.

„Ich bin froh, daß sich Juncker durch die Gegenstimmen innerhalb der Union im Vorfeld seiner Nominierung für diese Funktion nicht entmutigen ließ. Ein Mann wie er an der Spitze der Kommission ist ein Garant dafür, daß wir weiterhin den sozialen Herausforderungen auf dem Weg zu einem neuen Europa gewachsen sein werden. Denn er hat schon bisher immer deutlich gezeigt, daß ihm die Sorgen und Anliegen der Menschen in Europa ein besonderes Anliegen sind“, zeigte sich Faymann zuversichtlich, daß Juncker für stabile Verhältnisse, auch in Krisenzeiten, sorgen werde können. Gleichzeitig sei Juncker kein Politiker, der stur an Dogmen festhalte. Sein heutiges Eintreten für eine stärkere Flexibilisierung des Stabilitätspakets und das Nutzen der vorhandenen Möglichkeiten zeige dies deutlich.

„Ich gratuliere Jean-Claude Juncker sehr herzlich zu seiner Wahl und wünsche ihm alles Gute bei der Ausübung seiner Funktion. Dabei bin ich überzeugt, daß er sowohl mit den Kommissionsmitgliedern als auch mit dem Europäischen Parlament erfolgreich

zusammenarbeiten wird“, so der Bundeskanzler abschließend.

Spindelegger: Juncker ist erfahrener Politiker mit Handschlagqualität und Zukunftsorientierung

„Ich gratuliere Jean-Claude Juncker herzlich zu seiner Wahl zum Kommissionspräsidenten. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai hat sich die klare Mehrheit der Bürger Europas für die Europäische Volkspartei ausgesprochen und damit die Weichen für die Wahl von Jean-Claude Juncker als Kommissionspräsident gestellt. Es ist daher ein deutliches Signal zur Stärkung der Demokratie, daß Juncker nun zum Präsidenten der EU-Kommission gewählt wurde. Denn es muß nach der Wahl gehalten werden, was vor der Wahl versprochen worden ist“, unterstrich Finanzminister Michael Spindelegger (ÖVP).

„Die Bewältigung der Krise war eine der größten Herausforderungen für die europäische Gemeinschaft. Jetzt gilt es, gemeinsam die Lehren aus der Krise zu ziehen. Eine klare Absage an Schuldenpolitik und ein deutliches Bekenntnis zum disziplinierten Konsolidierungskurs der europäischen Staaten hat die Familie der EVP stets glaubwürdig vertreten. Mit der Wahl Junckers sind die Weichen für eine erfolgreiche Konsolidierungspolitik gestellt. Mit Disziplin kann Europa gestärkt in eine gemeinsame, solide Zukunft gehen.“

Österreich, Europa und die Welt

„Mit Jean-Claude Juncker übernimmt ein erfahrener und verlässlicher Politiker den Posten des EU-Kommissionspräsidenten, der auch als deklariertes Freund Österreichs gilt“, so Spindelegger, der vor allem Junckers große Erfahrung als Europapolitiker, seine Zielstrebigkeit und Zukunftsorientierung hervorhob. „Jean-Claude Junckers Arbeit ist geprägt von wirtschaftlichem Sachverstand und Reformwillen. Er hat die nötige Durchsetzungskraft, um Europa in Zukunft noch besser zu machen.“ Spindelegger abschließend: „Ich bin überzeugt: Mit Jean-Claude Juncker steuert Europa in die richtige Richtung. Gemeinsam mit einem Team aus starken Kommissaren, in dem auch Johannes Hahn eine entscheidende Rolle spielen wird, wird er Europa nach vorne bringen.“

Vilimsky: FPÖ-Delegation geschlossen gegen Juncker

Die freiheitliche Delegation im EU-Parlament stimmte gegen Juncker. Delegationsleiter Harald Vilimsky begründete das Abstimmungsverhalten so: „Juncker ist der Parade-Eurokrat und die Verkörperung des gescheiterten EU-Systems, das sich in fortschreitender Entmündigung der Nationalstaaten und einer längst gescheiterten Währungspolitik manifestiert.“ Vilimsky erinnerte daran, daß Juncker auch in konservativen Kreisen – von Cameron bis Orbán – eine höchst umstrittene Figur sei.

Juncker war in der Vergangenheit immer wieder mit Aussagen aufgefallen, die nicht gerade für Transparenz und demokratische Gesinnung sprechen. Während der Euro-Krise etwa meinte Juncker bei einer Veranstaltung in Brüssel im April 2011: „Wenn es ernst wird, muß man lügen“. Über die Tricks, zu denen Juncker die Staats- und Regierungschefs der EU ermuntert, meint Juncker etwa: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Vilimsky meint, Juncker stehe in seiner Starrköpfigkeit geradezu als Symbol der Reformverweigerung in der Union. Als einstiger Chef der Eurogruppe sei er hauptverantwortlich für die katastrophalen Schritte, die unter dem Deckmantel der Rettung von Krisenstaaten, in Wahrheit aber zur Sanierung von Zockerbanken gesetzt wurden. Seine Beförderung vom „Mister Euro“ zum „Mister EU“ sei daher ein fatales Signal.

Zudem habe Juncker auch durch seine Aussagen wiederholt erkennen lassen, daß er als Vertreter der Bürger Europas denkbar ungeeignet sei. „Wer sich dazu bekennt zu lügen, wenn es politisch ernst wird, hat in dieser Funktion nichts verloren.“

Lunacek: Grüne werden Juncker an seine heutigen Versprechen zu sozialerem Europa erinnern

„Ich gratuliere Jean-Claude Juncker zu seiner Wahl zum Kommissionspräsidenten und erwarte mir, daß er – im Gegensatz zu seinem Vorgänger – die Kommission wieder als einen Integrationsmotor für die Europäische Union zu leiten versteht, und daß er seine Versprechungen für ein sozialeres, transparenteres und ökologischeres Europa, die er heute gemacht hat, auch umsetzt. Für mich besonders wichtig an dieser heutigen Entscheidung ist, daß der mit der Wahl Junckers abgeschlossene SpitzenkandidatInnen-Prozeß die EU demokratischer gemacht und das Europaparlament gestärkt hat.

Enttäuschend war, daß er im Grünen Hearing bei seinen Positionen zu TTIP, zu Klima-, Energie- und Flüchtlingspolitik mehr als vage geblieben ist. Aus diesem Grund hat ihm heute auch die Mehrheit unserer Fraktion die Zustimmung verweigert. Mich und andere FraktionskollegInnen konnte Juncker aber mit seinen eindeutigen Festlegungen gegen eine exzessive Austeritätspolitik, für öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Dienstleistungen, die nicht den Binnenmarktregeln unterworfen werden dürfen, für ein verbindliches Lobbyregister für alle EU-Institutionen und seine GMO-kritische Haltung gewinnen. Damit die EU bei Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung europäischer Werte glaubwürdiger auftritt, begrüße ich auch Junckers Vorschlag eine/n eigene/n Kommissar/in für die Überwachung wie Umsetzung der Grundrechtecharta einzusetzen.

Mit unserem Abstimmungsverhalten senden wir Grüne jedenfalls ein klares Signal an den neuen Kommissionspräsidenten: Nur mit einer sozial wie ökologisch nachhaltigen Politik, und mit einer Absage an undurchsichtige Kompromisse und Verfahren kann er die Stimmen der Grünen gewinnen“, kommentierte Ulrike Lunacek, Vizepräsidentin des Europaparlaments und Delegationsleiterin der österreichischen Grünen im Europaparlament, die Wahl Jean-Claude Junckers zum neuen Kommissionspräsidenten.

Rund ein Drittel der Grünen Fraktion hat für Juncker gestimmt, zwei Drittel haben sich enthalten oder gegen ihn gestimmt.

Diese Aufteilung spiegelt sich auch im Wahlverhalten der österreichischen Delegation wider: Lunacek hat aus genannten Gründen für, Michel Reimon und Monika Vana haben gegen Juncker gestimmt.

Mlinar: NEOS zufrieden mit der Aufwertung des Europäischen Parlaments

Die erfolgte Bestellung von Jean-Claude Juncker zum Präsidenten der Europäischen Kommission ist für Angelika Mlinar, Europaabgeordnete der NEOS, ein Schritt in die richtige Richtung. „Jean-Claude Juncker hat als Spitzenkandidat der stimmenstärksten Partei die Legitimation durch die europäische Bevölkerung. Er hat den damit verbundenen Anspruch auf den Vorsitz der Kommission auch gegen erbitterten Widerstand so mancher Staatschefs durchgesetzt“, betont Mlinar und ergänzt: „Diese Aufwertung des Europäischen Parlaments ist auch in unserem Sinne – selbst wenn wir den Kommissionspräsidenten oder auch die Kommissionspräsidentin durchaus auch aus unseren Reihen stellen könnten und möchten.“

Mit den im Europaparlament vorgestellten Plänen zur inhaltlichen Arbeit habe Juncker sich als überzeugter Europäer bewiesen, der Sachkompetenz und Erfahrung vorweisen könne und außerdem großteils richtig Prioritäten setze. „Wir finden zentrale liberale Forderungen im Juncker-Programm wieder. Wie zum Beispiel die Bedeutung des Stabilitäts- und Wachstumspakts in seiner Gesamtheit, die Umsetzung einer Energieunion zur Stärkung der gemeinsamen Verhandlungsmacht und die Stärkung der EU durch eigene Einnahmequellen. Wenn wir jetzt auch noch eine ausgewogene personelle Besetzung der Kommission erreichen und Gesetzesvorlagen zur digitalen Agenda, der vollständigen Integration der Kapitalmärkte und der Modernisierung der Infrastruktur, bei gleichzeitiger Reindustrialisierung der Europäischen Union, vorliegen haben, befinden wir uns auf einem guten Weg“, meinte Mlinar.

Abschließend fügt sie noch hinzu, daß die Verhandlungen zur finalen Zustimmung des Parlaments zur gesamten Kommission im Herbst wohl noch die ein oder andere Kurskorrektur nach sich ziehen werde und wünscht – in Anspielung auf Junckers Schlussworte im Parlament – auch allen Beteiligten Mut, Geduld und Entschlossenheit für die lange Reise, die vor uns allen liege. ■

Einen ausführlichen Lebenslauf von Jean-Claude Juncker finden Sie auf
http://de.wikipedia.org/wiki/Jean-Claude_Juncker

Nachwahlanalyse zur Europawahl

6 Prozent fühlen sich besser informiert – Für 42 Prozent EU-Mitgliedschaft »gute«, für 29 Prozent »schlechte Sache« – 69 Prozent sehen EU-Entscheidungen kritisch – Europa-Wahlkampf generierte weniger Aufmerksamkeit als Nationalratswahlkampf

Die Europawahlen werden in Österreich nach wie vor als Wahlen zweiter Ordnung wahrgenommen. Daran hat sich auch bei der vergangenen Wahl am 25. Mai – trotz hoher Erwartungen – nichts geändert. Diesen Schluß läßt eine aktuelle Umfrage zu, die im Auftrag der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) und der „Österreichischen Nationalen Wahlstudie an der Universität Wien“ (AUTNES) im Anschluß an die Europawahl durchgeführt wurde.

Neben der – im Vergleich zu den Nationalratswahlen – geringen Wahlbeteiligung bei den Europawahlen waren auch die Motive für die Wahlentscheidung unterschiedlich. Die 45,4 %, die an der Europawahl teilnahmen, taten dies aus Pflichtgefühl (92 %). Aber auch, weil sie die zukünftige Ausrichtung der EU mitbestimmen wollten (78 %) und weil sie das Europäische Parlament als eine wichtige Institution erachten (54 %). Letztgenannter Grund trifft insbesondere auf WählerInnen der ÖVP, der SPÖ, der Grünen und der NEOS zu. Die FPÖ-WählerInnen wiederum geben häufig „Protest gegen die

Bundesregierung“ als Grund für ihre Wahlteilnahme an.

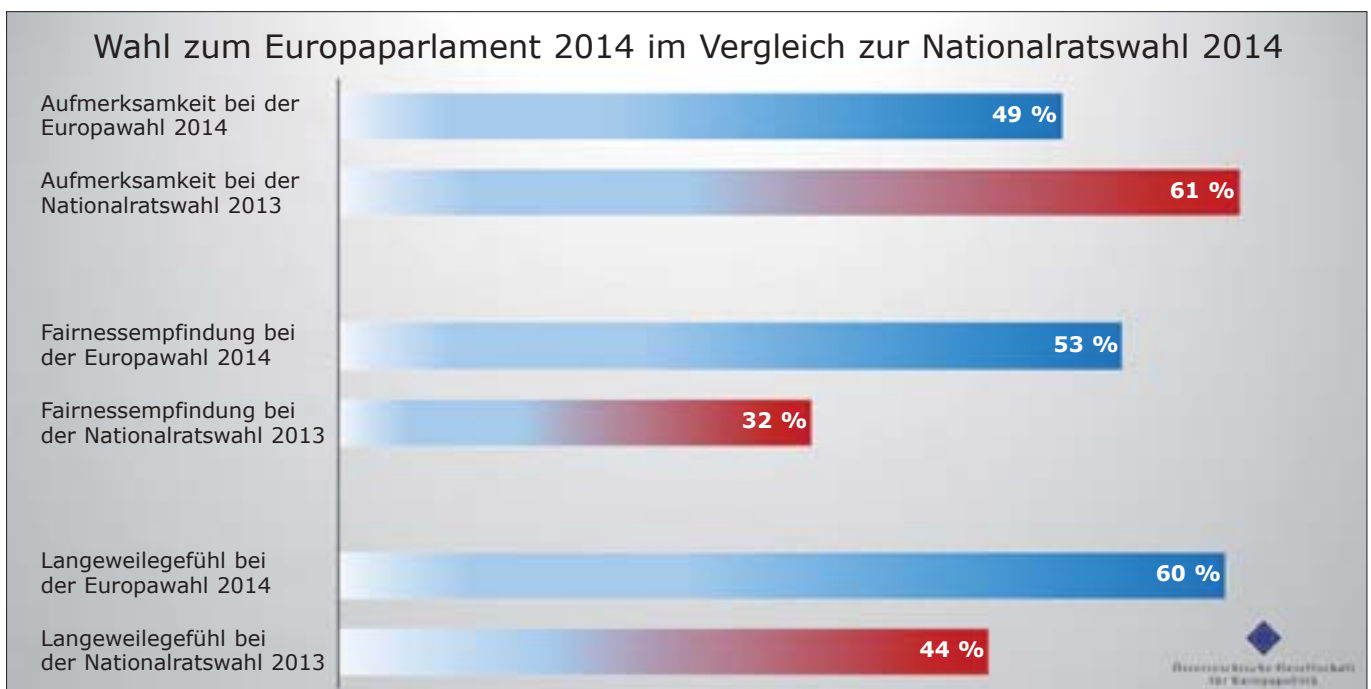
Die Motive der Nicht-WählerInnen bei den Europawahlen sind ebenso vielfältig: kein Vertrauen in die Politik (60 %), Protestverhalten (51 %), gefolgt von „Österreich hat in der EU nichts zu sagen“ (47 %). Nur eine Minderheit nahm aus Desinteresse (21 %) oder „Unwichtigkeit der Europawahlen“ (20 %) nicht teil. Die Gründe der Nichtteilnahme divergieren kaum zwischen den ParteianhängerInnen. Der größte Anteil an EU-Wahlenthaltungen fand sich unter traditionellen FPÖ-WählerInnen. Sie sind vergleichsweise stärker davon überzeugt, daß ihre Stimme bedeutungslos sei.

Der Großteil der WählerInnen stimmte bei der Europawahl für dieselbe Partei wie bei den Nationalratswahlen. 72 % der ÖVP-WählerInnen haben diese auch am 25. Mai unterstützt, bei der FPÖ waren es gar 80 %. Bei SPÖ und Grünen waren es 65, die NEOS erzielten mit 43 % den geringsten Wert.

Die Aufmerksamkeit gegenüber dem Europa-Wahlkampf war deutlich geringer als gegenüber dem Nationalratswahlkampf.

Knapp jede/r zweite Befragte (49 %) gab an, den EU-Wahlkampf aufmerksam verfolgt zu haben. Bei der Nationalratswahl waren es noch 61 %. Der EU-Wahlkampf wurde zwar fairer als der Nationalratswahlkampf, aber eben auch mehrheitlich als langweilig und wenig unterhaltsam wahrgenommen (53 % fanden ihn ziemlich oder sehr „fair“, 60 % fanden ihn „langweilig“. Bewertung des Nationalratswahlkampfes: 32 % „fair“ und 44 % „langweilig“).

Themen wie Beschäftigung, Zuwanderung und Steuergerechtigkeit hatten sowohl im September 2013 als auch im Mai 2014 Hochkonjunktur. Inhaltliche Bereiche der Europapolitik, wie etwa die Bewältigung der Finanz- und Eurokrise, gewannen hingegen im Kontext der Europawahl stark an Bedeutung. Gleichzeitig verloren Thematiken wie Bildungspolitik und Pensionen/Alterssicherung an Wichtigkeit. Politikfelder, die besonders auf europäischer Ebene behandelt werden, wurden bei der Europawahl von den ÖsterreicherInnen auch als wichtiger eingeschätzt als bei der Nationalratswahl. Insgesamt 69 % der Befragten gaben an, mit den



aktuell getroffenen EU-Entscheidungen nicht zufrieden zu sein (45 % „eher nicht zufrieden“, 24 % „gar nicht zufrieden“). 58 % kritisierten, wie Demokratie auf EU-Ebene funktioniere (35 % zeigten sich „eher nicht zufrieden“, 23 % „gar nicht zufrieden“).

Lediglich 6 % der ÖsterreicherInnen fühlen sich nach den EU-Wahlen besser über europäische Inhalte informiert als davor. Eine Mehrheit von 65 % fühlt sich gleich gut, 17 % schlechter über europäische Themen informiert.

Insgesamt wird die EU-Mitgliedschaft Österreichs derzeit von 42 % der ÖsterreicherInnen als gute Sache gesehen. 29 % bewerten sie als schlechte Sache, 27 % äußern sich mit „weder noch“.

Die Umfrage wurde Ende Mai 2014 im Auftrag der ÖGfE und AUTNES von TNS Opinion online durchgeführt. Dieselben 1222 Personen, die im Kontext der Nationalratswahl 2013 an einer Umfrage teilnahmen, wurden im Mai 2014 zur Europawahl wieder befragt. Schwankungsbreiten liegen in etwa bei +/- 2,8 %.

<http://www.oefge.at>

Österreich nominiert Johannes Hahn wieder als EU-Kommissar

Wenn Österreich nun offiziell einen Kandidaten für die neue EU-Kommission nominiert, dann muß das jemand sein, der seine Aufgabe darin sieht, sich mit voller Kraft für das gemeinsame Europa einzusetzen. Johannes Hahn hat in seiner bisherigen Funktion als Kommissar für Regionalpolitik bewiesen, daß er die Europäische Integration als eine zentrale gemeinsame Aufgabe wahrnimmt“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann am 11. Juli beim EU-Hauptausschuß im Parlament. Auf der Tagesordnung stand damals in Vorbereitung auf das außerordentliche Treffen des Europäischen Rates am 16. Juli die Nominierung von Johannes Hahn zum EU-Kommissar.

„Kommissar Hahn hat bereits hervorragende Arbeit in einem der wichtigsten Bereiche, der Regionalpolitik, geleistet. Auch wenn die Wirtschaftskrise die Förderung der regionalen Entwicklung erschwert hat, so

konnte doch mithilfe regionalpolitischer Instrumente eine weitere Annäherung und Integration in der Europäischen Union erreicht werden. Unser Ziel muß es weiterhin bleiben, daß überall in Europa lebenswerte, wirtschaftsfreundliche und soziale Bedingungen herrschen“, sagte der Kanzler.

Johannes Hahn habe sich während seiner Amtsperiode als EU-Kommissar nicht nur für die gemeinsame Weiterentwicklung Europas eingesetzt, sondern auch immer engen Kontakt zu Österreich gepflegt: Hahn sei auch für die neue Kommission eine Bereicherung, da er einer der wenigen sein werde, die bereits Erfahrungen als EU-Kommissar mitbringen. „Johannes Hahn erfüllt für uns alle wesentlichen Kriterien, um dieses verantwortungsvolle Amt auszufüllen.“ Im Anschluß an die Aussprache im Ausschuß wurde Johannes Hahn offiziell für das Amt eines EU-Kommissars nominiert.

Expertengespräche zu US-Spionageaffäre vereinbart



Außenminister Sebastian Kurz (r.) traf am Flughafen Wien mit US Außenminister John Kerry zusammen.

US-Außenminister John Kerry ist am 15. Juli zum Abschluß seines Wien-Besuchs auch mit seinem österreichischen Amtskollegen Sebastian Kurz (ÖVP) zusammengetroffen. Er habe dabei auch die US-Spionageaffäre angesprochen, teilte Kurz der APA nach dem Treffen am Wiener Flughafen mit. Es sei vereinbart worden, offene Fragen in Expertengesprächen zu klären.

„Selbstverständlich habe ich die Spionageaffäre angesprochen“, betonte Kurz. Diesbezüglich gebe es nämlich „offene Fragen von unserer Seite“, sagte er in Anspielung auf Medienberichte, daß CIA-Maulwürfe in Deutschland von der US-Botschaft in Wien gesteuert worden seien. Daher habe er in Gesprächen mit der US-Botschafterin dem Aus-

senminister „vereinbart, daß die Zuständigen auf amerikanischer Seite den Sicherheitsexperten aus Innen- und Verteidigungsministerium zur Verfügung stehen, um diese Fragen zu klären“.

Kurz hatte zuvor betont, er nehme die Spionagevorwürfe „sehr ernst“. Ausdrücklich behielt er sich vor, analog zur deutschen Entscheidung ebenfalls US-Geheimdienstler des Landes zu verweisen. Zunächst müsse man aber den Vorwürfen nachgehen. „Vielleicht läßt sich alles auflösen, vielleicht aber auch nicht, und dann werden wir die entsprechenden Konsequenzen ziehen“, betonte der Außenminister.

Kerry hatte sich drei Tage lang in Wien aufgehalten, um mit seinem iranischen Amts-

kollegen Mohammad Javad Zarif im Atomstreit zu verhandeln. Zwar berichtete der US-Außenminister von Fortschritten, räumte aber Differenzen in Schlüsselfragen ein. Kurz sagte, daß sich Kerry bei Österreich für die „Gastfreundschaft“ bedankt habe „und die Möglichkeit, die Iran-Atomverhandlungen in Österreich durchzuführen“.

Seit Februar wird in Wien über ein dauerhaftes Abkommen zur Beilegung des Konflikts um das iranische Atomprogramm verhandelt. Das Übergangsabkommen, das vorerst am 20. Juli hätte enden sollen, wurde nach Diplomatenangaben bis November verlängert. Kurz sagte, daß Wien auch über dieses Datum hinaus als Gastgeber zur Verfügung stehe.

Besuch aus Bratislava

Staatspräsident und Ministerpräsident der Slowakei trafen ihre Amtskollegen in Wien zu Gesprächen



Foto: Peter Lechner / HBF

Empfang mit militärischen Ehren in der Hofburg: Bundespräsident Heinz Fischer (l.) und sein Amtskollege Andrej Kiska.

Bundespräsident Heinz Fischer und sein slowakischer Amtskollege Andrej Kiska haben die am 16. Juli beschlossenen EU-Sanktionen gegen Rußland als „notwendig“ bezeichnet. Zwar müsse der Ukraine-Konflikt „in erste Linie“ durch Dialog stabilisiert werden, aber die erlassenen Strafmaßnahmen seien „Teil der momentanen Notwendigkeit“, so Bundespräsident Heinz Fischer am 17. Juli bei einem Besuch Andrej Kiskas in Wien.

Ähnlich äußerte sich der neue slowakische Präsident: „Was gesagt wird, muß gelten“, sagte er bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Bundespräsidenten. Wenn dies aber nicht eingehalten werde, erfordere es klare Schritte, so der 51jährige im Hinblick auf die Strafmaßnahmen.

Präsident Kiska machte sich im Gegensatz zu seinem slowakischen Regierungschef Robert Fico bisher für eine härtere Gangart gegenüber Rußland stark. Die neuen Sanktionen, die zum ersten Mal auch Firmen betreffen, bezeichnete er aber damals als vorerst „ausreichend“.

Heinz Fischer informierte seinen slowakischen Kollegen nach eigenen Angaben auch über den Inhalt des Besuchs des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Wien

Ende Juni. Es gelte „klare Schranken zu setzen wenn internationales Rechte verletzt wird“, sagte der Bundespräsident angesichts

der Annexion der Halbinsel Krim durch Rußland. Gleichzeitig gebe es aber auch keine „Alternative“ zu gemeinsamen Bemühun-



Foto: Peter Lechner / HBF

Bundespräsident Heinz Fischer (r.) und sein Amtskollege Andrej Kiska nach ihrem Gespräch in der Präsidentschaftskanzlei in der Wiener Hofburg

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA / Andy Wenzel



Am 16. Juli traf Bundeskanzler Werner Faymann (l.) seinen Amtskollegen den slowakischen Premierminister Robert Fico

gen, um die „Beziehung zwischen Europa und Rußland besser zu organisieren und Vertrauen zu schaffen“. Präsident Kiska habe ihm diesbezüglich zugestimmt.

Neben der Ukraine Krise wurde auch über die EU-Personalien gesprochen. Daß es beim EU-Gipfel am noch zu keinen Personalentscheidungen gekommen sei, kam für Heinz Fischer nicht unerwartet. Ein Ergebnis beim ersten Anlauf hätten nur die „aller größten Optimisten“ angenommen. Viel realistischer sei, daß sich „dieser Prozeß durch den Sommer bis in den Herbst hinein erstrecken wird“, sagte der Bundespräsident im Hinblick auf die ersten personellen Entscheidungen für die EU-Kommission, die nach bisheriger Planung am 1. November ihr Amt antreten soll.

Thema des Arbeitsgesprächs der Staatsoberhäupter waren auch die Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder. Österreich ist der zweitgrößte Investor in der Slowakei. Heinz Fischer und Andrej Kiska begrüßten dabei, daß Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und der slowakische Regierungschef Fico bereits für Herbst Gespräche auf Ministersebene anvisiert haben.

Es war der erste Besuch Andrej Kiskas als Staatsoberhaupt in Österreich. Der 51-jährige Millionär hatte Ende März mit 59 zu 41 Prozent der Wählerstimmen überraschend deutlich die Präsidenten-Direktwahl gegen den als Favorit geltenden amtierenden Ministerpräsidenten Robert Fico gewonnen. Als vierter Präsident des Landes seit der Erlangung der Selbständigkeit im Jahr 1993 will der erste parteilose Präsident der Slowakei eine neue, menschnahe Politik im Präsidentenpalast etablieren.

Foto: BKA / Andy Wenzel



Am 17. Juli empfing Bundeskanzler Werner Faymann (r.) den slowakischen Präsidenten Andrej Kiska zu einem Gespräch im Bundeskanzleramt.

Tags darauf empfing Bundeskanzler Werner Faymann den neuen slowakischen Präsidenten Andrej Kiska im Bundeskanzleramt. Es waren vor allem die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der Slowakei und die gemeinsamen Aufgaben in Europa Gesprächsthemen.

„Unsere beiden Länder halten nicht nur aufgrund der geografischen Nähe sowohl auf politischer als auch auf wirtschaftlicher Ebene engen Kontakt. Auch auf europäischer Ebene versuchen wir uns in vielen Bereichen abzustimmen und uns für gemeinsame Positionen stark zu machen“, sagte der Bundeskanzler. So wolle man in Europa Investitionen in Beschäftigung und Wirtschaftswachstum vorantreiben. „Ein soziales, stabiles und sicheres Europa ist unser gemeinsames Anliegen. Daher ist es unsere Aufgabe, für

Wachstum und Jobs, vor allem für die Jugend, zu sorgen“, so Faymann.

Auch im Gespräch zwischen Faymann und seinem Amtskollegen Robert Fico am 16. Juli in Bratislava standen die sehr guten bilateralen Beziehungen beider Länder sowie die gemeinsame Arbeit auf EU-Ebene im Mittelpunkt. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und für die Stärkung der Wirtschaft sei hingegen nicht nur auf europäischer Ebene eine Herausforderung: „Österreich ist der zweitgrößte Auslandsinvestor in unserem Nachbarland, unsere Wirtschaftsbeziehungen verfügen über großes Potential. Aus diesem Grund wollen wir noch in diesem Jahr ein Wirtschaftsforum abhalten. Gerade auf regionaler Ebene ist es wichtig, die Beziehungen zu stärken und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten“, so der Kanzler abschließend. ■

Arbeitsgespräch in Prag

Bundeskanzler Werner Faymann bei tschechischem Ministerpräsidenten Bohuslav Sobotka: Gemeinsam für sozialen Ausgleich und Beschäftigung in Europa einsetzen – Trilaterales Treffen Tschechien-Slowakei-Österreich vereinbart

Beim Arbeitsbesuch von Bundeskanzler Werner Faymann bei seinem tschechischen Amtskollegen Bohuslav Sobotka in Prag am 31. Juli standen die Beziehungen der beiden Nachbarländer sowie aktuelle Herausforderungen in der Europapolitik im Mittelpunkt der Gespräche. „Gerade angesichts so dramatischer Entwicklungen wie in der Ukraine wird deutlich, wie wichtig es ist, daß wir in der Europäischen Union eng zusammenarbeiten. Wir müssen uns gemeinsam für einen friedlichen Dialog zwischen den Konfliktparteien einsetzen und dabei eine starke Vermittlerrolle einnehmen“, sagte Faymann.

Er sei sich mit Premierminister Sobotka auch darin einig, daß sich die EU noch stärker für einen sozialen Ausgleich in Europa und die Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit einsetzen müsse. „Maßnahmen für Beschäftigung und zur Förderung des Wirtschaftswachstums müssen im neuen Arbeitsprogramm der Europäischen Union ganz oben auf der Agenda stehen“, so Faymann. Um die Zusammenarbeit in der Region zu stärken, werde es bis zum Frühjahr 2015 auch ein trilaterales Treffen zwischen Tschechien, der Slowakei und Österreich geben, kündigte Faymann an. „In einem Europa, das immer stärker zusammenwächst, sind die Regionen von besonderer Bedeutung“, so der Bundeskanzler, der bei diesem Gespräch die Themen Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und die Ausbildung von Fachkräften in den Vordergrund stellen will.

In Fragen der Klima- und Energiepolitik bekräftigte Faymann erneut, daß Atomenergie für Österreich keine Option darstelle: „Wir treten entschieden gegen die Verwendung von Nuklearenergie ein und sind für eine stärkere Nutzung erneuerbarer Energieformen und für mehr Energieeffizienz. Kernenergie ist weder sicher noch nachhaltig und rechnet sich letztlich auch wirtschaftlich nicht.“

TTIP darf hohe Standards nicht absenken

Faymann und Sobotka betonten gemeinsam, daß für beide Länder klar sei, daß ein Freihandelsabkommen wie TTIP nicht zu



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Werner Faymann (l.) und Premierminister Bohuslav Sobotka

einem Sinken der hohen Standards führen dürfe. Wenn das der Fall sein sollte, werden beide Länder gemeinsam dagegen vorgehen. Faymann bekräftigte weiter, daß es für Österreich ein Anliegen ist, daß die Gespräche zu den Verhandlungen stärker an die Öffentlichkeit kommen.

Angesprochen auf die europäischen Sanktionen gegen Rußland betonte Faymann, daß die Europäische Union hier gemeinsam vorgehe. „Ich messe den Friedensinitiativen und -gesprächen aber eine größere Bedeutung als den Sanktionen bei“, so der Bundeskanzler abschließend. ■

Neutralität aktiv interpretieren

Es ist eine Ehre für mich, als Bundeskanzler den Soldatinnen und Soldaten meinen Respekt auszudrücken und mich für Ihren Einsatz in Bosnien zu bedanken“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann am 29. Juli beim Empfang von 78 Soldaten und zwei Soldatinnen der Katastrophenhilfseinheit des Bundesheeres (AFDRU) in der Dabschkaserne, Korneuburg. „Österreich wird besonders dafür geachtet, weil es seine Neutralität nicht teilnahmslos interpretiert, sondern in aktiver Rolle im humanitären Sinne im Rahmen der Friedenserhaltung interpretiert.“

„In Zeiten, in denen die Unterstützung von Friedensprozessen sehr wichtig ist, erheben wir Deeskalation und friedliches Zusammenleben zu einem Prinzip. Österreich

ist bekannt als Verhandlungsort. Wir werden weiter den Frieden unterstützen und bei Missionen wie der gerade in Bosnien absolvierten eine wichtige Rolle spielen“, so der Bundeskanzler und er verwies darauf, daß man sich in den betroffenen Ländern entsprechend dankbar zeigt. „Wer sieht, wie Menschen nach Naturkatastrophen auf Hilfsorganisationen und auf die professionelle Leitung solcher Einsätze seitens des Bundesheeres angewiesen sind, weiß, wie wichtig es ist, daß unser Land bei solchen Missionen zur Stelle ist“, bedankte sich Faymann für die geleisteten Einsätze der jüngeren Vergangenheit. „Damit stellt Österreich unter Beweis, daß es Teil der Staatengemeinschaft ist“, so der Bundeskanzler abschließend. ■

Integrationsbericht 2014

Am 28. Juli präsentierte Integrationsminister Sebastian Kurz gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Expertenrats Prof. Heinz Fassmann den neuen Integrationsbericht.



Foto: BMeiA / Dragan Tatic

Bei der Präsentation des Integrationsberichts 2014 (v.l.): Stephan Marik-Lebeck (Statistik Austria), Integrationsminister Sebastian Kurz und der Sprecher des »unabhängigen Expertenrats für Integration«, Heinz Fassmann.

Der Integrationsbericht des unabhängigen Expertenrats für Integration dokumentiert die Umsetzung der bisherigen Integrationsmaßnahmen und definiert weitere integrationspolitische Ziele und Handlungsempfehlungen für die nächsten Jahre. Als zentrale Themenschwerpunkte für 2014 wurden Integration von Anfang an, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, die Unterstützung von ausländischen Studierenden sowie Sprachförderung identifiziert.

Schwerpunkt: Integration von EU-BürgerInnen

Aufgrund der intensivierten Zuwanderung aus EU-Staaten setzt der Integrationsbericht 2014 einen weiteren Schwerpunkt auf ZuwanderInnen aus der EU und präsentiert Ergebnisse einer neuen GfK-Umfrage unter EU-MigrantInnen. Darüber hinaus werden Empfehlungen zur Integration von EU-BürgerInnen in Österreich definiert. Das Statistische Jahrbuch „migration & integration 2014“ bietet in seiner aktuellen Ausgabe eine Darstellung zentraler Integrationsindikatoren wie den Bildungsstand von MigrantInnen, Erwerbs- und Arbeitslosenquoten sowie Zahlen zur Identifikation von ZuwanderInnen mit Österreich und präsentiert Zahlen und Fakten zu diesen Themenbereichen.

Die im Vorjahr erstmals präsentierte Datenbank für Integrationsprojekte wurde 2014 aktualisiert und bietet ein umfangreiches Nachschlagewerk integrationsrelevanter Initiativen in Österreich (Links siehe am Ende des Beitrags).

Kurz: Integrationsbericht bestätigt Kurs

„Nicht, wo jemand herkommt, sondern, was jemand leistet, steht im Vordergrund.“ Mit seinem Ansatz „Integration durch Leistung“ hatte Sebastian Kurz (ÖVP) die Integrationspolitik in Österreich völlig neu aufgestellt – mit Erfolg! 90 der Zuwanderer fühlen sich in Österreich heimisch, die gesetzten Maßnahmen wirken. So das positive Resümee aus dem Integrationsbericht 2014 des unabhängigen Expertenrates, der gemeinsam mit Sebastian Kurz präsentiert wurde. Klar ist auch: Die Anstrengungen im Bereich Integration müssen weiter verstärkt werden!

Deutschkenntnisse sind Schlüssel für erfolgreiche Integration

Denn noch immer haben gerade junge ÖsterreicherInnen mit Migrationshintergrund im Bildungsbereich und am Arbeitsmarkt Probleme. Der Schlüssel für deren Lösung liegt im Beherrschen der Sprache Deutsch. Sebastian Kurz setzt bereits bei der sprach-

lichen Frühförderung, also ab dem Kindergarten, an. Die Mittel hierfür werden deutlich erhöht: Ab 2015 stellt der Bund 20 Mio. Euro im Jahr zur Verfügung, die Länder verdoppeln diesen Betrag. So wird der Betrag auf das Jahr 2015 hin beinahe Vervierfacht.

Kinder mit Sprachdefiziten sollen zudem in vorbereitenden Förderklassen, quasi in einem „Crashkurs“, fit für das Regelschulwesen gemacht werden. Kurz unterstreicht, daß sich die Maßnahme allein am Bedarf und nicht an der Herkunft orientiert.

Leistung stärker anerkennen

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, daß im Ausland erbrachte Leistungen in Österreich einfacher anerkannt werden und die „Rot-Weiß-Rot-Karte“ entbürokratisiert sowie modernisiert wird. Ziele muß es sein, die besten Köpfe nach Österreich zu holen bzw. hier zu halten.

Damit zusammen hängt eine echte Willkommenskultur in Österreich. Hier leistet der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) als Erstanlaufstelle wichtige Arbeit – ganz nach dem Motto: „Integration von Anfang an!“ Der ÖIF berät und unterstützt die Zuwanderer bei deren Eingliederung in die Gesellschaft. Dabei geht es auch darum, den MigrantInnen von Beginn an österreichische Werte näherzubringen.

Österreich, Europa und die Welt

Die meisten NeuzuwanderInnen kommen aus der EU

Die Herkunftsgebiete der NeuzuwanderInnen haben sich indes verändert. So kommen immer weniger Menschen aus der Türkei, früher ein Spitzenzuwanderungsland. Heute stellen die größte Zuwanderergruppe die Deutschen dar. Insgesamt kommen mittlerweile 60 Prozent aller ZuwandererInnen aus der EU. Kurz setzt sich daher dafür ein, daß EU-Fördermittel stärker auch für EU-Bürger verwendet werden können.

Yilmaz: Chancen für alle MigrantInnen verbessern

„Integrationspolitik ist der Einsatz für soziale, kulturelle, politische und ökonomische Teilnahme und Teilhabe aller hier lebenden Menschen“, betont SPÖ-Integrationssprecherin Nurten Yilmaz angesichts des Integrationsberichtes. „Es geht um die Erhöhung von Partizipationschancen von Personen mit Migrationsgeschichte in allen gesellschaftlichen Teilbereichen, insbesondere im Schulsystem, am Arbeitsmarkt und auch im politischen System“, so die Abgeordnete. Das Erlernen der gemeinsamen Sprache Deutsch sei von zentraler Bedeutung, aber Integration sei immer „mehrdimensional“.

Die im Integrationsbericht 2014 festgehaltenen Vorschläge und Ideen der ExpertInnen gelte es nun zu diskutieren und gegebenenfalls aufzugreifen, so Yilmaz. Erfreulich sei jedenfalls die Steigerung des Anteils von SchülerInnen mit Migrationshintergrund in maturaführenden Schulen und die Steigerung des „Zugehörigkeitsgefühls“ der neuen ÖsterreicherInnen. „Trotzdem“, so Yilmaz weiter, „gibt es noch viel zu tun, um dem Ziel einer offenen, freien und gleichen Gesellschaft näherzukommen“. Die von der freiheitlichen „Parallelgesellschaft“ ventilerte Forderung nach segregierten „Ausländerklassen“ sei jedenfalls entschieden zurückzuweisen.

Strache: Schönen Worten müssen Taten folgen!

Bei einer Pressekonferenz ging der Bundesparteiohmann der FPÖ, Heinz-Christian Strache, näher auf den Integrationsbericht ein. Er meinte, daß auf die schönen Worte von Sebastian Kurz jetzt auch Taten folgen müßten. Es sei jedoch schön zu sehen, daß die Experten immer mehr Forderungen und Vorschläge der FPÖ übernehmen würden, die früher heftig kritisiert wurden.

Strache betonte auch, daß Integration keineswegs ein Thema des Außenministers,

sondern vielmehr eine Angelegenheit der Innenpolitik sei.

„Das Vorhaben von Minister Kurz, die von ihm propagierte Willkommenskultur jetzt bis in die Botschaften nach Ankara oder Belgrad auszudehnen, ist nicht mehr als ein untauglicher Versuch, diese merkwürdige Ressortzusammenstellung zu rechtfertigen“, so Strache. Positiv ist für ihn, daß der Expertenrat endlich erkannt habe, was die FPÖ schon lange fordere. Nämlich, daß Personen, die am Regelunterricht teilnehmen wollen zuerst die deutsche Sprache erlernen müßten.

Strache übte auch Kritik an den Plänen von Kurz, sich mehr um EU-Bürger zu kümmern, da diese die wenigsten Probleme machen würden. Man sollte sich von Seiten der Regierung lieber auf die Türken konzentrieren, da diese deutlich größere Integrationschwierigkeiten aufweisen würden.

Strache forderte auch die teilweise Schließung des Arbeitsmarktes innerhalb der EU: „In den Branchen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit braucht es eine sektorale Schließung des Arbeitsmarktes auch für Zuwanderer aus der EU und insgesamt anstelle der ‚Rot-Weiß-Rot-Karte‘ ein zeitlich begrenztes Gastarbeitermodell, wie es etwa auch die Schweiz hat, um bei Dauerarbeitslosigkeit auch sicherzustellen, daß die Menschen wieder in ihre Heimat zurückkehren.“ Ausländer, die beispielsweise nur ein Jahr in Österreich arbeiten würden und dann langzeit arbeitslos wären, müßte man laut Strache, ebenso wie straffällige Ausländer, abschieben.

Der FPÖ-Obmann unterstrich auch seine Haltung, daß wenn jemand sich nicht integriere, ihm klar die Grenzen aufgezeigt gehören: „Wer Integration verweigert und dies noch dazu ganz offen mit Worten und Taten zeigt, der muß auch konsequent wieder in seine Heimat abgeschoben werden!“

Korun: In Österreich geborene Kinder einbürgern statt zu »Ausländern« erklären

„Obwohl der neue Integrationsbericht teilweise von positiven Entwicklungen berichtet, braucht es gelebte Chancengleichheit in Österreich für ein besseres Zugehörigkeitsgefühl. Die Politik ist daher gefordert proaktive Maßnahmen zu schaffen, egal ob jemand aus einem EU- oder Nicht-EU-Land stammt. Denn nur wo ich die gleichen Entwicklungs-, Bildungs- und Berufschancen wie andere BürgerInnen habe, dort fühle ich mich auch wirklich zugehörig. Wenn hingegen MigrantInnenkinder überdurchschnitt-

lich oft in Sonderschulen landen, wie das bei uns noch immer der Fall ist, wird klar: Wir brauchen ganz konkrete Maßnahmen und Projekte zur Erreichung von Chancengleichheit“, fordert die Integrationssprecherin der Grünen, Alev Korun.

„Unser StaatsbürgerInnenschaftsrecht vollbringt sogar das Kunststück, aus hier geborenen und aufgewachsenen Kindern, die nie das Ausland gesehen haben, ‚AusländerInnen‘ zu machen, wenn ihre Eltern einen anderen Paß haben. Eine Politik der Chancengleichheit, die das Zugehörigkeitsgefühl fördert, ist aber, diese Kinder bei der Geburt einzubürgern und Chancengleichheit von Anfang an sicherzustellen. Dafür braucht es aktive Maßnahmen in Schule, Beruf und Leben und ein modernes StaatsbürgerInnenschaftsrecht, das hier geborenen, auf Dauer hier lebenden Kindern von Anfang an auch gleiche Chancen garantiert. Das Vorhaben der ÖVP, in das Bildungssystem quereinsteigende Kinder in Parallelklassen zu stecken, wäre hingegen Trennung statt Integration von Anfang an. Die Vorschläge, die ‚Rot-Weiß-Rot-Karte‘ endlich zu modernisieren, und aus dem Ausland mitgebrachte Qualifikationen durch ein modernes Anerkennungsgesetz in und für Österreich besser und rascher fruchtbar zu machen, unterstütze ich“, sagt Korun.

Scherak: ÖVP Kurz zeigt Einsicht bei »Rot-Weiß-Rot-Karte«

NEOS-Wissenschaftssprecher Niki Scherak zeigt sich erfreut über die Aussagen von Bundesminister Sebastian Kurz zur „Rot-Weiß-Rot-Karte“ anlässlich der Präsentation des Integrationsberichtes 2014. Scherak kritisiert in diesem Zusammenhang ÖVP und SPÖ, die die von NEOS bereits im April eingebrachten Anträge im Parlament bis dato nicht zustimmen wollten.

„Es ist höchst an der Zeit, daß Teile der Bundesregierung die NEOS Reformvorschläge zur ‚Rot-Weiß-Rot-Karte‘ aufnehmen. Ganz wichtig wäre es allerdings, wenn es ein umfassendes Bekenntnis der gesamten Regierung dazu gibt und dieses auch im Parlament Gehör findet. Trotzdem ist es schön zu sehen, daß hier offensichtlich etwas weitergeht. Wir werden insofern ein weiteres Mal eine Initiative im Parlament starten. Dann werden wir ja sehen, ob den Worten endlich auch Taten folgen“, schließt Scherak. ■

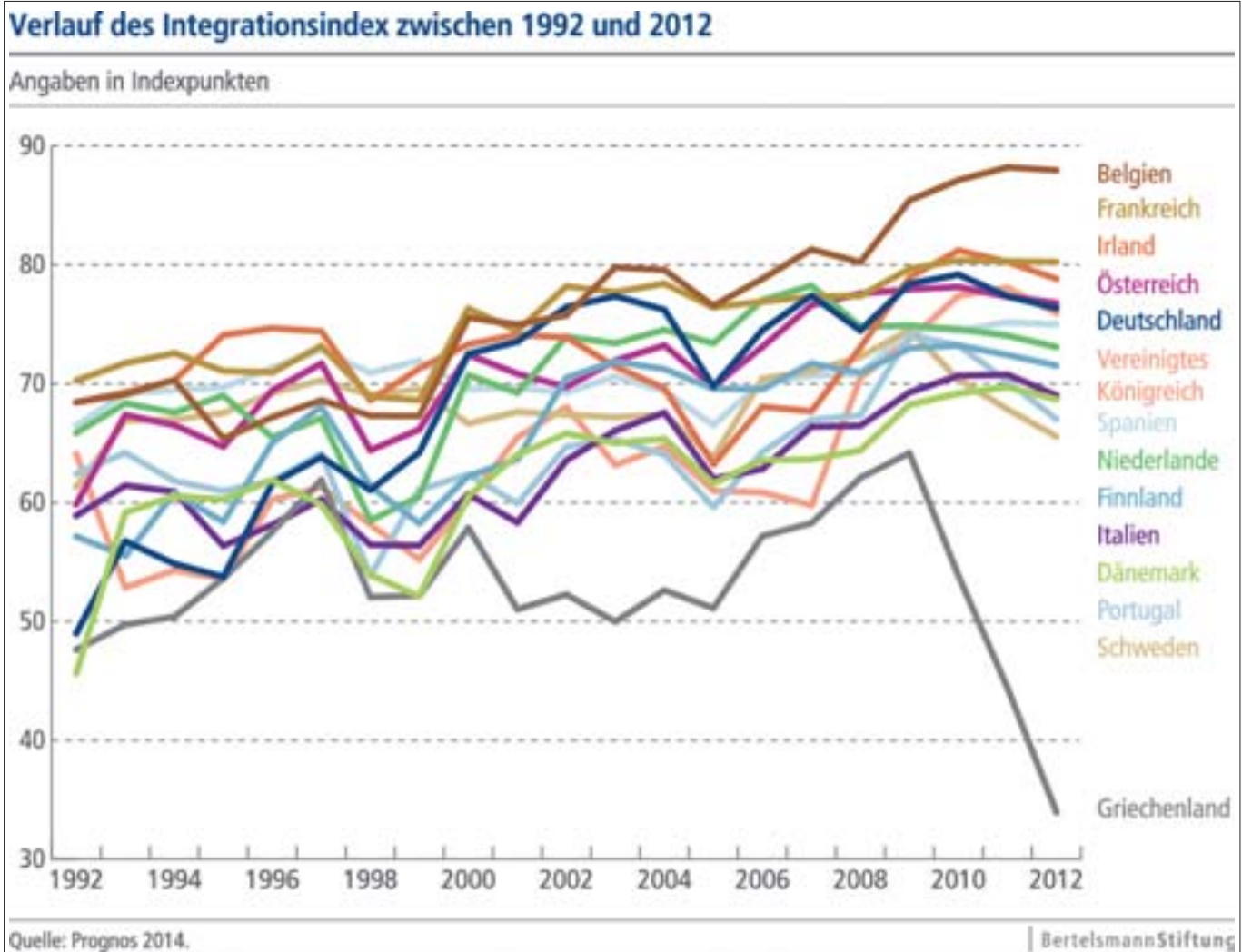
<http://www.integrationsfonds.at>

Die Datenbank zu Integrationsprojekten in Österreich finden Sie hier:

<http://www.bmeia.gv.at/ausseministerium/integration/integrationsbericht/datenbank-integrationsprojekte.html>

Je stärker die Integration, desto höher der Vorteil

Dänemark, Deutschland und Österreich größte Gewinner der europäischen Integration seit Schaffung des EU-Binnenmarkts



Die zunehmende europäische Integration im EU-Binnenmarkt hat sich seit 1992 für alle Gründungsländer positiv auf deren Wirtschaftswachstum ausgewirkt. Besonders stark profitierte Deutschland. Von 1992 bis 2012 ließ das Zusammenwachsen Europas das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland in jedem Jahr um durchschnittlich 37 Milliarden Euro steigen. Das entspricht einem jährlichen Einkommensgewinn von 450 Euro pro Einwohner. Höhere Gewinne in diesem Zeitraum verzeichnete lediglich Dänemark. Die durch den Binnenmarkt ausgelösten Wachstumseffekte fallen von Land zu Land sehr unterschiedlich aus – abhängig etwa vom jeweiligen Ausbau der

Handelsbeziehungen und der Anpassung an konjunkturelle Verläufe innerhalb der EU. Insgesamt gilt: je stärker die eigene Integration, desto höher der volkswirtschaftliche Nutzen. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle Studie der Prognos AG im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

Den höchsten integrationsbedingten BIP-Zuwachs aller Gründungsländer im EU-Binnenmarkt verzeichnete Dänemark mit jährlich 500 Euro pro Kopf. Auf das zweitplatzierte Deutschland folgen Österreich (280 Euro), Finnland (220 Euro) sowie Belgien und Schweden (je 180 Euro). Deutlich geringere Zuwächse weisen die südlichen EU-Länder auf. So liegt der durchschnittliche

jährliche Einkommenszuwachs aufgrund zunehmender europäischer Integration in Italien bei 80, in Spanien und Griechenland bei 70 und in Portugal bei 20 Euro pro Einwohner. Am Ende der Liste findet sich das Vereinigte Königreich mit 10 Euro pro Einwohner. Das Zusammenwachsen Europas hat vor allem jenen Volkswirtschaften geholfen, die wirtschaftlich besonders eng mit den übrigen EU-Ländern verflochten sind und damit auch einen konjunkturell ähnlichen Verlauf wie der EU-Durchschnitt aufweisen.

Eine zentrale Rolle für das Zusammenwachsen Europas spielt der Binnenmarkt. Sein Fundament ist der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Ka-

Österreich, Europa und die Welt

pital. Diese vier Grundfreiheiten bauen Handelshemmnisse zwischen den beteiligten Ländern ab und machen Importe preiswerter, was die Kaufkraft der Konsumenten erhöht. Der Binnenmarkt ermöglicht es somit den Unternehmen, für einen größeren Markt zu produzieren und über die Vorteile der Massenproduktion die Preise weiter zu senken. Die grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitskräften und Kapital führt schließlich dazu, daß Produktionsfaktoren dort eingesetzt werden können, wo sie die größte Wertschöpfung erzeugen, was ebenfalls einen Wachstumsimpuls darstellt.

Primäres Ziel der Schaffung eines gemeinsamen Markts war die Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstands der Bürger. Diese Erwartung hat der gemeinsame Markt erfüllt. „Der EU-Binnenmarkt ist das Herzstück der europäischen Integration und beschleunigt das Wirtschaftswachstum in allen Mitgliedsstaaten“, sagte Thieß Petersen, Wirtschaftsexperte der Bertelsmann Stiftung. Die positiven Effekte einer stärkeren europäischen Integration, die die Studie in der Langfristperspektive nachweist, sollte die EU bestärken, den Binnenmarkt weiter zu vertiefen.

Chancen auf zusätzliche Wachstumsimpulse bietet vor allem der Ausbau des europäischen Dienstleistungs- und Arbeitsmarkts. Während der gemeinsame Markt für Waren bereits sehr gut funktioniert, gibt es im Dienstleistungsbereich noch Nachbesserungsbedarf. So machen Dienstleistungen gegenwärtig rund 70 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts aus, aber nur 20 Prozent des grenzüberschreitenden Handels zwischen den EU-Ländern. Geeignete Maßnahmen zur Förderung der grenzüberschreitenden Versorgung mit Dienstleistungen innerhalb der EU wären eine bessere Standardisierung von Dienstleistungen und die vollständige Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie. Die Arbeitsmobilität innerhalb der EU erhöhen könnten die schnelle und unbürokratische Anerkennung der im Heimatland erworbenen Qualifikationen und Abschlüsse, bessere grenzüberschreitende Informationen über Stellenangebote und eine erleichterte Mitnahme von Ansprüchen in der Sozialversicherung.

Zur Methodik der Studie: Um die Wachstumseffekte des europäischen Binnenmarktes zu quantifizieren, mißt die Studie die europäische Integration mit Hilfe eines eigenen Indexes. Daran läßt sich ablesen, wie eng die Staaten wirtschaftlich miteinander verbunden sind. Der Index wurde für den

Zeitraum von 1992 bis 2012 und für 14 Mitgliedstaaten der EU-15 entwickelt (für Luxemburg lassen sich aufgrund von großen Datenlücken keine verlässlichen Indexwerte bilden). Mittels Regressionsanalysen ermittelt die Studie ökonomisch, welchen Einfluß ein Anstieg des Integrationsindex

auf die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner hatte. In einem letzten Schritt wurde berechnet, wie sich das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den 14 Ländern entwickelt hätte, sofern die europäische Integration seit 1992 nicht vorangeschritten wäre. ■

Eurobarometer

Bürger beurteilen Zukunft der EU positiver

Die erste EU-weite Meinungsumfrage seit der Wahl zum Europäischen Parlament im Mai zeigt positive Entwicklungen: Laut dem am 25. Juli veröffentlichten Standard-Eurobarometer sehen die BürgerInnen die Zukunft der EU wieder optimistischer. Dank der Debatten bei den Europawahlen haben auch immer mehr Menschen den Eindruck, daß ihre Stimme in der EU zählt.

Immer mehr Menschen haben den Eindruck, daß ihre Stimme zählt

Die Zahl der BürgerInnen, die der Ansicht sind, daß ihre Stimme in der EU zählt, von 29 Prozent im November 2013 auf 42 gestiegen. Dies ist der höchste Stand, seit diese Frage vor zehn Jahren in die Standard-Eurobarometer-Umfrage aufgenommen wurde. Zudem fühlen sich nun 65 Prozent der Europäer als EU-Bürger, verglichen mit 59 in der letzten Eurobarometer-Umfrage vom Herbst.

Vizepräsident Maroš Šefcovic, zuständig für interinstitutionelle Beziehungen und Verwaltung, erklärte hierzu: „Wir haben schwierige Zeiten hinter uns, aber nun scheint sich das Blatt für Europa zu wenden. Unsere gemeinsamen Anstrengungen, Europa auf den Pfad der wirtschaftlichen Erholung zu führen, zeigen nun Wirkung. Nicht nur bei den Konjunkturindikatoren ist ein Aufwärtstrend zu beobachten, auch die Einschätzung der Bürgerinnen und Bürger zur Wirtschaftslage ist positiver. Es sind sicherlich auch die zahlreichen Debatten rund um die Europawahl – nicht zuletzt die Bürgerdialoge und das Spitzenkandidatenprinzip, die Europa den Bürgerinnen und Bürgern nähergebracht haben.“

Wirtschaftslage und Zukunft der EU werden zunehmend positiv beurteilt

Zum ersten Mal seit dem Beginn der Finanzkrise vor sieben Jahren glauben wieder mehr Europäer, daß sich die wirtschaftli-

che Lage in den nächsten 12 Monaten verbessern wird, und fast drei Viertel rechnen nicht mit einer negativen Entwicklung. Und zum ersten Mal seit Jahren ist der Anteil der Europäer, die der Auffassung sind, daß die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt erreicht haben, größer als der Anteil derjenigen, die befürchten, das Schlimmste stehe noch aus.

Der Euro findet immer breitere Unterstützung

Während Litauen sich für die Einführung der einheitlichen europäischen Währung bereitmacht, ist die Zahl der LitauerInnen, die dem Euro positiv gegenüberstehen, (seit dem letzten Herbst) um 10 Prozentpunkte gestiegen. Diese Entwicklung ist auch in anderen Ländern der EU zu beobachten: +10 Prozentpunkte in Lettland und Zypern, +5 Prozentpunkte in Portugal und Griechenland.

Und schließlich sehen die EU-BürgerInnen die Zukunft der EU optimistischer. Seit November letzten Jahres hat die Zahl derer, die die Zukunft der EU positiv beurteilen, um fünf Prozentpunkte zugenommen, während die Zahl der Pessimisten um fünf Prozentpunkte gesunken ist (siehe Punkt 6 der Anlage). Mehr als die Hälfte der Menschen sind nun optimistisch eingestellt, und nur zwei von fünf teilen diese Einschätzung nicht in vollem Umfang.

50 Prozent der ÖsterreicherInnen sind der Meinung, daß ihre Stimme in der EU zählt. Zudem fühlen sich nun 65 Prozent der EuropäerInnen und 77 Prozent der ÖsterreicherInnen als EU-BürgerInnen. 67 Prozent der ÖsterreicherInnen und 55 Prozent der EuropäerInnen unterstützen den Euro.

Die Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2014 wurde vom 31. Mai bis zum 14. Juni 2014 in persönlichen Gesprächen durchgeführt. Insgesamt wurden 32.689 Personen in allen EU-Mitgliedsstaaten sowie den Kandidatenländern befragt. ■

Zukunftspotentiale der BRICS-Länder

Österreichs Exporteure mit guten Marktchancen – Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner will Potential der BRICS noch besser ausschöpfen und Weg zur Technologieführerschaft unterstützen

Im Auftrag des Wirtschaftsministeriums hat eine neue Studie von OeKB Research Services und IHS das Potential von Brasilien, Rußland, Indien, China und Südafrika für Österreichs Wirtschaft beleuchtet. Österreichs Außenhandelsverflechtung mit den BRICS-Ländern hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen: Zwischen 2005 und 2013 stiegen die Exporte in diese Ländergruppe um durchschnittlich acht Prozent pro Jahr. Der Beitrag zur Entwicklung der heimischen Wertschöpfung wurde zuletzt auf 7,3 Milliarden Euro geschätzt. 872 Millionen Euro davon stammen aus mittelbaren Exporten heimischer Zulieferer via Deutschland in die BRICS-Staaten. „Wir wollen das Potential der BRICS-Märkte in Zukunft noch besser ausschöpfen und die Exportaktivitäten unserer Unternehmen gezielt in diese Richtung unterstützen. Eine wichtige Basis dafür ist ein fundiertes Wissen über Geschäftschancen, Herausforderungen und Erfolgsfaktoren in großen Wachstumsmärkten“, begründet Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner die Ziele der Marktanalyse, die am 9. Juli im Wirtschaftsministerium präsentiert wurde.

Einerseits hat die Studie eine makroökonomische sowie struktur- und sektorspezifische Untersuchung dieser Märkte durchgeführt. Andererseits wurde die mikroökonomische Perspektive aus Sicht der derzeitigen und potentiellen Akteure eingeholt sowie durch Expertenwissen untermauert. Ein Ergebnis ist, daß die rund 400 befragten Unternehmen die fünf BRICS-Märkte sehr unterschiedlich einschätzen. Der regionale Fokus liegt eindeutig auf Rußland: 82 Prozent der befragten Unternehmen sind dort tätig, schwerpunktmäßig über Exporte. Rußland wird gemäß der Umfrage auch mittel- bis langfristig trotz politischer Risikofaktoren das höchste Potential zugesprochen. China ist der zweitwichtigste Zielmarkt (65 Prozent sind dort aktiv), gefolgt von Indien (56 Prozent) und Brasilien (52 Prozent). In Südafrika sind 44 Prozent der befragten Unternehmen engagiert. Wichtigste Motivationsfaktoren für ein Engagement in den BRICS



Foto: Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner: »„Wir wollen das Potential der BRICS-Märkte in Zukunft noch besser ausschöpfen und die Exportaktivitäten unserer Unternehmen gezielt in diese Richtung unterstützen.«

sind vor allem Marktgröße und Wachstum. In China und Indien werden zudem Produktions- und Lohnkostenvorteile als entscheidende Motive genannt.

Was macht BRICS-Märkte attraktiv, was macht sie schwierig?

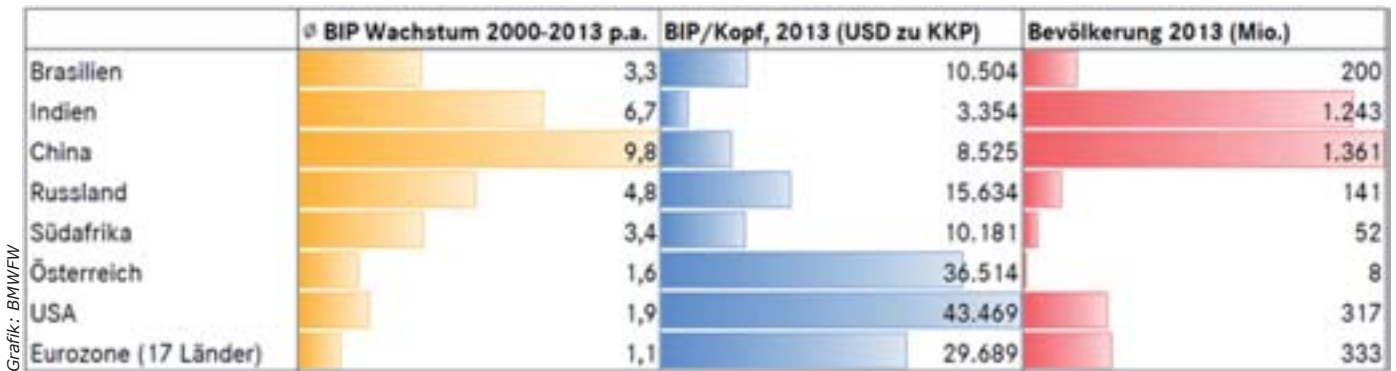
Als entscheidende Erfolgsfaktoren nennen die Unternehmen für Indien, China und Südafrika an erster Stelle gute Kontakte vor Ort und lokale Netzwerke. In Russland und Brasilien wird die Produktqualität als wesentliches Asset gesehen. Sehr wichtig ist zudem in sämtlichen BRICS die Reputation der ÖsterreicherInnen als verlässliche Geschäftspartner sowie eine gründliche Marktkennntnis und qualifizierte Arbeitskräfte vor Ort. Als größte Hürde für ein Engagement in den BRICS werden Faktoren wie die dortige Bürokratie oder auch Rechtsunsicherheit genannt. Bezogen auf die einzelnen Länder stellen aus Unternehmenssicht in Brasilien die vergleichsweise hohen Steuern und Abgaben ein Problem dar, in Indien die geringen erzielbaren Preise, in Rußland die finanziellen Risiken und in China der unzurei-

chende Marken- und Patentschutz, wie es in der Studie heißt.

In welchen Sektoren liegen Geschäftschancen für Österreich?

Die wichtigste Exportbranche Österreichs in Bezug auf die BRICS-Märkte ist der Maschinenbau, dessen Anteil an den Gesamtausfuhren in die BRICS zwischen 15 Prozent (Südafrika) und 35 Prozent (China) liegt. Damit positioniert sich Österreichs Exportwirtschaft primär im mittleren Technologiesegment, konnte in den vergangenen Jahren aber auch im High-Tech-Segment zulegen. In Anbetracht des steigenden globalen Wettbewerbs im Medium-High-Tech-Sektor sind Österreichs Unternehmen gemäß Studie gut beraten, auch in Zukunft ihre Strategie der Nischenbesetzung in Verbindung mit Technologieführerschaft fortzuführen. Interessante Perspektiven ergeben sich auch für Anbieter von spezialisierten Produkten und wissensintensiven Dienstleistungen. Gerade bei der Modernisierung der Infrastruktur (Verkehr, Stadtentwicklung, Abwasserwirtschaft, Kraftwerksbau, Umwelttechnologie,

Österreich, Europa und die Welt



Grafik: BMWFV

Eckdaten zu BRICS im Vergleich zu Österreich, Eurozone und USA (Quellen: OECD, IMF, Eurostat, Berechnungen OeKB Research Services)

etc.) ist der Bedarf enorm. „Hier können Österreichs Unternehmen mit ihrem Erfahrungswissen und mit technischem Know-how punkten“, betont Mitterlehner. Für High-Tech-Nischenanbieter bieten sich Geschäftsmöglichkeiten unter anderem bei Mautsystemen und Verkehrsüberwachungssoftware sowie Verkehrs- und Signalanlagen. „Weitere Chancen bieten der starke Trend zur Urbanisierung und die demografische Entwicklung, zum Beispiel in der Medizintechnik“, so Mitterlehner unter Verweis auf die Studie.

Handlungsoptionen: Mitterlehner will Technologieführerschaft forcieren

Die breit gefächerten Empfehlungen richten sich unter anderem an die Industrie- und Innovationspolitik, wobei auch die Bildungspolitik gefordert ist. „Die im internationalen Vergleich hohe F&E-Intensität sollte in Zukunft noch stärker unterstützt werden, damit wir uns verstärkt über die Technologieführerschaft in Marktnischen positionieren können“, bekräftigt Mitterlehner. Österreich habe zudem gute Chancen, im High-Tech-Segment an Stärke zu gewinnen. Laut Studie muß dafür die Entwicklung von Schlüsseltechnologien vorangetrieben und entsprechend den wirtschaftlichen Anforderungen gesteuert werden, um Innovationskraft und Patentdynamik zu forcieren. Zudem sollte das kreative Potenzial der jungen Generationen möglichst früh geweckt werden. Ein weiterer Ansatz zielt auf die Förderung von Direktinvestitionen, um eine stärkere Positionierung innerhalb der internationalen Wertschöpfungsketten zu schaffen.

Zur Unterstützung werden österreichische Exporteure und Investoren im Rahmen der Internationalisierungsoffensive „go international“ gefördert, die vom Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFV) finanziert und von der Außenwirtschaftsorganisation der WKO „Außenwirtschaft Austria“ umgesetzt wird.

„Die BRICS-Staaten sind ein regionaler Schwerpunkt unserer Initiative: 22 Prozent der knapp 1000 bereits durchgeführten und geplanten Veranstaltungen betreffen die BRICS-Region“, betont Mitterlehner. „Wir unterstützen vor allem Klein- und Mittelbetriebe beim ersten Schritt in den Export, der Eroberung von Fernmärkten und der Ver-

marktung ihrer Innovationen“, so Mitterlehner. Weitere IO-Instrumente sind die Unterstützung des Besuchs wichtiger Branchentreffs, von Kongressen und Messen sowie die Teilnahme an Forschungsk Kooperationen. Neben Marktstudien werden auch Rechtsberatungen und Risikoanalysen durchgeführt und den Unternehmen angeboten. ■

Moderne Insolvenzvorschriften

Durch die Vernetzung der Datenbanken der sieben Mitgliedsstaaten Tschechische Republik, Deutschland, Estland, Niederlande, Österreich, Rumänien und Slowenien leitete die Europäische Kommission am 7. Juli die EU-weite Verknüpfung nationaler Insolvenzregister ein. Weitere Länder dürften sich zu einem späteren Zeitpunkt anschließen. Diese erste Vernetzung dient als zentrale Anlaufstelle für Unternehmen, Gläubiger und Investoren, die in Europa investieren wollen. Dank der auf einer Website, dem europäischen e-Justice Portal, verfügbaren Informationen können Unternehmer die gleichen Überprüfungen wie bei Investitionen in ihren Herkunftsländern vornehmen, und Gläubiger können mit diesem System Insolvenzfälle in einem anderen EU-Mitgliedsstaat verfolgen.

„Ein grenzübergreifender Zugang zu Informationen über Insolvenzen ist für einen gut funktionierenden Binnenmarkt und den europäischen Rechtsraum von entscheidender Bedeutung“, so Johannes Hahn, EU-Kommissar für Justiz. „Von den Unternehmen hängt ein Großteil unseres Wohlstands und der Arbeitsplätze ab. Wenn Anleger ihr Geld in andere europäische Länder investieren sollen, müssen Informationen über Insolvenzen leicht zugänglich, mehrsprachig und transparent sein. Hierfür sorgt die Vernetzung der Insolvenzregister über das e-Justice Portal. Heute machen wir einen

wichtigen Schritt in Richtung auf eine effiziente und wirksame Justiz, die das Wirtschaftswachstum fördert.“

Der Zugang zu EU-weiten Insolvenzregistern verbessert die Effizienz und Wirksamkeit grenzübergreifender Insolvenzverfahren. Zu den konkreten Vorteilen gehören:

- ein schnellerer Zugang in Echtzeit zu Informationen von wesentlicher Bedeutung für Unternehmensentscheidungen mittels einer einzigen Anlaufstelle;
- kostenlose zentrale Insolvenzinformationen in den Sprachen der Europäischen Union;
- klare Erläuterungen der Insolvenzterminologie und -systeme der teilnehmenden Mitgliedsstaaten zum besseren Verständnis ihres Inhalts.

Das Pilotprojekt ist ein erster Schritt auf dem Weg zu einem EU-weiten Netz der Insolvenzregister. Die Initiative ist im Vorfeld des modernisierten europäischen Insolvenzrechts zu sehen, das den Mitgliedsstaaten die Veröffentlichung wichtiger Informationen über Insolvenzverfahren in elektronischen Insolvenzregistern zwingend vorschreibt (48 Monate nach der Verabschiedung). Diese Informationen müssen öffentlich über das Internet zugänglich und mit dem e-Justice Portal vernetzt sein. Die Verordnung dürfte bis Ende des Jahres verabschiedet werden. ■

<https://e-justice.europa.eu/>

Euregio forscht

Beirat trat erstmals zusammen – konstituierende Sitzung in Bozen



Foto: Landespresseamt Südtirol / Rainer

Teilnehmer der ersten Sitzung mit den Landeshauptmännern Günter Platter (2.v.l.) und Arno Kompatscher (2.v.r.)

Die Ausschreibung für den mit einer Million Euro dotierten Euregio-Forschungsförderungsfonds startet Ende August. Eingeladen sind in erster Linie mehrjährige Forschungsprojekte, die alle drei Forschungsstandorte der Europaregion einbinden, unabhängig von der Fachrichtung. „Im Mittelpunkt steht die gemeinsame Forschung in der Europaregion. Wir wollen die besten Projekte und Köpfe unterstützen, damit die Wissenschaft in Tirol, Südtirol und dem Trentino weiter zusammenwächst“, freut sich Euregio-Präsident LH Günther Platter im Anschluß an die konstituierende Sitzung des Euregio-Forschungsbeirats, der 11. Juli in Bozen zum ersten Mal tagte. Ebenfalls auf der Tagesordnung stand der eigens eingerichtete Mobilitätsfonds für den Austausch von Lehrkräften und Studenten.

Beim ersten Treffen des Beirats dabei war Tirols LH Günther Platter, der in seiner Eigenschaft als Präsident des Europäischen Verbunds territorialer Zusammenarbeit (EVTZ) auch dem Beirat vorsteht, sowie sein Südtiroler Amtskollege LH Arno Kompatscher und LRin Sara Ferrari als Vertreterin der Trentiner Landesregierung. Im Beirat wirken für Tirol Wissenschaftslandesrat Bernhard Tilg und Innsbrucks Uni-Rektor Tilmann Märk, für Südtirol Ressortdirektorin Andrea Zeppa und Bozens Uni-Rektor Walter Lorenz sowie für das Trentino Mariano Anderle und Trients Uni-Rektorin Daria de Pretis mit.

Eine der zentralen Säulen der Europaregion sind die Zukunftsthemen Wissenschaft und Forschung. Die Gesamttiroler Zusammenarbeit in diesem Gebiet nimmt immer konkretere Formen an und entwickelt sich zum Leuchtturmprojekt der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino. Aufgabe des Euregio-Forschungsbeirats ist es, über das Fortschreiten der Zusammenarbeit zu wachen und vor allem konkrete Anstöße zu geben. Der Beirat hat sich dabei nicht nur zur konstituierenden Sitzung getroffen, sondern gleich schon Nägel mit Köpfen gemacht. So wurde eine erste Ausschreibung im Rahmen der Forschungsförderung vorbereitet.

Die Ausschreibung wird sich auf jeden Fall an Forschungsprojekte richten, die an allen drei Forschungsstandorten gemeinsam betrieben werden. Es sind somit Verbundforschungsprojekte mit einem gemeinsamen Forschungsziel und gemeinsamer Durchführung. Die Dauer wird drei Jahre betragen, die Projektgröße zwischen 250.000 und höchstens 500.000 Euro betragen. Der Beirat wird auf Grundlage der Begutachtung durch den renommierten österreichischen Wissenschaftsfonds FWF mindestens je ein Projekt aus den Forschungsbereichen Naturwissenschaften-Technik-Medizin und Geistes-, Rechts- und Sozialwissenschaften zur Förderung empfehlen.

Anspruchsberechtigt sind Forscher aller Universitäten, Fachhochschulen und Forschungsstätten.

Weiters hat der Beirat empfohlen, daß der EVTZ Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino gemeinsam mit den Universitäten Innsbruck, Bozen und Trient einen mit 100.000 Euro pro Jahr dotierten Mobilitätsfonds zur Unterstützung des Austauschs von Lehrkräften und Studenten zügig noch im laufenden Jahr 2015 umsetzt. Damit wird es schon im kommenden Wintersemester selbstverständlich werden, daß etwa ein Professor aus Trient auch Vorlesungen an der Uni Innsbruck hält oder Studierende aus Innsbruck Blockseminare in Bozen besuchen.

Positiv vermerkt wurde, daß sowohl das Präsidium als auch das Kuratorium des österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) bereits im Juni die Zusammenarbeit mit der Europaregion genehmigt haben. Für 2015 und 2016 ist die Durchführung weiterer Ausschreibungen des Euregio-Forschungsförderungsfonds geplant. Ausschreibung, Einreichung und Evaluierung der Projekte werden in englischer Sprache erfolgen. Damit wird dem Ziel der Internationalisierung entsprochen, indem die ForscherInnen an die Standards bei gemeinsamen EU-Projekten herangeführt werden. Ende August soll die Ausschreibung veröffentlicht werden. Interessierte können sich bereits im Vorfeld beim Büro der Europaregion melden, um Basisinformationen einzuholen und sich vorzubereiten. ■

<http://www.europaregion.info>

Burgenlands Politspitze bei den Bayreuther Festspielen

Landeshauptmann Niessl und Kulturlandesrat Bieler als Ehrengäste in der bayrischen Kulturmetropole



Landeshauptmann Hans Niessl und Kulturreferent Landesrat Helmut Bieler mit Gattinnen wurden als Ehrengäste zur Eröffnung der Festspiele von Bayreuths Oberbürgermeisterin Brigitte Merk-Erbe (im Bild mit Gatten Thomas Erbe) begrüßt.

Richard Wagners „Tannhäuser“ in der Regie von Sebastian Baumgarten stand am 25. Juli am Programm des Eröffnungstags der Bayreuther Festspiele 2014. Im Rahmen der Kulturpartnerschaft des Landes Burgenland mit der bayrischen Metropole waren Landeshauptmann Hans Niessl und Kulturreferent Landesrat Helmut Bieler als Ehrengäste von Bayreuths Oberbürgermeisterin Brigitte Merk-Erbe zur Festveranstaltung geladen. Die seit 1990 bestehende

Kulturpartnerschaft gründet in der Verbindung von Bayreuth zu Raiding, dem Geburtsort von Richard Wagners Schwiegervater Franz Liszt, und wird durch Kooperationen in den Bereichen Kultur, Wissenschaft, Forschung und Tourismus geprägt. „Bayreuth und das Burgenland verbindet über die Zusammenarbeit hinaus eine langjährige Freundschaft, die durch auch durch gegenseitige Besuche wie hier bei den Wagner-Festspielen oder beim Liszt-Festival in Rai-

ding gepflegt wird. Die großartige Musik von Liszt und Wagner ist damit Wegbereiter und Bindeglied der Partnerschaft und Freundschaft“, erklärten Niessl und Bieler vor der Premiere.

Die Richard-Wagner-Stiftung Bayreuth ist verpflichtet, das Festspielhaus zur Durchführung der Festspiele an den Festspielunternehmer zu vermieten. Seit 1986 ist das die Bayreuther Festspiele GmbH, die – mit Vertrag auf Lebenszeit – von Richard Wagners Enkel Wolfgang Wagner als Gesellschafter-Geschäftsführer geleitet wurde. Er selbst ist am 31. August 2008 von seinem Amt zurückgetreten, als Nachfolgerinnen wurden vom Stiftungsrat seine beiden Töchter Eva und Katharina bestimmt. 2013 erhielten die beiden Intendantinnen des Festspielhauses der Bayreuther Festspiele für ihre Verdienste um die Partnerschaft Burgenland-Bayreuth vom Land Burgenland das Große Ehrenzeichen des Landes.

Am Rande der Festspiele konnte Landeshauptmann Hans Niessl auch Gespräche mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer sowie dessen Vorgänger Edmund Stoiber führen. Niessl lud den Seehofer zu einem Besuch ins Burgenland ein, der sich über die Einladung erfreut zeigte. Niessl thematisierte auch die Internationalisierung des Burgenlandes sowie den Ausbau der wirtschaftlichen Kontakte zu Bayern. ■



Fotos: Bgld. Landesmedienservice

Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer sowie dessen Vorgänger Edmund Stoiber.

Oö. Gold für Pavel Kohout

Pavel Kohout, Proponent und Mitunterzeichner der Charta 77 in der damaligen Tschechoslowakei, von LH Josef Pühringer aus Anlaß des Jubiläumsjahres »25 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs« nach Oberösterreich eingeladen worden.



Foto: Land OÖ / Kraml

v.l.: Der Botschafter der tschechischen Republik in Österreich, Jan Sechter, Pavel und Jelena Kohout und LH Josef Pühringer

Unsere tschechischen Nachbarn haben im Spätherbst des Jahres 1989 Weltgeschichte mitgeschrieben, und zwar friedlich und mutig zugleich. Dafür haben gerade tschechische Bürgerrechtler wie Pavel Kohout seit den 1970er-Jahren den Boden aufbereitet“, betonte Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer am 15. Juli bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in Linz.

Goldenes Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich

„Meine Auszeichnungen in Österreich, Deutschland und in der Schweiz verdanke ich der Tatsache, daß man mich dort in der besseren Hälfte meines Lebens kennengelernt hat.“ Dieser launige Satz stammt von Pavel Kohout, der einer der bedeutendsten Schriftsteller der Tschechischen Republik ist. Am 20. Juli 1928 geboren, hat er die vielfältigen politischen Veränderungen, die seinem Heimatland im 20. Jahrhundert widerfuhren, hautnah miterlebt. Analog zu diesen politischen Veränderungen hat sich auch Pavel Kohout vom anfänglich überzeugten Kommunisten hin zu einem der bedeutendsten Regimekritiker und Dissidenten der damaligen ČSSR gewandelt. Und dies obwohl er in der kommunistischen Zeit anfänglich einer der meistgespielten Autoren war.

Pavel Kohout gilt als einer der Wortführer des Prager Frühlings (1968) und unterzeichnete im Jänner 1977 gemeinsam mit

dem späteren Staatspräsidenten Vaclav Havel, mit Jiri Dienstbier und Jiri Hájek die sogenannte Charta 77.

Pavel Kohout machte damit auf außerordentlich mutige Weise auf zahlreiche anhaltende Menschenrechtsverletzungen in der ČSSR aufmerksam.

Menschenrechtsverletzungen, die im totalitären politischen System der ČSSR laufend erfolgten, obwohl vom damaligen tschechoslowakischen Außenminister nur zwei Jahre zuvor, am 1. August 1975, in Helsinki, die KSZE-Schlußakte unterzeichnet worden waren.

Pavel Kohout hat die Freiheit des Individuums damals über die Macht des Kollektivs gestellt, hat dem Humanismus gegenüber dem Kommunismus den Vorzug gegeben, hat die Individualität über die Ideologie gestellt und damit in Kauf genommen, daß ihn der Bannstrahl des Regimes ereilte, er am Ende in der ČSSR totgeschwiegen, gegen seinen Willen ausgebürgert und nach Österreich abgeschoben wurde, wo er quasi eine zweite Heimat fand.

Fall des Eisernen Vorhangs vor 25 Jahren

Da es heuer 25 Jahre her ist, daß der Eisernen Vorhang fiel, nahm das offizielle Oberösterreich dieses freudige Jubiläum zum Anlaß, um Pavel Kohout für sein Lebenswerk – und zwar für sein literarisches

und sein politisches – mit dem „Goldenen Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich“ zu ehren. Die Auszeichnung fand im Rahmen eines Festaktes am 15. Juli im Linzer Schloßmuseum statt.

Die Bevölkerung von Oberösterreich war – obwohl der Eisernen Vorhang über viele Jahrzehnte eine nahezu unüberwindbare Barriere bildete – an den Vorgängen in der ČSSR, die sich zwischen 1949 und 1989 ereignet haben, immer sehr interessiert. Viele unserer Landsleute waren persönlich betroffen, weil sie z.B. ihre alte Heimat nicht mehr besuchen konnten oder als sie erleben mußten, daß der Traum des Prager Frühlings mit Panzern niedergewalzt wurde.

Daher wiegt es aus oberösterreichischer Sicht umso mehr, daß Pavel Kohout durch sein Denken und Handeln, durch seinen Einsatz der Sprache und seine Bereitschaft, um des Kampfes für die Freiheit willen sogar Repressalien eines totalitären Regimes in Kauf zu nehmen, entscheidend dazu beigetragen hat, daß sich immer wieder „Rostlöcher“ in den Eisernen Vorhang gefressen haben und daß diese Grenze des Unrechts am Ende verschwand.

Böhmen und Oberösterreich sind damit von einer geopolitischen Randlage wieder mitten ins Herz Europas zurückgekehrt, womit sich den Menschen diesseits und jenseits der Grenze viele neue Chancen und Perspektiven eröffnet haben. ■

»Stolpersteine«

In Klagenfurt wurden zwölf Stolpersteine vor Wohnadressen von Menschen gelegt, die in der Zeit des Nationalsozialismus ermordet wurden.



Foto: Stadtpresse / Fritz

v.l.: Robert Uri (Urenkel v. Samuel und Regine Linker), Univ.Prof. Peter Gstettner, Gemeinderätin Sieglinde Trannacher, Bürgermeister Christian Scheider, Robert Uri (Urenkel v. Samuel und Regine Linker) und Georg Lexner (Urenkel v. Georg Lexner)

Mit dem Kunst- und Erinnerungsprojekt „Stolpersteine“ wird an das Schicksal jener Menschen erinnert, die in der Zeit des Nationalsozialismus vertrieben, deportiert und ermordet wurden. In der zweiten Phase des internationalen Projekts wurden in Klagenfurt am 4. Juli weitere zwölf pflastersteinförmige Messingtafeln gelegt, in welche Name und Jahrgang der Opfer graviert sind, ebenso wie jener Ort, an dem sie auf grauenvolle Weise ihr Leben lassen mußten.

„Mit der heutigen ‚Stolperstein‘-Legung erinnern wir uns an Opfer des Widerstandes, der Euthanasie und an die jüdischen Bürgerinnen und Bürger, die in Klagenfurt gewohnt, gelebt und gearbeitet haben“, sagte Bürgermeister Christian Scheider beim Festakt im Landhaushof. Er betonte die internationale Bedeutung dieses Erinnerungsprojektes: „Der Kölner Künstler Günther Demnig hat bereits mehr als 35.000 Stolpersteine in ganz Europa gesetzt. Auch unsere erste Phase im März 2012 mit elf Steinen hat sich weit über die Grenzen des Landes herum gesprochen. Wir begrüßen heute Angehörige von Opfern bei uns, die aus Israel angereist sind und auch eine Abordnung aus der Partnerstadt Dachau ist gekommen, um diesem Akt des Gedenkens und Erinnerns beizuwohnen“, so der Bürgermeister.

Scheider dankte den Initiatoren des Projekts in Klagenfurt, Gemeinderätin Sieglinde Trannacher, die für die Österreichisch-Israelische Gesellschaft tätig ist, Universitätsprofessor Peter Gstettner (Beirat für Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Klagenfurt) und dem eigens für die diese zweite Phase angereisten Kölner Künstler Günther Demnig, der jeden einzelnen Stein persönlich vor den Wohnadressen der Opfer gesetzt hat.

Der Bürgermeister wies auch auf die zahlreichen Aktivitäten hin, die die Stadt wider das Vergessen setzt: darunter die „Allee der Gerechten“, die Sanierung des jüdischen Friedhofs in Klagenfurt und die bevorstehende Präsentation des Modells des jüdischen Gebetshauses im November. „Und wir wollen die Erinnerungsarbeit in unserer Stadt noch weiter entwickeln“, sagt Scheider.

Initiatorin Sieglinde Trannacher dankte dem Bürgermeister und der Klagenfurter Stadtregierung für die Unterstützung in allen Belangen der Gedenkkultur, sowie allen, die sich an der Realisierung der Gedenkveranstaltung beteiligt hatten.

Besonders hervorgehoben wurde die 7C-Klasse des Ingeborg-Bachmann-Gymnasiums: die SchülerInnen haben ihr Taschengeld für den Stolperstein vor dem Haus von

Walter Tollinger am Alten Platz 1 gespendet und sind somit junge, engagierte Paten des Projekts.

Der Künstler Günther Demnig will mit seinem 1993 initiierten Projekt den Opfern, denen alles genommen wurde und die vor ihrem Tod nur mehr Nummern waren, wieder ihren Namen und damit ihre Würde geben. Denn: „Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist“. (*Talmud*)

Eigens aus Israel ist Ron Itzhaki angereist, er ist Urenkel von Eleonore Ostermann, die 1942 im Vernichtungslager Treblinka ermordet wurde. Eleonore Ostermann wohnte in der St. Veiter Straße 4 und betrieb einen Gemischtwarenladen gleich gegenüber ihrer Wohnadresse. Ihre Enkelin Ester Itzhaki, heute 86 Jahre alt, konnte aufgrund einer Operation nicht nach Klagenfurt mitreisen. Bürgermeister Scheider überreichte daher ihrem Sohn ein Gemälde mit einer wunderschönen Klagenfurter Ansicht, das er seiner Mutter mit den besten Genesungswünschen überreichen sollte. Elvira Ester Itzhaki hat selbst die Gräueltat des NS-Regimes miterlebt. Vor 76 Jahren wurde sie aus ihrer Klasse in der Benediktinerschule von Uniformierten „abgeholt“ und vertrieben weil sie Jüdin war. Heute lebt sie in Tel Aviv. ■

<http://www.stolpersteine.eu>

Österreich, Europa und die Welt

Kulturelle Brücken in die Ukraine

Die westukrainische Stadt Lemberg lud KünstlerInnen aus zehn europäischen Partnerstädten, darunter aus Wien und Graz, ein, sich auf einer Wand im öffentlichen Raum mit typischen Sujets ihrer Herkunftstadt zu präsentieren. Die drei Wiener Vertreter wurden von der Akademie der bildenden Künste entsandt und malten farbenfrohe Collagen auf eine zehn Meter lange Wand an einer stark frequentierten Straßenbahnkreuzung. Die Aktion wurde von der Stadtverwaltung Lemberg und dem dortigen Büro des Österreichischen Austauschdienstes (OeAD) organisiert. Für den Lemberger Bürgermeister Andriy Sadovyy war diese Aktion ein wichtiger Ausdruck der Verbundenheit seiner Stadt mit Europa, besonders in diesen schwierigen Tagen.

Gäste aus Odessa

Bereits zum siebten Mal fand im modernen Festsaal der Berufsschule Längenfeldgasse das „Kreativfestival“ statt. Seitens der Veranstalter aus der ukrainischen Schwarzmeermetropole Odessa nahmen an den musikalischen und artistischen Aufführungen und



Foto: Thomas Resch (MD-EU)

Die Wiener Künstler Jean-Pierre Cueto und Christian Murzek

Wettbewerben 500 Kinder und Jugendliche aus acht Staaten, darunter auch aus Österreich, teil. Das Kreativfestival gastiert mit

seinen wunderbaren Darbietungen auch in anderen europäischen Städten. Die nächsten Destinationen sind Prag und Budapest. ■

Holland spielte eine nahezu perfekte Weltmeisterschaft...

Inmotiotec, ein Unternehmen der abatec group AG, stellte der holländischen Fußball-Nationalmannschaft für die Zeit der Weltmeisterschaft das revolutionäre LPM (Local Position Measurement) System zur Verfügung. Schon in der Vorbereitung trainierte die erfolgreiche Mannschaft rund um Startrainer Louis van Gaal mit dem Tracking & Trainings-Analyse-System aus Regau.

Friedrich Niederndorfer, MBA, Vorstand der abatec group AG und Geschäftsführer der inmotiotec GmbH: „Es freut mich natürlich ungemein, daß die Holländer bei dieser WM so großartig gespielt haben, auch wenn es für den Titel knapp nicht gereicht hat. Neben der spielerischen Qualität hat mich besonders die konditionelle Verfassung des Teams überrascht. Wenn das LPM-System der inmotiotec dafür mit ausschlaggebend war, freut mich das natürlich noch mehr.“

Bereits seit 2010 setzen Louis van Gaal und dessen Betreuerstab auf die Vorteile dieses Systems. Nicht nur beim holländischen Nationalteam, auch schon davor bei der Arbeit mit dem deutschen Serienmeister. Datenanalytiker Max Reckers sieht folgende Vorteile: „Dank LPM können wir nicht nur die Bewegungen und Positionen von Spieler



Foto: inmotiotec

Bondscoach Louis van Gaal, Co-Trainer Patrick Kluyvert und die holländische Fußball-Nationalmannschaft beim Training mit dem LPM-System von inmotiotec

und Ball in Echtzeit messen, sondern auch biometrische Daten erfassen. Wir wissen während des Trainings genau, wie sich die Herzfrequenz eines Spielers entwickelt und können so bei Bedarf sofort in den Trainingsverlauf eingreifen. Damit sind wir in der Lage, nicht nur individuell optimieren sondern schon im Vorfeld Trainings-Überbelastungen

und in der Folge Verletzungen zu vermeiden. inmotiotec produziert und verkauft hochpräzise Meßanlagen, die im Sportbereich bereits von Top-Vereinen wie AJAX Amsterdam, PSV Eindhoven, Bayern München oder Red Bull Salzburg zur Datenanalyse eingesetzt werden. ■

<http://www.inmotiotec.com>

Grenzüberschreitender Hochwasserschutz

Österreich und Deutschland intensivieren die Zusammenarbeit im grenzüberschreitenden Hochwasserschutz. Hochwasser macht weder vor Staats- noch vor Landesgrenzen Halt. Das hat nicht zuletzt die Hochwasserkatastrophe im Juni des vergangenen Jahres gezeigt, von der nicht nur Tirol, sondern auch Teile Bayerns und andere österreichische Bundesländer betroffen waren.

„Die gestrigen Hochwassergespräche in München waren der Auftakt für eine noch stärkere Zusammenarbeit im Hochwasserrisikomanagement“, berichtete Tirols Katastrophenschutzreferent LHStv Josef Geisler von einem Treffen auf höchster politischer Ebene am 8. Juli. Dabei haben sich die Vertreter Österreichs mit den Bundesländern Tirol, Salzburg und Oberösterreich sowie Deutschlands mit Bayern und Baden-Württemberg in einer gemeinsamen Erklärung klar zu einem grenzüberschreitenden Hochwasserschutz bekannt.

„Der Hochwasserschutz ist eine wichtige Gemeinschaftsaufgabe. Er muß nicht nur über die Gemeindegrenzen, sondern auch über die Landesgrenzen hinweg konzipiert und



Foto: Bayerisches Staatsministerium für Umwelt- und Verbraucherschutz
v.l.: Sektionschef Wilfried Schimon (Lebensministerium), LR Rudi Anschober (Oberösterreich), Staatsminister Marcel Huber (Bayern), LHStv Josef Geisler (Tirol), LR Josef Schwaiger (Salzburg) und Jörg Wagner (Umweltministerium)

umgesetzt werden“, weiß Geisler. Die Handlungsfelder wurden bei den Hochwassergesprächen klar definiert: Der Ablauf von Hochwasserwellen soll durch zu schaffende Retentionsräume gemildert werden. Dazu soll es eine gemeinsame Studie über Retentionsraumpotentialen geben. Bei der grenzüberschreitenden Hochwasservorhersage will

man noch enger zusammenarbeiten. Falls notwendig, werden an Inn und Salzach zusätzliche Meßstellen errichtet. Bayern würde sich daran finanziell beteiligen. Ein Thema wird aber auch die Betriebsweise von Kraftwerken sein. Nun werden im Rahmen von bereits bestehenden Vereinbarungen und Gremien ExpertInnengruppen eingesetzt. ■

Wien: Einrichtung für minderjährige Flüchtlinge

Jahr für Jahr flüchten tausende Jugendliche allein, ohne ihre Eltern, aus den Krisenregionen der Welt. Im Haus „Sidra“, einem Wohnhaus für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) des Samariterbundes Wien, finden einige von ihnen ein neues Zuhause. „Sidra“ bedeutet „Familie“ in der Sprache Tigrinya, die in Eritrea gesprochen wird, und steht für die Gemeinschaft, in der die Jugendlichen im Wohnhaus leben.

„Jedes Kind hat ein Recht auf Kindheit. Auch wenn wir diesen geflüchteten Waisen und verlassenen Jugendlichen ihre wahrscheinlich nicht mehr ganz zurückgeben können, so müssen wir zumindest alles versuchen, ihre Gesundheit zu verbessern, ein Stück Lebensfreude und Sicherheit zu spenden und ihnen eine Zukunft wieder zu ermöglichen“, sagt Wiens Gesundheits- und Sozialstadträtin Sonja Wehsely. „Wien ist eine lebenswerte Stadt, weil wir uns um die kümmern, die uns brauchen. Das ist mein Grundverständnis einer sozialen, solidarischen und lebenswerten Gemeinschaft.“

Im Rahmen der Grundversorgung wurden hier in der Kerschensteinergasse in Wien Meidling insgesamt 30 Plätze für Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren



Foto: PID / Gökmen
Sozialstadträtin Sonja Wehsely hat das zehnte Quartier für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Wien eröffnet. Das Haus »Sidra« des Arbeitersamariterbundes wurde mit 160.000 Euro des FSW saniert und bietet Platz für 30 Jugendliche.

geschaffen. „Viele von ihnen haben Traumatisches erlebt. Wir bieten den jungen Menschen eine altersadäquate Unterbringung und Betreuung. Unsere MitarbeiterInnen helfen ihnen auch, ihre einschneidenden Erlebnisse zu verarbeiten“, erklärt Sigfried Sel-

litsch, Präsident des Samariterbundes Wien. Im Mittelpunkt der sozialpädagogischen und psychosozialen Betreuung, die rund um die Uhr erfolgt, stehen neben der Strukturierung des Tagesablaufs integrationsfördernde Maßnahmen. ■

Österreich, Europa und die Welt

Netzwerk »OÖ International«: bereits 750 Mitglieder

Kommerzialrat Helmut Gaisberger, auf den Philippinen lebender Auslands-oberösterreicher, traf kürzlich bei einem seiner regelmäßigen Besuche in der „alten“ Heimat mit Landeshauptmann Josef Pühringer zusammen. Begleitet wurde er ins Linzer Landhaus von einem Schulfreund, dem Welser Hotelier Edmund Hubertus Hauser.

Gaisberger ist Mitglied im Netzwerk „OÖ International“, dem mittlerweile 750 OberösterreicherInnen (540 Männer und 210 Frauen) angehören, die derzeit oder auf Dauer im Ausland leben – aktuell in 95 Ländern auf allen Kontinenten. Die Palette reicht vom Dirigenten über Diplomaten und Wissenschaftler bis zu bekannten Wirtschaftsgrößen. „Wir wollen die Erfahrungen und die Kontakte der Auslandsösterreicherinnen und -österreicher nutzen, um den internationalen Stellenwert unseres Bundeslandes weiter zu steigern. Ihr Wissen wird im Netzwerk ‚OÖ International‘ gebündelt – unter dem Motto ‚Weltoffenheit leben‘ und ‚Wissen vernetzen‘“, so der Landeshauptmann.

„750 Landsleute sind mittlerweile in allen Teilen der Welt Botschafterinnen und



Foto: Lnad OÖ / Kraml

v.l.: Edmund Hubertus Hauser, Helmut Gaisberger und LH Josef Pühringer

Botschafter ihrer Heimat und tragen dazu bei, die Marke Oberösterreich noch erfolgreicher und bekannter zu machen“, freut sich Pühringer über den Erfolg des Netzwerkes.

Helmut Gaisberger, gebürtiger Welser Jahrgang 1945 und Absolvent der Hotelfachschule in Lausanne, hatte sich in den 1970er Jahren von Berlin aus mit 50 Dollar in der Tasche aufgemacht, um beruflich die Welt zu entdecken. Nach Stationen in Venezuela,

Afghanistan, Kanada, USA, Barbados, Singapur und Australien landete er in der philippinischen Hauptstadt Manila, bis heute seine Wahlheimat, aus der auch seine Ehefrau stammt. Als Hotelmanager veranstaltete er in den von ihm geleiteten Häusern Abende nach dem Vorbild des Wiener Opernballs, initiierte in Manila ein Neujahrskonzert und einen Heurigen und brachte so österreichische Lebensart nach Asien. ■

Innsbruck: Besuch aus der Partnerstadt New Orleans



Foto: IKM / C. Märzinger

Die Studierenden der University of New Orleans mit Irene Ziegler (2. v. l.), Uschi Schwarzl (8. v. l.), Günter Bischof (3. v. r.) und Barbara Kobler (Büro der Bürgermeisterin) bei ihrem Besuch im Bürgersaal des Historischen Rathauses in Innsbruck

Die Städtepartnerschaft zwischen New Orleans und Innsbruck besteht bereits seit 1995. Zahlreiche Initiativen tragen seither zur aktiv gelebten Freundschaft bei – so auch der jährliche Besuch der Summer School. Am 9. Juli begrüßten Gemeinderätin Uschi Schwarzl in Stellvertretung für Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer und Abteilungsleiterin Birgit Neu jene zwölf StudentInnen aus der University of New Orleans und ProfessorInnen, Günter Bischof (Academic Director der University of New Orleans), Marion Wieser (Universität Innsbruck) und

Irene Ziegler (Program Director der UNO-Summer School), die in diesem Jahr teilnahmen, im Bürgersaal des Historischen Rathauses. „Für die Stadt Innsbruck ist es eine Ehre, Sie alle heute in der Landeshauptstadt Tirols begrüßen zu dürfen“, so die Gemeinderätin. In ihrem Vortrag sprach sie über die Umweltpolitik der Stadt Innsbruck und erwähnte unter anderem die alpin-urbane Vielfalt Innsbrucks, was die Landeshauptstadt zu einer ganz besonders attraktiven und einzigartigen Stadt mache.

Bei der „UNO Summer School“, die

heuer bereits zum 39. Mal stattfand, handelt es sich um ein kurzes Sommerstudium von ungefähr einem Monat, wo die Studierenden über verschiedene Themen unterrichtet werden. Neben Vorlesungen und Vorträgen sammeln die Studierenden verschiedene Eindrücke von der Stadt, die sie bei Besichtigungstouren kennenlernen. Schlußendlich wird der Aufenthalt mit einer Klausur abgerundet und danach wohlverdient gefeiert. Auch Studierende der Universität Innsbruck haben die Möglichkeit an der Partneruniversität Lehrveranstaltungen zu besuchen. ■

Österreich, Europa und die Welt

»Europas Drahtzieher«

Gelebte regionale Kooperation in Brüssel: Das Verbindungsbüro der Stadt Wien zur EU und die Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU luden am 10. Juli gemeinsam zu einem Blick hinter die Kulissen der EU-Institutionen. Cerstin Gammelin, EU-Korrespondentin der „Süddeutschen Zeitung“, und Raimund Löw, EU-Korrespondent und Studioleiter des ORF in Brüssel, präsentierten ihr gemeinsam recherchiertes und geschriebenes Buch „Europas Drahtzieher“. Sie zeigen darin, „wie Merkel, Faymann und Co. Bei Krisensitzungen miteinander umgehen, nationale Interessen gegeneinander ausspielen und die europäische Idee riskieren“.

Gemeinsam mit der Autorin und dem Autor diskutierten unter der Moderation von Rolf-Dieter Krause, Leiter des ARD-Studios Brüssel, drei hochrangige VertreterInnen des Europaparlaments – Präsident Martin Schulz (S&D), Vizepräsidentin Ulrike Lunacek (Grüne) und Abgeordnete Inge Gräßle (EPP) – vor rund 250 Gästen. Unter ihnen fanden sich zahlreiche VertreterInnen der Medien, hochrangige SpitzenbeamtenInnen



Foto: Wien-Haus Brüssel

EP-Präsident Martin Schulz, Cerstin Gammelin u. EP-Vizepräsidentin Ulrike Lunacek

aus der Kommission, dem Europäischen Parlament, der Regional- und Städtebüros sowie aus dem diplomatischen Corps, wie Österreichs Botschafter in Belgien und zur NATO, Karl Schramek.

Für die Stadt Wien seien solche Bücher und Diskussionen darüber sehr wichtig, betonte Michaela Kauer, Leiterin des Verbindungs-

büros der Stadt Wien, „denn sie gehen weg von einem technokratischen, mechanistischen Zugang und zeigen auf, wie der Organismus Europa funktioniert, atmet und fühlt.“ Das sei gerade auch für jene, die nicht direkt im EU-Spiel dabei seien, interessant und nähme vielleicht Schwellenängste. ■

http://www.thalia.at/shop/ut_thalia_suche/?q=Europas+Drahtzieher&ssq=ANT&instamp=14067266905

Südamerikanische Lebensfreude im Grazer Rathaus

Gute Stimmung, schwungvolle Musik, interessante Gäste, aber auch ein Gefühl des Dankes prägten diesen Abend: Rund 100 Personen, die meisten von ihnen mit südamerikanischen Wurzeln, waren am 23. Juli ins Grazer Rathaus gekommen, um gemeinsam mit Bürgermeister Siegfried Nagl und dem kolumbianischen Botschafter ein Fest zu feiern. „Wir erinnern uns am Nationalfeiertag gemeinsam an die Unabhängigkeitserklärung des Jahres 1810, denn Kolumbien bildet seither die älteste und gefestigste Demokratie Südamerikas und darauf können wir stolz sein“, betonte der kolumbianische Botschafter Jaime Alberto Cabal Sanclemente. Er war zu einem Antrittsbesuch nach Graz gekommen und trug sich auch in das Goldene Buch der Stadt Graz ein. „Wir freuen uns, daß Sie dieses Fest gemeinsam mit uns feiern, denn Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind keine Selbstverständlichkeit – wie wir alle gerade in diesen Tagen leider wieder erleben müssen“, unterstrich Nagl.

Mit dabei waren an diesem Abend Bürgermeister-Stellvertreterin Martina Schröck, Kulturstadträtin Lisa Rücker sowie die Gemeinderätin Karin Katholnig und ihre Ge-



Foto: Stadt Graz / Fischer

Bürgermeister Siegfried Nagl (l.) und Botschafter Coronel Juan Carlos Vargas

meinderats-Kollegen Peter Stöckler, Rudolf Moser sowie Kurt Luttenberger. Die Begleitung auf Seiten der kolumbianischen Gäste: Militärattaché Coronel Juan Carlos Vargas, die für bilaterale Beziehungen Zuständige Victoria Eugenai Pauwels, sowie Rosa Salgado, verantwortlich für Kultur und Sport. Auch zahlreiche Honorarkonsuln ließen sich diesen Abend nicht entgehen, unter ihnen Ernst Graft, Johannes Hornig, Nikolaus Hermann, Heinz Scheidbach, Gerald Ortner und Christof Korp.

„Die Stadt ist für uns ein Ort der guten Freundschaft, der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Respekts, dafür danken wir allen!“, sagte der Grazer Konsul Alonso Alberto Jimenez, was an diesem Abend wohl viele der Gäste fühlten. Rund 40 Personen mit kolumbianischem Paß leben in Graz. Und so paarten sich an diesem Abend südamerikanische Klänge der Grupo Musical „Rey Vallenato“, allen voran Alvaro Meza, mit Schmankerln wie Eierschwammerln und steirischen Brathendeln. ■

Der Steg zum Mont-Saint-Michel

2001 wurde der Wettbewerb für die Verbindung zwischen dem Mont-Saint-Michel und dem Festland ausgeschrieben. Vier Teams wurden eingeladen, ein Projekt zu unterbreiten.

Von Dietmar Feichtinger.*)

Einer der vier zum Wettbewerb eingeladenen Teams waren Feichtinger Architectes, Paris mit Schlaich, Bergermann & Partner, Stuttgart. Die Jurysitzung fand im März 2002 statt. Das Projekt von Feichtinger Architectes, Paris, mit Schlaich Bergermann & Partner, Stuttgart, wurde zur Weiterbearbeitung empfohlen. Hervorgehoben wurde von der Jury der minimalistische elegante und der Landschaft entsprechende Entwurf, der sich durch seine Kontinuität in der Form und den ausgewählten Materialien der einzelnen Teilbereiche von den anderen Entwürfen abhob. Weiters hatten teilgenommen Ove Arup and Partners, London, Dominique Calvi und Hennin Normier, Architekten mit Berlotier, SECOA, Cité France, Ingenieure, und Jean-Michel Wilmotte, Architekt mit Scetauroute, Ingenieure.

Das Projekt von Feichtinger Architectes, Paris mit Schlaich, Bergermann & Partner, Stuttgart, setzt sich aus drei Hauptbestandteilen zusammen:

- Ersatz der Dammstraße durch einen Steg auf Pfeilern, der der Strömung freien Lauf läßt. Ein Teil des Stegs ist den Fußgängern vorbehalten, der andere ist als Zubringerstraße für den Shuttle- und Zulieferungsverkehr ausgebildet.
- Herstellung eines Staudamms an der Einmündung des Couesnon: Ein System von Staukammern hält das Wasser bei steigender Flut zurück. Bei Ebbe werden die Tore geöffnet, sodaß das Wasser die Sedimente mit sich reißt.
- Verlagerung der Parkplätze auf das Festland. Der Mont ist von den neuen Parkplätzen zu Fuß oder mit den Shuttle-Bussen erreichbar.

Das Projekt

Die Bucht um den Mont-Saint-Michel besticht durch die Gewalt des Ortes, die Schönheit des Lichts und die Farben der Natur. Die mittelalterliche Stadt wurde auf einem Felsen in der Mitte der Bucht erbaut.

) Architekt Dietmar Feichtinger (1961 in Bruck a. d. Mur) studierte an der Technischen Universität Graz Architektur und lebt und arbeitet meist in Paris.



Foto: Michael Zimmermann

Mont-Saint-Michel – ist eines der kostspieligen, umfangreichsten und schwierigsten Bauprojekte des Mittelalters

Gekrönt durch eine Abtei und ein Kloster ist sie ein wichtiges kulturelles Wahrzeichen und einer von Frankreichs meist besuchten Orten. Der Mont-Saint-Michel und seine Bucht stehen seit 1979 auf der Unesco-Weltkulturerbe-Liste.

Durch den Bau einer Straße (1879) wurde eine Verbindung der Insel mit dem Festland hergestellt, die jedoch den freien Lauf der Meeresströmungen verhinderte, indem das Wasser des Flusses Couesnon von der Bucht getrennt wurde. Die Bucht verlandete, die Insel „verschwand“ langsam. Der neue knapp 760 Meter lange Steg ersetzt die massive Fahrbahn und macht den Mont-Saint-Michel wieder zur Insel.

Eine subtile Intervention

Der sich verändernde Meeresspiegel – während den Gezeiten steigt er bis zu 14 Meter – schafft durch die Kräfte der Natur eine Vielfalt an Landschaften zwischen einem riesigen Sandstrand oder einer komplett gefluteten Bucht mit dem Mont-Saint-Michel

als Insel und Landmark. Grundsätzlich gibt es zwei Gezeiten am Tag – was ziemlich außergewöhnlich ist –, die etwas mehr als zwölf Stunden dauern. Zweimal im Jahr wird die jährliche Hochwasserwelle den Mont durch seinen neuen Steg wieder in eine Insel verwandeln.

Eingriffe des Menschen in diesem Zusammenhang sind mehr als heikel. Daher hat das Projekt es sich zum Gebot gemacht, die Atmosphäre und die Einzigartigkeit des Ortes, die durch seine mystische Magie und das Fehlen von Bezugspunkten oder -größen entsteht, nicht anzutasten. Die Intention des Projektes ist es, die Unendlichkeit der Landschaft zu betonen. Besucher erleben sich hier als kleiner Teil von etwas Großem.

Das Design des Stegs fügt sich in die Landschaft so nahtlos wie möglich ein, um maximale Transparenz zu gewährleisten. Die Strömung des Wassers ist einer der wichtigsten Faktoren; sie läßt den Mont Saint Michel wieder zur Insel werden und beschleunigt die Aushöhlung der Flußmündung.

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Mathias Neveling

Eine Serpentine auf 134 Pfeilern führt über das Watt bis zum Mont. Dabei berührt die niedrige Struktur beinahe das Wasser

Auf dem Wasser gehen

Eine Serpentine auf 134 Pfeilern führt über das Watt bis zum Mont. Dabei berührt die niedrige Struktur beinahe das Wasser. Der Charakter des Stegs resultiert aus einer sehr bewußten Beziehung zum Ort. Tatsächlich ist die Umsetzung der Verankerung der Pfeiler alle 12 Meter im Watt, um eine möglichst flache Bauhöhe zu erreichen, gut durchdacht. Es entsteht mehr als ein einfaches Überqueren: die engen Abstände der Pfeiler bringen die Fußgänger dem Wasser näher.

Der Steg beschreibt eine ausladende gekurvte Linie, die sich an den Linien der Landschaft und der Sandbänke orientiert. Der Fußgänger erlebt den Mont und die Landschaft aus verschiedenen Perspektiven, ohne ständig das Brückendeck vor sich zu haben. Man nähert sich dem Mont, ohne direkt auf ihn zuzugehen. Der Steg endet auf einem dem Berg vorgelagerten Bereich, der aus Sedimenten aufgebaut ist. Er ist überflutbar, wodurch der Berg für ca. 70 Stunden pro Jahr zu einer völlig isolierten Insel werden kann.

Funktion, Konstruktion und Materialität

Die allgemeine Breite des Stegs beträgt 11,50 Meter. Funktionell ist der Steg in drei Bereiche unterteilt: Ein zentrales Band in der Breite von 7 Metern ist dem Shuttle- und Lieferverkehr vorbehalten. Es wird im Osten von einem 4 Meter breiten Band und im Westen von einem 1,50 Meter breiten Sicher-

heitsstreifen begleitet. Diese seitlichen Bänder sind für Fußgänger vorgesehen.

Die Shuttlebusse halten 200 Meter vor dem Ende des Stegs. Ein Terminal verbreitert den Steg. Die Ausweitung des Fußgängerbereichs nimmt den vergrößerten Fußgängerfluß auf und dient als Wartebereich, die Ausweitung des Fahrbandes ermöglicht das Manövrieren der Shuttles.

Die einzelnen Bänder sind durch ihre Materialien charakterisiert: die Fahrbahn wird aus Betonelementen hergestellt, die Fußgängerbereiche weisen einen durchlässigen Holzbelag aus Eiche auf. Zwischen Fahr- und Fußgängerbereich im Osten ist ein 80 Zentimeter breites, vom Boden abgehobenes Betonelement angelegt. Dieses Element stellt einen Schutz zwischen den Bereichen dar und dient gleichzeitig als Bank. Die Beleuchtung des Weges ist an der Unterseite dieser Bank integriert und unterstreicht bei Nacht die Horizontalität im Kontrast zur durch Licht inszenierten Vertikalität der Abtei auf dem Berg.

Das zentrale 7 Meter breite Band stellt eine Art Rückgrat dar: Eine vorgespannte, sich zum Rand verjüngende Betonplatte wird von extrem schlanken Stützen in einem Abstand von 12 Metern getragen. Der relativ geringe Stützenabstand ermöglicht eine maximale Reduzierung des Brückenquerschnitts. Die Stützen aus massivem Stahlkern sind in die Betonplatte und in die Fundamentpfeiler eingespannt. Den Korrosionsschutz bildet ein Überzug aus Epoxidharz.

Die Fußgängerbereiche sind an der Betonplatte befestigt und kragen von dieser aus. Sie bilden vor allem im östlichen Bereich eine weite Auskragung und geben dem Deck seine Leichtigkeit. Die konstruktiven Teile (Konsolen) sind aus Stahl.

<http://www.feichtingerarchitectes.com>

<http://www.ot-montsaintmichel.com>

Architekt Dietmar Feichtinger (1961 in Bruck a. d. Mur geboren) studierte an der Technischen Universität Graz Architektur. Nach ersten Erfahrungen bei Prof. Eilfried Huth, Prof. Volker Giencke und Prof. Klaus Kada wechselte er 1989 nach Paris. 1994 erfolgte die Gründung von Feichtinger Architectes mit Bürositz in Paris, 2002 kam die Filiale in Wien hinzu. Seit 1994 lehrt Feichtinger an verschiedenen Universitäten in Österreich, Deutschland und Frankreich. Der internationale Durchbruch kam mit der Realisierung der Passerelle Simone de Beauvoir in Paris. 2009 wurde Feichtinger in Frankreich zum Auslandsösterreicher des Jahre ernannt. Das „Österreich Journal“ berichtete ausführlich – Ausg. 76 vom 7. Oktober 2009 http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_076.htm

Dieser Text erschien erstmals am 29. Juli 2014 auf <http://www.gat.at>



Architektur Steiermark
www.gat.st

Unterrichten in Ghana

Aus dem Sammeln von Erfahrungen als Englischlehrerin Amonkrom entstand ein faszinierendes Projekt, das vielen Kindern zu besseren Chancen verhelfen wird.

Von Sophie Neurath.*)



Foto: Sophie Neurath

Die Klassen sind ein wenig heruntergekommen und schmucklos. In den Räumen sind Sitzbänke mit schmalen Tischen, die unbequemer aussehen als sie sind: Meine Schützlinge in der Schule in Amonkrom, etwa zwei Stunden von Accra entfernt.

Zehn Stunden Flug bringen mich von Wien über Istanbul nach Accra, der Hauptstadt von Ghana in Westafrika. Ghana ist für Afrikanische Verhältnisse ein eher kleines Land, hat aber immerhin eine Fläche von knappen 240.000 km² und 25 Mio. EinwohnerInnen. Zum Vergleich: Österreich hat eine Fläche von 83.880 km² und 8,5 Mio. EinwohnerInnen.

In Accra werde ich von der Schulleiterin einer kleinen Dorfschule abgeholt. Eineinhalb Stunden Autofahrt bringen uns zunächst nach Nsawam, wo wir noch Lebensmittel für die kommende Woche einkaufen. Hier kann ich bereits in das von mir so geliebte Leben in Afrika eintauchen: Frauen, die am Kopf ihre Ware anbieten, ein Markt, an dem man – wenn man lange genug sucht – fast alles fin-

den kann, und überall nette Menschen. „Obroni!“ wird mir zugerufen, und vor allem die Kinder strahlen dabei übers ganze Gesicht. „Obroni“ heißt „Weiße“ bzw. „Weißer“.

Wir kommen in Amonkrom an: Ein Dorf aus Lehmhütten, ohne Strom, ohne Fließwasser. In einiger Entfernung der Schulkomplex: mehrere Gebäude, die die Klassen beherbergen, daneben die Quartiere der LehrerInnen. Die Schule beherbergt Kindergarten, die sechsjährige Volksschule und die dreijährige Mittelschule.

Die Klassen sind offen, haben also keine Fensterscheiben oder Türen. Sie sind ein wenig heruntergekommen und schmucklos. In den Räumen sind Sitzbänke mit schmalen Tischen, die unbequemer aussehen als sie sind.

Die Menschen hier sind Bauern. Sie bauen Mais und Maniok an, vereinzelt Platanen, Bananen, Papaya, Orangen und Kokosnüsse. Sie haben ein paar Ziegen und Hühner, die im Dorf umherlaufen.

Der erste Schultag

Am Montag ist mein erster Schultag. Ab halb acht Uhr trudeln die Kinder ein, alle in blauer Schuluniform und mit kurzen Haaren, die in Ghana selbst bei Mädchen üblich sind. Manche Kinder gehen eine dreiviertel Stunde zu Fuß in die Schule, manchmal tragen die größeren ihre kleinen Geschwister auf den Schultern. Wenige haben Rucksäcke, die meisten tragen ihre Schulbücher nach afrikanischer Art auf dem Kopf.

Nun wird gekehrt und Müll aufgeklaut. In Ghana ist es üblich, den Mist einfach auf den Boden zu werfen. Bis vor einigen Jahren war das auch völlig okay, da es weder Plastik, noch Metall gab, der Mist also entweder von Hunden, Katzen, Ziegen oder von Ameisen sehr schnell entsorgt wurde. Heute bedeutet das aber Plastik ohne Ende in jedem Kanal, jedem Straßenrand und auch am Schulgelände; sowohl in den Klassen, als auch im Hof. Es gibt nur einen Mistkübel

*) Sophie Neurath ist 1972 in Wien geboren, wurde nach der Matura Schauspielerin und sattelte später auf Körperarbeit und Unterrichten um. 2011 erster längerer Afrika-Aufenthalt (Rep.Kongo), danach weitere Reisen in den Kongo und 2013 nach Ghana.

Österreich, Europa und die Welt

und keinen Schulwart. Und so wird also gekehrt und aufgeklaut bis um ca. acht Uhr die Morgenversammlung stattfindet: klassenweises Aufstellen, beten, Nationalhymne singen und an manchen Tagen Verlautbarungen des Direktors oder von einem der Lehrer.

Dann wird singend in die Klassen marschiert, noch weiter gekehrt, die Lehrer schreiben auf, wer da ist, und um halb neun sollte der Unterricht losgehen. Sollte, da an manchen Tagen Lehrer fehlen und oftmals manche Klassen noch fast leer sind, da viele zu spät kommen. Die anwesenden Lehrer teilen sich also die Klassen auf und beginnen zu unterrichten. Bis halb zehn sind dann auch alle SchülerInnen da.

Warum fehlen die Lehrer? Hier am Land sind die meisten LehrerInnen Laien, die mit einem Gehalt von ca. 30 € im Monat auskommen müssen, was selbst in Ghana schwierig ist. Diese LehrerInnen kommen mit wenig Ehrgeiz in die Schule, haben keine pädagogischen Mittel, den Unterricht gut zu gestalten – wodurch der Unterricht nicht nur für die Kinder langweilig ist – und haben manchmal Nebenjobs, die dann zeitweise wichtiger sind. Qualifizierte, also ausgebildete LehrerInnen kann sich die Schule aber nicht leisten.

Enthusiastischer Start

Ich, ein Neuling als Schullehrerin, bin (noch) voll Enthusiasmus. Mir ist Bildung ein riesengroßes Anliegen, ich sehe in der Bildung der Menschen die Lösung vieler Probleme – von Ausländerfeindlichkeit bis Umweltschutz. Ich freue mich über die Chance, die ich hier bekommen habe: In Afrika arbeiten, unterrichten, mit Kindern arbeiten, zwischen den Kulturen vermitteln, hier leben und in den Alltag der Menschen eintauchen: alles Dinge, die ich mir gewünscht hatte. Lange hatte ich gesucht, bis ich endlich auf die Kemet Foundation School gestoßen bin, die in ihr Team eine Ausländerin aufnehmen wollte.

Die Kemet Foundation School will einer armen Bevölkerungsschicht moderne Bildung ermöglichen, ein nicht besonders leichtes Unterfangen, wie ich bald herausfinden werde.

So stehe ich, die neue Englischlehrerin, also am Montagmorgen zu Beginn des letzten Trimesters des Schuljahres in der Klasse – ausgerüstet mit Kennenlern- und Kreativitätsspielen und dergleichen. Ich will herausfinden, wie gut die Kinder Englisch können und „warm mit ihnen werden“. Die Idee



Es gibt nur einen Mistkübel und keinen Schulwart. Es wird also aufgeklaut...



So stehe ich, die neue Englischlehrerin, also am Montagmorgen zu Beginn des letzten Trimesters des Schuljahres, in der Klasse.



Fotos: Sophie Neurath

Ich beginne das neue Schuljahr mit dem klaren Ziel, das Lesen zu fördern – hier beim Lesenachhilfekurs in den Weihnachtsferien.

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Sophie Neurath

Ich versuche einen anderen weg einzuschlagen – und manchmal artet das in Chaos aus...

war zwar gut, funktioniert aber nicht: Die Kinder flüstern ihre Namen nur, so schüchtern sind sie mir gegenüber. Ich verstehe kein Wort. Sie trauen sich außer ihren Namen nichts zu sagen. Ich geb ihnen also Filzstifte, damit sie Namensschilder malen können, das klappt. Dann beginne ich mit Grammatik, denn wir brauchen etwas Konkretes, etwas Strukturiertes, etwas, das die Angst nimmt. Die Kinder sind brav – also still – und im Laufe der Stunde trauen sich ein paar zu reden.

Die Kinder haben ihre Schuluniform an und alle die gleiche Frisur. Die Namen sind zum Teil fremdartig. Es ist nicht leicht, sie auseinanderzuhalten und mir die Namen zu merken.

Es ist eigentlich nichts leicht hier.

Ich stelle fest, daß der recht moderne Lehrplan vom Unterrichtsministerium illusorisch ist, da viele Kinder in der 4., 5. und sogar 6. Klasse nicht richtig lesen und schreiben können. Mir steht kaum Unterrichtsmaterial zur Verfügung. Es gibt keine Drucker oder Kopierer, keine Bilder, keine Schulbücher. Nur eine Tafel und weiße Kreide.

Dadurch, daß es keine Türen gibt, herrscht ein ständiges Kommen und Gehen-

die Zuspätkommenden, die hereinkommen, andere Kinder von „ihren“ Plätzen verjagen, mir erklären, sie hätten noch Wasser für ihre Familie holen müssen und deswegen nicht früher kommen können; Kinder aus anderen Klassen, die neugierig schauen, was bei der „Madam Obroni“, wie ich bald hinter meinem Rücken genannt werde, passiert, oder sich von ihren Geschwistern in der Klasse Kulis oder Geld holen. Außerdem kommen manchmal die Verkäuferinnen der Kantine, weil sie mir, der „Obroni“-Lehrerin, guten Tag sagen wollen. Auf Twi, der Sprache der Gegend. Bis ich verstehe, was sie wollen, herrscht Gelächter in der Klasse und die Konzentration, die gerade noch in Spuren vorhanden war, ist weg.

An manchen Tagen haben die Kinder nichts im Bauch – kein Geld, um in der Kantine essen zu kaufen, und von zu Hause nichts mitbekommen. Das sind die schwierigen Tage – die Kinder sind unkonzentriert, laut und beginnen ständig zu raufen.

Ja, nach 14 Tagen sind die Kinder nicht mehr schüchtern. Sie sind aufgeweckt, frech, zum Teil sehr charmant und sie wissen, daß sie von mir nichts zu fürchten haben. Die anderen Lehrer sind streng. Kinder dürfen hier zwar nicht geschlagen werden, die Leh-

rer gehen aber trotzdem ständig mit einem Stecken herum, den sie auch einsetzen- ohne Kraft zwar, aber es reicht, um die SchülerInnen zu schrecken.

Auch sind die Unterrichtsmethoden nicht besonders einfallsreich: Der Lehrer schreibt den Inhalt des Schulbuches an die Tafel, die Kinder schreiben ab – oft, ohne ein Wort davon zu verstehen. Das viele Sitzen, die fremde Sprache, das monotone Lernen, all das ist ermüdend und langweilig.

Ich versuche einen anderen Weg einzuschlagen: Sie so gut zu unterhalten, daß sie mich bzw. das, was ich unterrichten will, interessanter finden, als andere Dinge. Ich mache Witze, spiele Wörter oder Redewendungen pantomimisch vor, oft mit Hilfe mehrerer Kinder. Wir singen Lieder. Ich ermutige sie zum Reden und Denken, gebe ihnen Filzstifte zum Gestalten. Ich versuche, auf die Persönlichkeiten einzugehen. Manchmal artet das in Chaos aus. Aber dann sind wiederum Dinge, wie z.B. Teambildungsspiele, die für österreichische Kinder schwierig sind, für die Kinder hier so leicht, daß sie gar nicht verstehen, was die Aufgabe war. Anderes, wie Arbeit in Kleingruppen, klappt gar nicht.

Englisch ist für viele Kinder hier bereits die dritte Sprache. In Ghana und in allen anderen afrikanischen Ländern werden extrem viele verschiedene Sprachen gesprochen, in Ghana alleine gibt es 79.

Ein kurzer Ausflug in die Geschichte

Als die Europäer sich 1885 Afrika untereinander aufteilten, wurden die Grenzen auf einer Landkarte in Berlin gezogen. Geographische oder kulturelle Gegebenheiten waren den europäischen Großmächten nicht wichtig. Es ging um europäische Außenpolitik und Jagd nach Rohstoffen. Außerdem wollte man den Sklavenhandel in die Amerikas kontrollieren bzw. unterbinden. (Es wurden an die 20 Mio. Sklaven zwischen dem späten 17. und dem frühen 19. Jh. mit Hilfe Europäischer Händler von der Westküste Afrikas in die Amerikas verfrachtet. Erst im späteren 19. Jh. wurde die Antisklaven Lobby langsam stärker.)

Die Kolonialmächte machten sich auch nicht die Mühe, irgendwelche Landessprachen zu lernen; nein, die eigene Sprache wurde den Einheimischen aufgezwungen. Es wurde in dieser Sprache gehandelt, verhandelt und auch unterrichtet; der einzige Zugang zu Bildung war also in der Kolonialsprache, wenn überhaupt. In vielen Ländern wurde Bildung für die breite Masse nicht für

Österreich, Europa und die Welt

notwendig erachtet. Schließlich war es leichter, ein Volk zu unterdrücken, das absolut bildungsfern war.

Ghana war eine britische Kolonie und die erste Kolonie Afrikas, die 1957 unabhängig wurde. Im Unterschied zu anderen Ländern erlaubten die Engländer hier Bildung, es gab sogar Ghanaer mit Universitätsabschluß. Das hatte den Vorteil, daß die erste Regierung nicht aus Postbeamten und Bauern bestand; trotzdem hatte es in Ghana zuvor keine Demokratie gegeben und der Weg bis dorthin war turbulent und schwierig. Heute ist Ghana stolz, eine der wenigen „echten“ Demokratien Afrikas zu sein.

Zurück zur Schule

Es wird also auf Englisch unterrichtet, und zwar ab der 4. Klasse Volksschule. Der Unterricht auf Englisch hat den Vorteil, daß es Einheit schafft und ermöglicht, daß Schüler aus allen Landesteilen dieselben Universitäten des Landes besuchen können. Außerdem gibt es ihnen international eine Chance.

Es wird viel auswendig gelernt, viel abgeschrieben. Der Mangel an Unterrichtsmaterial und die oft fehlende pädagogische Ausbildung der LehrerInnen läßt an altmodischen Methoden festhalten. Trotzdem schließen Kinder hier die Schule mit hohem Niveau ab: Sie können zwischen drei und fünf Sprachen fließend, sie sind diszipliniert, ehrgeizig und fleißig. Sie haben viel Wissen angesammelt, außerdem sind sie mutig und selbstständig genug, um überall auf der Welt Möglichkeiten wahrzunehmen.

Es ist nur so, daß viele die Schule nicht beenden, daß Legastheniker und Kinder mit viel Bewegungsdrang in diesem System eigentlich keine Chance haben. Hier am Land bekommen Kinder auch oft von zu Hause zu wenig Unterstützung. Anstatt daß man

sie zum Lesen ermutigt, müssen sie arbeiten. Oft sind sie in der Schule zu müde zum Lernen. Die Erwachsenen hier sprechen kaum Englisch, können zumeist selbst nicht lesen und besitzen demnach auch keine Bücher. Die Regierung verbringt ihre Zeit damit, über Reformen zu diskutieren, statt zu handeln – wie überall auf der Welt. Private Initiativen, wie die Kemet Foundation School, versuchen hier Lücken zu schließen.

Meine Aufgabe ist es, Input zu geben. Wie kann man mit disziplinären Problemen umgehen, ohne die Kinder zu schlagen oder sie auf dem Boden knien zu lassen? Was tut man mit dem großen Niveauunterschied in den Klassen? Können wir nicht Mülltrennung einführen? Oder Mistkübel in den Klassen? Wie können wir den Kindern Bücher zur Verfügung stellen? Wie wär's mit einem Nachhilfekurs in Lesen und Schreiben?

Was will die Fremde hier?

Meine KollegInnen sind anfangs skeptisch – was will die Fremde hier, glaubt sie, sie weiß alles besser?

Mir ist bewußt, wie heikel die Situation ist, ich bin also höflich, ordne mich dem Direktor bewußt unter und führe lange Gespräche mit der Schulleiterin, die viele Jahre in England gelebt hat und beide Kulturen gut kennt.

Wir stellen fest, daß wir in Europa vermutlich gleichviel Müll einfach auf den Boden werfen wie die Menschen hier, aber bei uns eine Schar von Schulwarten, Straßenkehrern und Reinigungskräften alles gleich wegräumt und es dadurch weniger auffällt. Wir beschließen, Mülltrennung einzuführen, Papierkörbe im benachbarten Dorf flechten zu lassen und Teamversammlungen zu nutzen, um alternative Disziplinarmaßnahmen zu diskutieren. Die LehrerkollegInnen be-

ginnen mich nach und nach ein wenig zu integrieren, der Direktor beginnt mich in verschiedenen Bereichen sogar zu unterstützen.

Ich entspanne mich mehr und mehr, ich beginne die nötige Flexibilität zu entwickeln, die ich brauche, um mit der Situation hier umgehen zu können. Schon längst finde ich es normal, daß in der Stunde jemand in die Klasse kommt, um guten Tag zu sagen, sich einen Kulli auszuborgen oder Geld vom Bruder oder von der Schwester zu holen. Wenn ich an manchen Tagen zwei Klassen zusammenlegen muß, bin ich nicht mehr irritiert. Auch begreife ich, daß ich nicht die gesamte Verantwortung übernehmen kann. Ich übergebe den Kindern also einen Teil davon, wir gewöhnen uns aneinander, lösen Konflikte, werden Freunde; und zu Schluß kann ich den Beginn des neuen Schuljahres kaum erwarten.

Viel Vertrauen gewonnen

Die Ferien nutze ich, um mich zu bilden: wie kann man am Leichtesten auf Englisch lesen lernen? Was gibt es da für Bücher? Was für Methoden?

Ich beginne das erste Semester mit dem klaren Ziel, das Lesen zu fördern und zu vermitteln, warum Bildung wichtig ist.

Am ersten Schultag sind die SchülerInnen überrascht und froh, mich wieder zu sehen. Die Tatsache, daß ich mein Versprechen, wiederkommen, gehalten habe, schafft Vertrauen. Und das nicht nur unter den Kindern: Ich finde im Schuldirektor und der Kindergartenlehrerin jetzt zwei echte Verbündete. Ja, auch im Kindergarten wird unterrichtet – das Alphabet, Zahlen und Englisch. Man hört die Kinder über den ganzen Schulkomplex singen und Gedichte rezitieren; dazwischen wird gezeichnet und geschrieben, gespielt und gebastelt.



Foto: Sophie Neurath

Um ca. 8 Uhr findet die Morgenversammlung statt – -klassenweises Aufstellen, beten, Nationalhymne singen...

Österreich, Europa und die Welt

Tafeln, Lego und Fußballle

Mit Hilfe einiger FreundInnen aus Österreich kann ich Schiefertafeln und Lego für die Kleinen besorgen, Bücher zum Lesenlernen für die etwas Größeren und ein Geometrieset für das Zeichnen an der Tafel für die Großen. Die größte Freude machten ihnen aber die vier Fußballle, die ich ihnen schenken konnte: Fußball ist die Leidenschaft aller; sowohl Mädchen als auch Buben kicken, wann auch immer sie Zeit haben. Da werden dann die Müdigkeit und der Hunger für eine Weile vergessen.

Als meine Zeit in Ghana zu Ende geht, fließen die Tränen. An meinem letzten Schultag weint sogar eine ganze Klasse, inklusive mir. Ja, wir haben Freundschaft geschlossen. Ich bin nicht mehr so exotisch und fremdartig, längst ist meine weiße Haut nicht mehr das Wichtigste an mir. Die Kinder haben erkannt, daß ich sie unterrichten möchte und daß ich sie vor LehrerInnen, die sich nicht an die Regeln halten, schütze. Ich war jeden Tag pünktlich in der Schule, ich habe Mülltrennung eingeführt, ich habe Kinder verarztet und getröstet und ich habe ihnen gezeigt, wie man Papierflieger faltet. Auch das Niveau im Lesen und in Englisch ist gestiegen. Ich fahre mit dem Versprechen, wiederzukommen, nach Hause.

Zurück in Österreich...

ist mir schnell klar, daß ich diese Kinder nachhaltig unterstützen möchte. Gemeinsam mit ein paar Gleichgesinnten gründeten wir den Verein „Lewala“. Das steht für „lernen-wachsen-lachen“ und ist das Motto, unter dem wir aktiv sind. Das Ghana School Project, das wir ins Leben gerufen haben, hat das Ziel, qualifizierte LehrerInnen für die Kemet Foundation School zu finanzieren. Weitere Ziele sind: Schulbücher, Weiterbildungsseminare für LehrerInnen und kostenloses und gesundes Essen in der Schulkantine.

Wir wollen Lernen in Ghana unterstützen und dabei selber lernen, wir wollen Afrika den Menschen in Europa näherbringen; das ganze soll Freude bereiten und die Gemeinschaft fördern – sowohl hier, als auch dort. Und natürlich will ich mein Versprechen halten, wiederzukommen. Geplant ist ein mehrwöchiges Theaterprojekt während des Winters in Europa. ■

<http://www.lewala.org>

Sophie Neurath, <mailto:info@lewala.org>

Spendenkonto: Kemet, Verein zur Unterstützung von Bildung in Ghana

IBAN: AT462011182537872800

BIC: GIBATWWXXX



Mit Hilfe einiger FreundInnen aus Österreich kann ich Schiefertafeln und Lego für die Kleinen besorgen.



Die größte Freude machen ihnen aber die vier Fußballle, die ich ihnen schenken konnte – Fußball ist die Leidenschaft aller; sowohl Mädchen, als auch Buben kicken, wann immer sie Zeit haben.



Wir haben Freundschaft geschlossen...

Fotos: Sophie Neurath

Kindheitserinnerungen an Silba

Michael Ellenbogen hat die Sommerferien seiner Kindheit auf der kroatischen Insel – seiner zweiten Heimat – in einem Büchlein zusammengefaßt.

Silba – schon der Name verspricht so viel, und es klingt nach einer einsamen Insel. Und es ist eine Insel – vor dem dalmatinischen Küstenland nahe der Stadt Zadar. Michael Ellenbogens Büchlein wirkt wie ein heiliges Brevier. Und seine Erinnerungen an eine Zeit mitten in einem kommunistischen Land – dem damaligen Jugoslawien – führen in das Paradies seiner Kindheit. Wer, so wie er, auch in den frühen 60er- und 70er-Jahren per Bahn, per Schiff oder per Auto nach Jugoslawien gereist war, wird selbst die Spuren der eigenen Kindheit verfolgen können. Wir riechen das Meer bei Rijeka, wir schmecken das Salz, spüren die Brise des Windes und die heißen Steine am Strand.

Ellenbogen schreibt über die waldreichen Teile der Insel, über den nur 80 Meter hohen „Varh“, die größte Erhebung Silbas, und über „die zerklüftete, faszinierend anmutende Kulisse des Velebit-Gebirges“. Was so paradiesisch anmutet an dieser kleinen Insel beschreibt er treffend mit dem Satz: „Silba war und ist für viele Generationen das Symbol der absoluten Freiheit.“

Findet in anderen Urlaubsgebieten ein Umdenken statt, bezüglich des Autoverkehrs, so erfährt man beim Lesen, daß auf



Foto: privat

Kindertage 1972: Michael Ellenbogen mit Tante Rosa und seiner Schwester Anna-Maria auf Silba. Mit dabei ist die heißgeliebte vierbeinige Spielgefährtin »Riki«.

dieser Insel nie Autos fahren. Es gab damals auch noch keinen Strom, das Wasser bezog man aus Brunnen, und Lebensmittel brachte ein Schiff.

Heute fährt man durchgehend auf der Autobahn nach Kroatien. Doch vor 50 Jahren zuckelte man mit vollbeladenen Autos durch jede Ortschaft, bei sengender Hitze ohne Klimaanlage, was heute gar nicht mehr vorstellbar ist, aber so war es damals. Diese Strapazen und die lange Anreise werden eingehend geschildert, aber auch die wunderschönen Eindrücke, die sich während solch einer Fahrt ergaben. Aus Kinderaugen, aus dem Blickwinkel eines Kindes, begierig, immer etwas Neues zu entdecken.

Als Kind findet man schnell Freunde und vor allem in den Ferien. So auch Michael Ellenbogen, der über Freundschaften und Liebeleien als Jugendlicher erzählt, über Streiche und Abenteuer und über einsame Buchten, die mit Booten besucht wurden. Viele Freundschaften sind über die Jahrzehnte erhalten geblieben, und das erzeugt zusätzliches Heimatsgefühl, wenn er – seit nunmehr Jahrzehnten Sommer für Sommer – „seine“ Insel besucht. Und daran konnte auch der fürchterliche Bürgerkrieg in Jugoslawien nichts ändern.

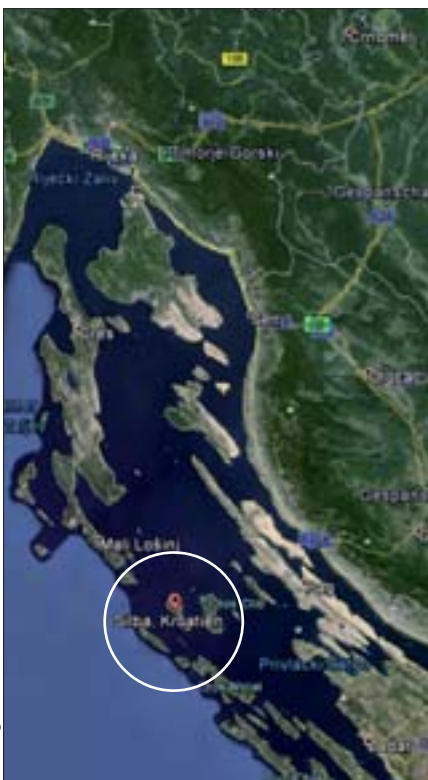
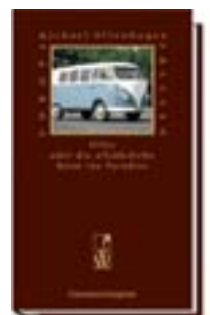
Jedes Jahr im Sommer ist es ein Ankommen und jedesmal ein Schmerz beim

Verlassen der Insel von Silba. Im letzten Kapitel „Abschied mit Wiederkehr“ heißt es: „Jeder Besucher, der einmal Silba besucht hat, kehrt irgendeinmal wieder zurück!“

Michael Ellenbogen, 1962 in Wien geboren, hat nach seiner Schulausbildung ebendort das Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien absolviert und den Bachelor of Arts abgeschlossen. Dann folgte ein multidisziplinäres Masterstudium der Balkanwissenschaften als Lehrgang des IDM (Institut für den Donauraum) und der Universität Wien. Seit 1993 ist er als freier Journalist in Wien tätig und hat sich auf Geschichte, Reisen und militärhistorische Themen spezialisiert. Seine Mutter ist gebürtige Zagreberin, daher ist er zweisprachig – kroatisch und deutsch – in Wien aufgewachsen, woher auch sein Vater stammt. *cm*

Michael Ellenbogen
Silba, oder die alljährliche Reise ins Paradies
ca. 280 Seiten, gebunden, Lesebändchen,
EUR 14,95 / sfr 21,00
ISBN: 978-3-9902907-6-7
2014, Wieser Verlag
Klagenfurt

<http://www.wieser-verlag.com/buch/silba-oder-die-alljaehrliche-reise-ins-paradies/>



© Google 2014

20. AuslandsNiederösterreicherInnen-VIP-Treffen

2. bis 4. September 2014 im NÖ Landhaus
St. Pölten und an der Donau-Uni in Krems

Generalthema »Wirtschaftsregion Niederösterreich«

Dienstag, 2. September

- bis 15.45 Uhr Eintreffen in St. Pölten - Check-in im Hotel Metropol
3100 St. Pölten, Schillerplatz 1
Telefon: ++43 / (0)2742-70700/132
- 16.00 Uhr Begrüßung im Foyer Hotel Metropol
- 16.15 Uhr Bustransfer vom Hotel Metropol zum
Renaissanceschloss Schallaburg
- 17.15 Uhr Besichtigung der Ausstellung „JUBEL & ELEND.
Leben mit dem großen Krieg 1914-1918“
- anschließend Gemütliches Beisammensein im Schlossrestaurant
Schallaburg, Rückfahrt um 21.00 Uhr

Mittwoch, 3. September

- 8.45 Uhr Bustransfer vom Hotel Metropol zur Donau-
Universität Krems
- 9.30 Uhr Eintreffen am Campus Krems
- 9.45 Uhr Eröffnungsveranstaltung (Seminarraum SE 2.4,
Altbau, Trakt K, 2. Stock)
Begrüßung: Peter de Martin, Leiter der Geschäfts-
stelle für AuslandsniederösterreicherInnen
Bericht: Univ.-Prof.in Dr.in Viktoria WEBER,
Vizerektorin für Forschung der Donau-Universität
Krems
Bericht: Gesandte Dr.in Brigitta BLAHA, Leiterin der
AuslandsösterreicherInnen-Abteilung des Bundes-
ministeriums für Europa, Integration und Äußeres
Bericht: Werner Götz, Vizepräsident des Auslands-
österreicher-Weltbundes
Moderation: Peter de Martin
- 11.00 Uhr Kaffeepause
- 11.30 Uhr Grundsatzdiskussion „Zukunft der ANÖ-Treffen“
- 12.30 Uhr Mittagessen an der Donau-Universität Krems
- 14.00 Uhr Beginn der Arbeitskreise/Workshops

○ Wirtschaft & Technologie

(Seminarraum SE 1.5, Altbau, Trakt I, 1. Stock)
Thema: „Reibung wenn nötig, Verschleiß nie! –
Das Forschungs- und Applikationsumfeld des
Exzellenzzentrums für Tribologie“

Impulsreferat: Univ.-Prof. Dr. Friedrich Franek,
wissenschaftlicher Leiter, Geschäftsführer der
AC²T research GmbH, Exzellenzzentrum für
Tribologie Wr. Neustadt
FTI-Strategie Niederösterreichs (Forschung –
Technologie – Innovation) Dipl.-Ing.in Kerstin
Koren, Abteilung Wirtschaft, Tourismus und
Technologie

Moderation: Mag. Herbert Halbwidl

○ Kunst, Kultur & Wissenschaft

(Seminarraum SE 2.4, Altbau, Trakt K, 2. Stock)
Thema: „Donau-Universität Krems: Die
Universität für Weiterbildung“
Impulsreferat: Univ.-Prof.in Dr.in Viktoria
Weber, Vizerektorin der Donau-Universität Krems
Moderation: Dr.in Ilona Slawinski

○ Bildung & Jugend
Thema: „Jugendforschung – Daten sammeln und
Ideen erforschen“
Impulsreferat: MMag. Manfred Zentner, wissen-
schaftlicher Projektmitarbeiter, Department
Migration und Globalisierung, Donau-Universität
Krems
Moderation: Landesjugendreferent
Wolfgang Juterschnig

- 17.30 Uhr Ende der Arbeitskreissitzungen
anschließend Abendessen bei einem Heurigen
- 21.30 Uhr Rückfahrt nach St. Pölten

Donnerstag, 4. September

- 9.00 Uhr Spaziergang bzw. Shuttlebus vom Hotel Metropol
zum NÖ Landhaus
- 9.30 Uhr Matinée „Landschafts- und Stadtansichten“, Haus 1A,
Ausstellungsbrücke: Sieglinde Shattuck, USA,
Anita Esper, Deutschland, zur Ausstellung spricht:
Landesrätin Mag.a Barbara Schwarz in
Vertretung von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll
- 10.45 Uhr Abschlußveranstaltung im Ostarichisaaal
Moderation: Peter de Martin
Musik - Ensemble der Militärmusik Niederösterreich
Begrüßung und Kurzbericht: Peter de Martin
Impulsreferat „Wissenschaftsinitiative NÖ“
Dr. Joachim Rössl, Leiter der Gruppe Kultur,
Wissenschaft und Unterricht (angefragt!), Präsentation
der Ergebnisse der drei Arbeitskreise/Workshops
- Festansprache von Landeshauptmann
Dr. Erwin Pröll
- Überreichung der ANÖ-Nadel an die erstmaligen
ANÖ-TeilnehmerInnen
- Schlußworte: Peter de Martin
- anschl. Mittagsempfang, gegeben von Landeshauptmann
Dr. Erwin Pröll, Foyer „Schwarzes Bild“
- 14.00 Uhr Ende des 20. AuslandsniederösterreicherInnen-
Treffens 2014, Transfer für die TeilnehmerInnen zum
Hotel Metropol, Bahnhof St. Pölten oder nach Baden
(Auslandsösterreicher-Weltbundtreffen, 4. bis 7.
September 2014).

<http://www.noel.gv.at/aoe>

Änderungen vorbehalten!

Weltbund-Tagung Auslandsösterreichertreffen 2014

4. bis 7. September 2014 in Baden bei Wien

Der Weltbund veranstaltet jedes Jahr für seine Mitglieder und deren Freunde ein großes, internationales Treffen in Österreich. Sie haben die Möglichkeit sich über Internet anzumelden. Kontakt: Dr. Irmgard Helperstorfer – http://www.weltbund.at/aktuelles_termine.asp

An allen mit einem > gekennzeichneten Veranstaltungen können Sie nur mit einer gedruckten Einladung oder einer Zugangsberechtigung teilnehmen, die Sie bei der Registrierung erhalten!

Donnerstag, 4. September

- 09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** im Foyer des Congress Casinos Baden, im Kurpark
Rahmenprogramm: Verbindliche Anmeldung wegen beschränkter Teilnehmerzahl unbedingt erforderlich! Bitte, **nur eine (!)** Veranstaltung des Rahmenprogramms für Donnerstag, 4. September 2014 ankreuzen. Die Teilnehmer können aus folgenden Programmpunkten wählen:
- 14.00 - 16.00 Uhr > **Stadtrundgang inkl. Besichtigung des Kaiserhauses**
Heilwasser, Biedermeierflair, Weinkultur, Musik, Congress & Casino, Natur und Gemütlichkeit prägen die Stadt. Der belebende Stadtpaziergang zwischen Tradition und Moderne führt zu Beethovenhaus – Kaiserhaus – Stadttheater – St. Stephan – Kurpark – zur unterirdischen Römerquelle und vielen anderen Sehenswürdigkeiten...
Treffpunkt: vor dem Congress Casino Baden / Haupteingang
- 15.00 - 17.00 Uhr > **Weingarten Wanderung auf den Spuren der Reblaus** – (gleiche Wanderung wie am Freitag, 5. September, 10.00 - 12.00 Uhr)
Sie spazieren mit einem Winzer durch die Weingärten über der Stadt und erfahren viel Wissenswertes zum Weinbau in der Thermenregion Wienerwald. Im Anschluss verkosten Sie das Badener Lumpentürl in der Badener Hauervinothek. *Treffpunkt:* vor dem Congress Casino Baden / Haupteingang
- 19.30 Uhr > Möglichkeit eine **Operettenaufführung der Sommerarena der Bühne Baden**, Arenastraße 1, zu besuchen: „Giuditta“, Musik: **Franz Lehár**; Anmeldung und Bezahlung sind von den Teilnehmern selbst vorzunehmen.
Kartenpreise von 30 bis 60 Euro
Information: <http://www.buehnebaden.at>
Telefon: ++43 / (0)2252 / 22522

Freitag, 5. September

- 09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** im Foyer des Congress Casinos Baden, im Kurpark
Rahmenprogramm: Verbindliche Anmeldung wegen beschränkter Teilnehmerzahl unbedingt erforderlich! Bitte, **nur eine (!)** Veranstaltung des Rahmenprogramms für Donnerstag, 4. September 2014 ankreuzen. Die Teilnehmer können aus folgenden Programmpunkten wählen:
- 09.00 - 11.00 Uhr > **Stadtrundgang inkl. Besichtigung des einzigartigen Arnulf Rainer Museums**
Heilwasser, Biedermeierflair, Weinkultur, Musik, Congress & Casino, Natur und Gemütlichkeit prägen die Stadt. Der belebende Stadtpaziergang zwischen Tradition und Moderne führt zu Beethovenhaus – Stadttheater – St. Stephan – Kurpark – und vielen anderen Sehenswürdigkeiten. Im Anschluß besichtigen Sie das Arnulf Rainer Museum, das sich in den historischen Räumen des Frauenbades befindet – mit einer Architektur, die mit ihren Badebecken und Umkleidekabinen auf die einstige Nutzung als Heilbad hinweist. *Treffpunkt:* vor dem Congress Casino Baden / Haupteingang
- 10.00 - 12.00 Uhr > **Weingarten Wanderung auf den Spuren der Reblaus** – (gleiche Wanderung wie am Donnerstag, 4. September, 15.00 - 17.00 Uhr)
Sie spazieren mit einem Winzer durch die Weingärten über der Stadt und erfahren viel Wissenswertes zum Weinbau in der Thermenregion Wienerwald. Im Anschluss verkosten Sie das Badener Lumpentürl in der Badener Hauervinothek. *Treffpunkt:* vor dem Congress Casino Baden / Haupteingang
- 14.00 - 17.30 Uhr **Generalversammlung 1. Teil**
im „Badener Saal“ des Congress Casinos Baden, im Kurpark
- 20.30 - 01.00 Uhr **Ball des Auslandsösterreicher-Weltbundes**
im „Festsaal“ des Congress Casinos Baden im Kurpark

Speziell für AuslandsösterreicherInnen

Samstag, 6. September

- 10.00 - 12.00 Uhr **Festakt mit Auszeichnung des „Auslandsösterreichers des Jahres 2014“**
im Congress Casinos Baden, im Kurpark, im „Großen Festsaal“
- 12.15 Uhr **➤ Festessen auf Einladung Festessen auf Einladung des Herrn Bundesministers für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) Sebastian Kurz** im Congress Casinos Baden, im Kurpark, Casino Restaurant & Casineum
- 14.30 - 17.30 Uhr **Generalversammlung 2. Teil**
im „Badener Saal“ des Congress Casinos Baden, im Kurpark
- 19.30 - 23.00 Uhr **➤ Empfang des Landeshauptmannes von Niederösterreich, Herrn Dr. Erwin Pröll,**
im Streiterhof, Leesdorfer Hauptstraße 64, Baden

11.45 Uhr

➤ Abschlußmittagessen

Schloß Weikersdorf, Schlossgasse 9 - 11, Baden
Essen € 21,- auf eigene Rechnung; Getränke auf Rechnung des AÖWB, verbindliche *Anmeldung unbedingt erforderlich!*

Änderungen vorbehalten!

Veranstaltungstips

„Genußmeile in der Thermenregion Wienerwald“ am 6. und 7. und 13. und 14. September 2014. Einstieg in Baden: Trostgasse, entlang dem ersten Wiener Wasserleitungswanderweg. Haben Sie schon einmal die „längste Schank der Welt“ gesehen? An beiden Wochenenden haben Sie die Gelegenheit dazu. Mehr als 80 Weinbaubetriebe aus der Thermenregion Wienerwald bieten dabei alles, was aus Weintrauben gemacht werden kann, zur Verkostung an.

Weinverkostung in der Badener Hauervinothek

2500 Baden bei Wien, Brusattiplatz 2

Telefon: ++43 / (0)2252 / 45 6 40

<mailto:badener.hauervinothek@aon.at>

<http://www.hauervinothek.at>

Öffnungszeiten: täglich von 10.00 – 12.30

und von 15.30 – 18.30 Uhr

Über 100 Badener Hauerweine und Weinbrände stehen für Sie im mittelalterlichen Ambiente zur Verkostung bereit.

Sonntag, 7. September

- 10.00 Uhr **Evangelischer Gottesdienst** : Evangelische Kirche, Erzherzog Wilhelm-Ring 54, Baden
- 10.15 Uhr **Katholischer Gottesdienst** Stadtpfarrkirche St. Stephan, Pfarrplatz 7, Baden

Foto: Michael Mössmer / <http://www.oesterreichfotos.at>



94. Salzburger Festspiele

Eröffnung durch Bundespräsident Heinz Fischer, Bundesminister Josef Ostermayer und Landeshauptmann Wilfried Haslauer – beeindruckende Worte des Festredners, des australischen Historikers Christopher Clark. Dem Jahrestag entsprechend nahmen die Redner auch Bezug auf das Jahr 1914.



Foto: LMZ / Neumayr / MIV

v.l.: Intendant Alexander Pereira, Daniela de Souza, Christina Rösslhuber, Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler, Margit Fischer und Bundespräsident Heinz Fischer bei der Eröffnung der Salzburger Festspiele

Die 94. Salzburger Festspiele wurden am 27. Juli mit einer Festveranstaltung in der Felsenreitschule offiziell eröffnet. Nach der Begrüßung durch Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler folgten Ansprachen von Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Bundesminister Josef Ostermayer sowie die Eröffnungsrede von Bundespräsident Heinz Fischer. Als Festredner verwies der Historiker Prof. Christopher M. Clark auf Parallelen zwischen den Ereignissen, die vor 100 Jahren zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges geführt haben, und der heutigen weltpolitischen Lage. Diesem thematischen Fokus entsprechend bildeten Lesungen von Cornelius Obonya und Schauspielchef Sven-Eric Bechtolf aus Werken von Karl Kraus und Stefan Zweig den Rahmen der Veranstaltung. Für die musikalische Gestaltung zeichneten das Mozarteumorchester Salzburg unter seinem Chefdirigenten Ivor Bolton und die Sopranistin Laura Aikin verantwortlich.

Haslauer: Kunst und Politik als Wechselspiel

„Die Kunst rettet die Welt nicht. Das müssen wir schon selber besorgen, aber: Ohne Kunst wird es uns das kaum gelingen“, stellte Landeshauptmann Wilfried Haslauer am fest. Die Allianz zwischen Politik und Kunst für die „heilige nationale Sache“ gebe es nicht mehr. „Sie hat einer Haßliebe zwischen Kunst und Staat Platz gemacht.“ Diese Beziehung, dieses Aufeinander-Angewiesen-Sein – Kunst kann ohne Öffentlichkeit nicht existieren, auch ohne öffentliche Finanzierung, öffentlich getragene Aufführungsstätten oder Festspiele, aber auch der Staat, die Öffentlichkeit kann und will ohne Kunst nicht sein – gleicht lang verheirateten Ehegatten, die die jeweiligen Angewohnheiten des anderen bis zur Weißglut reizt und dennoch nicht voneinander lassen, nicht ohne einander leben können, unvollständig wären, Bruchwerk sein müßten.“

Heute sei die Kunst der würdevolle oder provokante Träger des Himmels in einer Prozession des „Nie wieder“, von Humanität und Moralität, ein Himmel, der vor der sengenden Sonne der Wirklichkeit schützen soll. Aber, so Haslauer, „er schützt nicht vor den Raketen, die in Israel einschlagen und den Granaten auf Gaza, er schützt nicht vor einem Krieg in der Ukraine, deren Staatsgrenze von Wien weniger weit als Vorarlberg entfernt liegt. Und dieser Himmel schützt auch nicht den Himmel, aus dem unschuldige Frauen, Kinder, Familien in den Tod geholt werden.“

Ostermayer: Festspiele als Friedenswerk

„In genau diesen Tagen, in denen wir in Salzburg miteinander die Festspiele feiern, hat sich 100 Jahre zuvor auf dramatische Art und Weise das Schicksal Europas entschieden“, betonte Josef Ostermayer, Bundesmi-

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

nister für Kunst und Kultur, Verfassung und öffentlichen Dienst. „Die Initiatoren der Salzburger Festspiele verstanden 1920, zwei Jahre nach Ende des Krieges, ihr Engagement als ‚Friedenswerk‘“, so Ostermayer weiter. Nur wenige Jahre später mußten sie allerdings die Vergeblichkeit ihrer Bemühungen erleben. Denn der Nationalsozialismus – und damit die Ursache für das größte Leid: den Zweiten Weltkrieg, wäre ohne den Ersten nicht möglich gewesen, so der Bundesminister.

Emotionale, menschliche Bewußtmachung entstehe allerdings seltener in Anbetracht globaler Aspekte, sondern öfter anhand einzelner, persönlicher Schicksale. Kunst und Kultur würden den Weg dorthin öffnen. „Von Auge, Ohr und Gehirn, wo wahrgenommen und verstanden wird, zum Rest des Körpers, wo in einem kontemplativen Prozeß dafür gesorgt wird, daß Geschichte zuerst emotional und schließlich empathisch verstanden wird. Die Salzburger Festspiele 2014 nehmen sich dieser, unserer Geschichte an und damit eine verantwortungsvolle Aufgabe wahr“, sagte Ostermayer.

Fischer: Entwicklung zum internationalen Rechtsstaat

Bundespräsident Heinz Fischer fest, daß vor 100 Jahren alle Mechanismen versagt hätten, die den Frieden hätten bewahren können und daß uns dies auch heute noch ratlos zurücklasse. Und auch in den Köpfen vieler Musiker und Komponisten schien Merkwürdiges vor sich gegangen zu sein: Auch die Musik wurde rasch in nationale Einzelsprachen untergliedert.

„Es läßt uns nicht heute noch, sondern heute schon wieder ratlos zurück, wenn wir an das Versagen der Friedensmechanismen in der Ukraine oder an das Perpetuum mobile des Tötens zwischen Israelis und Palästinensern denken – von Syrien, vom Irak, von Afghanistan ganz abgesehen“, so das Staatsoberhaupt. „Und es erstaunt mich immer wieder, daß gerade diejenigen, die ein Versagen europäischer und damit auch österreichischer Politik für die schrecklichen und blutigen Entwicklungen außerhalb Europas oder am Rande Europas mitverantwortlich machen, oft nicht viel anderes anzubieten haben, als die alte Politik des Drehens an der Spirale der Gewalt, der Zuspitzung der Feindbilder, der Dialogverweigerung. Die simple Erkenntnis, daß Krieg und Gewalt nicht die Ultima Ratio, sondern die Ultima Irratio sind, ist noch immer nicht weit genug vorgedrungen – und das auf allen Seiten.“



Foto: LMZ / Neumayr / MMV

Festredner Prof. Christopher M. Clark bei der Eröffnung der Salzburger Festspiele

Fischer weiter: „Umso mehr bin ich überzeugt, daß die Zukunft der internationalen Politik auf die Entwicklung vom nationalen Rechtsstaat zum internationalen Rechtsstaat und auf eine umfassende judizielle Ahndung von Kriegshandlungen und Kriegsverbrechen hinarbeiten muß. Und Bertha von Suttner wird letzten Endes Recht behalten mit dem Satz: Entweder die Menschheit schafft den Krieg ab oder der Krieg schafft die Menschheit ab.“

Festredner Clark: Es häuft sich das Risiko

Festredner Christopher Clark stellte die Ereignisse, die vor 100 Jahren zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges geführt haben, der weltpolitischen Lage von heute gegenüber. Sein Resümee: „Wir befinden uns, wie im Jahre 1914, in einer Phase des Umbruchs. Die Konturen des alten Systems sind im Auflösen begriffen, die neuen Konstellationen sind noch nicht klar erkennbar. Gerade in solchen Momenten, wo das Gleichgewicht ins Wanken kommt, häuft sich das Risiko.“ Die Katastrophe des Jahres 1914 sei eine Mahnung, wie furchtbar die Folgen sein

können, wenn die Politik versagt, die Gespräche versiegen und kein Kompromiss mehr möglich ist.

„Ob wir heute in der Lage sind, dieser Falle zu entkommen ist noch nicht klar“, so Clark weiter. „Wir sind nicht unbedingt klüger oder weiser als unsere Vorfahren. Aber wir haben, jedenfalls in Europa, bessere Strukturen. Hier hat man aus den Ruinen zweier verheerender Weltkriege eine Wirtschafts- und Friedensordnung hergestellt, die weltweit einmalig ist. Es ist nicht nur, daß durch die EU ein Krieg zwischen den Staaten Europas unvorstellbar geworden ist, sondern daß dieses transnationale Gebäude für die ganze Welt ein Modell bietet für die friedliche Schlichtung von Interessenkonflikten.“ Die EU habe zurzeit vor allem innerhalb Europas eine schlechte Presse. Sie und ihre Werte würden auch innerhalb der Union von populistischen Bewegungen in Frage gestellt. Aber wer die EU wie ich von außerhalb betrachtet sehe in ihr einen Akt transnationalen politischen Willens, der zu den größten Errungenschaften der Geschichte der Menschheit gehöre, so Clark. ■

<http://www.salzburgerfestspiele.at>

Gedenken an den Ersten Weltkrieg

2014 jährt sich der Ausbruch des Ersten Weltkriegs zum hundertsten Mal – ein denkwürdiges Datum, das nicht nur Anlaß zum besonderen Gedenken an die Opfer des Krieges bietet, sondern auch ein Anstoß zur Reflexion über den langen Weg hin zu einem friedlichen Europa sein sollte: über die Fortschritte der letzten hundert Jahre und über die weiteren Schritte, die wir noch setzen müssen.

Anläßlich des Gedenkjahres 2014 ist eine ganze Reihe von Veranstaltungen in Österreich und Europa geplant. Dabei ist es Österreich sehr wichtig, daß die Veranstaltungen eine vorwärts gerichtete pro-europäische Haltung wiedergeben und daß ein Bezug zur Gegenwart hergestellt wird. Man will über einen bloßen Akt der Erinnerung und Gräber- und Denkmalpflege hinausgehen und vielmehr einen Perspektivenwechsel anregen – hin zu einer Erweiterung nationaler Perzeptionen und zur Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Geschichtsverständnisses.

Den Planungen für das Gedenkjahr liegt eine enge interministerielle Zusammenarbeit zugrunde: VertreterInnen des Bundeskanzleramts, von Außen- (BMeia), Innen-, Verteidigungs-, Unterrichts und Wissenschaftsministerium sind an den Vorbereitungen beteiligt. Ein Kreis prominenter österreichischer HistorikerInnen hat im Auftrag dieser Ressorts ein Grundlagenpapier zum Ersten Weltkrieg erarbeitet. Dieses enthält Grundzüge einer österreichischen Betrachtungsweise auf Basis des aktuellsten Forschungsstandes und stellt nicht zuletzt auch eine Informationsgrundlage für die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland dar.

Das „Österreich Journal“ freut sich, daß Dank der Initiative des BMeia die HistorikerInnen zugestimmt haben, daß wir Ihnen, sehr geehrte LeserInnen, diese Sammlung in Form einer Serie das Jahr hindurch zur Lektüre anbieten können. Wir werden sie durch Berichte über Ausstellungen und Veranstaltungen ergänzen.

Im September 2012 wurde Botschafter i.R. Christian Prosl, zuletzt österreichischer Botschafter in Washington, DC, als Koordinator für die Betreuung der Projekte des



Foto: <http://anno.onb.ac.at/>

»Die Heerführer Oesterreich-Ungarns im Kriegsfall« titelte 25. Juli 1914 das in Wien erschienene »Interessante Blatt«. Im Bildtext sind deren Namen aufgelistet: »Der zur Disposition des Allerhöchsten Oberbefehls gestellte rangälteste Armee-Inspektor G.d.J. Erzherzog Friedrich« (Mitte, die anderen beginnen links oben im Uhrzeigersinn) Armee-Inspektor FZW Oskar Potiorek, G.d.R. Rudolf Ritter von Bruderemann, der Chef des Generalstabs G.d.J. Conrad Freiherr von Hötzendorf, G.d.J. Liborius Ritter von Frank, Marinekommandant Admiral Anton Haus, G.d.J. Moritz Ritter von Auffenberg und Kriegsminister FZM Alexander v. Kroatin

BMeia im Rahmen des Gedenkjahres 2014 ernannt. Durch Koordination und vor allem wechselseitige internationale und nationale Information über geplante und laufende Projekte möchte das BMeia eine Optimierung und inhaltliche Kohärenz der österreichischen Veranstaltungen im Ausland sicherstellen.

Das Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs wird einen Schwerpunkt der österreichischen Auslandskulturarbeit im Jahr 2014 darstellen. Veranstaltungen mit österreichischer Beteiligung werden u.a. in Belgien, Bosnien und Herzegowina, Frankreich, Großbritannien, Kroatien, Litauen, Polen, Rußland, Schweden, der Schweiz,

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

Serbien, der Tschechischen Republik, der Türkei, Ungarn, der Ukraine und den Vereinigten Staaten stattfinden. Dabei spannt sich der Bogen von Ausstellungen über Konferenzen und wissenschaftliche Symposien bis zu Bildungsinitiativen und vielem mehr. Eine eigens entwickelte Wanderausstellung mit dem Titel „Das Jahr 1914 – Bewegte Ruhe vor dem Sturm“, die die Entwicklungen in Österreich unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs in Politik, Gesellschaft, Kunst und Kultur beleuchtet, wird in mehreren Orten im Ausland Station machen.

Zu den geplanten österreichischen Gedenkveranstaltungen im Ausland zählt ein Konzert der Wiener Philharmoniker in Sarajewo am 27. Juni 2014, dem 100. Jahrestag des Attentats auf Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin Sophie. Das Konzert wird die erste öffentliche Veranstaltung in der neu wiedereröffneten Vijećnica sein (sie wurde 1892–1894 nach Plänen des österreichischen Architekten Alexander Wittek als Rathaus Sarajewos erbaut und beherbergte nach 1948 die National- und Universitätsbibliothek. Im Bosnienkrieg stark zerstört, wurde sie in den letzten Jahren – auch mit Unterstützung der Republik Österreich und der Stadt Wien – wiederaufgebaut und komplett neu renoviert.) Die von der österreichischen Botschaft in Sarajewo mitveranstaltete internationale wissenschaftliche Tagung „The long shots of Sarajevo“ wird sich ebenfalls den folgenschweren Ereignissen im Juni 2014 widmen.

Nicht nur im Ausland, sondern selbstverständlich auch in Österreich ist eine Vielzahl von kulturellen und wissenschaftlichen Programmpunkten geplant. So steht der Erste Weltkrieg beispielsweise im Mittelpunkt einer Ausstellung auf der Schallaburg unter dem Titel „Jubel & Elend – Leben mit dem Großen Krieg 1914-1918.“ Die Ausstellungsräume im Heeresgeschichtliche Museum Wien werden neu konzipiert, um mit geografischen, zeitlichen und thematischen Schwerpunkten ein umfassendes Bild der damaligen Ereignisse zu zeigen. Auf Schloß Artstetten gibt es neben der dem Leben von Erzherzog Franz Ferdinand gewidmeten Dauerausstellung „Für Herz & Krone“ die Sonderschau „Vom Machthunger zur Friedenskultur – 100 Jahre nach dem Tod des Thronfolgers“ zu sehen, die die Geschichte aus der Sichtweise Franz Ferdinands beleuchtet.

Mehrere Publikationen werden verschiedene Themen rund um den Ersten Weltkrieg beleuchten. Um stellvertretend nur einige davon zu nennen: Das neue Werk von Manfred Rauchensteiner „Der Erste Weltkrieg



Foto: <http://anno.onb.ac.at/>

Im Bildtext zur Titelseite des »Wiener Salonblatts« hieß es: »Gen. d. Inf. Erzherzog Friedrich, der am 4. Juni 1856 zu Groß-Seelowitz geborene Sohn weiland des Erzherzogs Karl Ferdinand und der Erzherzogin Elisabeth verwitw. gewes. Erzherzogin von Österreich-Este geb. Erzherzogin von Österreich wurde zur Disposition des Oberbefehles Sr. Majestät gestellt und gleichzeitig vom k. k. Landwehr-Oberkommando enthoben.« »Lieber Herr Vetter...«, schrieb Kaiser Franz Joseph, »In Ihrer Eigenschaft als rangältester Armeeinspektor stelle Ich Sie zur Disposition meines Oberbefehls...«

und das Ende der Habsburgermonarchie 1914-1918“ wurde bereits am 19. September 2013 im RadioKulturhaus in Wien vorgestellt. Christa Hämmerle beleuchtet in ihrem ebenfalls im Herbst des Jahres erschienenen Buch „Heimat/Front“ Geschlechtergeschichte/n des Ersten Weltkrieges in Österreich-Ungarn. Die Akademie der Wissenschaften schließlich wird mit der Publikation „Weltkriegsstatistik Österreich-Ungarn 1914-1918. Bevölkerungsbewegung, Humanverluste, Kriegswirtschaft“ erstmalig und umfassend wesentliche Daten zu Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg gesammelt und strukturiert zugänglich machen.

Darüber hinaus werden sich im Gedenkjahr 2014 wissenschaftliche Konferenzen, Symposien, Filmprojekte, Forschungsprogramme, Bildungsinitiativen... mit dem Ersten Weltkrieg auseinandersetzen.

Die meisten der Projekte im In- und Ausland sind in der Vorbereitungsphase und werden in den kommenden Wochen und Monaten konkrete Gestalt annehmen. Sie sind daher eingeladen, in regelmäßigen Abständen die Website des BMeiA zu besuchen, um sich über den aktuellsten Stand der Planungen zu informieren und alle Termine zu informieren:

<http://www.bmeia.gv.at>

Fronterfahrung

Der moderne Krieg zertrümmert die anfängliche Euphorie.

Beitrag aus einem Grundlagenpapier, das auf Initiative des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres mit sechs anderen Ressorts bei namhaften österreichischen WissenschaftlerInnen in Auftrag gegeben wurde.

Teil 7 der Serie: von Helmut Konrad *)



© Multimediale Sammlungen, Universalmuseum Joanneum

Unbekannter Fotograf: Soldaten werden von ihren Angehörigen am Bahnhof verabschiedet.

Jene Menschen, die bei Kriegsausbruch nicht älter als 50 Jahre waren, hatten in der Habsburgermonarchie keine persönliche Erinnerung an einen Krieg. Selbst die Großväter konnten keine Geschichten vom Schlachtfeld erzählen. Königgrätz lag 48 Jahre zurück. Und in der kommunikativen Erinnerung waren Kriege ausschließlich „Schlachten“, also Ereignisse, bei denen in wenigen Stunden über Sieg oder Niederlage entschieden wurde.

So war die Erwartung an das „Abenteuer Krieg“ oftmals jenes eines Initiationsrituals in die Männlichkeit, ein kurzer, spannender Einsatz, der spätestens zum Beginn der Erntezeit vorbei sein sollte.

*) Univ.-Prof. Dr. Helmut Konrad ist Professor für Allgemeine Zeitgeschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz

Die Realität war eine gänzlich andere. Nachdem die Anfangsoffensiven zum Erliegen gekommen waren, trat gegen Ende des Jahres 1914 eine militärische Pattsituation an den Fronten ein. Konnte man bis dahin vorstürmen, zurückweichen, ausweichen, sich also in der Landschaft des Schlachtfeldes bewegen, so stellte sich nun die Front als „gerichtete Landschaft“ (Kurt Lewin) dar. „Die Gegend da vorne scheint ein Ende zu haben, dem ein ‚Nichts‘ folgt.“ Vorne, das war der Tod. Die Landschaft war nicht mehr im Rundblick offen zu erfassen, sie kannte nun ein „Vorne“ und „Hinten“. Die Landschaft war zum integralen Bestandteil der Kampf- und Überlebensstrategie geworden. Der Stellungskrieg, das Überleben in den Schützengräben, veränderte das Leben der Soldaten. „Das Ausharren auf engstem Raum

machte psychische Resistenz zur Schlüsselqualifikation“ (Hans-Georg Hofer).

Geradezu als exemplarisch können die Fronterfahrungen von Oskar Kokoschka gelten. Erst die freiwillige Meldung mit der ersehnten und formenden Ausbildung, dann als Offiziersanwärter bei der Kavallerie mit Blumen und Jubel ins Feld verabschiedet, dann aber die Schockerfahrung, als er mit seinen Leuten auf Pferden gegen die Kanonen der Russen anritt. Eine schwere Verletzung führte zur Krankenhauserfahrung und zur Begegnung mit einer Medizin im Dienste des Krieges, deren Hauptaufgabe es war, möglichst viele Männer rasch wieder fronttauglich zu machen, eine Aufgabe, der gerade die Psychiatrie bei den vielen Traumatisierten mit aller Gewalt nachkam. Und letztlich machte Kokoschka die Erfahrung

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

im Schützengraben am Isonzo, ein Erleben, das jede Anfangserwartung vom Krieg als Initiationsritus in ein ganz dramatisches Gegenteil verkehren mußte.

Der Maschinenkrieg, der vor allem über das Maschinengewehr und seine normierte Munition die Männer zu Verlängerungen, ja zu Anhängseln der neuen Technologie machte, der ungeheure Knall bei Einschlägen aus Großgeschützen oder aber die Bedrohung durch das lautlose Gas, all das war Teil des Szenarios des „Großen Krieges“.

Prägend für viele Soldaten der Habsburgermonarchie waren dabei die Kämpfe an der Isonzofront. Der Karst unterschied sich von den Kampfzonen im Hochgebirge an der Tiroler Front, aber auch von den Schlachtfeldern im Osten oder an der deutschen Westfront, deren Bilder („Im Westen nichts Neues“) bis heute die Vorstellungen vom Kriegsgeschehen im Ersten Weltkrieg dominieren. Im Muschelkalk an der Front im istrischen Karst waren die Schützengräben nie-

driger, nach oben durch Geröll oder durch Sandsäcke verstärkt. Das erzwang eine gebückte Haltung, die auch die Mentalität der Soldaten überformte. Nicht zufällig entstiegen den Schützengräben dieser Front bei Kriegsende die italienischen „Squadristi“ auf der einen und die österreichischen Heimatwehren auf der anderen Seite, kämpften dort doch Benito Mussolini und Emil Fey. Der spezifische Raum der Gewalt hatte also auch große politische Folgewirkungen.

Das laute Surren und Pfeifen der Querschläger im splitternden Gestein, die vielen gerade aus diesen Querschlägern resultierenden Verwundungen, die glühende Hitze der Sommer und die Kälte der Winterwinde, die Toten, die nach den mißglückten Sturmangriffen im Niemandsland liegen bleiben mußten, die praktisch ausbleibenden Gebietsgewinne oder -verluste, also das Fehlen von Siegen oder Niederlagen, all das ließ die Landschaft nördlich von Duino in ganz besonderer Weise als „gerichtet“ erscheinen.



Foto: Privat

Univ.-Prof. Helmut Konrad, Professor für Allgemeine Zeitgeschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz

„Gerichtet“ war allerdings nicht nur die Landschaft an der Front. Den Bedürfnissen der Front war auch hinter der Front alles untergeordnet. Dem „Nichts“ folgten in Abstufungen nach hinten die Feldlazarette und die Nachschubeinrichtungen, die Krankenhäuser und schließlich das Hinterland, dessen Produktivität aber weitgehend auf die Bedürfnisse der Front hin ausgerichtet war. An diesen Bedürfnissen orientierte sich auch die Kommunikation, die von den Fronten des Krieges und an die Front an die 22 Milliarden Feldpostbriefe und Postkarten zu bewältigen hatte. Daran orientierten sich alle anderen Kommunikationsformen, das gesamte Transportwesen (von den modernen Eisenbahnen bis zu den Pferden, von denen zahllose im Gaskrieg erblindeten) und letztlich auch die Kunst, die sich im Kriegspressequartier sammelte.

Von der Front ins Hinterland kamen vorerst die Kriegsgefangenen, deren große Lager die Sozialstruktur von Gemeinden veränderten (Knittelfeld als Beispiel hatte etwa 10.000 Einwohner, aber 30.000 Kriegsgefangene im Lager), dann die eigenen Verwundeten oder aber die Traumatisierten, denen das „shell-shock“-Erleben die Sprache oder die Orientierung genommen hatte, und letztlich, zumeist nur in der Form von Nachrichten, die im Felde Gefallenen, deren Körper meist in Massengräbern lagen.

Das Hinterland, dessen strukturelle Überforderung letztlich mit kriegsentscheidend war, die sogenannte „Heimatfront“ mit ihren spezifischen Mangelerfahrungen, war somit ebenfalls Teil einer Erfahrungslandschaft, die nach den Frontlinien hin ausgerichtet war. ■

Helmut Konrad und Nicole Goll

Die Steiermark und der Große Krieg.

Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Grazer Museum im Palais

Hundert Jahre nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs ist fast die ganze Welt, von Australien bis nach Kanada, in Gedenkveranstaltungen und Ausstellungen bemüht, dieses für die Geschichte des 20. Jahrhunderts so zentrale Ereignis in gebührender Form in Erinnerung zu rufen und im kulturellen Gedächtnis zu verankern. Siegerstaaten erinnern anders als Niederlagenstaaten. Für sie war es der „Große

Krieg“, für die Besiegten war das Ereignis hingegen lange Jahre traumatisch besetzt. Hundert Jahre und vier Generationen später nähern sich die Erzählstränge aber an, es steht nicht länger Triumph gegen Schmerz, sondern beide Seiten sehen die transnationale Bedeutung des Ereignisses und die prinzipielle Umgestaltung der Welt durch den Krieg. Er hatte die Modernisierung ungeheuer beschleunigt und dabei die dunkle Seite dieses Prozesses deutlich gemacht.

Der vorliegende Katalog ist zur Ausstellung im „Museum im Palais“ in Graz erschienen (es gehört seit 2011 zum Universalmuseum Joanneum), in der Helmut Konrad und Nicole-Melanie Goll, wie sie sagen, „den Versuch unternehmen, die Weltpolitik auf die Steiermark herunterzubrechen. Obwohl sie selbst nicht Kriegsschauplatz war, spiegeln sich die zentralen Entwicklungen auch hier wider.“

Den Anspruch, die große Entwicklung im Regionalen nachvollziehbar zu machen sei nur dadurch einzulösen gewesen, weil eine ganze Reihe von öffentlichen und vor allem privaten Leihgebern gefunden werden konnte. Der Katalog kann beim Museum Joanneum online bestellt werden: <mailto:museumimpalais@museum-joanneum.at>



Coverfoto: Der aus Wildalpen stammende Steirer Franz Schnehs mit zwei von ihm geretteten Südtiroler Kindern an der italienischen Front.

Helmut Konrad

Geboren am 29.1.1948 in Wolfsberg, verheiratet seit 1973 mit Alida Mirella Konrad-Hueller, zwei Kinder

Ausbildung

1954-1959 Volksschule und 1 Jahr Hauptschule in St. Gertraud, Lavanttal
 1959-1966 7 Jahre Gymnasium in Klagenfurt
 1966-1972 Studium Geschichte und Germanistik an der Universität Wien, Promotion sub auspiciis praesidentis 1973
 1980 Habilitation (Neuere Geschichte und Zeitgeschichte) an der Universität Linz

Beruflicher Werdegang

1972-1981 Universitätsassistent in Linz
 1981/82 2 Semester Vertretungsprofessur in Innsbruck (neugegründete Zeitgeschichte)
 1981-1984 außerordentlicher Universitätsprofessor, Linz
 seit 1.3.1984 Ordentlicher Universitätsprofessor für Allgemeine Zeitgeschichte unter Berücksichtigung außereuropäischer Länder und Kulturen an der Universität Graz
 1990/91 Gastprofessor, Cornell University Ithaca, USA
 1993 Gründungssprecher des Spezialforschungsbereichs „Moderne“, dann Vorstandsmitglied, Schatzmeister (bis 2005)
 2000/01 Gastprofessor University of Waterloo, Ontario, Kanada
 2001 Visiting Fellow, European University Institute, Florenz, Italien
 2010 Co-Teaching (Mit Jay Winter), Yale University, USA

Akademische Selbstverwaltung und wissenschaftliche Dienstleistungen (Auswahl)

1987-1989 Dekan der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Graz (wiedergewählt 1992)
 1993-1997 Rektor der Universität Graz
 1995-1998 Vizepräsident der Österreichischen Rektorenkonferenz
 1997-1999 Prorektor der Universität Graz
 1999-2006 Mitglied des deutschen Akkreditierungsrats

2000-2005 Präsident des österreichischen Akkreditierungsrats
 2000-2006 Mitglied des Board von CEE-NET (Network of Central and Eastern European Quality Assurance Agencies in Higher Education)
 2000-2008 Präsident des Internationalen Forschungszentrums Kulturwissenschaften (IFK)
 2004-2005 Mitglied des Board von ENQA (European Association for Quality Assurance in Higher Education)
 2004-2006 Vorstand des Instituts für Geschichte der Universität Graz
 seit 2007 Mitglied des kosovarischen Akkreditierungsrates
 seit 2008 Präsident des Salzburger Wissenschafts- und Forschungsrats (Mitglied seit 2005) u.a.

Ehrungen und Auszeichnungen

- Theodor Körner Preis 1975
- Victor Adler Staatspreis 1983
- Preis der Stadt Wien für Geistes- und Kulturwissenschaften 2002
- Großes Goldenes Ehrenzeichen des Landes Steiermark 1997
- Ehrendoktorat der Universität Shkodra, Albanien, 1996
- Verkauf-Verlon-Preis für antifaschistische Literatur 2008
- Großes Goldenes Ehrenzeichen der Republik Österreich 2009

Forschungsschwerpunkte

Kulturgeschichte, Arbeitergeschichte, Nationale Frage und Identität, Strukturen von Wissenschaft und Forschung

Zuletzt erschienen

Helmut Konrad, Christa Hämmerle, Manfred Rauchensteiner:
Der Erste Weltkrieg. Die große Erschütterung und der Keim des Neuen.
 12 Vorlesungen
 Graz 2013. ISBN 3-902819-22-7
 Helmut Konrad und Stefan Benedik (Hg):
Mapping Contemporary History II.
 Wien 2010. ISBN 3-205-78518-5
 Helmut Konrad und Monika Stromberger (Hg):
Die Welt im 20. Jahrhundert nach 1945.
 Wien 2010. ISBN: 9-783-85476-325-3
 Helmut Konrad und Nicole Goll:
Die Steiermark und der Große Krieg.
 Graz 2014, ISBN: 9-783-90209-5541
 Insgesamt über 300 wissenschaftliche Arbeiten.

Jahresübersicht der Beiträge

Motivenbericht und Einleitung
Ausgabe 127 / E: 03.02.2014

1. **Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg. Ein Überblick**
 Von Manfred Rauchensteiner
Ausgabe 127 / E: 03.02.2014
2. **Über die Kriegsschuld**
 Von Helmut Konrad
Ausgabe 128 / E: 27.02.2014
3. **Demokratie, Krieg und Frieden. Anmerkungen zu den Rahmenbedingungen des Ersten Weltkriegs**
 Von Anton Pelinka
Ausgabe 129 / E: 27.03.2014
4. **„Das Befreiende der mutigen Tat“: Die „dunkle“ Seite der Wiener Moderne um 1914**
 Von Oliver Rathkolb
Ausgabe 130 / E: 30.04.2014
5. **Soziale Militarisierung**
 Von Christa Hämmerle
Ausgabe 131 / E: 30.05.2014
6. **Der Krieg und die Medien**
 Von Wolfgang Maderthaner
Ausgabe 132 / E: 30.06.2014
7. **Fronterfahrung**
 Von Helmut Konrad
Ausgabe 133 / E: 31.07.2014
8. **Kriegführung und humanitäre Folgen**
 Von Verena Moritz
Ausgabe 134 / E: 28.08.2014
9. **Frauen- und Geschlechtergeschichte des Ersten Weltkriegs**
 Von Christa Hämmerle und Gabriella Hauch
Ausgabe 135 / E: 09.10.2014
10. **Folgen des Ersten Weltkriegs**
 Von Stefan Karner
Ausgabe 136 / E: 30.10.2014
11. **Nachwirkungen der „Fronterfahrung“ des Ersten Weltkriegs auf die Entwicklung Österreichs in der Zwischenkriegszeit**
 Von Verena Moritz
Ausgabe 137 / E: 25.11.2014
12. **Der Erste Weltkrieg im Gedächtnis Österreichs und (Zentral-)Europas – Gedächtnis-traditionen in (transnational)er Perspektive**
 Von Heidemarie Uhl
Ausgabe 138 / E: 22.12.2014

Anm.: Die Erscheinungstermine können um bis zu drei Tage verschoben werden. Die Redaktion.

Chronik des Ersten Weltkriegs mit besonderer Berücksichtigung Österreich-Ungarns

1914

- | | | |
|---|--|---|
| <p>28. Juni:
Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gemahlin Sophie in Sarajevo</p> <p>23. Juli:
Befristete Demarche Österreich-Ungarns an Serbien</p> <p>25. Juli:
Abbruch der diplomatischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien. Beginn der Generalmobilmachung in Serbien</p> <p>28. Juli:
Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien</p> <p>29. Juli:
Teilmobilmachung in Rußland</p> <p>30. Juli:
Beginn der Generalmobilmachung in Rußland</p> <p>31. Juli:
Deutsches Ultimatum an Rußland</p> <p>1. August:
Beginn der Mobilmachung in Frankreich und im Deutschen Reich. Deutsche Kriegserklärung an Rußland</p> <p>3. August:
Deutsche Kriegserklärung an Frankreich. Neutralitätserklärungen Italiens und Rumäniens</p> <p>4. August:
Deutscher Einmarsch in das neutrale Belgien. Kriegserklärung Großbritanniens an das Deutsche Reich</p> <p>05. August:
Kriegserklärung Montenegros an Österreich-Ungarn</p> <p>06. August:
Kriegserklärung Serbiens an das Deutsche Reich. Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland</p> <p>11. August:
Kriegserklärung Frankreichs an Österreich-Ungarn</p> | <p>12. August:
Kriegserklärung Großbritanniens an Österreich-Ungarn</p> <p>23. August:
Beginn der Schlacht von Krasnik (bis 25. August). Erster Erfolg von k. u. k. Truppen</p> <p>Kriegserklärung Japans an das Deutsche Reich und Beginn der Belagerung von Tsingtau (Einnahme am 7. November 1914)</p> <p>26. August:
Beginn der Schlacht bei Komarów (bis 1. September). Sieg der k. u. k. Truppen</p> <p>27. August:
Kriegserklärung Japans an Österreich-Ungarn</p> <p>2. September:
Eroberung von Lemberg durch russische Truppen</p> <p>8. September:
Zweite Offensive österreichisch-ungarischer Verbände gegen Nordwest- und Westserbien</p> <p>22. Oktober:
Kriegseintritt des Osmanischen Reiches an der Seite der Mittelmächte</p> <p>16. November:
Beginn der dritten österreichisch-ungarischen Offensive gegen Serbien</p> <p>1. Dezember:
Schlacht bei Limanowa-Lapanów führt zum Rückzug zweier russischer Armeen (bis 15. Dezember)</p> <p>2. Dezember:
Einnahme Belgrads durch k. u. k. Truppen</p> <p>3. Dezember:
Beginn der serbischen Gegenoffensive</p> <p>15. Dezember:
Rückzug der letzten österreichisch-ungarischen Truppen von serbischem Gebiet</p> <p>1915</p> <p>13. Januar:
Ablösung des Grafen Leopold Berchtold durch Stephan Graf Burián von Rajecz als k. u. k. Minister des Äußern</p> | <p>23. Januar:
Winterschlacht in den Karpaten (bis Ende März). Schwere Verluste des österreichisch-ungarischen Heeres</p> <p>6. Februar:
Rumänisch-italienisches Defensivbündnis</p> <p>22. März:
Kapitulation der österreichisch-ungarischen Festung Przemysl</p> <p>22. April:
Erster Einsatz von Chlorgas durch deutsche Truppen im Gebiet von Ypern</p> <p>25. April:
Beginn der alliierten Landungen im Dardanellengebiet (Halbinsel Gallipoli)</p> <p>26. April:
Londoner Vertrag zwischen Italien und der Entente</p> <p>2. Mai:
Beginn der Durchbruchsschlacht von Tarnów-Gorlice</p> <p>4. Mai:
Aufkündigung des Dreibundvertrages durch Italien</p> <p>7. Mai:
Versenkung des britischen Passagierdampfers „Lusitania“ durch ein deutsches U-Boot</p> <p>23. Mai:
Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn</p> <p>3. Juni:
Przemysl von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen wieder erobert</p> <p>22. Juni:
Lemberg von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen wieder befreit</p> <p>23. Juni:
Beginn der ersten Isonzoschlacht (bis 7. Juli)</p> <p>17. Juli:
Beginn der zweiten Isonzoschlacht (bis 10. August)</p> |
|---|--|---|

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

26. August: Beginn der „schwarz-gelben“ Offensive gegen Rußland	29. Februar: Besetzung von Nordalbanien durch Verbände des k. u. k. Heeres abgeschlossen	22. September: Beginn der Gegenoffensive deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen in Siebenbürgen
6. September: Abschluß einer Militärkonvention zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Bulgarien	11. März: Beginn der fünften Isonzoschlacht (bis 16. März)	9. Oktober: Beginn der achten Isonzoschlacht (bis 12. Oktober)
6. Oktober: Offensive deutscher und österreichisch-ungarischer Verbände gegen Serbien. Feststellung des gemeinsamen Ministerrats in Wien, wonach die nationale Struktur und der staatsrechtliche Aufbau Österreich-Ungarns keine Gebietserweiterungen vertragen würden.	16. März: Schwere Kämpfe im Adamello-Gebiet, Sprengung des Col di Lana	21. Oktober: Der k. u. k. Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh wird von Friedrich Adler erschossen. Nachfolger Stürgkhs wird Ernest von Koerber
8. Oktober: Eroberung von Belgrad	15. Mai: Beginn der österreichisch-ungarischen Südtiroloffensive („Strafexpedition“)	31. Oktober: Beginn der neunten Isonzoschlacht (bis 4. November)
14. Oktober: Kriegserklärung Bulgariens an Serbien	31. Mai: Seeschlacht im Skagerrak	5. November: Proklamierung eines selbstständigen Königreichs Polen durch das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn
18. Oktober: Beginn der dritten Isonzoschlacht (bis 5. November)	4. Juni: Beginn der russischen Sommeroffensive (Brusilov-Offensive). Bis 31. August schwere Verluste des k. u. k. Heeres	21. November: Tod Kaiser Franz Josephs I. Sein Nachfolger wird Kaiser Karl I
10. November: Beginn der vierten Isonzoschlacht (bis 11. Dezember)	6. bis 22. Juni: Blockade Griechenlands durch die Entente; am 21. Juni Demobilisierung der griechischen Armee	6. Dezember: Eroberung von Bukarest durch Truppen der Mittelmächte
25. November: Niederlage des serbischen Heeres auf dem Amselfeld (Kosovo polje). Rückzug der Serben über Montenegro nach Albanien (bis 26. Februar)	16. Juni: Ende der Schlacht in Südtirol	12. Dezember: Friedensangebot der Mittelmächte an die Alliierten (am 30. Dezember abgelehnt)
Dezember: Friedensinitiativen der sogenannten Meinl-Gruppe	29. Juni: Erster Giftgaseinsatz österreichisch-ungarischer Truppen im Raum Görz	18. Dezember: Vergeblicher Friedensaufruf des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson
1916	4. August: Beginn der sechsten Isonzoschlacht (bis 17. August). Görz von italienischen Truppen erobert	20. Dezember: Ottokar Graf Czernin neuer k. u. k.-Minister des Äußern
4. Januar: Österreichisch-ungarische Offensive gegen Montenegro	23. August: Kriegserklärung Italiens an das Deutsche Reich	1917
8. Januar: Räumung der Halbinsel Gallipoli durch die Alliierten	27. August: Kriegserklärung Rumäniens an Österreich-Ungarn. Beginn einer rumänischen Offensive gegen Siebenbürgen	Januar bis Mai: Vertrauliche Friedensangebote Kaiser Karls an die Alliierten durch Prinz Sixtus von Bourbon-Parma (vgl. 12. April 1918). Italien lehnt Verhandlungen über einen Sonderfrieden ab
11. Januar: Besetzung des Lovcen-Massivs (Montenegro) durch österreichisch-ungarische Truppen	28. August: Kriegserklärung des Deutschen Reichs an Rumänien	12. Januar: Kronrat unter dem Vorsitz Kaiser Karls: Integrität der Monarchie, weitgehende Existenzmöglichkeiten für Serbien, Annäherung an Rußland; Status quo in der polnischen Frage
23. Januar: Bedingungslose Kapitulation Montenegros. K. u. k. Truppen beginnen den Einmarsch in Albanien	September: Schwere Versorgungsprobleme in der österreichischen Reichshälfte	1. Februar: Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs
21. Februar: Beginn der Schlacht um die Festung Verdun in Nordfrankreich	1. September: Kriegserklärung Bulgariens an Rumänien	
	14. September: Beginn der siebten Isonzoschlacht (bis 17. September)	

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

27. Februar: General der Infanterie Arz von Straußenburg löst Generaloberst Conrad von Hötzendorf als Chef des Generalstabes ab	Einsatz einer tschechischen Brigade bei Zborów im Rahmen der Kerenskij-Offensive	1. Februar: Matrosenrevolte im k. u. k. Kriegshafen von Cattaro. Nach der Niederschlagung vier Todesurteile vollstreckt
Bildung eines gemeinsamen Ernährungsausschusses für beide Reichshälften, der dem Kaiser direkt unterstellt ist	16. bis 18. Juli: Bolschewistischer Aufstand in St. Petersburg scheidert	9. Februar: Friedensvertrag der Mittelmächte mit der Ukrainischen Volksrepublik
12. März: Beginn der (bürgerlichen) Revolution in Rußland	20. Juli: Vertrag von Korfu zwischen Serben und Kroaten über die Errichtung eines Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen	28. Februar: K. u. k. Truppen beteiligen sich am Einmarsch in die Ukraine
15. März: Zar Nikolaj II. von Rußland dankt ab	18. August: Beginn der elften Isonzoschlacht (bis 13. September)	Ende Februar: Kaiser Karl will die 14 Punkte Wilsons mit Einschränkungen anerkennen
6. April: Kriegserklärung der USA an das Deutsche Reich	24. Oktober: Beginn der zwölften Isonzoschlacht. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen erzielen einen Durchbruch bei Flitsch und Tolmein. In der Folge Vormarsch bis an den Piave	3. März: Friedensvertrag von Brest-Litowsk zwischen den Mittelmächten und Rußland
19. bis 21. April: Englisch-französisch-italienische Konferenz in Saint-Jean-de-Maurienne. Ein Sonderfrieden mit Österreich-Ungarn wird abgelehnt	07. November: Beginn der bolschewistischen Revolution in Rußland	14. März: Besetzung Odessas durch Verbände der Mittelmächte
23. April: Kriegszielbesprechung in Bad Kreuznach zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn	20. bis 29. November: Alliiierter Großangriff bei Cambrai mit „Tanks“	21. März: Deutsche Frühjahrsoffensive in Belgien und Frankreich (bis 17. Juli)
12. Mai: Zehnte Isonzoschlacht (bis 5. Juni)	3. Dezember: Beginn von Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Mittelmächten und Rußland (Waffenstillstand am 15. Dezember. Beginn von Friedensverhandlungen am 22. Dezember)	1. April: Der erste Luftpostverkehr der Welt wird auf der Strecke Wien – Olmütz – Krakau – Lemberg – Kiew aufgenommen
15. Mai: Seegefecht in der Otrantostraße	7. Dezember: Kriegserklärung der USA an Österreich-Ungarn	8. April: Kongreß der unterdrückten Völker (Österreich-Ungarns) in Rom (bis 11. April)
30. Mai: Wiederezusammentritt des österreichischen Reichsrats	Waffenstillstand zwischen den Mittelmächten und Rumänien in Focsani	12. April: Der französische Ministerpräsident Clemenceau veröffentlicht den (ersten von zwei) „Sixtusbriefen“. Kaiser Karl leugnet ihn ab. Der Minister des Äußern, Czernin, tritt zurück
10. Juni: Italienische Offensive im Gebiet der Sieben Gemeinden (Ortigaraschlacht; bis 29. Juni)	1918 3. bis 25. Januar: Streikbewegung in Österreich-Ungarn. Nach und nach sind über 700.000 Arbeiter im Ausstand	25. April: Heimkehrermeutereien in Böhmen, Mähren und Galizien (bis 5. Juli)
15. Juni: Moritz Graf Esterházy Nachfolger Graf Tizsas als ungarischer Ministerpräsident	6. Januar: „Dreikönigsdeklaration“ der tschechischen Abgeordneten zum österreichischen Reichsrat	7. Mai: Abschluß des Friedensvertrages von Bukarest zwischen den Mittelmächten und Rumänien
27. Juni: Griechenland tritt der Entente bei	8. Januar: Friedensbotschaft von US-Präsident Wilson („14 Punkte“)	12. Mai: Kaiser Karl in Spa: Vereinbarung über ein enges politisches, militärisches und wirtschaftliches Bündnis mit dem Deutschen Reich
29. Juni: Offensive des russischen Heeres in Weißrußland (Kerenskij-Offensive)		Meutereien in Judenburg, Murau, Fünfkirchen, Rumburg und Radkersburg (bis 24. Mai)
02. Juli: Kriegserklärung Griechenlands an das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und das Osmanische Reich. Kaiser Karl erläßt eine Amnestie für politische Delikte		

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

30. Mai:
Vertrag von Pittsburgh (USA) zwischen dem tschechischen Emigrantenführer T. G. Masaryk und amerikanischen Slowakenführern

10. Juni:
Versenkung des k. u. k. Großkampfschiffes „Szent István“ vor der Insel Premuda

15. Juni:
Beginn der Piaveoffensive. Die letzte Offensive des k. u. k. Heeres scheitert innerhalb von Tagen

6. Juli:
Beginn der alliierten Offensive in Albanien

17. Juli:
Zar Nikolaj II. wird mit seiner Familie von Bolschewisten erschossen

8. August:
Schlacht von Amiens (bis 11. August). Beginn des Zusammenbruchs der deutschen Front in Frankreich

9. August:
Anerkennung der Tschechoslowakei als kriegführende Nation durch Großbritannien

14. September:
Friedensnote Kaiser Karls „An alle“

15. September:
Alliierte Offensive an der Mazedonienfront (bis 29. Oktober)

18. September:
Beginn der alliierten Offensive in Palästina

26. September:
Masaryk proklamiert in Paris einen selbstständigen tschechoslowakischen Staat

29. September:
Waffenstillstand zwischen Bulgarien und den Alliierten

Generalfeldmarschall Hindenburg verlangt von der deutschen Reichsregierung Schritte zum Abschluß eines Waffenstillstands

1. Oktober:
Beginn der Räumung Albaniens durch österreichisch-ungarische Truppen

3. Oktober:
Beginn der Räumung Serbiens durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen

Friedensnote Österreich-Ungarns an US-Präsident Wilson

6. Oktober:
Konstituierung eines Nationalrats der Slowenen, Kroaten und Serben in Zagreb

14. Oktober:
Konstituierung einer tschechoslowakischen Regierung in Paris

16. Oktober:
Völkermanifest Kaiser Karls

18. Oktober:
Wilson lehnt die österreichisch-ungarische Friedensnote ab

21. Oktober:
Konstituierung einer provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs

23. bis 26. Oktober:
Besuch des Kaiserpaars Karl und Zita in Debrecen. Der ungarische Reichstag beschließt die Bildung eines Nationalrats

24. Oktober:
Beginn der alliierten Offensive am Piave Rücktritt Buriáns. Graf Gyulá Andrassy d. J. wird letzter k. u. k. Minister des Äußern

27. Oktober:
Bildung der letzten kaiserlich-österreichischen Regierung unter Heinrich Lammasch

28. Oktober:
Proklamation eines selbstständigen tschechoslowakischen Staates in Prag

Anschluß der polnischen Gebiete Österreich-Ungarns an den polnischen Staat

30. Oktober:
Einrichtung eines provisorischen Staatsrats und einer deutschösterreichischen Regierung

31. Oktober:
Übergabe eines Großteils der k. u. k. Kriegsmarine an den südslawischen Staat

Der ehemalige ungarische Ministerpräsident István Graf Tisza wird ermordet

01. November:
Versenkung des (ehemaligen) k. u. k. Flaggenschiffes „Viribus Unitis“ durch italienische Haftminen

Bildung einer selbstständigen ungarischen Regierung unter Graf Mihály Károlyi. Serben besetzen Belgrad

2. November:
Rücktritt des letzten österreichisch-ungarischen Ministers des Äußern Graf Andrassy.

3. November:
Abschluß des Waffenstillstands zwischen Österreich-Ungarn und den Alliierten in der Villa Giusti (am 4. November in Kraft getreten)



Siehe: »Österreich Journal« pdf-Magazin, Ausgabe 128 vom 27. Feber 2014

100 Jahre nach der Ermordung des Thronfolgers

Am 28. Juni wurde der 100. Jahrestag der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers, Erzherzog Franz Ferdinand, und seiner Gemahlin Herzogin Sophie von Hohenberg mit einer Gedenkveranstaltung auf Schloß Artstetten und Maria Taferl begangen.



Foto: Schloss Artstetten BetriebsGmbH

Am 100. Jahrestag des Attentats in Sarajevo traten über 500 Vertreter von 70 Traditionsregimentern am Schloßplatz an.

An die 120 direkte Nachfahren von Erzherzog Franz Ferdinand und Herzogin Sophie von Hohenberg, 100 Mitglieder der Familie Habsburg-Lothringen, über 500 Vertreter von 70 Traditionsregimentern aus der ehemaligen k.u.k. Monarchie, LH Erwin Pröll und mit Gattin, Kabinettsvizedirektor Heinz A. Hafner (im Auftrag von Bundespräsident Heinz Fischer), Vertreter aus Politik, Diplomatie und Wirtschaft sowie an die 700 geladenen Gäste aus dem In- und Ausland fanden sich am 28. Juni auf Schloß Artstetten ein – um nicht nur Erzherzog Franz Ferdinand und Herzogin Sophie, sondern aller Opfer des Ersten Weltkrieges zu gedenken.

Die Feierlichkeiten begannen um 11 Uhr mit einem Requiem in der Basilika Maria Taferl (das live in die Pfarrkirche Artstetten übertragen wurde). 60 Fahnenträger der Traditionsregimentern waren in die „die goldene Basilika“ eingezogen und hatten dort Auf-

stellung genommen. Die Messe wurde von Seiner Eminenz Kardinal Christoph Schönborn gemeinsam mit Diözesanbischof Klaus Küng, Alt-Abt P. Gregor Henckel-Donnersmarck OCist sowie weiteren Geistlichen zelebriert.

Während des ganzen Tages präsentierte die Österreichische PostAG in einem Sonderpostamt im Erzherzog Franz Ferdinand Museum den Sonderbriefmarkenblock „Sarajevo 1914 – 2014“ mit Ersttagsstempel, im Feldpostamt des österreichischen Bundesheeres war ebenfalls eine personalisierte Sonderbriefmarke zu erwerben und der Österreichische Marine-Verband stellte im s.g. „Marine-Raum“ des Museums sieben seiner historischen Schiffsmodelle aus.

Um 13.00 Uhr begann die Gedenkfeier vor Schloß Artstetten: Das Dragoner-Regiment Nr. 4 erreichte Artstetten, das Ziel seines Gedenkrites (der am Vortag in Enns be-

gonnen hatte), die 530 Vertreter der Traditionsregimentern sammelten sich in der Kastanienallee und marschieren zum Schloßvorplatz, wo sie um 13.45 Uhr Aufstellung nahmen.

Nach der Meldung an Landeshauptmann Erwin Pröll und Abschreiten der Front durch diesen, Erzherzog Ferdinand Zvonimir (17-jähriger Ur-Enkel des letzten Kaisers, Karl I.) und Mitgliedern der Familie Hohenberg zu den Klängen der Bundeshymne und einer kurzen Begrüßung aller Gäste durch „die Hausherrin“ Anita Hohenberg mit einer Friedensbotschaft. Sie betonte die Bedeutung von Schloß Artstetten als „ideelles und wertvolles Kleinod“, das für BesucherInnen aus dem In- und Ausland geöffnet sei: „Wir wollen heute auch ein Zeichen des Friedens setzen.“

Danach folgte die Ansprache des Landeshauptmanns. An diesem „historischen



Anita Hohenberg, Erzherzog Ferdinand Zvonimir und Landeshauptmann Erwin Pröll nehmen die Meldung entgegen...

Ort unserer Heimat“ sei der „Atem der Geschichte“ zu spüren, und damit verbunden sei die Aufforderung, „stets unsere Geschichte wach zu halten“. Dies sei in Niederösterreich etwa mit der laufenden Schallaburg-Ausstellung zum Ersten Weltkrieg, mit dem geplanten „Haus der Geschichte“ in St. Pölten oder auch hier in Artstetten der Fall, so Pröll: „Hier wird Geschichte den Menschen zugänglich gemacht.“

Europa habe aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg die richtigen Lehren gezogen, meinte der Landeshauptmann: „Krieg hat

schon lange keinen Platz mehr auf unserem Kontinent.“ Umso wichtiger sei es, „mit Sensibilität und Bewußtsein für die Geschichte die Geschichte wach und lebendig“ zu halten, betonte er. Das Gedenken an den Ersten Weltkrieg habe auch eine wichtige europäische Facette, so Pröll: „Wer Friede will, der muß Europa stärken.“

Um ca. 14:30 Uhr begann das Totengedenken mit Kranzniederlegung in der Familiengruft (die live auf den Schloßvorplatz übertragen wurde), untermalt von Glockengeläut sowie Kanonen-Salutschüssen.

Nach der Segnung der Fahnenbänder durch Alt-Abt P. Gregor Henckel-Donnersmarck und Überreichung dieser durch Mitglieder der Familie Hohenberg an alle Traditionsregimenter erfolgte die Verleihung der eigens für diesen Tag produzierten Gedenkmedaille (die in der Silber-Ausführung auch im Museums-Shop erhältlich ist) an LH Erwin Pröll, Erzherzog Ferdinand Zvonimir, Fürst Georg v Hohenberg, Hauptmann i.Tr. Andreas Danner, Commodore Arch. Walter Höller, Hauptbrandinspektor Christian Arzberger (FF Artstetten) und Clemens Hackl sowie vier ausgewählte Vertreter der Traditionsregimenter. Nach dem Abspielen der NÖ Landes- und der Volkshymne (von Joseph Haydn) endete die Gedenkfeier.

Um 16.30 Uhr begannen schließlich die 25 Mitglieder des Dragoner-Regiments Nr. 4 auf der Löwenwiese vor dem Schloß mit der 45minütigen Reitvorführung, an der auch einige „Amazonen im Damensattel“ teilnehmen und ihre Sattelfestigkeit unter Beweis stellen. Das traditionell immer am ersten Feriensamstag stattfindende Schloß-Konzert der Trachtenkapelle Artstetten um 17.30 Uhr sorgte für einen schwungvollen Ausklang dieses ereignisreichen Tages.

Ein kleiner Auszug aus der Gästeliste

Landeshauptmann Erwin Pröll, Sissy Pröll (Präsidentin der Vereinigung „Hilfe im eigenen Land“), Heinz Anton Hafner (im



Foto: Schloss Artstetten BetriebsGmbH

... und schreiten die Mitglieder der 70 Traditionsregimenter ab.

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

Auftrag des Bundespräsidenten, Kabinetts-Vizedirektor der Präsidentschaftskanzlei), S.Em. Kardinal Christoph Schönborn, S.E. Diözesanbischof DDr. Klaus Küng, Alt-Abt Gregor Henckel-Donnersmarck, Erzherzog Ferdinand Zvonimir von Österreich (Ur-Enkel des letzten Kaisers von Österreich, Karl I), Erzherzog Carl-Christian von Österreich, Herzog und Herzogin Georg von Hohenberg (Enkel von Erzherzog Franz Ferdinand, „Chef“ der Familie), Fürst und Fürstin Albrecht von Hohenberg (Enkel von Erzherzog Franz Ferdinand), Fürst Peter von Hohenberg (Enkel von Erzherzog Franz Ferdinand), Fürst Gerhard von Hohenberg (Enkel von Erzherzog Franz Ferdinand), Fürst und Fürstin Ernst von Hohenberg (Enkel von Erzherzog Franz Ferdinand), Graf und Gräfin Andreas und Johanna von Henckel-Donnersmarck (née Fürstin von Hohenberg), Erzherzog und Erzherzogin Josef und Margarete von Österreich (née Fürstin von Hohenberg), Großfürstin Olga Nikolaevna Kulikovskaja-Romanova (war eigens aus Rußland angereist), Prinz und Prinzessin Johannes Fürstenberg (Weitra), Herzogin von Ratibor (Grafenegg), Fürst Reuss (Ernstbrunn) u.v.a.m.

Das Attentat am 28. Juni 1914

löste bekanntlich eine Kettenreaktion aus, die innerhalb eines Monats zu dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges führte. Dieser Krieg war der endgültige Schlußpunkt des 19. Jahrhunderts und gleichzeitig der Beginn des barbarischen 20. Jahrhunderts, in dem sich insbesondere auf dem Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie politische und gesellschaftliche Strukturen nachhaltig verändern sollten.

Unter der Pfarrkirche in Artstetten wurden die beiden Attentatsopfer von Sarajevo – gewissermaßen die ersten Gefallenen des Ersten Weltkrieges – in der Familiengruft beigesetzt. Da seiner Gattin aufgrund ihrer nicht den habsburgischen Hausgesetzen entsprechenden Abstammung eine Bestattung in der Kapuzinergruft in Wien nicht möglich gewesen wäre, ließ Erzherzog Franz Ferdinand in Artstetten bereits 1913 eine Gruft für sich und seine Ehefrau anlegen.

Schloß Artstetten war von den vielen Wohnsitzen des Erzherzogs (wie z.B. Schloß Belvedere in Wien oder die Schlösser Konopischt und Chlumetz in Böhmen) der einzige, den er von seinem Vater geerbt hatte.

„Wir wollen am 28. Juni der beiden Opfer und ihrer Kinder gedenken und das politische Ziel des Thronfolgers, einen Krieg in



Ein Blick in die berühmte Basilika während des Requiems...



... zelebriert von Kardinal Christoph Schönborn und seinen Konzelebranten



Mahnwache in der Familiengruft unterhalb der Schloßkirche

Foto: Schloss Artstetten BetriebsGmbH

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«



Alt-Abt Gregor Henckel-Donnersmarck bei der Weihe der Fahnenbänder – links im Bild: Moderator M. Zintl Reburg

Europa zu verhindern, würdigen“, sagte der Familienchef und Enkel des Erzherzogs, Georg Hohenberg. „Es ist eine bittere Ironie, daß ausgerechnet das Attentat auf ihn und seine Frau eine Kette von Ereignissen in Gang gesetzt hat, an deren Ende ein beispielloses Schlachten stand.“, sagt Anita Hohenberg, Urenkelin der Ermordeten sowie Eigentümerin von Schloß Artstetten und des dort befindlichen Erzherzog-Franz-Ferdinand-Museums. „Diese Veranstaltung kann vielleicht auch einen Denkanstoß geben, wie

schnell auch in der Politik Gewalttätigkeit und unüberlegtes Handeln Dinge auslösen können, die zerstörerische und unaufhaltsame Dynamik entwickeln. Obwohl die politischen Strukturen jetzt anders sind als vor hundert Jahren, ist es meines Erachtens kurzsichtig und arrogant, anzunehmen, daß heute solche Ereignisse wie damals unmöglich sind.“

Das Erzherzog-Franz-Ferdinand-Museum zeigt neben der dieses Jahr hochaktuellen Dauerausstellung „Erzherzog Franz Ferdi-

nands Leben und Wirken“ heuer eine Sonderausstellung mit dem Thema „Regieren & Verlieren – Kaiser Karl, eine Herausforderung zum Frieden“, die der nur zweijährigen Regierungszeit Kaiser Karls gewidmet ist – eine interessante thematische Fortsetzung der Dauerausstellung.

Siehe „Österreich Journal“, Ausgabe 129 vom 4. April 2014, unter dem Titel „Franz Ferdinand Erzherzog von Österreich-Este“ mit einem ausführlichen Bericht über die Sonderausstellung:
http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_129.htm

**Schloß Artstetten –
 Rückblick und Vorschau**

Schloß Artstetten ist Dank seiner Besitzer ein Ort, an dem Geschichte lebendig bleibt. Besucher aus allen Ländern folgen hier, in diesem kulturhistorischen Anziehungspunkt, seit 1982 den Spuren einer der schillerndsten Persönlichkeiten der ausgehenden Donaumonarchie: Erzherzog Franz Ferdinand. Die einzigartigen Exponate in 25 Räumen sind Zeugen seiner Zeit und lassen seine Weltreise, seine Jagdleidenschaft, sein Werden und Wirken, seine militärischen sowie politischen Pläne und Ziele, aber auch sein Familienleben für den Besucher nachvollziehbar werden. Anhand von Fotos, Dokumenten und Gegenständen des persönlichen Lebens sowie Kunstobjekten werden die verschiede-



Foto: Schloss Artstetten BetriebsGmbH

Kranzspenden neben den Särgen von Erzherzog Franz Ferdinand und Herzogin Sophie in der Familiengruft



Foto: Österreichischer Marineverband

Gerhard Stefenson, Mitglied des Präsidium des Österreichischen Marineverbands mit dessen Fahne, in der langen Reihe der Vertreter der Verbände.



Foto: Schloss Artstetten BetriebsGmbH

Reit-Darbietung von Mitgliedern des Dragoner-Regiments Nr. 4

nen Aspekte dieser vielseitigen Persönlichkeit – der Politiker und Offizier, der Ehemann und Familienvater, der Gutsherr und Jäger, der Kunstliebhaber und Sammler, der Reisende und Kosmopolit – vorgestellt.

Im kommenden Jahr (2015) wird die Sonderausstellung „Ein Garten EDEN für JEDEN“ (Arbeitstitel) ganz der historischen Parkanlage gewidmet. Das grüne Einod bietet mehr als nur ein paar schöne Einblicke in das Freizeitvergnügen von damals, denn es ist eine der bedeutendsten Parkanlagen von Österreich, deren Geschichte mit dem Blumenkaiser Franz I. im Jahr 1824 begann. Die geomantischen Richtlinien sowie die immer wieder optischen Überraschungen kommen langsam erneut zu Tage. Erzherzog Carl Ludwig ließ einen Löschteich zum Schwimm-

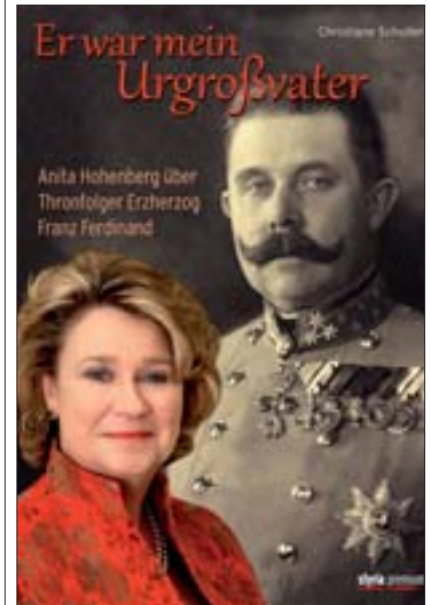
becken umbauen sowie ein Badehaus erbauen. Aber auch Erzherzog Franz Ferdinand hinterließ u. a. mit neuen Parkwegen und der s. g. „Molnar-Stiege“ hier seine unvergänglichen Spuren.

Zusätzlich zu den Neupflanzungen ist ein Skulpturen-Park geplant. Hier wird die Anlage als Basis und Bühne für Künstler unserer Zeit vorbereitet. Dafür werden Standorte und Sockeln den Künstlern zur Verfügung gestellt. Der Park von Schloß Artstetten wird somit eine lebendige Verbindung zwischen dem Damals und dem Heute bilden – mehr als nur den Rahmen für einen Spaziergang. ■ <http://www.schloss-artstetten.at>

Eine aktuelle Fotostrecke vom Schloß Artstetten finden Sie hier:

<http://www.oesterreichfotos.at/galerien/museen/schlo%3%9F-artstetten/>

Er war mein Urgroßvater



Unzählige Bücher setzen sich in Form von Romanen und wissenschaftlichen Arbeiten mit dem Attentat auf Erzherzog Franz Ferdinand und mehr oder weniger auch mit der Person des Thronfolgers selbst auseinander. Das vorliegende Buch ist so nicht vergleichbar, denn dessen Urenkelin, Fürstin Anita Hohenberg, läßt uns an einem – notwendigerweise fiktiven – Gespräch teilhaben, das, stünde nicht eine unüberbrückbare Zeitspanne dem entgegen, sicher so stattgefunden haben könnte. Dafür hat die Schloßherrin von Artstetten Details aus dem Leben Franz Ferdinands mit Originalfotos aus dem reichhaltigen Archiv zusammengetragen und der Sachbuchautorin Christiane Scholler zur „Verarbeitung“ überlassen. Daraus entstand eine berührende Geschichte, die einen liebevollen Blick auf das kurze Leben des Beinah-Monarchen bietet.

„Wenn ich nun also versuche, die letzten Stunden im Leben meiner Vorfahren nachzuvollziehen, komme ich nicht umhin, festzustellen: Urgroßvater, Du hättest abreisen, auf Deine Berater hören und Dein Pflichtbewußtsein einmal vergessen sollen...“, so die Fürstin, „der Lauf der Weltgeschichte hätte sich entscheidend anders entwickelt.“

Christiane Scholler
Er war mein Urgroßvater
 Styria Premium, Wien, 2013
 gebunden, zahlreiche Abb, 160 Seiten
 24,99 Euro, ISBN: 978-3-222-13429-6

Die Steiermark und der »Große Krieg«

Wie beeinflusste der »Große Krieg« den Alltag und das Leben der Menschen? Wie schrieb sich der Krieg im Erscheinungsbild einer Stadt fest? Was erinnert heute noch daran?

Diese und andere Fragen versucht die Ausstellung „Die Steiermark und der ‚Große Krieg‘“ zu beantworten. Sie verknüpft Regionalgeschichte mit Weltpolitik und bricht diese Katastrophe auf die Steiermark herunter. Mithilfe von mehr als 200 Objekten und unzähligen Fotos – teils aus den Beständen des Joanneums, großteils von öffentlichen und vor allem aus Privatsammlungen – macht Kurator Helmut Konrad die Auswirkungen vor Ort sowie die große Entwicklung im Regionalen nachvollziehbar.

Der Erste Weltkrieg griff tiefgehend in die Politik, die Ökonomie, die Kultur sowie in das Leben der Menschen ein und hatte weitreichende Folgen. Die Auswirkungen waren auch in jenen Regionen sichtbar und spürbar, die nicht unmittelbar von den Kampfhandlungen erfasst worden waren. Im „Hinterland“ wurden alle Bedürfnisse jenen der Front untergeordnet, der Alltag militarisiert. Das galt für alle Bereiche des Lebens: für die Versorgung, für Kunst und Kultur, die Kommunikation, die Wirtschaft und den Verkehr. Die Anstrengungen an der Heimatfront waren für den „Sieg“ entscheidend. Hier mußte „durchgehalten“ werden und jeder seinen Beitrag leisten. Dafür wurden alle Strapazen und Entbehrungen aufgenommen und vom Staat verlangt.

Doch Hunger und Mangelwirtschaft machten die Bewältigung des Alltags nicht einfach. Dem Kronland Steiermark kam dabei besondere Bedeutung zu: als Region, die stark von den nationalistischen Gegensätzen geprägt war, als „Raum der k.u.k. Armee“, als Garnisons-, Aufmarsch- und Rekrutierungsgebiet, als militärischer Transit- und Versorgungsraum der Isonzofront, aber auch als „sicherer“ Raum für jene Soldaten, die in Lazaretten, Rekonvaleszenz- und Genesungsheimen wieder „kampftüchtig“ gemacht werden sollten.

Die Steiermark war aber auch ein „Lagerland“, das Menschen unterschiedlicher Kulturen, Religionen und Ethnien verwahrte und wegspernte. Sammlungsobjekte und Leihgaben dokumentieren steirische Kriegsschicksale Steirische Soldaten, die in den Krieg ziehen



Foto: Stadtarchiv Graz

Andrang vor der Bäckerei Wolfbauer, Graz, 1916, Unbekannter Fotograf.

mußten und verletzt zurückkamen, Frauen, die die Rolle des Hauptnährers übernahmen, Kinder, die den Vater oftmals nur aus Erzählungen kannten, die vielen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten und die vielen Toten, die bestattet und betrauert wurden: Mit fast ausschließlich steirischem Material macht die Ausstellung Schicksale von Steirern an der Front sichtbar und dokumentiert in 13 Themenkomplexen die zentralen Entwicklungen in der Steiermark – von der Situation der Donaumonarchie vor 1914 über das „deutsche“ Graz bis hin zu den Auswirkungen auf das Leben in der Steiermark und letztendlich den Folgen des Krieges.

Möglich wurde dies durch die zahlreichen, oftmals sehr persönlichen Dokumente von öffentlichen und privaten Leihgebern. Darunter sind etwa Werke von steirischen Künstlern wie Fritz Silberbauer oder Franz Gruber-Gleichenberg zu sehen, die erstmals öffentlich gezeigt werden. Die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden stellen die Marionetten der „Grazer Puppenspiele“ aus der

Puppentheatersammlung zur Verfügung, die nach Langem wieder in Graz zu sehen sind. Aus dem Österreichischen Staatsarchiv erhielt man das in der Zwischenkriegszeit angefertigte „Totenbuch der Steiermark“, das die Namen der im Ersten Weltkrieg gefallenen Männer alphabetisch und nach Orten aufgelistet enthält. Weitere Leihgaben von hoher Anschaulichkeit sind unter anderem der Wehrtisch der 2er-Bosniaken (GrazMuseum), Knittelfelds „Wappen in Eisen“, zahlreiche Grabenarbeiten (Trench Art) wie z. B. Soldatenringe und viele persönliche Dinge, darunter die im Kriegsgefangenenlager gefertigte Geige des Regimentsarztes Arnold Genal, der im August 1914 an der Ostfront in russische Kriegsgefangenschaft geriet.

Zur Ausstellung erscheint ein 72 Seiten umfassender Katalog, der um 9,90 € im Shop des Museums im Palais erhältlich ist. ISBN 9-783-90209-5541

Die Ausstellung kann von 28. Juni 2014 bis 5. Juli 2015 besichtigt werden. ■

http://www.museum-joanneum.at/de/museum_im_palais

24.000 Personen

Tiroler Ehrenbuch der Gefallenen des Ersten Weltkriegs ist via Internet zugänglich – Forschungsteam digitalisierte im Auftrag des Landes Tirol Daten

Anlässlich des 100jährigen Gedenkens an den Ersten Weltkrieg stellt das Land Tirol das „Tiroler Ehrenbuch“ der Gefallenen von 1914 bis 1918 online zur Verfügung. Auf der Website der Tiroler Landesmuseen Recherchen in einer Datenbank möglich.

Am 28. Juli 1914 erklärte Österreich-Ungarn dem Königreich Serbien den Krieg, nachdem einen Monat zuvor, am 28. Juni, der österreichischer Thronfolger Franz Ferdinand und seine Frau Sophie von Gavrilo Princip im Auftrag einer serbischen Untergrundorganisation ermordet wurden. „Es folgte ein Krieg, in dem unzählige Menschenleben ausgelöscht, Familien ihrer Väter und Söhne beraubt und ganze Landstriche, Dörfer und Städte zerstört wurden“, erinnert Tirols Landeshauptmann Günther Platter an die Grauen des Krieges. Die von Politik und Medien geschürte Euphorie zu Beginn des Krieges nahm ein jähes Ende und brachte große Not, Elend und unendliches, unfaßbares Leid über das Land.



Foto: Land Tirol / Berger

Tirols Landeshauptmann Günther Platter dankt den Traditionsverbänden.

Gedenkveranstaltungen – Gedenkreise nach Galizien im Oktober

Am 27. Juli – vor 100 Jahren der letzte Tag des Friedens – wurden Gedenkakte an

den Kriegsdenkmälern abgehalten und an den Soldatenfriedhöfen in ganz Tirol Kerzen entzündet. „Ein großes Lob und ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle den Traditionsverbänden für diese Initiative“, betont

der Landeshauptmann. In Erinnerung daran, daß Anfang September 1914 in Galizien die ersten verheerenden Schlachten tobten, in denen tausende Tiroler ihr Leben ließen, findet am 12. September am Landhausplatz unter

Calinelli, Costantino	Trient	01.11.1914
Calinelli, Emanuele	Trient	1914
Calinelli, Emanuele	Trient	
Calen, Valerio	Tessera	
Caldera, Andrea di Isidoro	Impezzo	20.02.1918
Caldera, Achille fu Davide	Lanona	1915
Caldonazzi, Josef	Innsbruck	28.08.1914
Call, Alois von	Eppan	09.06.1920
Calligaris, Cristoforo fu Giorgio	Ladins	
Calligaris, Romano	Pergine Valugana	16.11.1914
Call, Heinrich	Kalrain	20.06.1915
Calliani, Celeste	Campodenno	1914
Calliani, Florento	Ten	1917

← ← 2311-2330 → → Ergebnisse 2311-2330 von 23756



Screenshot / © TLM

EHRENBÜCHER DES LANDES TIROL
1. WELTKRIEG

KONTAKT IMPRESSUM

STICHWORT → NEUE SUCHE ZURÜCK ZUR ÜBERSICHT ←

Abart, Franz

Beruf	Tapezierermeister
Familienstand	verheiratet
Geburtsdatum	20.05.1880
Gemeinde	Meran
Gemeinde heute	Meran
Sterbedatum	10.06.1918
Sterbeort	Maria Arta
Sterbeort heute	
Anmerkung	gefallen, Brustschuß
Militärische Einheit	Zugführer im 4. Tiroler Kaiserjäger Regiment
Militärische Einheit normiert	4. Regiment der Tiroler Kaiserjäger
Sterbeort norm.	

Medien: 

Screenshot / © TLM

Einbindung der Traditionsverbände eine Gedenkveranstaltung statt. Im Anschluß wird im Innsbrucker Dom zu St. Jakob eine Messe für die Opfer des Krieges zelebriert.

In Galizien, das heute teilweise zu Polen gehört, fielen in den ersten Kriegsmonaten mehr Tiroler als in all den folgenden Jahren des Ersten Weltkriegs. Deshalb wird für Schulklassen, Traditionsverbände und Nachfahren von Kriegsteilnehmern vom 16. bis 21. Oktober eine Zugreise nach ins polnische Krakau durchgeführt, um von dort aus verschiedene Gedenkstätten und Kriegsschauplätze zu besuchen.

Information und Aufklärung

„Information und Aufklärung sind wichtiger denn je, denn ein Blick auf das Weltgeschehen macht deutlich, daß Frieden keine Selbstverständlichkeit ist“, ist Platter überzeugt. Darum ist es wichtig, das Geschehene aufzuarbeiten und nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Auch die dazu kürzlich erschienene Sonderausgabe der Tiroler Landeszeitung mit dem Titel „100 Jahre Erster Weltkrieg“ fand großes Interesse und wird unter anderem in Schulen als begleitendes Unterrichtsmaterial verwendet.

„Mit der Digitalisierung der Tiroler Ehrenbücher kann das Land Tirol diese einzigartige historische Quelle zu einem einschneidenden, prägenden Zeitabschnitt im 20. Jahrhundert einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen“, hält Landesrätin Beate Palfrader fest. „Jede Tirolerin, jeder Tiroler mit Internetzugang kann jetzt schnell und unkompliziert Informationen über Ver-

mißte und Gefallene im Ersten Weltkrieg herausfinden. Die Tiroler Ehrenbücher ermöglichen eine dauerhafte Erinnerung an die Kriegsteilnehmer. Das beauftragte Historikerteam hat hier profunde, akribische Arbeit geleistet.“

120 Bände zum Ersten Weltkrieg

In den Tiroler Ehrenbüchern sind die Namen vermißter, gefallener und verstorbener Kriegsteilnehmer aus Alt-Tirol von 1796 bis 1945 festgehalten. Sie umfassen insgesamt 158 Bände. 120 Bände alleine beziehen sich auf die Zeit des Ersten Weltkriegs. Neben biografischen Daten wie Geburts- und Sterbedatum beinhalten die Tiroler Ehrenbücher viele Sterbe- und Andenkenbilder, in einigen Fällen sogar Feldpostbriefe oder kurze Lebensskizzen. Ein Teil der Ehrenbücher befindet sich in der Landesgedächtniskapelle im „Tirol Panorama“ mit Kaiserjägermuseum. Die anderen Originale werden im Tiroler Landesarchiv aufbewahrt.

Historikerteam

Im Auftrag des Landes Tirol hat ein Historikerteam mit VertreterInnen der Universität Innsbruck, des Tiroler Landesarchivs und der Tiroler Landesmuseen die 120 Bände zum Ersten Weltkrieg wissenschaftlich bearbeitet, digitalisiert und dazu eine einfach zu handhabende Online-Datenbank erstellt. Unter der Leitung von Bernhard Mertelseder (Universität Innsbruck) wurden Daten von nahezu 24.000 Personen erfaßt sowie 50 großformatige Bände mit der Sammlung von Sterbebildern eingescannt.

Die Daten und Scans wurden von den Tiroler Landesmuseen (Historische Sammlungen) übernommen und für ein Datenbanksystem auf der hauseigenen Website aufbereitet. „Mit der Erstellung dieser Datenbank wird die Forschungstätigkeit der Tiroler Landesmuseen transparent. Mir liegt es sehr am Herzen, das in unseren Museen vorhandene Wissen über unser Land allen Tirolerinnen und Tirolern auf einfache Weise zugänglich zu machen“, betont Wolfgang Meighörner, Direktor der Tiroler Landesmuseen. Neben einer grundlegenden alphabetischen Ordnung nach Personennamen kann in der Datenbank via Volltextsuche nach Vulgonamen, Beruf, Geburtsdatum und -ort, Gemeindezugehörigkeit, Sterbedatum und -ort, militärischer Einheit etc. recherchiert werden.

Exemplarisch wurden bei ca. 200 Personen die in den Ehrenbüchern enthaltenen Zusatzinformationen im Original sowie in transkribierter Form ergänzt. Die Datenbank ist nicht nur eine Plattform zum Recherchieren. Es können auch zusätzliche Dokumente, welche die in den Ehrenbüchern verzeichneten Gefallenen des Ersten Weltkriegs betreffen, ergänzt werden. ■

<http://ehrenbuecher.tiroler-landesmuseen.at>
Mitteilungen aus der Bevölkerung sind erwünscht. Kontakt: Martin Lugger; Claudia Sporer-Heis, Historische Sammlungen der Tiroler Landesmuseen

<mailto:ehrenbuecher@tiroler-landesmuseen.at>
Wissenswertes zum Thema „100 Jahre Erster Weltkrieg“ finden Sie auch unter:
<http://www.14-18.europaregion.info>

Der Erste Weltkrieg

... und das Ende der Habsburgermonarchie. Das Heeresgeschichtliche Museum/Militärhistorische Institut in Wien konzipierte seine der Thematik des Ersten Weltkrieges gewidmeten Ausstellungsräume neu.



Foto: HGM / Manfred Litscher

Der blutige Waffenrock von Erzherzog Franz Ferdinand, den er am Tag des Attentats in Sarajevo getragen hatte.

Neben der chronologischen Gliederung sind bei der Neukonzipierung insbesondere räumliche, zeitliche und thematische Schwerpunkte des Zeitabschnittes von 1914 bis 1918, oftmals als die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnet, berücksichtigt worden. In verschiedenen „Querschnitts“-Bereichen werden unter anderem Themenkreise wie „Kriegsbegeisterung & Ausmarsch 1914“, „Verwundung und Tod“, „Pfleger und Trauer“, „Frau im Krieg“, „Kriegspropaganda“ oder „Kriegserinnerung“ behandelt.

Aufgrund der gerade für den Zeitabschnitt von 1914 bis 1918 sehr reichhaltigen Sammlungsbestände des Heeresgeschichtlichen Museums/Militärhistorischen Instituts in Wien (HGM/MHI) können der Öffentlichkeit ganz besondere Unikate, wie etwa die Objekte zum Attentat von Sarajevo (Automobil, Uniform des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand), eine 38 cm Haubitze, eine Panzerkuppel der Festung Przemysl oder auch das Kolossalgemälde von Albin Egger-

Lienz „Den Namenlosen 1914“ gezeigt werden.

Abgesehen von diesen besonderen historischen Stücken wurde bei der Neugestaltung der Saalgruppe Erster Weltkrieg vor allem danach gestrebt, Neuerwerbungen sowie bis dato noch nie gezeigte Exponate in die neue Präsentation zu integrieren, um den BesucherInnen ein möglichst umfangreiches Bild des damaligen Geschehens bieten zu können.

Historischer Hintergrund

Für Österreich-Ungarn trug vor allem Serbien die politische Verantwortung an der Ermordung des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gemahlin Sophie von Hohenberg in Sarajevo. Für die Habsburgermonarchie schien mit dem Attentat eine diplomatisch-politische Lösung des Gegensatzes zu Serbien nicht mehr möglich. Bereits Anfang Juli fiel in Wien die Entscheidung zum Krieg mit Serbien. Ein am 23. Juli 1914 gestelltes Ultimatum konnte und wollte die

serbische Regierung in ihrer Gesamtheit nicht erfüllen. Österreich-Ungarn erklärte Serbien daraufhin am 28. Juli den Krieg.

Aufgrund der Bündnissituation wurde aus dem lokalen Konflikt ein europäischer Krieg mit vielen Fronten. Die Mittelmächte (Österreich-Ungarn, das Deutsche und das Osmanische Reich [ab Oktober 1914]) standen den Staaten der Entente (Russisches Reich, Frankreich, Großbritannien und Serbien) gegenüber. Weitere Länder traten in den nachfolgenden Jahren in den Krieg ein und machten den europäischen zu einem Weltkrieg (insgesamt 36 kriegführende Staaten). Für Österreich-Ungarn lag das Schwerkrieg seiner militärischen Operationen 1914 sowohl am Balkan als auch gegen das Russische Reich in Galizien. Das Deutsche Reich wiederum versuchte, Frankreich im Westen zu bezwingen, wodurch eine Gesamtentscheidung erreicht werden sollte. Österreich-Ungarn kam die Aufgabe zu, die Russen im Osten abzuwehren. Der materiellen

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

Übermacht weichend, mußten große Gebiete im Osten der Monarchie geräumt werden. Die Verluste waren katastrophal. Eine Entspannung ergab sich erst durch die erfolgreich geführte gemeinsame Offensive bei Gorlice-Tarnow im Mai 1915.

Im selben Monat erklärte Italien der Habsburgermonarchie den Krieg, wodurch eine neue Front im Südwesten des Reiches entstand. Die Kämpfe konzentrierten sich dabei nicht nur auf die Bergmassive in den Dolomiten und in Tirol. Am Fluß Isonzo scheiterten die Italiener (bis Ende 1917) in elf verlustreichen Abnutzungsschlachten, aber auch eine österreichisch-ungarische Offensive in Südtirol 1916 wurde abgewehrt.

Gemeinsam mit Bulgarien und dem Deutschen Reich gelang es den k.u.k. Truppen, im Herbst 1915 Serbien zu besetzen und eine Landverbindung zum osmanischen Heer herzustellen. Russische Offensiven im Jahre 1916 (Brussilow) und 1917 (Kerensky) sowie der Kriegseintritt Rumäniens 1916 führten zu keiner Entscheidung.

Die 1917 ausgebrochene Oktoberrevolution führte zum Abschluß eines Waffenstillstandes mit Rußland und in weiterer Folge zum Frieden von Brest-Litowsk. Diese Entwicklung sowie die militärischen Erfolge der Mittelmächte zwangen letztlich auch Rumänien, den Krieg zu beenden. Eine gemeinsam mit deutschen Verbänden unternomme-

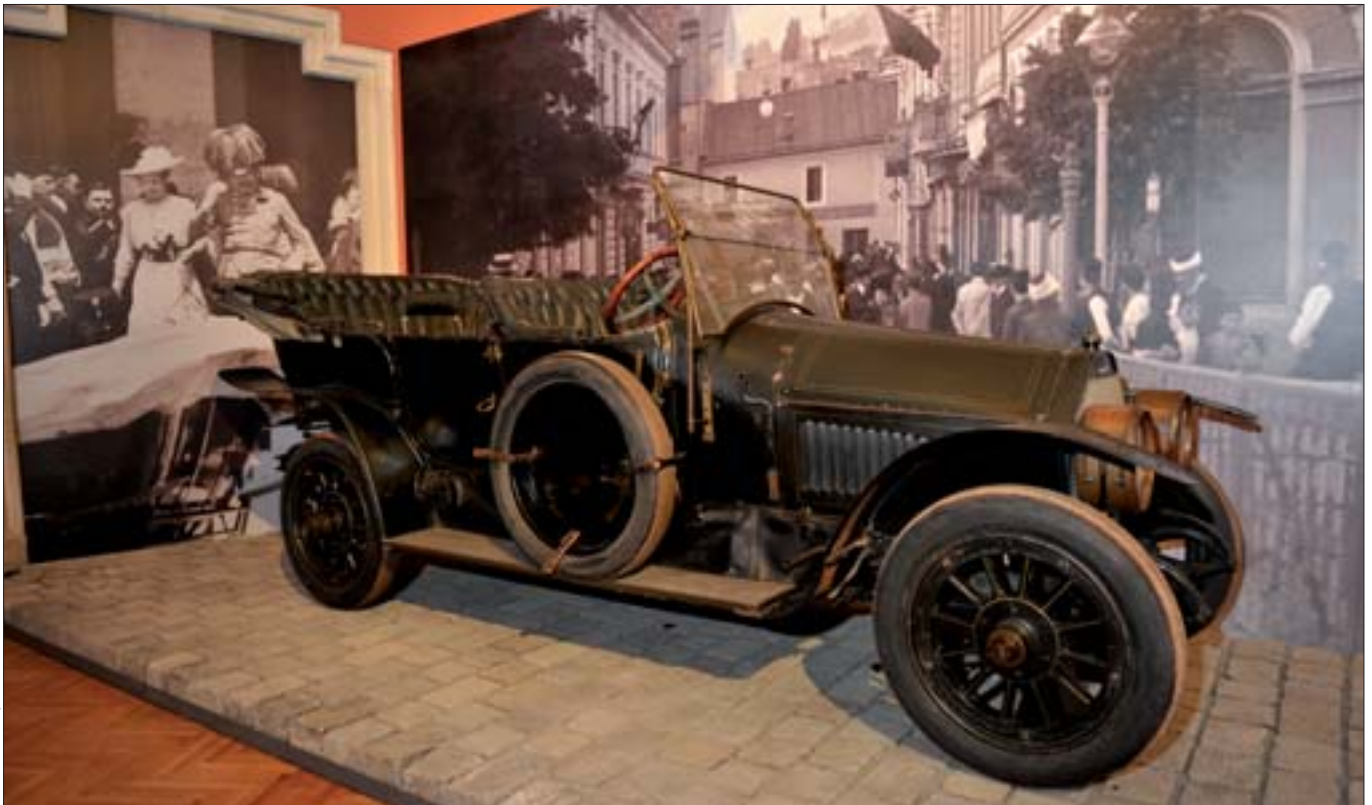


Mit dieser Waffe soll Gavrilo Princip Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Frau Sophie erschossen haben.

ne Offensive am Isonzo (Caporetto) führte im Oktober 1917 fast zum Zusammenbruch des italienischen Heeres.

Dieser positiven militärischen Entwicklung standen schwerwiegende innenpolitische und wirtschaftliche Probleme in Österreich-Ungarn entgegen. Einerseits erreichte die Ernährungskrise im letzten Kriegsjahr katastrophale Ausmaße und führte zu großen Streikbewegungen, andererseits verschärfen sich die bereits vor 1914 bestehenden Natio-

nalitätenprobleme. Entsprechenden Reformvorhaben Kaiser Karls I., Nachfolger des im November 1916 verstorbenen Kaisers Franz Joseph I., blieb ähnlich wie seinen Bemühungen um einen raschen Friedensschluss der Erfolg versagt. Der Versuch der deutschen Heeresleitung, die Kriegsentscheidung noch vor dem militärischen Eingreifen der USA durch mehrere Offensiven im Westen zu erzwingen, mißlang genauso wie eine am 15. Juni 1918 begonnene österrei-



Fotos: HGM / Manfred Litscher

Ein Hauptaugenmerk der Schau bildet das Automobil, in dem Franz Ferdinand erschossen wurde.

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«



Eine der Panzerkuppeln der 1914 und 1915 heftig umkämpften Festung Przemysl

chisch-ungarische Entlastungsoffensive an der Piave. Im Herbst war die Auflösung der Donaumonarchie nicht mehr aufzuhalten, zumal der Zerfall der Armee durch eine erfolgreiche italienische Offensive in Norditalien beschleunigt wurde.

Am 3. November 1918 unterzeichnete Österreich-Ungarn in der Villa Giusti bei Padua den Waffenstillstand. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich bereits zahlreiche nationa-

le Nachfolgestaaten gebildet, die Europa ein neues Gesicht geben sollten.

In der neukonzipierten Ausstellung erwarten Sie nun folgende Bereiche:

Untere Ebene – Raum 1

Nach Verlassen des dem Attentat von Sarajevo gewidmeten Raumes mit dem Automobil und der Uniform des Thronfolgers dokumentieren Schautafeln die militärische

und politische Situation des Jahres 1914 und den unmittelbaren Kriegsausbruch. Die Rampenvitrinen vermitteln den von einer allgemein vorherrschenden Kriegsbegeisterung getragenen Ausmarsch der k.u.k. Armee an die Front sowie daran anschließend ein Bild der militärischen Gegner Österreich-Ungarns bei Kriegsbeginn. Den begrenzten Einsatz österreichisch-ungarischer Artillerie im Westen illustriert die begehbare Festungskuppel des Forts Kessel von Antwerpen. Den Kriegsschauplätzen am Balkan sowie im Nordosten widmen sich die beiden folgenden Vitrineneinbauten.

Untere Ebene – Raum 2

Unmittelbar nach dem Durchgang widmet sich die Ausstellung den kriegsbedingten Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, die von rigorosen Ausnahmeverfügungen sowie unmittelbaren Kampfhandlungen gleichermaßen betroffen war. Der Ereignisgeschichte des nordöstlichen Kriegsschauplatzes sind sowohl die Kuppel der österreichisch-ungarischen Festung Przemysl als auch die folgende Vitrine gewidmet, welche das zeitlich knappe Aufeinanderfolgen der Schlacht von Gorlice-Tarnow, die damit einhergehende spürbare Entspannung an der Ostfront sowie die Folgen des Kriegseintritts



Das größte im Heeresgeschichtlichen Museum verwahrte Geschütz: eine 38 cm Haubitze.

Fotos: HGM / Manfred Litscher



Albin Egger-Lienz: »Den Namenlosen 1914«

Italiens im Mai 1915 verdeutlicht. In weiterer Folge nimmt das Thema Luftfahrt breiten Raum ein, wobei sowohl der Kampf in der Luft als auch die Abwehr von Luftfahrzeugen thematisiert werden. Einen oftmals wenig beachteten Aspekt des Weltkrieges greift der Themenbereich Freiwilligen-Verbände auf, der sich dem Einsatz albanischer, polnischer und ukrainischer „Legionäre“ auf Seiten der k.u.k. Streitkräfte widmet. Die militärischen Ereignisse am Westbalkan 1915/16, der Kriegseintritt Rumäniens sowie die „Brussilow-Offensive“ heben in weiterer Folge die nachhaltige Bedeutung der Bündnispolitik für die Mittelmächte hervor. Der Durchgang durch den Stellungsgaben, der gleichzeitig die Bettung für die 38 cm Haubitze bildet, macht den Weg frei zu der für die Soldaten omnipräsenten Thematik von Verwundung, Tod und Religion.

Den exotischsten Kriegsschauplätzen österreichisch-ungarischer Truppen gilt ein eigener Themenbereich (15), Exkurse widmen sich dem Einsatz von Tieren im Krieg und der im Jahre 1916 geplanten Neuadjustierung der k.u.k. Armee. Die Thronfolge durch Kaiser Karl I. und die damit verbundenen Änderungen innerhalb der höchsten militärischen Führung zeigt ein eigener Vitrineneinbau. Das in weiterer Folge über den Köpfen der Besucher schwebende „Ortler-Geschütz“ verbindet die Themen Kriegsindustrie und Gebirgskrieg, wobei letzterer vor allem auf der mittels Stufen bzw. dem Lift erreichbaren oberen Ebene präsentiert wird.

Obere Ebene – Raum 2

Neben der Generalität widmet sich die Präsentationsfläche dem Kampf im Hochgebirge sowie der Front in Eis und Schnee. Über einen Verbindungsgang, der den Blick auf den Stellungsgaben sowie die 38 cm Haubitze freigibt, kehrt man nochmals zu den k.u.k. Luftfahrttruppen zurück.

Obere Ebene – Raum 1

Vorbei an der zerstörten Panzerkuppel von Przemysl zeigt die Ausstellung in der



Ein stilisierter Friedhof mit »Totengel« und verschiedenen Kreuzen

Folge die offizielle Kriegsfürsorge und deren Aktivitäten in Anbetracht des immer drückenderen Mangels. Ein zentrales Thema bildet an dieser Stelle aber auch das Schicksal der Kriegsgefangenen sowohl in Österreich-Ungarn als auch in den Staaten der Entente. Der Blick auf das Gemälde von Egger-Lienz »Den Namenlosen 1914« führt weiter zur Vorstellung des k.u.k. Kriegspressequartiers (KPQ). Der Abgang über die Rampenvitrine dokumentiert die folgenreichen Friedensverträge mit Rußland und Rumänien, die Rolle der k.u.k. Donauflotte, insbesondere in Zusammenhang mit dem »Brotfrieden« mit der Ukraine, sowie die gescheiterte Piaveffensive 1918. Über die von Briten, Franzosen und US-Amerikanern unterstützte italienische Offensive im Oktober 1918 mündet die Darstellung schließlich im Zusammenbruch und dem Waffenstillstand von Villa Giusti. Der letzte Abschnitt verweist mit den Themen »Invalidität« und »Erinnerung« bereits auf die Folgen des Krieges in der Nachkriegszeit.

Sarajevo-Raum

Die Gegenüberstellung jenes Ereignisses, welches den Krieg durch zwei Ermordete indirekt auslöste, und der blutigen Bilanz des Krieges mit rund 9,500.000 Gefallenen setzt den Schlußpunkt der Weltkriegsausstellung im Heeresgeschichtlichen Museum. ■

<http://www.hgm.at>

Bildstrecke HGM auf [oesterreichfotos.at](http://www.oesterreichfotos.at):
<http://www.oesterreichfotos.at/galerien/museen/heeresgeschichtliches-museum-wien/>

Wirtschaftsbericht 2014

Der jährliche Wirtschaftsbericht Österreich bietet eine Zusammenschau der wirtschaftlichen Entwicklung, der künftigen Ziele und der vergangenen Schwerpunkte der wirtschaftspolitischen Aktivitäten der Bundesregierung.

Im Wirtschaftsbericht 2014 wird den wirtschaftspolitischen Vorhaben der Regierung wiederum viel Raum gewidmet. Zentraler Aspekt des diesjährigen Wirtschaftsberichts ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, um damit Beschäftigung und Wachstum zu sichern.

Der Wirtschaftsbericht Österreich wird vom Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft in Zusammenarbeit mit allen Bundesressorts, insbesondere mit dem Bundesministerium für Finanzen, erstellt. Beiträge kommen auch von Wirtschaftsforschungsinstituten und dem Institut für Höhere Studien, von Europäischer Kommission und OECD, sowie von namhaften österreichischen Ökonomen und Ökonominen. Die Redaktion liegt beim Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft.

Der Wirtschaftsbericht Österreich 2014 wurde am 7. Juli in der Hofburg von Bundeskanzler Werner Faymann, Vizekanzler Michael Spindelegger, Bundesministerin Doris Bures und Bundesminister Reinhold Mitterlehner präsentiert.

Eine englische Version des Kapitels 1, das gleichzeitig einen Überblick über den gesamten Bericht gibt, ist heuer erstmals auch verfügbar.

<http://www.bmwf.gv.at/Wirtschaftspolitik/Wirtschaftspolitik/Documents/Wirtschaftsbericht%20%2014.pdf>

Faymann: Steuern senken, um die Nachfrage zu steigern

„Das Bild über Österreichs Wirtschaft ist sehr positiv. Bei der Arbeitslosigkeit und vor allem bei der Jugendarbeitslosigkeit sind wir in Europa unter den Besten. Beim BIP pro Kopf liegt Österreich an zweiter Stelle. Trotz dieser guten Wirtschaftsdaten gibt es aber noch viele Hausaufgaben zu erledigen“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ).

Der Wirtschaftsbericht bestärke den positiven Trend im Bereich des Exports. In den nächsten Jahren gehe man von einer Steigerung auf 50.000 im Export tätigen Betriebe aus. „Dafür entscheidend ist aber, daß Wissen und Bildung eine Hauptrolle spielen. Es geht um die Vorbereitung unserer Jugend auf die Herausforderungen der Arbeitswelt. Die Bereiche Forschung und Innovation sind



Foto: photonews.at/Georges Schneider

v.l.: Wissenschafts-, Forschungs- und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, Bundeskanzler Werner Faymann, Infrastrukturministerin Doris Bures und Vizekanzler und Finanzminister Michael Spindelegger

der entscheidende Faktor, um im Vergleich zu anderen eine Nasenlänge voraus zu sein. Das verlangt, daß wir in der Politik und in der Regierung die Rahmenbedingungen weiter verbessern und für mehr Rückenwind sorgen“, so Faymann.

Vor allem Südost- und Osteuropa sind von Bedeutung, da sich Österreich nicht zuletzt als Drehscheibe von Wirtschaft, Dienstleistungssektor und Finanzwelt verstehe.

„Unser Engagement in diesem Bereich ist einer der Gründe für unsere Zuwachsraten. Wenn aber gerade in diesen Ländern Schwierigkeiten auftauchen, die sich dämpfend auf die wirtschaftlichen Vorhersagen auswirken und sich die Kaufkraftwartungen anders entwickeln, dann ist die österreichische Wirtschaft gefordert. Das heißt aber nicht, daß wir diese Funktion als Drehscheibe aufgeben sollen. Ganz im Gegenteil“, so der Bundeskanzler.

Diese Länder hätten ein gehöriges Wachstumspotential, das es für die Zukunft zu nutzen gelte. Für die österreichischen Betriebe sei die gegenwärtige Situation jedoch oftmals schwierig, da sich nach den heutigen Prognosen eine erhöhte Nachfrage erst in einigen Jahren einstellen werde. „Ich unterschätze die Herausforderungen nicht. Realitätssinn ist angesagt, man muß sich den Aufgaben stellen und mit Optimismus an diese herangehen. Denn optimistisches Agieren bedeutet, sein Ziel mit Beharrlichkeit zu verfolgen“, so Faymann.

„Wir müssen daher unsere Kräfte gemeinsam bündeln und tun, was im Bereich der Bildung und Ausbildung nötig ist. Wir müssen aber auch Maßnahmen zur Kaufkraftstärkung setzen. Dazu gehört auch das



© BMWF/W

Innenpolitik

Instrument der Steuersenkung. Es ist immer schwieriger, Freiräume zu schaffen als darüber Klage zu führen, daß es sie nicht gibt. Aber an einer Steuersenkung führt kein Weg vorbei. Sie ist ein Mosaikstein in einer Kette von Maßnahmen, um die Kaufkraft zu stärken. Mehr Netto vom Brutto zu verlangen ist keine ideologische Kategorie, sondern vielmehr ein Motor, um die Nachfrage im eigenen Land zu stärken“, so der Bundeskanzler.

„Der Wirtschaftsbericht hält uns den Spiegel vor und zeigt was richtig und gut ist. Er sagt uns aber auch, was noch getan werden muß. Und weil noch so viel zu tun ist, bitte ich sie in diesem Sinne für eine weiterhin gute und optimistische Zusammenarbeit mit Realitätssinn für unser Land“, so Faymann abschließend.

Spindelegger: Reformen vorantreiben Vereinfachung der Lohnverrechnung soll Unternehmen entlasten

Stabile Staatsfinanzen und eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes standen im Mittelpunkt der Rede von Vizekanzler Finanzminister Michael Spindelegger (ÖVP) anlässlich der Präsentation des Wirtschaftsberichts 2014. „Österreich steht laut dem Bericht gut da. Wir haben das zweithöchste Bruttoin-

landsprodukt pro Kopf in Europa. Aber wir dürfen uns nicht auf Erfolgen ausruhen. Wir müssen Reformen vorantreiben, um noch besser zu werden“, erklärte Spindelegger. Seine Aufgabe als Finanzminister sei es, auf einen stabilen Staatshaushalt zu achten. Das sei auch der Anlaß gewesen für die Budgetgespräche zum Halbjahr: „Wir warten nicht, bis Abweichungen eintreten. Wir steuern jetzt gegen, um das Budget wieder in die richtige Spur zu bringen.“

Die Bundesregierung habe aber kein reines Spar-Budget geschnürt. Bis 2018 investiere man in Summe 3,6 Milliarden Euro in den Standort Österreich. Mit der Senkung der Lohnnebenkosten, der Abschaffung der Gesellschaftssteuer und dem Abbau von Bürokratie habe man wichtige Schritte für die Entlastung der Unternehmen und die Ankurbelung der Wirtschaft gesetzt. Weitere Schritte sollen folgen, so Spindelegger: „Ich will die Lohnverrechnung vereinfachen. Es kann nicht sein, daß die Lohnverrechnung aufgrund von vielen Sonder- und Ausnahmestimmungen selbst für Spezialisten kaum mehr umsetzbar ist.“ Als Beispiel nennt der Finanzminister etwa eine Zusammenfassung der mehr als 360 Sozialversicherungs-Beitragsgruppen sowie die Angleichung von

sozialversicherungsrechtlicher und lohnsteuerlicher Bemessungsgrundlage. Spindelegger abschließend: „Die Vereinfachung der Lohnverrechnung kann helfen, Unternehmen weiter zu entlasten. Hier sind Einsparungen bis zu 300 Millionen Euro möglich.“

Mitterlehner: Wissensgesellschaft stärken, Standort Österreich weiterentwickeln

„Der internationale Wettbewerb wird schärfer, das weltwirtschaftliche Umfeld bleibt schwierig. Daher müssen wir den Standort weiterentwickeln, die Wissensgesellschaft stärken und die Unternehmen als Partner beim Ausbau ihrer Wettbewerbsfähigkeit unterstützen. Entscheidend ist auch, daß wir uns mit Reformen auf der Ausgaben-seite Spielraum für Zukunftsinvestitionen und eine Steuerreform schaffen“, sagte Wissenschafts-, Forschungs- und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP), der sich für einen gemeinsamen Kraftakt aussprach: „Wir brauchen einen Ruck nach vorne und kein Gezerre in alle Richtungen.“

Standort mit Reformen weiterentwickeln

Neue Impulse wird die unter Federführung Mitterlehners gestartete Standortstrate-



Innenpolitik

gie für Leitbetriebe bringen, rund 20 CEOs sind direkt eingebunden. „Starke Leitbetriebe sichern Wachstum, Beschäftigung und Innovation und sind in der Wertschöpfungskette eng mit hunderten kleinen und mittleren Unternehmen vernetzt. Daher müssen wir das Umfeld für sie schrittweise verbessern“, so Mitterlehner. Allein in Österreich investieren 33 weltmarktführende Leitbetriebe 1,1 Mrd. Euro in Forschung und Entwicklung. 80 Prozent der Leitbetriebe kooperieren regelmäßig mit Fachhochschulen und Universitäten als Forschungspartner. Darüber hinaus setzt sich Mitterlehner für eine ausgewogene Energie- und Klimapolitik auf der EU-Ebene ein, die den Standort fördert und nicht Abwanderungen provoziert.

Unternehmen als Partner unterstützen, Bürokratie abbauen

„Um ein stärkeres Wachstum zu ermöglichen, müssen wir ein positives Umfeld für Investitionen und Gründungen sichern, flexiblere Arbeitszeiten ermöglichen und vor allem den bürokratischen Aufwand verringern“, verweist Mitterlehner auf aktuelle Schwerpunkte seines Ressorts. „Daher starten wir eine Entbürokratisierungs-Offensive und verringern die Zahl der verpflichtend vorgeschriebenen Beauftragten. Weitere Schritte müssen folgen, damit das Wirtschaften für die Betriebe wieder einfacher wird. Wir brau-

chen insgesamt mehr Servicequalität und Bürgerorientierung“, so Mitterlehner. Reformiert wird auch die Wirtschaftsförderung. „Wir setzen verstärkt auf zinsgünstige Kredite und Garantien, deren Rückflüsse im Gegensatz zu Zuschüssen wieder neu verwendet werden können“, so Mitterlehner.

Wissensgesellschaft auf allen Ebenen vorantreiben

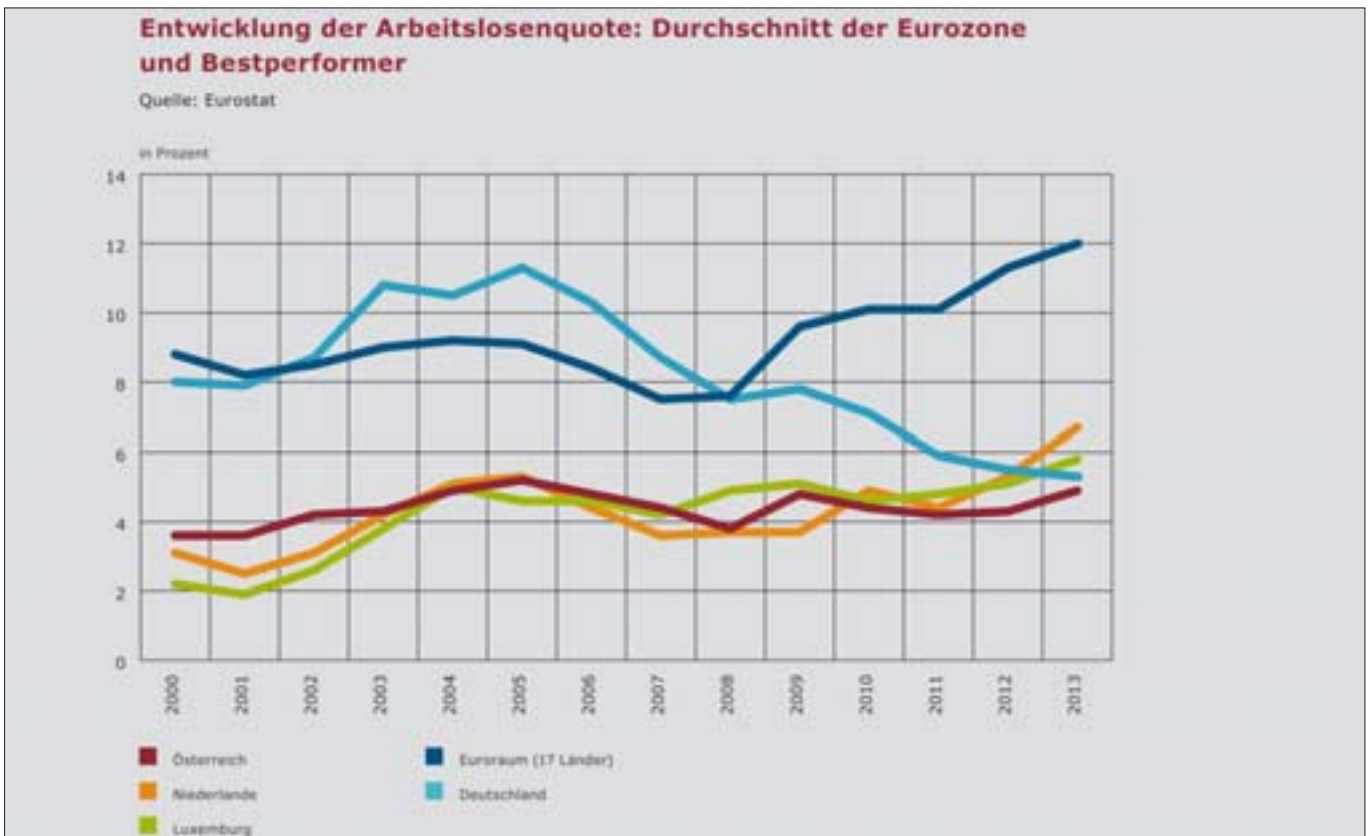
„Im weltweiten Wettbewerb punkten wir vor allem mit Innovation, Qualifikation und Kreativität. Daher wollen wir die Wissensgesellschaft auf allen Ebenen unterstützen“, bekräftigte Mitterlehner, der dafür auch die Verbindung von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft in einem Ressort bestmöglich nützen will. „Wir unterstützen jetzt den gesamten Innovationszyklus, von der aufgestockten Grundlagenforschung über die angewandte Forschung bis zur Marktanwendung.“ 2014 sollen die Forschungsausgaben auf den Rekordwert von 9,3 Milliarden Euro steigen, im EU-Vergleich hat Österreich die fünfthöchste Forschungsquote. „Unser Ziel ist der Aufstieg zum Innovation Leader. Grundvoraussetzungen dafür sind eine Weiterentwicklung der Strukturen und weitere Investitionen in Universitäten, die Fachhochschulen und die Duale Ausbildung. Dort entscheidet sich unsere Zukunft“, so Mitterlehner.

Internationalisierung forcieren, Exporte in neue Märkte verstärken

Ein zentraler Wachstumstreiber für Österreich ist der Export, der nach drei Exportrekorden in Folge auch 2014 um rund fünf Prozent wachsen soll. „Entscheidend ist, daß wir die Diversifikation der Exporte weiter forcieren, um Zukunftsmärkte außerhalb Europas zu erschließen. Wir müssen dorthin gehen, wo das stärkste Wachstum ist, ohne die traditionellen Märkte zu vernachlässigen“, so Mitterlehner. Um den Export zu unterstützen, stellt das Wirtschaftsministerium 31 Millionen Euro für das Förderprogramm „go international“ bereit. Mittelfristig soll auch die Zahl der Exporteure erstmals auf über 50.000 steigen.

Lichtenecker: Blockade der Regierung gefährdet Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Österreich

„Die Regierung darf sich die Lage nicht schön reden, denn der Standort Österreich hat eine Reihe von Großbaustellen zu bewältigen“, kritisiert Ruperta Lichtenecker, Wirtschaftssprecherin der Grünen, anlässlich der Präsentation des Wirtschaftsberichtes 2014. „Diese Probleme und Herausforderungen müssen konsequent und mit voller Kraft angegangen werden“, fordert Lichtenecker. So zeigen auch die steigenden Arbeitslosenzahlen, daß Investitionen, eine Modernisie-



Innenpolitik

zung des Steuersystems und Reformen erforderlich sind.

„Daß der Standort Österreich zunehmend Probleme hat, zeigen verschiedene Wettbewerbsrankings, so auch das Innovation Union Scoreboard Ranking in dem Österreich von Platz 6 im Jahr 2009 auf Platz 10 abgerutscht ist“, sagt Lichtenegger und weiter: „Jetzt müssen die Ausgaben auf Bildung, Forschung, Umwelt- und Klimaschutz und in eine solide zukunftsorientierte Infrastruktur fokussiert werden, um die Innovationskraft und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.“

„Der Standort Österreich ist in den letzten Jahren u.a. durch die budgetäre Ausdünnung und die halbherzige Umsetzung der FTI-Strategie geschwächt worden“, kritisiert Lichtenegger. Im Bundesfinanzrahmengesetz für die Jahre 2014-2018 manifestiert sich der Stillstand in Zahlen: Zur Erreichung des Ziels 3,76 Prozent im Jahr 2020 des BIP für Forschung auszugeben, fehlen von 2014-2018 rund 2,2 Mrd. Euro.

Lichtenegger fordert daher „die Erhöhung der Mittel für Grundlagenforschung und Innovation, Verbesserung der Rahmenbedingungen für Forscherinnen und Forscher und die konsequente Umsetzung der Forschungsstrategie“.

„Es ist an der Zeit die Rahmenbedingungen und das Klima für die Klein- und Mittelständischen- Unternehmen, den Ein-Personen Unternehmen und Start Ups zu verbessern. Dazu braucht es eine Vereinfachung in der Verwaltung, Entrümpelung der Gewerbeordnung, Verbesserung der Finanzierung durch ein modernes Crowdfundinggesetz, sowie die Stärkung der sozialen Absicherung der Ein-Personen und Kleinstunternehmen“, fordert Lichtenegger. „Längst überfällig ist die Modernisierung des veralteten österreichischen Steuersystems und das heißt auch die Senkung der Lohnnebenkosten durch eine aufkommensneutrale ökologische und soziale Steuerreform.“

Kaske: Lohnsteuerentlastung rasch angehen!

„Es muß alles für mehr Beschäftigung getan werden. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muß nicht nur aus sozialen, sondern auch aus budgetären Gründen Vorrang in der Wirtschaftspolitik haben“, verlangt AK Präsident Rudi Kaske anlässlich der Präsentation des Wirtschaftsberichts. „Um die Kaufkraft zu stärken, muß es zu einer spürbaren Entlastung bei der Lohnsteuer kommen bis hin zu mehr Investitionen in die

Bildung, den sozialen Wohnbau, den Ausbau der Kinderbetreuung und der Pflege.“

Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft war 2013 mehr als verhalten, und auch in den nächsten zwei Jahren wächst Österreichs Wirtschaft nur moderat. Das WIFO prognostiziert nach 0,3 Prozent Wachstum 2013 für 2014 1,4 Prozent und 2015 1,7 Prozent. Mit ein Grund dafür ist nicht zuletzt die schwache Nachfragentwicklung. Österreichs Wirtschaft kann sich auch nicht von der europaweiten Nachfrageschwäche abkoppeln – was sich zuletzt in gesunkenen Investitionen und steigenden Arbeitslosenzahlen niedergeschlagen hat. „Wenn jetzt die Wirtschaft langsamer wächst als ursprünglich angenommen, ist die Stärkung der Kaufkraft der richtig Weg“, so Kaske.

Konkret verlangt Kaske: Der Faktor Arbeit ist zu hoch belastet. Die Lohnsteuer,

inzwischen die Steuer mit dem höchsten Aufkommen, wies von Jänner bis Mai einen Anstieg des Aufkommens um 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf. Daher ist es höchst an der Zeit, die Lohnsteuern spürbar zu senken.

Investitionen in die Pflege, Kinderbetreuung und in den sozialen Wohnbau sind dringend notwendig. Mehr Geld muß auch für Ältere, gesundheitlich Beeinträchtigte und zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt werden. „Unternehmen müssen mehr alternsgerechte Arbeitsplätze schaffen“, sagt Kaske. „Wer diesen Strukturwandel nicht oder nur ungenügend mitmacht, soll mit empfindlichen finanziellen Nachteilen rechnen müssen, Stichwort Bonus-Malus-System.“

Zusätzliche Mittel sind notwendig, um den Hochschul- und den Fachhochschulsektor in den nächsten Jahren auszubauen. ■

Arbeitslosenquote des Euroraums bei 11,5 %

Österreich mit der niedrigsten Arbeitslosenquote in der EU

Im Euroraum (ER18) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Juni 2014 bei 11,5 %, ein Rückgang gegenüber 11,6 % im Mai 2014 und 12,0 % im Juni 2013. Dies ist die niedrigste Quote seit September 2012. In der EU28 lag die Arbeitslosenquote im Juni 2014 bei 10,2 %, ein Rückgang gegenüber 10,3 % im Mai 2014 und 10,9 % im Juni 2013. Dies ist die niedrigste Quote seit März 2012. Diese Daten werden von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, veröffentlicht.

Nach einer Schätzung von Eurostat waren im Juni 2014 in der EU28 insgesamt 25,005 Millionen Männer und Frauen arbeitslos, davon 18,412 Millionen im Euroraum. Gegenüber Mai 2014 fiel die Zahl der arbeitslosen Personen in der EU28 um 198.000 und im Euroraum um 152.000. Gegenüber Juni 2013 verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen in der EU28 um 1,537 Millionen und im Euroraum um 783.000.

Mitgliedsstaaten

Von den Mitgliedsstaaten verzeichneten Österreich (5,0 %), Deutschland (5,1 %) und Malta (5,6 %) die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Die höchsten Quoten meldeten Griechenland (27,3 % im April 2014) und Spanien (24,5 %). Die Arbeitslosenquote fiel über ein Jahr betrachtet in 21 Mitgliedsstaat

ten, stieg in fünf und blieb in den Niederlanden und in Schweden stabil. Die höchsten Rückgänge meldeten Portugal (von 16,6 % auf 14,1 %), Ungarn (von 10,4 % auf 8,1 % zwischen Mai 2013 und Mai 2014), Irland (von 13,6 % auf 11,8 %) und Spanien (von 26,2 % auf 24,5 %) Die höchsten Anstiege verzeichneten Finnland (von 8,1 % auf 8,8 %), Luxemburg (von 5,9 % auf 6,3 %) und Österreich (von 4,7 % auf 5,0 %).

Im Juni 2014 lag die Arbeitslosenquote in den USA bei 6,1 %, ein Rückgang gegenüber 6,3 % im Mai 2014 und 7,5 % im Juni 2013.

Jugendarbeitslosigkeit

Im Juni 2014 waren in der EU28 5,129 Millionen Personen im Alter unter 25 Jahren arbeitslos, davon 3,319 Millionen im Euroraum. Gegenüber Juni 2013 fiel deren Zahl in der EU28 um 506 000 und im Euroraum um 244 000. Im Juni 2014 lag die Jugendarbeitslosenquote in der EU28 bei 22,0 % und im Euroraum bei 23,1 %, gegenüber 23,6 % bzw. 23,9 % im Juni 2013. Die niedrigsten Quoten im Juni 2014 verzeichneten Deutschland (7,8 %), Österreich (9,0 %) und die Niederlande (10,5 %) und die höchsten Quoten meldeten Griechenland (56,3 % im April 2014), Spanien (53,5 %) und Italien (43,7 %). ■

Erinnern, Versöhnen, Zukunft gestalten

Kärntner Bundesratspräsidentin Ana Blatnik lenkt Blick auf Stärken und Verantwortung des Bundesrats für die Zukunft



Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Mike Ranz

832. Sitzung des Bundesrates – Bundesratspräsidentin Ana Blatnik bei ihrer Antrittsrede am Präsidium

„Erinnern, Versöhnen, Zukunft gestalten“ – unter diesen Leitfaden will die Kärntner Bundesratspräsidentin Ana Blatnik ihre Amtsführung bis Ende dieses Jahres stellen, wie sie am 24. Juli in ihrer Antrittsrede vor dem Plenum unterstrich. Kärnten hat am 1. Juli 2014 bis Ende des Jahres nicht nur die Leitung in der Länderkammer des Parlaments, sondern auch in der Landeshauptleutekonferenz übernommen.

Auseinandersetzung mit Vergangenheit ist Voraussetzung für den Blick nach vorn

Blatnik setzt mit dem von ihr gewählten Motto auch einen Schwerpunkt, der auf die bis in die Gegenwart wirkenden historischen Ereignisse im südlichsten Bundesland Bezug nimmt und aus denen Lehren für ein friedliches Miteinander in einem vereinten Europa gezogen werden müssen. Spezielle Initiativen, wie etwa die Wanderausstellung „Zwangs-

weise Aussiedlung slowenischer Familien aus Kärnten“ und die Konferenz im Oktober „Balkan als Chance“ sollen einen Beitrag dazu leisten. „Erinnern und Versöhnen im Rahmen einer intensiven Auseinandersetzung mit der Vergangenheit bildet eine wesentliche Voraussetzung für den Blick nach vorn“, sagte Blatnik. Eine vielschichtige Beschäftigung mit Spuren der Geschichte in Gegenwart und Zukunft könne auch nicht an Staatsgrenzen enden, sondern komme in Zeiten eines vereinten Europas erst durch die Möglichkeit einer internationalen Perspektive zur Entfaltung. Durch die Erinnerung an die historischen Ereignisse rücke man nicht nur den unschätzbaren Wert des Friedensprojekts „Europäische Union“ in den Mittelpunkt, sondern auch die Aufgabe und Herausforderung, diese EU weiterzuentwickeln.

Blatnik lud mit Nachdruck dazu ein, die Herausforderungen im Geist eines von gegenseitiger Wertschätzung getragenen Mit-

einanders zu bewältigen. Dieses Miteinander äußere sich auch in der Offenheit für kulturelle und sprachliche Vielfalt, spielte sie darauf an, daß sie ihre sprachliche und kulturelle Identität im Parlament schon seit zehn Jahren lebe. Sie dankte daher auch für den diesbezüglichen gemeinsamen Beschluß, der ihr das ermöglicht habe, und faßte am Schluß ihrer Ausführungen die Rede auf Slowenisch zusammen.

Bundesrat als Mitgestalter der Zukunft nicht schwächen, sondern stärken

Die Bundesratspräsidentin betonte insbesondere auch die wesentliche Funktion und Mitverantwortung der Länderkammer bei der Gestaltung der Zukunft. Als wichtiges Bindeglied zu den Gemeinden, zum Land, zur Bundesregierung und zur europäischen Ebene bilde der Bundesrat einen zentralen Baustein, um ein lebendiges Europa der Regionen am Puls der Bedürfnisse seiner Bür-

Innenpolitik

gerInnen mitzugestalten, umschrieb sie die Rolle der Länderkammer. Vor allem der EU-Ausschuß habe es geschafft, entscheidende Themen zu besetzen. Nur Schweden habe im Rahmen der Subsidiaritätsprüfung mehr Stellungnahmen im EU-Gesetzgebungsverfahren eingebracht als der österreichische Bundesrat, zeigte sich Blatnik über das weiterhin anerkannte Engagement des Ausschusses erfreut. Um diese Tätigkeit auch in der Öffentlichkeit mehr wahrnehmbar zu machen, sollten die Berichte des EU-Ausschusses im Plenum diskutiert werden, schlug Blatnik vor.

Angesichts dessen sollte man sich nicht darauf konzentrieren, wie man den Parlamentarismus und Föderalismus schwächen, sondern vielmehr wie man die beiden Pfeiler unserer Demokratie stärken könne, stellte sie mit Blick auf die immer wieder geäußerte Forderung nach Abschaffung des Bundesrats fest. In der Frage der Stärkung des Bundesrats gelte es aber abzuwägen, was realistisch und was konkret umsetzbar ist, mahnte Blatnik.

Sie tritt in diesem Sinn wie ihre Vorgänger auch dafür ein, der Länderkammer bereits vor Beschlußfassung im Nationalrat ein Stellungnahmerecht einzuräumen und ihr auch die Möglichkeit von Teileinsprüchen zu geben. Ein weiterer zentraler Punkt stellt für die Präsidentin ein Rederecht von BundesrätInnen im Landtag dar. Der Länderkammer sollte Blatnik zufolge ferner ein Mitspracherecht bei der Bestellung der Volksanwältinnen und Volksanwälte gewährt werden, da diese ja auch mit Ländermateriaen betraut sind.

Eigener Ausschuß für Kinderrechte und Enquete zur dualen Ausbildung

Einen wesentlichen Auftrag für eine gute Zukunft sieht Blatnik vor allem auch darin, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich wieder zu schließen und sich konsequent für die Gleichstellung zwischen Mann und Frau einzusetzen. Ein besonderes Augenmerk müsse dabei dem Bildungsbereich geschenkt werden, hielt Blatnik fest, denn es sei trotz intensiven Bemühens noch immer eine Realität, daß sich eine Mehrheit der Mädchen bei der Berufswahl auf typische Felder beschränkt, die schlechter entlohnt würden, was sich wiederum auf die Altersversorgung auswirke. Daher seien Anstrengungen erforderlich, um Frauen für technische und naturwissenschaftlich ausgerichtete Ausbildungszweige zu interessieren und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit junge Mädchen neue Wege gehen können.



Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Mike Ranz

Ana Blatnik ist von 1. Juli bis 31. Dezember 2014 Präsi-diertin des Bundesrats.

Für Blatnik zählt dazu auf jeden Fall ein adäquates Kinderbetreuungsangebot. Sie sprach sich deshalb für die Abhaltung einer Enquete mit dem Schwerpunkt „duale Ausbildung“ aus, in der alle Facetten dieser Problematik beleuchtet und Impulse für Veränderungen gegeben werden.

Des Weiteren will sich die Bundesratspräsidentin für die Einrichtung eines eigenen Kinderrechte-Ausschusses stark machen. „Eine gerechte, zukunftsorientierte Gesellschaft ist für mich auch eine, die sich ihrer jüngsten Mitglieder annimmt. Ich werde mich daher dafür einsetzen, daß Kinderrechte nicht mehr unter ferner liefen vorkommen, sondern mehr Gewicht erhalten“, begründete sie ihre Initiative.

Kaiser appelliert, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen

„Starke Länder für ein soziales Österreich in einem gemeinsamen Europa“ – unter diesen Titel stellte der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser seine Rede im Bundesrat anläßlich der Übernahme des Vorsitzes des südlichsten Bundeslandes im Bundesrat sowie in der Landeshauptleutekonferenz. Kaiser nützte seine Rede dazu, eindringlich zu mehr Gemeinsamkeit auf allen politischen Ebenen aufzurufen.

Stärke der Länder heißt nicht politische Macht, sondern Weiterentwicklung zum Nutzen der Menschen

Unter „Stärke der Länder“ verstehe er nicht politische Macht, unterstrich Kaiser. Die Stärke der Länder und Regionen liege darin, daß sie den Menschen näher seien und

auch entsprechend reagieren könnten. Diese Nähe sei ein großer Vorteil, die damit verbundene Sensibilität könne sich aber auch in das Gegenteil verkehren, warnte er, indem man leichter einem Drängen von bestimmten Seiten nachgibt. Man müsse die Chance der Nähe und die Notwendigkeit der Distanz ausgleichen, skizzierte Kaiser eine für ihn wichtige politische Haltung. Kaiser wandte sich in diesem Zusammenhang vehement gegen eine Steuerhoheit der Länder, da dies zu einem Steuerdumpingwettbewerb führen könnte. Bei einem zukunftsorientierten Föderalismus gehe es nicht um Machtverlust und Imagegewinn, sondern vielmehr darum, das System weiterzuentwickeln, um den Menschen in ihren Lebensverhältnissen zu helfen und sie zu unterstützen. In diesem Sinne hob er auch die Lösung der Ortstafelfrage positiv hervor und zollte dafür Minister Josef Ostermayer und dem damaligen Landeshauptmann und jetzigen Bundesrat Gerhard Dörfler seinen Respekt.

Der Kärntner Landeshauptmann hob wie auch Bundesratspräsidentin Blatnik den Bereich Bildung als eine zentrale Herausforderung hervor. Zum ersten Mal würden die BildungsreferentInnen der Länder zu einer Konferenz eingeladen, kündigte er an, wobei die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern Thema sein werde. Kaiser ließ jedoch keinen Zweifel aufkommen, daß die Grundsatzgesetzgebung in jedem Fall Bundeskompetenz bleiben müsse. Außerdem hält es der Landeshauptmann für notwendig, den sonderpädagogischen Förderbedarf zu überprüfen, da es wichtig sei, auf die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse zu re-

Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Mike Ranz



Erklärung des Landesheptmannes von Kärnten, Peter Kaiser, im Bundesrat

Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Leo Hagen



Empfang anlässlich der Vorsitzübernahme des Landes Kärnten im Bundesrat; im Bild: der Männerchor Bilka und VeranstaltungsteilnehmerInnen

agieren. Er brach auch eine Lanze dafür, Politische Bildung zu einem Pflichtfach ab der fünften Schulstufe zu machen. Auch sollte man ihm zufolge die Lehrerausbildung auf die KindergartenpädagogInnen ausweiten und mehr Zivildienere in der Kinderbetreuung einsetzen. Weitere Schwerpunkte seiner Vorsitzführung werden die Themen Gesundheit, Soziales und Armutsbekämpfung sein. Kaiser appellierte in diesem Zusammenhang, in Fragen der Gesundheitsreform das Gemeinsame vor Standesinteressen in den Vordergrund zu stellen, entscheidend sei auch, daß Bund und Länder hier eng kooperieren. Die demographische Entwicklung stelle die Politik vor die Aufgabe, die Lebensqualität älterer Menschen zu gewährleisten, und das gehe nur in engstem Zusam-

menwirken von regionaler, nationaler und europäischer Politik, sagte Kaiser. Der Wert einer Gesellschaft manifestiere sich auch darin, daß man es schafft, für alle Menschen eine Existenzgrundlage sicherzustellen.

Kaiser ging auch auf die aktuelle Debatte um die Steuerreform ein und sprach sich dafür aus, nicht immer nur das das Trennen-der herauszustreichen, sondern auch einmal zu betonen, worüber man sich einig ist. Dazu zähle das Ziel, daß die ÖsterreicherInnen in Zukunft mehr netto von ihrem Bruttogehalt haben, daß man den Faktor Arbeit entlastet, die Kaufkraft steigert und den Eingangsteuersatz senkt. Dadurch würden vor allem die Klein- und Mittelbetriebe Österreichs profitieren, meinte Kaiser. Er konnte sich durchaus auch vorstellen, darüber zu disku-

tieren, ob der Spitzensteuersatz sakrosankt bleiben muß.

Er wolle sich im Bundesrat auch nicht vor dem Thema Hypo-Alpe-Adria „herumdrücken“, so Kaiser. Die Katastrophe sei auf einen politischen Größenwahn und auf kriminelle zockende Energien zurückzuführen. Die Kontrollinstanzen hätten versagt oder seien nicht informiert worden. Die neue Landesregierung sei bereit, Verantwortung zu übernehmen, betonte Kaiser, er lehne aber dezidiert jegliche Kollektivschuld für das Bundesland Kärnten und seine Menschen ab. Seine Politik sei gekennzeichnet, die Zukunftschancen Kärntens zu wahren, stellte der Landeshauptmann klar, deshalb werde er auf keine Forderungen eingehen, die diese Zukunftschancen gefährden. Er werde das Land nicht für etwas opfern, was in der Vergangenheit passiert ist, unterstrich er und dankte ausdrücklich der Bundesregierung dafür, daß es zu keiner Insolvenz des Bundeslandes gekommen ist. Er sei sich dessen bewußt, daß gespart werden müsse, man werde aber versuchen intelligent zu sparen, sagte er, und zwar unter dem Motto „drei harte Jahre für dreißig bessere Jahre“.

Kaiser verlangte schließlich, die Verwaltungs- und Aufgabenreform konsequent fortzusetzen und begrüßte auch die Einigung zur Breitbandinitiative. Er forderte zudem mehr Transparenz ein, wenn es national aber auch international um entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft geht, konkret meinte er damit die TTIP-Verhandlungen.

Festakt im Parlament zum Vorsitzwechsel

Anlässlich des Vorsitzwechsels im Bundesrat und in der Landeshauptleutenkonferenz lud Blatnik gemeinsam mit dem Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser am Abend des 23. Juli auch zu einem Festakt ins Parlament. Das Land Kärnten sei stolz, daß erstmals eine Kärntner Slowenin Bundesratspräsidentin sei, hob Landtagspräsident Reinhard Rohr in Vertretung von Kaiser hervor. Politisch machte sich der Kärntner Landtagspräsident im Sinne eines gelebten Föderalismus für ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen den verschiedenen politischen Ebenen und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit im Interesse der Bevölkerung stark.

Für viel Kärntner Flair beim Festakt sorgten der Männerchor des Kulturvereins „Bilka“ und der Gemischte Chor der Sängerrunde Ludmannsdorf. ■

<http://www.parlament.gv.at/PERK/NRBRBV/BR/>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Gipfeltreffen am Dachstein

Zum ersten Mal in der Geschichte trafen sich die höchsten Politiker des Landes Oberösterreich und der Steiermark, Landeshauptmann Josef Pühringer und Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer, am Dachstein.



Foto: Foto Kaserer

Vereint am gemeinsamen Dachstein (v.l.): Bürgermeister Dir. Rainer Angerer (Ramsau), Landtagspräsidentin Ursula Lackner, LH-Stv. Hermann Schützenhöfer, LH Josef Pühringer, Landtagspräsidentin Gerda Weichsler-Hauer, Bürgermeister Egon Höll (Obertraun), Landesrat Christian Buchmann und Dir. Georg Bliem (GF Planai-Hochwurzen-Bahnen)

Aufgeteilt auf zwei Bundesländer, zugehörig zu zwei Gemeinden und eine Ländergrenze, die direkt durch ein Restaurant führt – nicht nur die atemberaubende Naturkulisse macht den Dachstein so besonders. Die Planai-Bahnen luden am 28. Juli zum Gipfeltreffen „Steiermark trifft Oberösterreich“. Und zum ersten Mal in der Geschichte trafen nun die beiden höchsten Politiker der Bundesländer Steiermark und Oberösterreich am Dachstein aufeinander.

Ziel dieser Einladung war es, die geografische Verbundenheit durch den Dachstein in einem Freundschaftsakt der beiden Bundesländer zu besiegeln. Viel Prominenz aus Politik, Wirtschaft und Tourismus traf sich über den Wolken und war dabei, als der oberösterreichische Landeshauptmann Josef Pühringer und der steirische Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer die überdimensionalen „Freundschaftsschlösser“ an der Dachstein-Hängebrücke anbrachten.

Pühringer: „Wir sind nicht nur Nachbarn, wir sind auch Freunde, die vieles gemeinsam haben und in vielen Bereichen gute Zusammenarbeit pflegen. Aktuellstes Beispiel ist die einzigartige Lehr- und Forschungs Kooperation zwischen der Medizinischen Universität Graz und der Linzer Johannes Kepler Universität für das in wenigen Wochen startende Studium der Humanmedizin.“



Foto: Foto Kaserer

Ein Zeichen der Freundschaft auf der Dachstein Hängebrücke: Oberösterreichs LH Josef Pühringer und Steiermarks LH-Stv. Hermann Schützenhöfer

Schützenhöfer: „Ich freue mich, daß es heute zu diesem historischen steirisch-oberösterreichischen ‚Gipfeltreffen‘ am Dachstein gekommen ist. In freundschaftlicher Verbundenheit wollen wir die starke Achse Steiermark-Oberösterreich auch in Zukunft gesichert wissen.“

Gastgeber und Geschäftsführer der Planai-Hochwurzen-Bahnen, Dir. Georg Bliem: „Es würde mich freuen, wenn wir insgesamt von

steirischer und oberösterreichischer Seite noch mehr vereinte Kraft in die Marke Dachstein investieren.“

Anschließend genossen die Gäste die Dachstein Attraktionen wie Eispalast, Sky Walk und Treppe ins Nichts sowie eine kulinarische Reise durch die beiden „Dachstein-Bundesländer“ unter dem Motto „Mostbrat'l trifft Kernöl“ im Gletscherrestaurant. ■

<http://dachstein.at>

»Chefsache«

Landeshauptmann Hans Niessl will schnellere, effektivere und serviceorientierte Verfahren für eine weitere Optimierung des Wirtschaftsstandortes Burgenland.

Landeshauptmann Hans Niessl hat die Vereinfachung und Modernisierung von Verfahren für Betriebsgründungen im Burgenland zur Chefsache erklärt! „Das Wirtschaftsradar Burgenland, eine repräsentative Umfrage bei Unternehmen, die kürzlich vorgestellt wurde, hat – neben vielen Anregungen aus der Wirtschaft – auch zwei grundlegende Erkenntnisse geliefert: 94 Prozent der Unternehmer sagen, daß die Steuerlast zu hoch ist. 43 Prozent sagen aber auch, daß die Bürokratie im Förder- und Innovationsbereich zu aufwendig ist und Unternehmer abhält! Mit schnelleren, effektiveren und serviceorientierten Abwicklungen sollen deshalb Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Wirtschaftsstandort Burgenland im nationalen, aber auch internationalen Wettbewerb weiter stärken, noch besser positionieren und fit machen für die Aufgaben der Zukunft“, so der Landeshauptmann, der am 24. Juli in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Manfred Gerger, Präsident Industriellenvereinigung Burgenland, WHR Klaus Trummer, Bezirkshauptmann Oberpullendorf, und KommR Bert Jandl, Generaldirektor der Vila Vita Pannonia und Vizepräsident der Österreichischen Hoteliervereinigung, vier Ziele formulierte, um eine noch modernere Verwaltung zu erhalten.

1 Projekt – 1 Verfahren – 1 Bewilligung

So soll es hinkünftig für ein Projekt nur mehr ein Verfahren und eine Bewilligung geben. Bisher waren es zwei Verfahren, nämlich ein Betriebsanlagenverfahren nach der Gewerbeordnung und eine Baubewilligung nach dem Burgenländischen Baugesetz. In Zukunft soll es nur mehr ein konzentriertes Verfahren geben, bei dem die Gewerbebehörde einheitlich zuständig ist.

Gleicher Sachverhalt – gleiche Beurteilung

Ein weiterer Verbesserungspunkt betrifft die bis dato oft unterschiedliche Beurteilung durch die Sachverständigen. Niessl dazu: „Der Gedanke dahinter ist, daß es nicht sein kann, daß derselbe Sachverhalt in Neusiedl am See und in Jennersdorf unterschiedlich bewertet wird. Unternehmer brauchen aber



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: WHR Klaus Trummer, Präsident Manfred Gerger, Landeshauptmann Hans Niessl und KommR Bert Jandl

ein Höchstmaß an Rechtssicherheit, egal in welchem Bezirk des Burgenlandes angesucht wird. Diesem Umstand werden wir durch Schulungen, durch eine gezielte Ausbildung der Sachverständigen in der Akademie Burgenland entgegenwirken, damit hinkünftig landesweit gleiche Inhalte auch gleichermaßen beurteilt werden.“

Gewerbeberechtigung innerhalb von acht Tagen

Der Faktor Zeit spielt gerade für Unternehmer, die eine Geschäftsidee haben natürlich eine immens wichtige Rolle. „Je schneller wir hier sind, umso eher werden sich weitere Unternehmer bei uns im Burgenland ansiedeln, umso massiver können wir die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Burgenland weiter steigern! Es muß daher, sofern natürlich alle erforderlichen Unterlagen vorhanden sind, innerhalb von acht Tagen die Aufnahme von gewerblichen Tätigkeiten möglich sein“, betonte der Landeshauptmann.

Evaluierung durch ständigen Beirat zur Weiterentwicklung

Um dieses hohe Niveau im Verwaltungsbereich halten zu können, muß man, so Niessl, aber auch ständig bereit sein, zu evaluieren. Deshalb soll ein Gremium, mit ExpertInnen vom Land Burgenland, aus der Wirtschaft, aber auch von Arbeitnehmerseite aus, eingesetzt werden, das – je nach Be-

darf – mehrmals im Jahr tagt und das aufgrund der neuesten Entwicklungen, Probleme und Herausforderungen maßgeschneiderte Konzepte für eine bessere Abwicklung erarbeitet.

Präsident Manfred Gerger, WHR Klaus Trummer und KommR Bert Jandl begrüßten unisono diesen Startschuß in Richtung intelligente Deregulierung, wollen gemeinsame Potentiale auf der Basis von bereits begonnenen Pilotprojekten – Stichwort Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt/Fa. Hella bzw. Bezirkshauptmannschaft Oberpullendorf/Fa. Nikitscher – unter dem Motto „Verwaltung trifft Industrie“ mit Kreativität und maximaler Kooperation ausweiten und wettbewerbsorientiert optimieren.

„Das Burgenland hat eine enorme Entwicklung hinter sich gebracht und ist gerade dabei, sich neu zu positionieren. Wir haben das zweite Jahr in Folge das größte Wirtschaftswachstum aller Bundesländer – 2013 ein Plus von 3,1 Prozent. Wir holen auch beim Export deutlich auf, denn das Burgenland hat 2013 seinen Exportanteil um 8,9 Prozent auf 1,94 Milliarden Euro verbessern können und damit prozentual den höchsten Zuwachs aller Bundesländer erzielt. Mein Ziel ist es daher, ab Herbst 2014 mit einer modernen Verwaltung, die noch rascher, effektiver, kompetenter und serviceorientierter agiert, den Wirtschaftsstandort Burgenland weiter zu stärken und so fit für die Zukunft zu machen“, so Niessl abschließend. ■

Budgetpolitik rot-gold mit 100 Prozent Burgenland

Finanzreferent Landesrat Helmut Bieler: Keine Neuverschuldung ab 2015

Unter dem Motto „Budgetpolitik rot-gold 100 Prozent Burgenland“ skizzierte Finanzreferent Landesrat Helmut Bieler im Rahmen seiner Budgetrede am 3. Juli im Burgenländischen Landtag den Landesvoranschlag 2015. Die Weichen für das Doppelbudget 2014/2015 wurden bereits im Mai des Vorjahres bei einer Regierungsklausur gestellt. „Vorrangiges Ziel ist eine effiziente und nachhaltige Budgetgestaltung zur Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs. Die Weiterführung der Konsolidierung und Investitionen in Wachstum sind daher auch gleichrangige Ziele im Landesbudget 2015. Sparpotenziale werden laufend ausgelotet, um Spielräume für notwendige Investitionen zu schaffen“, so Landesrat Bieler, der heuer bereits zum dritten Mal Zahlen, Daten und Fakten zum Budget in kurzer und prägnanter Form im Überblick als Budgetbegleitbroschüre präsentierte.

Schwerpunkte sind die Aufrechterhaltung der Wohnbauförderung in voller Höhe, die Schaffung von 1000 zusätzlichen Arbeitsplätzen jährlich zur Absicherung des Top-Niveaus am Arbeitsmarkt, die finanzielle Abdeckung in den Bereichen Gesundheit und Soziales mit einem besonderen Augenmerk auf die demografische Entwicklung zur Sicherstellung der wohnortnahen Versorgung, sowie die Ausrichtung auf zukunftsorientierte Bildungsstandards, die Analyse und Evaluierung der landesnahen Unternehmen und ausgelagerten Gesellschaften auf Effizienz und Einsparungspotenziale sowie die Modernisierung des Haushaltswesens durch die Einführung der wirkungsorientierten Haushaltsführung auf Basis der Doppik und die damit einhergehende Haushaltsreform für mehr Transparenz und Vergleichbarkeit.

Der ordentliche Landesvoranschlag 2015 ist ausgeglichen. Einnahmen in Höhe von 1.102.181.900 Euro stehen Ausgaben in Höhe von 1.102.181.900 Euro gegenüber. Der außerordentliche Landesvoranschlag 2015 sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 20.200.000 Millionen Euro vor. Die Fondsgebarung ist im Landesvoranschlag 2015 mit 3,8 Millionen Euro ausgeglichen. Die Einnahmen im Landesvoranschlag 2015 haben sich gegenüber dem Landesvoranschlag



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Finanzlandesrat Helmut Bieler mit Budgetkoordinatorin Isabell Strobl

2014 um 39,6 Millionen Euro, die Ausgaben um 33,6 Millionen Euro erhöht. Die größten Ausgabensteigerungen in den Bereichen Unterricht, Soziales und Gesundheit können teilweise durch analog einhergehende Einnahmensteigerungen sowie durch Einsparungen im Verwaltungsbereich und durch eine restriktive Ausgabenpolitik – Stichwort Ermessensausgaben – ausgeglichen werden.

„Das Ausloten von Sparpotentialen und die Umsetzung von kostenminimierenden Maßnahmen sind zu kontinuierlichen Prozessen geworden, die seit 2010 deutlich die Ausgabendynamik bremsen. Diese Kursänderung brachte eine ausgabenseitige Einsparung von rund 120 Millionen Euro. Die Gesamtausgaben im Landesvoranschlag 2015 betragen 1.102,2 Millionen Euro. Davon werden rund 219,5 Millionen Euro für Investitionen bzw. für investitionsfördernde Maßnahmen aufgewendet. Das sind um 12,5 Millionen Euro mehr, als im Vorjahr. Dies entspricht einer Investitionsquote von rund 20 Prozent. Nahezu jeder fünfte Euro des Landesvoranschlages wird in das Wirtschafts-

wachstum des Burgenlandes investiert“, so Bieler.

Der Stand der direkten Finanzschulden des Landes beträgt im Jahr 2015 – ebenso wie im Jahr 2014 – insgesamt 281 Millionen Euro. Im Jahr 2015 werden, wie im Finanzplan dargestellt, keine neuen Schulden aufgenommen. Ab dem Jahr 2016 wird mit dem Schuldenabbau sukzessive begonnen. Der Konsolidierungsweg konnte sogar noch beschleunigt werden, da die prognostizierte Neuverschuldung im Jahr 2013 um 2,5 Millionen Euro unterschritten wurde. Die erforderlichen Kreditfinanzierungen erfolgen ausschließlich beim Bund, abgewickelt von der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) und bei der Burgenländischen Landesholding Vermögensverwaltungs GmbH & Co OG (BVOG).

Dazu der Finanzreferent: „Standard & Poor's bestätigt dem Land eine solide Haushaltsentwicklung mit konsequent sinkender Nettoneuverschuldung in Kenntnis aller Verbindlichkeiten, auch der Tochtergesellschaften. Die sehr niedrige und stabile Verschuldung und der ausgezeichnete Zugang zu Liquidität waren Hauptgründe für die hervorragende Bewertung der burgenländischen Finanzgebarung: Kurzfristig gab es die Bestnote A-1+, langfristig AA+. Die Burgenländische Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, ab dem Jahr 2016 den Schuldenstand abzubauen. Der Schuldenstand des Gesamthaushaltes inklusive selbsttragender ausgegliederter Einheiten wird im Jahr 2015 rund 1,05 Milliarden Euro betragen. Im Schuldenstand ist bereits der Neu- und Ausbau des Krankenhauses Oberwart berücksichtigt.“

Das Maastricht-Ergebnis 2015 bleibt gegenüber dem ursprünglich im Finanzplan prognostizierten Ergebnis nahezu konstant. Der Finanzplanwert von 66,82 Millionen Euro entspricht dem verhandelten Budget. Die Rechnungsabschlüsse zeigen eine deutliche Verbesserung gegenüber den Prognosewerten des Finanzplanes 2011–2015. Der gesamte Landesvoranschlag 2015 ist – wie alle Voranschläge seit 2005 – via Internet unter dem folgenden Link abrufbar:

<http://www.burgenland.at/land-politik-verwaltung/politik-verwaltung/landesverwaltung/abteilung-3>

Gesamtverkehrsstrategie Burgenland

Landeshauptmann Niessl präsentiert Grundlage
optimaler Mobilitätsangebote für Bevölkerung und Wirtschaft



v.l.: Werner Rosinak (Büro Rosinak und Partner), Andreas Friedwagner (Verracon GmbH), Landeshauptmann Hans Niessl, Thomas Bohrn (GF Verkehrsverbund Ost-Region) und Peter Zinggl (Landesverkehrsplaner Burgenland)

Unter Einbeziehung zahlreicher ExpertInnen aus den Fachabteilungen der Landesverwaltung, der ÖBB, der Asfinag, des Verkehrsverbundes Ost-Region (VOR), der Interessenvertretungen, wie der Arbeiterkammer oder der Wirtschaftskammer, den NGOs und den Vereinen ist es in einem intensiven Dialog gelungen, auf veränderte verkehrliche, wirtschaftliche und räumliche Rahmenbedingungen zu reagieren und einen neuen politischen und fachlichen Rahmen für die Verkehrsentwicklung der nächsten Jahre zu setzen. Der Leitsatz „Gemeinsam mehr erreichen! Mobilität für alle BurgenländerInnen nachhaltig – innovativ – sicher“ subsummiert alle wesentlichen Prinzipien, die den künftigen Planungen des Landes zugrunde liegen werden.

„Wir haben uns in den letzten anderthalb Jahren intensiv mit den zentralen Fragen der zukünftigen Mobilität im Burgenland auseinandergesetzt. Die Gesamtverkehrsstrategie, das größte Bürgerbeteiligungsmodell des Burgenlandes, bildet die Grundlage optimaler Mobilitätsangebote für Bevölkerung und die Wirtschaft“, so Landeshauptmann Hans Niessl am 24. Juli.

Im Mittelpunkt der Erstellung der Gesamtverkehrsstrategie standen die Bedürfnisse der BurgenländerInnen. Niessl dazu:

„Über 10.000 Haushalte und damit etwa 23.000 Bewohnerinnen und Bewohner haben an einer Befragung zur Mobilität teilgenommen und ihre Wünsche und Anregungen für die weitere Entwicklung des Verkehrssystems im Burgenland artikuliert. Weiters kamen etwa 500 Burgenländerinnen und Burgenländer zu den Bürgerversammlungen in den Regionen und arbeiteten aktiv an der Erstellung der neuen Gesamtverkehrsstrategie mit.“ Darüber hinaus haben mehr als 500 SchülerInnen bzw. Lehrlinge an einer speziell auf diese Zielgruppe abgestimmten Online-Befragung teilgenommen.

„Ich freue mich, daß so viele Menschen am Thema Mobilität interessiert sind und ihre Anliegen persönlich eingebracht haben“, sagte Thomas Bohrn, Geschäftsführer des Verkehrsverbundes Ost-Region. „Für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Mobilitätsangebotes im Burgenland ist diese Gesamtverkehrsstrategie ein wichtiger Leitfaden bei der Planung und Umsetzung des öffentlichen Verkehrsangebotes, denn wir wollen eine den Bedürfnissen der Menschen entsprechende Mobilität schaffen. Nachhaltig, individuell, multimodal.“

Die Gesamtverkehrsstrategie umfaßt wesentliche Handlungsfelder, die die Bedürfnisse einzelner Nutzergruppen in einem beson-

deren Maße berücksichtigt: PendlerInnen, SchülerInnen, Studierende, Wohnbevölkerung vor Ort, TouristInnen und Wirtschaft.

„Wie die Vergangenheit gezeigt hat, können Maßnahmen nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn sie in Abstimmung mit allen Expertinnen und Experten und unter Einbindung der Bevölkerung geplant und realisiert werden. Dementsprechend kommt der Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteurinnen und Akteuren in Zukunft eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Gesamtverkehrsstrategie zu“, betonte der Landeshauptmann, der die diese Gesamtverkehrsstrategie Burgenland im Rahmen einer Enquete am 1. Oktober 2014 im Detail diskutieren und auf der Basis eines neu gegründeten Verkehrsbeirates einer permanenten Evaluierung zuführen möchte.

„Parallel zur Gesamtverkehrsstrategie Burgenland haben erstmals die drei Bundesländer Wien, Niederösterreich und das Burgenland vereinbart, eine gemeinsame regionale Mobilitätsstrategie in ihren neuen Mobilitätskonzepten zu verankern. Für das Burgenland ist diese Zusammenarbeit von zentraler Bedeutung, denn die Ostregion steht vor Herausforderungen, die nur gemeinsam bewältigt werden können“, so Niessl. ■

<http://www.b-mobil.info>

Gewalt für den Frieden?

31. Internationale ÖSFK-Sommerakademie Friedensburg Schlaining



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Hubert Würth, Luxemburgs Botschafter in Österreich, Blanka Bellak, ÖSFK-Direktorin, Peter Kostelka, ÖSFK-Präsident, Kulturlandesrat Helmut Bieler, Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn, Bundespräsident Heinz Fischer, Schlainings Bürgermeister Markus Selinger und Christine Teuschler, Geschäftsführerin der Burgenländischen Volkshochschulen

Gewalt für den Frieden? – vom widersprüchlichen Umgang mit der Rechtfertigung militärischer Intervention“ war der Titel der 31. Internationalen ÖSFK-Sommerakademie – erstmals unter der Leitung von ÖSFK-Präsident Peter Kostelka – vom 6. bis 11. Juli auf der Friedensburg Schlaining. Vertreter aus Wissenschaft, Politik, aus den Medien und der Zivilgesellschaft erörterten Fragen, die sich aus militärischen Interventionen zum – oft vorgeblichen – Schutz von Menschenleben oder unter dem Deckmantel der Gerechtigkeit ergeben, und suchen nach Lösungsansätzen. Am 8. Juli fand die offizielle Eröffnung durch Bundespräsident Heinz Fischer und Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn in Anwesenheit von Hubert Würth, Luxemburgs Botschafter in Österreich, Kulturlandesrat Helmut Bieler und zahlreichen internationalen Tagungsteilnehmern statt.

Die Botschaft, die von Schlaining aus in die Welt getragen werden sollte, lasse sich in einem Satz zusammenfassen: „Krieg ist kein Mittel, Konflikte zu lösen!“, sagte Landesrat Bieler. „Es stehen uns andere Formen zur Verfügung, die wir uns aber ständig erarbeiten müssen. Unser gemeinsames Ziel muß es sein, uns die Hintergründe für die Entstehung von Gewalt bewußt zu machen, und neue Formen zur Bewältigung von Konflikten zu erarbeiten“, so Bieler. Schlaining leistet dafür einen wertvollen Beitrag.

Auch Bundespräsident Fischer würdigte

die Bedeutung des Österreichischen Studien-zentrums für Frieden und Konfliktforschung, dem er sich seit vielen Jahren und durch zahlreiche Besuche sehr verbunden fühle. „Es hat einen fixen Platz in der Gruppe der Institutionen, die sich mit Friedens- und Konfliktforschung beschäftigen“, so Fischer.

Die alte Frage des gerechten Kriegs habe in den letzten Monaten und Jahren große Aktualität erfahren, wie etwa der Krieg in Syrien oder die Situation in der Ukraine, stellte Außenminister Asselborn in seiner Eröffnungsrede fest. Gewalt könne für die Herstellung des Friedens notwendig, immer jedoch nur eine Etappe auf dem Weg dorthin sein. „Es gibt positive Beispiele, wo der Einsatz von Gewalt funktioniert, und solche, wo er nicht wirkt“, so Asselborn.

Welche Faktoren militärisches Eingreifen legitimieren, welche Rolle Wirtschaftsinteressen, die Bewertung von Menschenrechten oder internationale Schutzverantwortung spielen, und was präventiv von der Zivilgesellschaft zur Verhinderung von Gewalt getan werden kann – darüber diskutierten vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen in Krisenregionen mehr als 30 ReferentInnen mit VertreterInnen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik bei der Sommerakademie.

Eine Zusammenfassung in Buchform in in Vorbereitung und das „Österreich Journal“ wird darüber gerne berichten.

Das ÖSFK

auf Burg Schlaining versteht sich als ein Ort der respektvollen Begegnung und ein Ort des gemeinsamen Lernens. Man möchte Menschen mit dem nötigen Wissen und friedenspolitischen Handwerkszeug ausstatten, um sie zu ermächtigen, in der Gesellschaft auf gewaltfreiem Weg zu intervenieren. Dabei wird friedenspolitische Praxis mit unterschiedlichen wissenschaftlichen Ansätzen verbunden.

Wenn Gewalt für viele Menschen das „letzte Mittel“ zum Umgang mit Konflikten zu sein scheint, so investiert die Friedensburg ihre Ressourcen in die zahlreichen und oft vernachlässigten „vorletzten Mittel“. Dazu zählen das zivile Krisenmanagement und die – langfristig betrachtet – wirksamste aller Möglichkeiten: die zivile Krisenprävention. Dabei arbeitet man in einem breiten Spektrum vom Konfliktmanagement im Klassenzimmer über das Training von nichtstaatlichen und staatlichen VertreterInnen für Einsätze in Krisen- und Kriegsgebieten bis zur hochrangigen Vermittlung in internationalen Konflikten. Nichtregierungsorganisationen und Ministerien zählen dabei ebenso zu den AnsprechpartnerInnen der Friedensburg wie die Vereinten Nationen, die OSZE oder die EU.

Die Friedensburg Schlaining richtet ihr Augenmerk auch auf die strukturelle Dimension von Gewalt. Stabiler Friede kann sich –

Foto: Friedenszentrum Burg Schlaining



Ein Blick auf die TagungsteilnehmerInnen im Friedenszentrum Burg Schlaining

im Kleinen wie im Großen – nie ohne Gerechtigkeit entwickeln. Gerechtigkeit in der Verteilung von Lebenschancen (effektive Arbeitsbekämpfung, Stärkung der Menschenrechte, Möglichkeiten zur Migration oder Geschlechtergerechtigkeit) werden dabei genauso betrachtet wie die wenig zivilisierenden globalen Handelsstrukturen. Dabei spielt auch der persönliche ökologisch nachhaltige Lebensstil eine zentrale Rolle.

Das Friedenszentrum Burg Schlaining verfügt über eine einzigartige Infrastruktur mit den in der Burg Schlaining befindlichen Büroräumlichkeiten und dem Friedensmuseum, dem „Haus International“ (Wohn- und Seminarräume), der Friedensbibliothek in der einstigen Synagoge, dem Hotel Burg Schlaining (Seminarhotel) und dem Konferenz- und Seminarzentrum in der Burg Schlaining.

Für seine Aktivitäten hat das ÖSFK 1987 den UN „Peace Messenger“-Status erhalten und 1995, gemeinsam mit der EPU, den UNESCO-Preis for Peace Education. ■

<http://www.aspr.friedensburg.at>

Chinesische Delegation zu Besuch im Burgenland

Hochrangige Delegation aus China von Landesrat Rezar in Empfang genommen

Gesundheits- und Soziallandesrat Peter Rezar traf in seiner Funktion als Präsident der Gesellschaft zur Förderung freundschaftlicher und kultureller Beziehungen zur Volksrepublik China am 4. Juli in Eisenstadt im Beisein von Landesamtsdirektor WHR Robert Tauber mit einer hochrangigen Politik- und Verwaltungsdelegation aus der chinesischen Provinzen Hainan zusammen. An der Spitze der Delegation stand Li Jianping, Vizeminister der Chinesischen Freundschaftsgesellschaft (Chinese People's Association for Friendship with Foreign Countries – CPAFFC). Im Mittelpunkt des Arbeitsbesuches stand die Intensivierung und Optimierung der bisherigen partnerschaftlichen Beziehungen. „Konkret ging es darum, die bisher vor allem in den Bereichen wirtschaftliche Entwicklung, Kultur und Tourismus, Weinwirtschaft sowie Umwelttechnologie und Erneuerbare Energie geknüpften Kontakt- und Kooperationsmöglichkeiten größtmöglich auszuweiten und dementsprechend zu intensivieren.“ Der aktuelle Besuch ist der zweite einer Delegation aus China innerhalb kurzer Zeit. Mitte Juni traf Rezar mit einer 23köpfigen Wirtschafts-, Agrar- und Verwaltungsdelegation aus der Volksrepublik in Eisenstadt zusammen.

Die Beziehungen des Burgenlandes zu China haben bereits eine sehr lange Tra-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landesrat Peter Rezar und Landesamtsdirektor WHR Robert Tauber mit der chinesischen Delegation vor dem Schloß Esterházy in Eisenstadt

dition. Die ersten Kontakte zwischen dem heutigen Burgenland und China bestanden bereits in der Zeit des Barocks. Eine langjährige Freundschaft entwickelte sich auch zwischen der Chinesischen Botschaft in Wien und dem Burgenland. Unter Landeshauptmann Karl Stix kam es dann zu einer Partnerschaft des Burgenlandes mit der südchinesischen Provinz Hunan mit dem Ziel, die Verständigung und die Freundschaft der beiden Völker zu vertiefen, um eine ver-

stärkte Zusammenarbeit zu entwickeln. Unterzeichnet wurde dieses Übereinkommen im Jahr 2000 in Peking.

Auf Basis dieses Übereinkommens übernahm Landesrat Peter Rezar die Präsidentschaft der Gesellschaft zur Förderung freundschaftlicher und kultureller Beziehungen zur Volksrepublik China. Die bisherigen Kontakte und Anknüpfungspunkte sind ein nachweislicher Beleg für diese gelebte Partnerschaft. ■

Gute Nachbarschaft

Burgenland schmiedet Partnerschaft mit der Region Bratislava noch enger



Tatjana Mikušová (Abgeordnete zum Regionalparlament), Ivo Nesrovnal (Tourismusdirektor Region Bratislava; Abgeordneter zum Regionalparlament), Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl, Pavol Frešo, Vorsitzender der Selbstverwaltungsregion Bratislava und Gabriella Németh (Stellvertretende Vorsitzende der Selbstverwaltungsregion Bratislava)

Eine Arbeitsgruppe mit LH Hans Niessl und LAD WHR Robert Tauber an der Spitze traf am 7. Juli mit dem Vorsitzenden des Selbstverwaltungskreises Bratislava, Pavol Frešo, und weiteren hochrangigen Vertretern auf slowakischer Seite in Bratislava zusammen. Ziel des Gespräches: Das Burgenland strebt den Abschluß einer Partnerschaftvereinbarung mit der Region Bratislava an. „Die Schiene der bilateralen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hat sich als ein sehr erfolgreiches Instrument zu einer vertiefenden Kooperation über die Grenzen hinweg erwiesen. 18 von insgesamt 97 grenzüberschreitenden ETZ-Projekten werden von Partnern aus dem Burgenland und der Slowakei umgesetzt“, so der Landeshauptmann. Für das Burgenland seien die Förderprogramme im Bereich Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) ein wichtiges und wesentliches Instrument, um mit Partnern aus der Slowakei gemeinsam Aktivitäten umzusetzen. In der Förderperiode 2014-2020 stehen dem Burgenland rund 32 Millionen Euro für grenzüberschreitende Kooperationen an Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung. Davon werden fünf Millionen Euro für Projekte mit der Slowakei bereitgestellt. „Wir lassen keinen Fördercent liegen. Dafür muß man aber etwas tun. Niemand

wird uns das Geld nachtragen, wir müssen uns jeden Euro schon selbst abholen“, spricht Niessl Tacheles. Mit der angestrebten Partnerschaftvereinbarung zwischen dem Burgenland und der Slowakei soll die bereits bestehende Zusammenarbeit zwischen den Regionen weiter aufgewertet werden.

Daß das Burgenland die Fördertöpfe voll ausschöpfen könne, habe es schon in den vergangenen Förderperioden bewiesen, betont der Landeshauptmann. Das Programmbudget über 73 Millionen Euro für diese Periode wurde zur Gänze genutzt. „Das bedeutet eine Mittelbindung von 100 Prozent“, so Niessl. Daran wolle man nahtlos anknüpfen. In punkto Partnerschaftsvertrag mit dem Selbstverwaltungskreis Bratislava laufen die Vorgespräche auf Beamtenebene nicht erst seit gestern. Auch ein erster Entwurf einer Partnerschaftvereinbarung wurde von burgenländischer Seite bereits erarbeitet und zur Durchsicht übermittelt. Nun gelte es, Schwerpunkte der Zusammenarbeit festzulegen, so Niessl; er will in den Gesprächen „anpacken und einen großen Schritt vorwärts machen“.

Anknüpfungspunkte mit der Region Bratislava gebe es viele, stellt Niessl klar. „Ich bin davon überzeugt, daß wir zahlreiche Kooperationsfelder finden werden, die wir im Hinblick auf den ETZ-Programmzeitraum 2014-2020 gemeinsam, als Partnerregionen,

leichter erfolgreich verwirklicht werden können.“

Dazu zählt auch der Tourismus mit den Schwerpunkten Naturtourismus und Radwege. „Die Erreichbarkeit und die sanfte Mobilität vor Ort für Gäste und in der grenzüberschreitenden Region könnte zum Beispiel durch die Optimierung der Fahrradmitnahme bei Bus und Bahn attraktiviert werden“, sagt Niessl. Das Burgenland habe im Tourismus viel zu bieten „wir wissen aber auch, daß eine Urlaubsdestination immer mehr als Region zu sehen ist“, so Niessl. Auch im Bereich Alternativer Energien seien Kooperationen wünschenswert. „An der Grenze stehen große Windkraftanlagen. Vorstellbar ist eine dauerhafte Kooperation hinsichtlich Stromproduktion und Stromabnahme.“ Ebenso seien effiziente und CO₂-arme Mobilitätslösungen im gemeinsamen Interesse beider Regionen. Weinbau, Kultur, Bildung, kulturelles Erbe sowie Forschung, Innovation und Entwicklung sind weitere mögliche Kooperationsfelder.

Darüber hinaus könnten die beiden anderen ETZ-Schienen, die Transnationale beziehungsweise Interregionale Kooperation, verstärkt für großräumige Initiativen herangezogen werden. Projekte könnten im Rahmen der Europaregion Centrope oder der Donauraumstrategie umgesetzt werden. ■

Größtmögliche Sicherheit

LH Niessl in Güssing: »Keine Zusammenlegungen von Bezirkshauptmannschaften«



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Bezirksfeuerwehrkommandant OBR Willibald Klucsarits, RK-Präs. HR Bruno Wögerer, Bezirkspolizeikommandant Obstlt. Ewald Dragosits, Landeshauptmann Hans Niessl, Landesrätin Verena Dunst, amtsführende Bezirkshauptfrau Nicole Wild, Abgeordneter zum Burgenländischen Landtag Wolfgang Sodl und Bataillonskommandant Obstlt. Thomas Erkingner

„Bezirk Güssing in sicherer Hand“ lautete das Motto einer Pressekonferenz von Landeshauptmann Hans Niessl und Landesrätin Verena Dunst mit Vertretern der Bezirkshauptmannschaft Güssing und aller Sicherheitsorganisationen am 14. Juli in Güssing. Sicherheit erfordere eine koordinierte Vorgehensweise und das Zusammenspiel der Sicherheitskräfte im Land vor allem auf regionaler Ebene, das zeigten nicht zuletzt die verheerenden Hochwasserschäden im Südburgenland in den letzten Jahren. „Regionale Einsatzkräfte wissen am besten, wie man mit Katastrophen im Bezirk umgeht. Die Menschen haben zu den Institutionen vor Ort auch das höchste Vertrauen. Sicherheit darf nicht zentralisiert werden, deshalb wird es auch keine Zusammenlegungen von Bezirkshauptmannschaften geben“, betonte Niessl.

Die BH Güssing sei wichtig für die Region, der Bezirkshauptmann Einsatzleiter in Katastrophenfällen. Eine Zusammenlegung der Bezirkshauptmannschaften Güssing und Jennersdorf stehe nicht zur Debatte. „Sehr wohl soll es bezirksübergreifende Zusammenarbeit zwischen den beiden Behörden geben, um Synergien zu gewinnen. Es muß weniger Geld in die Verwaltung und mehr Geld in Qualitätssteigerung fließen“, fordert Niessl. Es sollten „Kompetenzschwerpunkte“ an einzelnen BHs geschaffen werden. So werden etwa die Bereiche Soziales und Jugendwohlfahrt von jeweils einem Referatsleiter der BH Güssing bzw. Jennersdorf für beide Bezirke verwaltet.

Auf die erfreuliche Entwicklung im Bezirk Güssing verwies Dunst: „Güssing war

laut Kriminalstatistik 2012 und 2013 der sicherste Bezirk im Burgenland, und kann mit 66,8 % im vergangenen Jahr auch die höchste Aufklärungsrate vorweisen. Das zeigt, daß die Exekutive hier im Bezirk hervorragende Arbeit leistet“. Im Burgenland liegt die Aufklärungsquote trotz Grenzöffnung mit 52,9 % im Jahr 2013 weit über dem Österreich-Schnitt mit 43,1 %. „Dieser Erfolg fällt nicht vom Himmel, sondern muß hart erarbeitet werden“, so der Landeshauptmann.

Gegen eine Zentralisierung sprach sich Niessl auch beim Bundesheer aus, das vor Ort eine wichtige Rolle bei der Bewältigung von Naturkatastrophen spiele: „Die Militärkommanden gehören gestärkt und nicht ausgehöhlt, Es darf nicht alles in Wien zentralisiert werden“, fordert Niessl. Mit der Kaserne Güssing, der modernsten Kaserne Europas, habe man ein deutliches Zeichen für die Sicherheit und für die Wirtschaft in der Region gesetzt. ■

»pro mente«-Haus in Mattersburg



Foto: Stadtgemeinde Mattersburg

Spatenstich (v.l.): LR Peter Rezar, HR Bruno Wögerer (Obmann »pro mente« Bgld.), Bgm. Ingrid Salamon, LH Hans Niessl, Alfred Kollar (GF OSG, DSA) Petra Prangl (GF »pro mente« Bgld.), Josef Orovits (OSG), Architekt Reinhard Taschner

Am 5. Juli erfolgte in Mattersburg der Spatenstich für den Bau des dritten „pro mente“-Hauses im Burgenland. Betreut werden psychisch erkrankte und psychosozial benachteiligte Menschen. „Der Bau des ‚pro mente‘-Hauses in Mattersburg ist ein weiterer Meilenstein in der Stadtentwicklung. Mir

ist der soziale Aspekt in dieser Stadtentwicklung ein großes Anliegen, daher paßt es sehr gut in unsere Stadt“, erklärte Bürgermeisterin Ingrid Salamon. Gebaut wird das Haus von der OSG (Oberwarter Siedlungsgenossenschaft), die Fertigstellung wird 2016 erfolgen. Die Baukosten betragen ca. 4 Mio. Euro. ■

FH Burgenland veröffentlicht erste Gemeinwohlbilanz

Qualität und Verantwortung. Einsatz und öffentlicher Auftrag: FH Burgenland bringt wieder Besonderes zusammen – Top Werte bei Arbeitsplatzqualität für Mitarbeiter

Die Fachhochschule Burgenland hat als erste Hochschule Österreichs seit 24. Juli eine Gemeinwohlbilanz. „Als gemeinnützige, öffentliche Bildungs- und Wissenschaftseinrichtung sind wir nicht auf Gewinn gerichtet und engagieren uns für öffentliche Anliegen“, erklärt Geschäftsführer Georg Pehm die Motivation für diesen Schritt. Auch Christian Felber, Gründer der Gemeinwohl-Bewegung, unterstützt das Pilotprojekt der Burgenländer.

FH Burgenland wieder Vorreiter

Bei der Gemeinwohlökonomie handelt es sich um ein „Wirtschaftsmodell der anderen Art“, das statt auf Gewinnorientierung und Profitmaximierung auf allgemeingültige Werte setzt.

Mit der Erstellung einer Gemeinwohlbilanz nimmt die FH Burgenland wieder eine Vorreiter-Rolle ein. Sie ist die erste Fachhochschule Europas und die erste Hochschule Österreichs, die sich mit dem Prozeß der Bilanzstellung auseinandergesetzt hat.

„Wir sind eine gemeinnützige Organisation des Landes Burgenland, die allen Studierenden eine Höherqualifikation ohne Studiengebühren ermöglicht. Das Konzept der Gemeinwohlökonomie ist für uns ein logischer Schritt“, so Geschäftsführer Georg Pehm. „Wir machen uns mit der Erstellung einer Gemeinwohl-Bilanz auch in diesem Sinne fit für die Zukunft.“ Ausdrücklicher Dank geht dabei an all jene, die dieses einzigartige Vorzeigeprojekt mitgetragen und unterstützt haben. Dabei waren neben MitarbeiterInnen und Studierenden der FH Burgenland auch die beiden Berater Anja Haider-Wallner und Roland Gutmann.

Erfolgreiche Bilanz als Ausgangspunkt

440 Pluspunkte im Sinne des Gemeinwohls – das ist die magische Zahl, auf die man an der FH Burgenland seit Mitte Mai gewartet hat. Eine Zahl, auf die man stolz sein kann, die viel aussagt über Burgenlands größte Hochschule, aber eigentlich nicht mehr ist, als ein Ausgangspunkt.

„Wir freuen uns natürlich“, so Pehm. „350 oder 620 Punkte (Anmerkung: von ins-



Foto: FH Burgenland

v.l.: Christian Felber, Anja Haider-Wallner und Georg Pehm

gesamt 1000 theoretisch erreichbaren) hätten uns aber nicht weniger oder mehr gefreut. Die Summe an Pluspunkten ist für die FH Burgenland nun die Basis, von der aus wir unsere weitere Entwicklung messen können. In zwei oder drei Jahren, wenn viele Maßnahmen umgesetzt sind, werden wir hoffentlich eher mehr als weniger Punkte erreichen“, erklärt er das Konzept der Gemeinwohlökonomie, zu dem ihn anfänglich persönliches Interesse führte.

„Das Spannende war hier weniger das Ergebnis als vielmehr der Prozeß. Der Weg war sozusagen das Ziel. KollegenInnen aller Ebenen und natürlich auch Studierende haben viel Reflexion, Vorschläge und Themen eingebracht, die uns insgesamt als Hochschule sicher weiterbringen werden“, ist er überzeugt. Am 1. Juli legten die Geschäftsführer den druckfrischen Bericht im Rahmen der Gesellschafterversammlung im Land vor.

Top bei Arbeitsplatzqualität und Gleichstellung

Besonders gut abgeschnitten hat die FH Burgenland als Arbeitgeber, nämlich was die Arbeitsplatzqualität und die Gleichstellung betrifft. Nicht so gut fallen die Punkte beim ethischen Beschaffungsmanagement aus. „Da sind wir durch das österreichische Ver-

gaberecht leider eingeschränkt, bei dem immer noch der Preis im Vordergrund steht“, erklärt Geschäftsführer Josef Wiesler das Ergebnis.

„Fakt ist, daß die FH Burgenland mit dieser Gemeinwohlökonomie Bilanz abermals Besonderes zusammen bringt. Denn wir verknüpfen unsere ausgeprägten hochschulischen Kompetenzen in Lehre und Forschung und den besonderen persönlichen Umgang in unseren Häusern mit den zentralen Werten dieser Institution und mit der Orientierung auf das allgemeine Wohl. Und diese Haltung begleitet uns immerhin seit gut 20 Jahren.“

Chronologie eines Vorzeige-Projekts

Start des Prozesses bildete ein Besuch und Vortrag von Christian Felber, Begründer und Aushängeschild der Gemeinwohlökonomie-Bewegung, vor ca. 260 Studierenden und MitarbeiterInnen in Eisenstadt und – per Live-Übertragung – in Pinkafeld. Von Oktober 2013 bis Anfang März 2014 erstellten extra geschulte Experten aus den Reihen der MitarbeiterInnen und Studierenden die Gemeinwohl-Bilanz und ein Gemeinwohl-Bericht. Dieser wurde im April 2014 den unabhängigen Experten von außen (sogenannten Auditoren) übergeben. Der gesamte Prozeß erfolgte überaus transparent und interaktiv.

Gemeinwohlökonomie- Beauftragte an der FH

Mit dem Abschluß der Gemeinwohl-Bilanz zieht die Hochschule nun keinen Schlußstrich unter dieses Projekt. Im Gegenteil: Es ist dies eine erste Standortbestimmung. Und der Startschuß für eine verantwortungsvolle, an Werten orientierte weitere Entwicklung der FH Burgenland. Als gemeinnützige, öf-

fentliche Bildungs- und Wissenschaftseinrichtung nicht auf Gewinn gerichtet, engagiert sich die Hochschule für öffentliche Anliegen, wie bestmögliche Bildung, Innovation und Forschung, und nimmt im Ökologie-Vorreiter-Land Burgenland eine besondere Verantwortung wahr. „Aus diesem Grund haben wir auch die Position einer Gemeinwohlökonomie Beauftragten ins Leben

gerufen, die sich diesem wichtigen Thema mit besonderem Einsatz widmen wird.“

Für die FH Burgenland beginnt nun der Prozeß der Maßnahmen-Findung, denn schließlich will man an Burgenlands größter Hochschule auch weiterhin Besonderes zusammenbringen. ■

<https://www.ecogood.org>

<http://www.fh-burgenland.at>

Die awarischen Kriegergräber von Mattersburg

Der zur awarischen Siedlung gehörende Friedhof im Ried Stückl, der 2010 gefunden wurde, wurde jetzt im Auftrag der Stadtgemeinde erstmals in größerem Umfang archäologisch untersucht. Bei den Grabungen unter der Leitung von Dorothea Taala konnten zahlreiche überraschende und teilweise spektakuläre Funde zu Tage gefördert werden.

Auf engstem Raum (etwa 300 m²) konnten bislang 39 Gräber lokalisiert werden, darunter überraschend viele Waffengräber. Bei den zahlreichen Bestattungen awarischer Bogenschützen und Schwertkämpfer fanden sich die entsprechenden Waffen: ansonsten äußerst seltene Hieb- und Stichschwerter, Kampfmesser- und beile, Pfeilspitzen unterschiedlicher Typen, aber auch aus Bein geschnitzte, mit Raubvogeldarstellungen verzierte und teilweise rot bemalte Bogenverstärkungen und Köcherbestandteile. Teilweise wurden diesen Kriegern auch ihre Waffengürtel mit vergoldeten, verzierten Beschlagen und Riemenzungen mitgegeben.



Fotos: Stadtgemeinde Mattersburg

Besuch bei den Grabungen: Leiterin Dorothea Taala (l.) mit Bgm. Ingrid Salamon

„Die Frauen und Mädchen wurden mit Schmuck, Perlenketten, Ohr- und Fingerringen

aus Silber und Bronze beigesetzt. Erwachsene und Kinder erhielten Gefäße und Speisebeigaben, sowie dem Totengott geopfert Hühner“, erklärt Dorothea Taala.

Der Friedhof stammt nach bisherigen Erkenntnissen aus der zweiten Hälfte des 8. und beginnenden 9. Jahrhundert n. Chr., d. h. aus der Zeit der Erstnennung von Mattersburg. Aufgrund unterschiedlicher Bestattungsriten und Grabtypen dürften in der zugehörigen großen Siedlung verschiedene Bevölkerungsgruppen nebeneinander gelebt haben.

Dorothea Taala und ihr Team graben seit sieben Jahren im Bereich Mattersburg und Sigless. ■

Siehe auch: „Der Mann mit dem Schwert und das Jahr der Waffen in Sigleß“ – Die Funde der Ausgrabung 2010, ein Beitrag von Dorothea Taala in der „Österreich Journal“-Ausgabe 96 vom 2. Juni 2011.

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_096.htm



Schmuck und Tongefäße dienten als Grabbeigaben.

Klingenbach mit Top-Wertung bei Bonitätsvergleich

Die Finanzlage der österreichischen Gemeinden stand im Fokus einer von „public – das österreichische Gemeindemagazin“ in Auftrag gegebenen Prüfung. Das Ergebnis aus burgenländischer Sicht kann sich sehen lassen: Zehn heimische Gemeinden finden sich unter den besten 50, Klingenbach nimmt als Burgenlandbester den beachtlichen sechsten Rang österreichweit ein.

„Das ist ein überaus erfreuliches Ergebnis und eine große Leistung der Gemeinde, die zeigt, daß zum einen unsere Gemeinden umsichtig wirtschaften, aber auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Land stimmen. Und es bestätigt einmal mehr eindrucksvoll den erfolgreichen Kurs des Burgenlandes, das sich als Wirtschaftsstandort immer besser etabliert“, sagte Landeshauptmann Hans Niessl am 18. Juli bei einem Besuch in Klingenbach. 2013 hatte das Burgenland das höchste Exportplus im Bundesländervergleich erzielen können und zum zweiten Mal in Folge das größte Wirtschaftswachstum aufgewiesen. Gemeinsam mit Landtagspräsident Gerhard Steier überreichte Niessl als Anerkennung Bürgermeister Johann Frank ein handgefertigtes Burgenlandwappen. „Für Klingenbach ist diese Top-Platzierung eine tolle Auszeichnung. Wir ha-



Foto:

Landeshauptmann Niessl (r.) und Landtagspräsident Gerhard Steier (l.) gratulieren Klingenbachs Bürgermeister Johann Frank zum Top-Bonitätsranking

ben in den letzten Jahren mit Augenmaß investiert, die dörfliche Infrastruktur laufend verbessert, jedoch keine Großprojekte, die wir uns nicht leisten können, umgesetzt und stehen heute auf wirtschaftlich gesunden Beinen. Das macht sich jetzt bezahlt, und die Bevölkerung profitiert von einer hohen Lebensqualität. Ich bin stolz auf meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, es ist ein Verdienst aller“, freute sich Bürgermeister.

Den ersten Rang im Bonitäts-Ranking nimmt Reith bei Kitzbühel in Tirol ein. Die weiteren Top-50-Platzierungen burgenländischer Gemeinden: Badersdorf (Rang 11), Rohr im Burgenland (15), Rechnitz (22), Jabing (23), Neudorf (30), Weiden am See (33), Heugraben (36), Weingraben (40), Großwarasdorf (49).

Gegenüber 2013 konnte Klingenbach übrigens sechs Plätze gutmachen. ■

Bester Russisch-Schüler Österreichs kommt aus Kleinhöflein

Der beste Russisch-Schüler Österreichs kommt aus Kleinhöflein und heißt Sebastian Pfann. Der 17-jährige nahm im Juni an der Internationalen Russisch-Olympiade in Moskau teil und erzielte in seiner Altersklasse den dritten Platz.

Sebastian Pfann besuchte (vor Ferienbeginn) die siebente Klasse des Eisenstädter Gymnasiums an der Kurzwiese. Als Bundesland-Sieger nahm er bereits am größten österreichischen Fremdsprachenwettbewerb, der 20. Sprachmania, Anfang April in Wien teil. Dort holte er sich den 3. Platz und sicherte sich so sein Ticket für den Internationalen Wettbewerb in Moskau. Insgesamt 185 Teilnehmer aus 23 Ländern waren bei der Russisch-Olympiade vertreten.

Eisenstadts Bürgermeister Thomas Steiner empfing Sebastian Pfann im Rathaus, um dem Ausnahmetalent gemeinsam mit Stadtbezirksvorsteher Josef Weidinger zu seiner Leistung zu gratulieren: „Ich gratuliere Sebastian von ganzem Herzen und freue mich über diesen großen Erfolg, der gleich-



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

v.l.: Bürgermeister Thomas Steiner mit Ausnahmetalent Sebastian Pfann und Stadtbezirksvorsteher Josef Weidinger im Eisenstädter Rathaus

zeitig ein Beweis für den ausgezeichneten Schulstandort Eisenstadt ist.“

Als kleine Aufmerksamkeit erhielt Sebastian Pfann Gutscheine des Stadtmarketings sowie jeweils eine Musik-CDs der Gruppe

„The Orange Blues Club“ und des Bläserensembles „Haydnbrass“. In seiner Freizeit beschäftigt sich der Sebastian neben Fremdsprachen noch mit Musik und ist Mitglied der Winzerkapelle Kleinhöflein. ■

Aus Südtirol

Finanzvorschlag indiskutabel, zufrieden mit Regionen-Präsidenten

Eine gute und eine schlechte Nachricht hatte Landeshauptmann Arno Kompatscher am 31. Juli nach seiner Rom-Reise bereit. Die schlechte betrifft das künftige Finanzgefüge zwischen Südtirol und Rom:

Der politisch heikelste Termin für Kompatscher und seinen Trentiner Kollegen Ugo Rossi war ein Treffen mit Gianclaudio Bressa, Staatssekretär im Regionenministerium, sowie hohen Vertretern des Finanzministeriums. Letztere hatten dabei einen Vorschlag ihres Ministeriums zur Neugestaltung des Finanzgefüges zwischen Bozen, Trient und Rom vorgelegt, der auch den von beiden Ländern zu leistenden Beitrag zur Sanierung des Staatshaushalts beinhaltet hat. Der Vorschlag ist bei Kompatscher und Rossi – vorsichtig ausgedrückt – auf wenig Gegenliebe gestoßen. Oder mit den Worten des Landeshauptmanns: „Der heutige Vorschlag ist indiskutabel.“ Es liege nun am Finanzministerium, einen neuen Entwurf vorzulegen. „Wir warten jedenfalls die nächsten Schritte des Ministeriums ab“, so Kompatscher.

Bessere Nachrichten kommen dagegen aus der Regionenkonferenz, an der der Lan-



Foto: LPA / Tasser

LH Arno Kompatscher (r.) mit dem neuen Regionen-Präsidenten Sergio Chiamparino

deshauptmann heute teilgenommen hat, um den Nachfolger von Vasco Errani als Präsident der Konferenz zu wählen. Die Regionenvvertreter haben sich dabei einstimmig für den Präsidenten der Region Piemont, Sergio Chiamparino, ausgesprochen, der auch von Anfang an die Unterstützung Kompatschers hatte: „Ich kenne Chiamparino persönlich

und er hat durchaus Verständnis für die autonomen Länder bewiesen“, so der Landeshauptmann. Außerdem kenne er die Anliegen der Berggebiete und sei einer der Partner bei der Entwicklung der Makroregion Alpen. „Ich bin zuversichtlich, daß Chiamparino ein guter und zuverlässiger Ansprechpartner sein wird“, so Kompatschers Fazit. ■

Land trifft INPS: Zweisprachigkeit und bessere Information

Um die Garantie der Zweisprachigkeit und eine bessere Information der BürgerInnen über deren jeweilige Rentensituation ging es bei einem Treffen von Landeshauptmann Arno Kompatscher und Landesrätin Martha Stocker mit dem Regionaldirektor des Fürsorgeinstituts INPS, Marco Zanotelli. Der verwies zunächst auf die Probleme, die sich im Zuge der immer stärker digital ablaufenden Verwaltung innerhalb des INPS in bezug auf die Zweisprachigkeit ergäben. „Solange die Verwaltung auf Papier gesetzt hat, war das Angebot eines Dienstes in beiden großen Landessprachen weit weniger problematisch, als im Rahmen einer digitalen Verwaltung“, so der Landeshauptmann nach dem Gespräch. Dies, weil digitale Lösungen im staatlichen Fürsorgeinstitut INPS nicht auf regionaler, sondern auf Staatsebene gesucht würden. In diesem Zusammenhang ersuchte der INPS-Regionaldirektor Landeshauptmann und Landesrätin um Unterstützung. „Es ist ganz ohne Zweifel eine gesetzliche Pflicht auch der staatlichen Stellen, ihre Dienste in Südtirol zweisprachig anzubieten“, so Kompatscher, „das schließt allerdings nicht aus, über geeignete Formen der Unterstützung nachzudenken.“



Foto: LPA / ohn

Regionaldirektor Marco Zanotelli, LH Arno Kompatscher und LRin Martha Stocker

Zweites Thema war eine Verstärkung der Informationstätigkeit, für die INPS auch Pensplan als Partner gewinnen will. So sollen etwa Daten zwischen den beiden Instituten ausgetauscht werden, damit die Informationen zur Rentensituation jedes einzelnen Bürgers in einer Datenbank zusammenfließen. „Ich denke, die Bürger sind daran interessiert, regelmäßige Information über ihre gesamte Rentensituation zu bekommen,

also über die gesetzliche genauso wie über die Zusatzrente“, so der Landeshauptmann. Als Beispiel wurde jenes der skandinavischen Länder genannt, in denen die BürgerInnen zweimal jährlich über ihre Rentensituation informiert werden. „In diese Bürgerinformation fließen die Angaben zu allen Rentensäule ein – ein Modell, das wir uns derzeit nur wünschen können“, so Kompatscher. ■

Schulz: Das EU-Parlament wird einflußreicher und sichtbarer

Martin Schulz ist der erste Präsident des Europaparlaments, der das Amt zum zweiten Mal übernimmt. Seine Mission: Europa näher zu den Menschen bringen.

Dem gebürtigen Rheinländer Martin Schulz geht es nicht darum, den größten Binnenmarkt zu schaffen, sondern das Leben der Menschen vor Ort zu verbessern. Die EU solle sich um die Sorgen und Ängste der Menschen kümmern. Nur so, sagt Schulz in einem Interview, ließen sich Euroskepsis und Extremismus vermeiden.

Während des Europawahlkampfes warb Schulz um die Stimmen der BürgerInnen in ganz Europa. Er diskutierte, hörte zu und ließ sich auf die Gedanken der BürgerInnen ein. Bei einer Diskussion in Dänemark ging es darum, warum sich Menschen von Europa abwenden. Dabei fragte ihn eine junge Kandidatin: „Ist es nicht vielmehr so, daß Europa sich von den Menschen abgewendet hat?“ Diese Frage berührte den 58jährigen. „Das mag nicht stimmen“, reflektiert Schulz zu der Frage und erläutert: „Dennoch ist es ein Gefühl, das wir sehr ernst nehmen müssen.“ Ansonsten werde die Europäische Union scheitern.

Der soziale Graben zwischen Reichen und Armen werde immer größer, kritisiert Schulz. „Immer mehr Menschen befinden sich in prekären Arbeitsverhältnissen. Gleichzeitig nimmt der Anteil der Superreichen zu. Das empfinden die Leute als ungerecht. Da muß man gegensteuern.“

Ein zweites Phänomen sei die dramatische Jugendarbeitslosigkeit. Wenn junge Menschen keine Chance bekämen, werde sich eine ganze Generation von Europa abwenden. „Wir riskieren, eine ganze Generation zu verlieren“, warnt Schulz.

„Solange es einen nationalen Filter für die Europapolitik gibt, erreichen wir die Leute nur schwer.“ Der ehemalige Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten ist jedoch überzeugt, daß das Desinteresse an Europa nicht mit einem Informationsdefizit zu erklären sei. „Wir können das Europaparlament noch transparenter machen, noch mehr Informationsbüros eröffnen, doch solange es einen nationalen Filter für die Europapolitik gibt, erreichen wir die Leute nur schwer“, findet Schulz.

Einen ersten Schritt in diese Richtung wurde mit der Personalisierung des Europa-



Martin Schulz
EU-Parlamentspräsident

wahlkampfes gemacht. Die großen Parteien Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten aufgestellt und unterstützt. Schulz wurde von den Sozialdemokraten nominiert. „Ich hatte ursprünglich vor, Kommissionspräsident zu werden. Die Wähler haben aber anders entschieden“, sagt Schulz.

Die Christdemokraten gewannen die meisten Sitze im neuen Europäischen Parlament. Jean-Claude Juncker, der Kandidat der Christdemokraten, erhielt daher das Mandat des Parlaments, eine Mehrheit zu bilden. Am 27. Juni wurde Juncker auch von den Staats- und Regierungschefs der EU als Kandidat für den Kommissionspräsidenten nominiert.

„Mit der Entscheidung im Rat zu Gunsten von Juncker (...) wurde die Einflußsphäre des Europäischen Parlaments enorm gestärkt“, sagte Schulz. Ihm zufolge sei das ein Wendepunkt gewesen: „Wenn der Rat Juncker nicht genommen hätte, hätten wir

die nächste Europawahl absagen können. So glaube ich, daß wir bei der nächsten Europawahl eine größere Chance haben, weil sichtbar wurde: Die Stimme zählt“, sagt Schulz. „Wenn wir das richtig weiterführen, haben wir ein neues Kapitel des europäischen Parlamentarismus eröffnet“

Das Ergebnis der Wahl habe dazu geführt, daß die zwei größten politischen Fraktionen im Europaparlament kooperieren. „Daraus ergibt sich die Logik, daß Parlament und Kommission institutionell eng zusammenarbeiten. Dann macht es meiner Meinung nach Sinn, wenn einer an der Spitze der Kommission und der andere an der Spitze des Parlaments steht.“

Die Kommission rücke näher ans Parlament, werde stärker parlamentarisch angebunden und legitimiert. Es werde eine hohe Konvergenz im Handeln von Kommission und Parlament geben, meint der Sozialdemokrat.

„Das Europäische Parlament muß sich auf die Hauptaufgaben fokussieren“, sagt Schulz. Das „Ja“ der EU-Staats- und Regierungschefs zu Juncker festige die Position des Parlaments, ist sich Schulz sicher. „Mit der Entscheidung im Rat zu Gunsten von Juncker, dem Kandidaten des Parlaments, wurde die Einflußsphäre des Europäischen Parlaments enorm gestärkt. Von dort aus weiterzumachen und die Rolle des Europäischen Parlaments als gleich starke Institution wie Kommission und Rat auszubauen, das war mein Ziel in der ersten Amtszeit. Das möchte ich auch zum Hauptziel der zweiten Amtszeit machen“, so Schulz.

Der neue und alte Präsident des Europaparlaments hat bereits ehrgeizige Pläne für die kommende Legislaturperiode. „Ich glaube, daß wir auch im Parlament diskutieren müssen, ob wir nicht konzentrierter arbeiten sollten. Die Themenbreite ist enorm. Das Europäische Parlament muß sich auf die Hauptaufgaben fokussieren: Bankenunion, Arbeitslosigkeit – besonders von Jugendlichen, Wachstum, Klima- und Energiepolitik“, sagte er und ergänzte: „Das Parlament wird einflußreicher und sichtbarer.“

<http://www.europarl.europa.eu>

Wirtschaftspolitik könnte gefordert sein

... trotz Zeichen der Verbesserung im zweiten Halbjahr – Bank Austria Konjunkturindikator im Juni mit 0,8 Punkten, höher als im Vorjahr aber gleich hoch wie zu Jahresbeginn – Schwacher Start ins Jahr war statistisch überdramatisiert

Der Bank Austria Konjunkturindikator erreichte im Juni einen Wert von 0,8 und blieb damit im Verlauf des ersten Halbjahres 2014 relativ konstant: „Die Stimmung der österreichischen Wirtschaft präsentiert sich im Sommer zwar deutlich besser als noch vor einem Jahr, sie konnte sich jedoch seit Jahresbeginn nicht mehr verbessern und an den Aufschwung des zweiten Halbjahres 2013 anschließen“, meint Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer in seiner Einschätzung der Konjunktur Österreichs zu Mitte des Jahres. Auch wenn der Bank Austria Konjunkturindikator sich seit Jahresbeginn nicht wesentlich verbessern konnte, liegt er mit 0,8 doch deutlich über den Wert vom Sommer 2013 von -0,1, damals stagnierte Österreichs Wirtschaft.

Auch die einzelnen Komponenten des Indikators zeigen ein ähnliches Bild: verbessert gegenüber dem Sommer 2013 aber

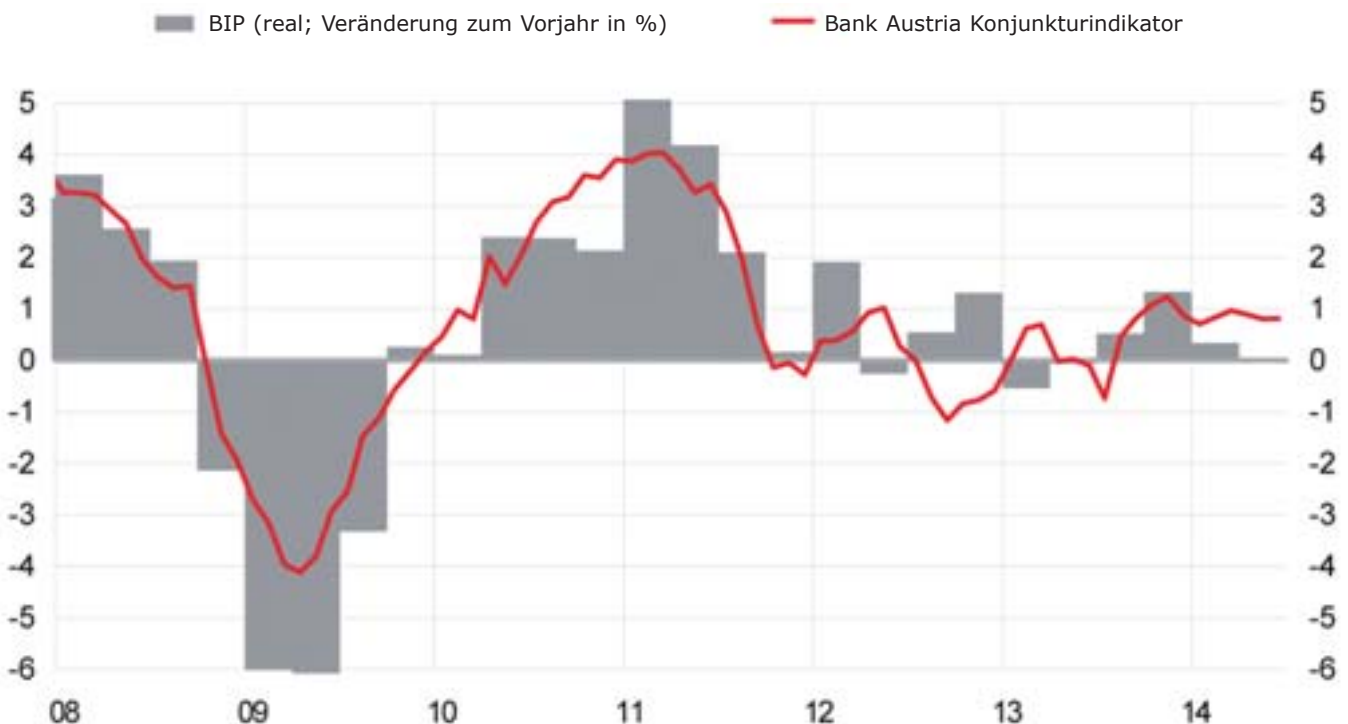
kaum verbessert gegenüber dem Jahresbeginn 2014. „Die Stimmung der Industrie in Österreich und bei unseren Exportpartnern hat sich im ersten Halbjahr 2014 kaum verbessert, liegt aber trotzdem besser als vor einem Jahr und deutet weiterhin auf Wachstum hin“, so Bruckbauer weiter. Lediglich das Verbrauchervertrauen hat sich im ersten Halbjahr leicht eingetrübt und liegt damit ähnlich hoch wie im Sommer 2013.

Nach Meinung der Ökonomen der Bank Austria ist jedoch die Enttäuschung über die wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr etwas überzeichnet, da das besonders schwache 1. Quartal stark von Besonderheiten geprägt war und das Wetter dabei eine spezielle Rolle spielte, nicht nur in den USA sondern auch in Europa und in Österreich. „Ohne die wetterbedingte schwache Energienachfrage im ersten Quartal in Österreich wäre das Wachstum im ersten Quartal

doppelt so hoch ausgefallen“, schätzt Bruckbauer. Ähnliches gilt für viele Länder der Eurozone.

Allerdings hat auch die schwache Importnachfrage vieler Schwellenländer zur Enttäuschung im ersten Halbjahr beigetragen. So gingen die Importe der Emerging Markets im Zeitraum Dezember 2013 bis April 2014 um 2 Prozent zurück nachdem sie die Jahre davor jährlich rund 5 Prozent zulegen konnten. Dies drückte die Stimmung in den letzten Monaten zusätzlich und erklärt den leichten Rückgang vieler Vorlaufindikatoren im Euroraum. Auch Österreichs Exporte verloren in den ersten Monaten 2014 etwas an Dynamik, was im Wesentlichen auf die Schwellenländer, allen voran Rußland, aber auch die Exporte nach Asien und Lateinamerika zurückzuführen war. Dies überlagerte die deutlich positive Entwicklung der Exporte Österreichs in den Euroraum und

Bank Austria Konjunkturindikator Österreich



Quelle: Statistik Austria, Wifo, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria, eigene Berechnungen

Wirtschaft

Österreich Konjunkturprognose	Prognose						
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Wirtschaftswachstum (real, Vdg. z. Vorjahr)	-3,8	1,8	2,8	0,9	0,3	1,5	2,1
Privater Konsum (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	0,9	2,0	0,8	0,5	-0,2	0,6	0,8
Investitionen (real, Vdg. z. Vorjahr in %) *)	-7,8	-1,4	8,5	1,6	-0,7	1,7	3,1
Inflationsrate (Vdg. z. Vorjahr in %)	0,5	1,9	3,3	2,4	2,0	1,7	1,9
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	7,2	6,9	6,7	7,0	7,6	8,4	8,3
Beschäftigung (Vdg. z. Vorjahr in %) **)	-1,5	0,8	1,9	1,4	0,6	1,0	1,2
Öffentlicher Haushaltssaldo (in % des BIP)	-4,1	-4,5	-2,5	-2,6	-1,5	-2,8	-1,5

*) Bruttoanlageinvestitionen **) ohne Karenzgeldbezieher, Präsenzdiener und Schulungen
 Quelle: Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

die Länder Mittel- und Osteuropas. „Österreichs Export in den Euroraum und nach CEE konnte in den ersten Monaten 2014 zulegen“, so Walter Pudschedl, Ökonom der Bank Austria. Während die Exporte nach Deutschland und Italien sich langsam erholten, zeigten die Ausfuhren nach Frankreich und Spanien, aber auch in die meisten der angrenzenden osteuropäischen Länder deutlichere Zuwächse.

Dementsprechend konnte auch die Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr zulegen, auch wenn die Dynamik zu schwach war um deutliche Impulse am Arbeitsmarkt zu setzen. Gemeinsam mit der schwachen Beschäftigungsentwicklung in der Bauwirtschaft und im Fremdenverkehr trug dies zur Enttäuschung am Arbeitsmarkt bei, obwohl der Dienstleistungssektor weiterhin neue Arbeitsplätze zur Verfügung stellte. Neben der schwächeren Beschäftigungsentwicklung waren aber auch strukturelle Ursachen dafür verantwortlich, daß die Arbeitslosenquote im Verlauf des ersten Halbjahres deutlich auf über 8,5 Prozent zulegte. Darauf verweist die Tatsache, daß wir in einigen Bereichen, etwa dem Handel oder im Bereich Gesundheits- und Sozialberufe, gleichzeitig steigende Beschäftigungs- und Arbeitslosenzahlen sehen.

„Neben der etwas zu schwachen Beschäftigungsdynamik belastet auch der Verdrängungswettbewerb und das steigende Arbeitskräfteangebot den Arbeitsmarkt“, meint Bruckbauer.

Trotz der verhaltenen Dynamik im ersten Halbjahr 2014 ist mit einer Beschleunigung im zweiten Halbjahr zu rechnen. So hat sich die Stimmung in einigen Schwellenländern in den letzten Monaten verbessert, allen voran in China. Auch im Euroraum sollte sich

der Erholung im zweiten Halbjahr fortsetzen, die meisten Stimmungsindikatoren zweigen weiterhin Wachstum an, meinen die Bank Austria-Ökonomen. „Die zunehmend abflauenden negativen Effekte der Haushaltskonsolidierung auf den Konsum im Euroraum sollten in den nächsten Monaten schwächer werden, auch ist in vielen Ländern bereits eine Trendwende am Arbeitsmarkt eingetreten“, zeigt sich Bruckbauer optimistisch.

Die Politik ist in den nächsten Monaten gefordert mögliche Problemfelder zu lösen, vor allem im Zusammenhang mit der Bankenunion. Größere Probleme bei deren Umsetzung erwarten die Ökonomen der Bank Austria jedoch nicht, in einzelnen Detailbereichen könnte es jedoch noch Diskussionsbedarf im Euroraum geben. Vor allem sollte die Politik ihre Glaubwürdigkeit nicht erneut gefährden (wie etwa durch den Zahlungsausfall Griechenlands). Österreichs Wirtschaft könnte im zweiten Halbjahr deutlich dynamischer wachsen als im ersten Halbjahr und damit erscheinen 1,5 Prozent Wachstum für 2014 noch möglich. 2015 wird das Wachs-

tum dann wieder zumindest zwei Prozent erreichen.

Die Risiken für die weitere Erholung liegen vor allem bei einer möglichen Eskalation der Entwicklung in den Konfliktherden (Nahe Osten, Ukraine) oder einem erneuten erkennbaren Rückfall der Stimmungsindikatoren. In diesem Fall wäre die Politik ebenfalls stark gefordert. Zwar unterstützt das Auslaufen der negativen fiskalischen Impulse der Haushaltsanierung als auch das kommende TLTRO der EZB die weitere Erholung, gleichzeitig steigt aber die Wahrscheinlichkeit, daß zusätzliche Maßnahmen notwendig sein könnten. Auf der fiskalischen Seite könnte ein öffentliches Investitionsprogramm die in der Krise stark gesunkenen Investitionsquoten der öffentlichen Haushalte erhöhen und die EZB könnte noch stärkere Impulse durch ein mögliches Forderungsaufkaufprogramm setzen. „Sollten im zweiten Halbjahr negative Überraschungen auftreten bzw. die Erholung erneut an Tempo verlieren, ist sowohl die Fiskalpolitik als auch die Geldpolitik gefordert, rasch Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Für beides gibt es bereits Signale“, so Bruckbauer. ■

KMU sind kein Jobmotor mehr

Aufgrund der vielerorts schwächeren Wirtschaftslage war mit einem Personalaufbau im Mittelstand zu rechnen. So haben auch 22,6 % der befragten Unternehmen ihre Mitarbeiterzahl in den zurückliegenden Monaten reduziert. Nur 16,2 % berichteten von einer vergrößerten Belegschaft. Aufgestockt hat vor allem der Handel, wo 21,7 % der Befragten mehr Personal beschäftigen als im Herbst 2013. Bau (27,4 % der Befragten), aber auch das Verarbeitende Gewerbe (25,3 %), meldeten verstärkt Personalabbau, der we-

nigstens zum Teil auch saisonale Ursachen haben dürfte. Bei Personaleinstellungen hat jedes dritte Unternehmen (34,2 %) auf Teilleistungskräfte zurückgegriffen (Vorjahr: 26,4 %).

Der Saldo aus „aufgestockt“ und „verkleinert“ beim Personalbestand bleibt mit -6,4 Punkten wie im Vorjahr im Minus. Mehrheitlich neue Jobs sind im Mittelstand zuletzt 2011 und 2012 entstanden, als dieser Saldo wert im Plusbereich lag. Auch die amtliche Statistik konstatiert wieder eine höhere Arbeitslosigkeit. ■

Rekord Mai und Juni: 16,75 Mio Nächtigungen

Mehr Gäste und Nächtigungen denn je in den ersten beiden Sommermonaten – Solide Basis für erfolgreiche Sommersaison gelegt

Für die Sommervorsaison 2014 (Mai und Juni) wurden laut vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria 16,72 Mio. Gästennächtigungen gemeldet, was gegenüber demselben Zeitraum des Vorjahres einer Zunahme von 4,7 % entspricht. Damit wurden in der Sommervorsaison noch nie so viele Nächtigungen registriert wie 2014. Inländische Gästennächtigungen stiegen dabei um 5,4 % auf 6,02 Mio., ausländische um 4,3 % auf 10,70 Mio. Auch bei der Zahl der Gäste wird in der Periode Mai und Juni 2014 mit 5,87 Mio. ein neuer Höchstwert (+6,1 %) ausgewiesen, wobei sowohl die Zahl der inländischen (+7,3 %) als auch jene der ausländischen (+5,3 %) Ankünfte gestiegen ist.

In allen Beherbergungsbetrieben wurden für den analysierten Zeitraum Übernachtungszuwächse verzeichnet. Bei Hotels fielen diese in Betrieben der 2-/1-Stern-Kategorie am deutlichsten aus (+8,6 %), aber auch gewerbliche Ferienwohnungen legten um 9,7 % zu. Die vergleichsweise geringsten Zuwächse verzeichneten Hotelbetriebe der Kategorie 5-/4 -Stern mit einem Plus von 1,2 %.

Nach Herkunftsländern betrachtet zeichnet vor allem der Zuwachs der Gästennächtigungen aus Deutschland von rund 209.200 (+3,8 %) für den neuen Rekordwert bei den Nächtigungen in der Sommervorsaison verantwortlich. Hingegen wurden aus Russland rund 23.300 Nächtigungen weniger registriert als noch in der Vorjahresperiode (-12,1 %).

Für Juni 2014 wurden 10,05 Mio. Übernachtungen registriert, was einem Anstieg von 14,0 % im Vergleich zum Juni 2013 entspricht. Die Feiertagsverschiebungen vom letztjährigen Mai in den diesjährigen Juni führten zu Rückgängen der Nächtigungen und Ankünfte im Mai 2014 (-3,0 % bzw. -6,9 %), und zu starken Zuwächsen im aktuellen Berichtsmonat Juni.

Tourismusminister Reinhold Mitterlehner zeigt sich erfreut über die von der Statistik Austria veröffentlichten Tourismuszahlen. „Dieser Nächtigungsrekord ist ein guter Start in die Sommersaison und ein wichtiger Motivationsschub für die österreichische Tou-



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Salzburger Festspiele eine volkswirtschaftliche Wertschöpfung von 280 Millionen Euro pro Jahr. Unser Bild zeigt die berühmte Getreidegasse.

rismuswirtschaft. Dieses Ergebnis zeigt die zunehmende Bedeutung der Nebensaison und gibt Anlaß für vorsichtigen Optimismus für den weiteren Saisonverlauf“, so Mitterlehner.

Die Steigerung der Gästezahlen um 6,1 Prozent auf fast sechs Millionen ist auf die verstärkte Nachfrage aus Deutschland, Italien, Schweiz und auch Gästen aus Österreich zurückzuführen. Erfreulich ist auch, daß für den analysierten Zeitraum in allen Bundesländern Nächtigungszuwächse verzeichnet wurden. Im Gegensatz zu 2013, wo das Juni-Ergebnis vor allem durch Hochwasser geprägt war, präsentierte sich Österreich heuer im Vergleichszeitraum bei strahlendem Sonnenschein besonders attraktiv für die ersten Sommergäste. Viele Feiertage und verlängerte Wochenenden trugen ebenfalls zu diesem erfreulichen Ergebnis bei. „Österreich bietet mit seinen Kultur- und Frei-

zeiteinrichtungen sowie zahlreichen wetterfesten Outdoor-Angeboten gute Alternativen, wenn das Wetter einmal nicht mitspielt. Ich hoffe, daß sich die positive Entwicklung der ersten beiden Monate auch im weiteren Sommer fortsetzt“, sagt Mitterlehner.

„Sommerzeit ist Festspielzeit, davon profitiert mehr denn je auch der heimische Tourismus“, ergänzt Mitterlehner anläßlich der voll angelaufenen Festspielsaison. Schon fast jeder zehnte Sommerurlaubsgast besucht ein Festival oder einen Kulturevent, das sind umgerechnet rund zwei Millionen Gäste. „Der Kulturtourismus boomt und zählt zu den großen Trendthemen der nächsten Jahre. Dabei hat Österreich als Kulturation mehrere Wettbewerbsvorteile, die wir auch im Tourismusmarketing verstärkt einsetzen.“

Das Angebot der insgesamt rund 200 heimischen Festivals und Kulturevents ist enorm vielfältig, von renommierten Festspielen bis hin zu kleinen, feinen Festivals in der Region. „Nicht nur große Städte profitieren, sondern auch kleinere Städte und ländliche Regionen. Festspiele erhöhen die Attraktivität und den Bekanntheitsgrad einer Region und sind gerade im Sommer ideal, um Kultur mit Erholung zu verbinden“, so Mitterlehner. Kulturtourismus bietet zudem eine gute Möglichkeit, um internationale Gäste aus Fernmärkten zu gewinnen.

Kulturinteressierte Touristen beleben Hotellerie, Gastronomie und Gewerbe und erhöhen die touristische Wertschöpfung. Befragungen zeigen, daß die Tagesausgaben von Kulturtouristen im Schnitt höher sind (125 Euro pro Tag vs. 99 Euro/Tag Sommerurlauber allgemein) und diese auch bevorzugt in höheren Hotelkategorien nächtigen. Laut einer Studie des Zentrums für Zukunftsstudien der FH Salzburg bringen beispielsweise die Salzburger Festspiele eine volkswirtschaftliche Wertschöpfung von 280 Millionen Euro pro Jahr. Für die Bregenzer Festspiele bezifferte das IHS in einer früheren Studie die Wertschöpfungseffekte mit 100 Millionen Euro, der gesamtwirtschaftliche Mehrumsatz liege im Schnitt bei 167 Millionen Euro pro Jahr. ■

Schleppende Konjunkturerholung

Ergebnisse des OeNB-Konjunkturindikators vom Juli 2014

Die Erholung der heimischen Wirtschaft verläuft aufgrund außenwirtschaftlicher Unsicherheiten und einer geringen Dynamik der Binnenkonjunktur nach wie vor schleppend. Gemäß den Ergebnissen des OeNB-Konjunkturindikators wird die österreichische Wirtschaft im zweiten und dritten Quartal 2014 um jeweils +0,4 % gegenüber dem Vorquartal wachsen. Damit bleiben die Wachstumsraten knapp unter dem langjährigen Durchschnitt und deutlich niedriger als in vergangenen Aufschwungsphasen. Im Vergleich zur letzten Veröffentlichung des OeNB-Konjunkturindikators im März wurde die Prognose für das zweite Quartal 2014 um 0,1 Prozentpunkte nach unten revidiert. Die Prognoserisiken sind mehrheitlich nach unten gerichtet.

Der Start in das Jahr 2014 fiel für die österreichische Wirtschaft verhalten aus. Mit einem Wachstum von +0,2 % im ersten Quartal blieb das Wirtschaftswachstum unter den Erwartungen. Gegenüber dem vierten Quartal 2013 hat die Konjunktur sogar etwas an Schwung verloren. Zur Jahresmitte 2014 haben sich die Wachstumsaussichten nur wenig aufgehellt. Dies ist nicht zuletzt auf das schwierige außenwirtschaftliche Umfeld zurückzuführen.

Die österreichische Exportwirtschaft sieht sich weiterhin mit ungewissen Absatzchancen konfrontiert. Die in Folge geopolitischer Risikofaktoren zunehmende Unsicherheit hat auf wichtige europäische Konjunkturindikatoren zuletzt dämpfend gewirkt. So liegen sowohl der Einkaufsmanagerindex für Europa als auch der ifo-index für die deut-

sche Wirtschaft nur mehr knapp über ihren langfristigen Durchschnittswerten. Die Ergebnisse des auf Fahrleistungsdaten der ASFINAG beruhenden OeNB-Exportindikators sowie die Entwicklung der Auslandsaufträge lassen zwar auf einen intakten Wachstumstrend, aber auf kein weiteres Anziehen der Exportkonjunktur schließen.

In Folge ist auch die aktuelle Investitionsbereitschaft der heimischen Unternehmen gering. Die konjunkturereagiblen Ausstattungsinvestitionen gingen im ersten Quartal sogar zurück. Im weiteren Jahresverlauf sollten sie aufgrund notwendiger Ersatzinvestitionen jedoch wieder zunehmen. Die Wohnbauinvestitionen profitieren von günstigen Finanzierungsbedingungen, steigenden Immobilienpreisen und hohem Wohnraumbedarf. Nach drei Jahren mit negativen Wachstumsbeiträgen sollten ab der Jahresmitte auch vom Lageraufbau wieder positive Konjunkturimpulse ausgehen.

Der private Konsum entwickelt sich seit mehreren Quartalen trotz guten Beschäftigungswachstums sehr verhalten. Aktuell werden nur im vergleichsweise schlechter bezahlten Dienstleistungssektor zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, während in der Industrie Arbeitsplätze verlorengehen. In den kommenden Monaten sollten steigende Reallohne aber die Haushaltseinkommen stützen, wodurch sich für die privaten Haushalte der Spielraum für eine Erhöhung ihrer Konsumausgaben verbessert.

Die nächste Veröffentlichung des OeNB-Konjunkturindikators ist für September 2014 vorgesehen. ■

Ab 1. August gilt nur noch die IBAN

Mit 1. August 2014 verabschieden sich Kontonummer und Bankleitzahl für immer aus dem österreichischen Zahlungsverkehr. Künftig reicht die IBAN, um Euro-Überweisungen und Euro-Lastschriften zu beauftragen. Sechs Monate nach der SEPA-Einführung endet mit 1. August die Übergangsfrist auf das neue Zahlungssystem. Banken können und dürfen dann von ihren Kunden keine Zahlungsaufträge mit Kontonummer und Bankleitzahlen mehr annehmen.

In den letzten Monaten haben alle Marktteilnehmer intensiv an der SEPA-Umstellung gearbeitet. Die erfolgreiche Kooperation der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) mit den österreichischen Banken, Wirtschaftstreibenden und dem Konsumentenschutz spiegelt sich in den Mai-Transaktionszahlen wider: Bereits 87 Prozent aller Überweisungen und 92 Prozent aller Lastschriften wurden bereits im SEPA-Format abgewickelt. ■

<http://www.oenb.at/Zahlungsverkehr/SEPA/IBAN-und-BIC.html>

7,5 Mio. für Leitbetriebe

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) unterstützt acht österreichische Unternehmen, die in ihrem Segment zu den Technologie- oder Marktführern gehören, im Rahmen des „Frontrunner“-Programms mit insgesamt 7,5 Millionen Euro für ihre innovativen Projekte. „Die geförderten Projekte stärken die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs“, so Technologieministerin Doris Bures. Schwerpunkte der geförderten Projekte liegen in den Bereichen Automobilzulieferung, aber auch Materialforschung, Informationstechnologie und „Industrie 4.0“ sind vertreten. Die Entscheidung über die Auswahl der Projekte wurde im Rahmen einer Vergabesitzung am 2. Juli getroffen.

„Mit dem ‚Frontrunner‘-Programm unterstützen wir gezielt jene österreichischen Unternehmen, die sich in ihrer Branche als weltweite Technologie- oder Marktführer positionieren konnten“, so Bures. „Diese Unternehmen sind für den Industriestandort Österreich von besonderer Bedeutung. Sie beschäftigen rund sechs Prozent der unselbstständig Erwerbstätigen in Österreich, erzielen neun Prozent der Wertschöpfung und stehen für 41 Prozent aller Forschungsausgaben heimischer Unternehmen.“ Rund 400 Unternehmen zählen Studien zufolge zur Gruppe der Frontrunner.

Im laufenden Jahr stellt das Technologieministerium (BMVIT) über die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft FFG insgesamt 17 Millionen Euro für „Frontrunner“-Projekte zur Verfügung. Obwohl der Einreich-Start erst Anfang Mai dieses Jahres erfolgte, wurden bisher bereits 16 Anträge mit Gesamtkosten in Höhe von 42 Millionen Euro beantragt. Acht dieser Projekte bekommen jetzt eine Förderzusage. „Die starke Nachfrage und die hohe Qualität der eingereichten Projekte zeigen uns, daß wir mit der ‚Frontrunner‘-Initiative an der richtigen Stelle ansetzen, um den Produktionsstandort Österreich international konkurrenzfähig zu halten“, so Bures. „Das Ziel unsere Initiative ist es, neue Frontrunner zu etablieren und bereits erreichte Frontrunnerpositionen weiter abzusichern.“

Bisher wurden 26 Projekte über die FFG gefördert, mit der aktuellen Entscheidung erhöht sich diese Zahl auf 34. ■

<https://www.ffg.at>

Schwedenbomben aus Niederösterreich

Wiener Neudorf ist neuer Standort für Produktion –
LH Pröll: »Großes Kompliment für den Wirtschaftsstandort NÖ«

Nach dem Verkauf durch die Voreigentümer muß der bisherige Produktionsstandort der Niemetz Schwedenbomben bis Ende 2015 geräumt werden. Nach einer intensiven Sondierungsphase gaben Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll, Wirtschafts-Landesrätin Petra Bohuslav, Gerald Neumair (Vorsitzender des Verwaltungsrates der Heidi Chocolat AG), und Gerhard Schaller (Geschäftsführer der Heidi Chocolat AG Niemetz Schwedenbomben, Niederlassung Österreich) im Rahmen einer Pressekonferenz am 30. Juli den neuen Standort bekannt: Die zukünftige Produktionsstätte der Niemetz Schwedenbomben befindet sich im ecoplus Wirtschaftspark IZ NÖ-Süd in Wiener Neudorf.

Pröll: Bestätigung für den Weg in der Wirtschaftspolitik des Landes

Die Betriebsansiedlung sei „etwas Außergewöhnliches“, so Landeshauptmann Pröll. Er sprach von einem „ganz großen Kompliment für den Wirtschaftsstandort Niederösterreich“ und einer „Bestätigung für den Weg in der Wirtschaftspolitik des Landes Niederösterreich“. Gerade in einer Zeit, in der man international und national mit den Nachwehen von Krisen konfrontiert sei, sei die Ansiedlung der Produktionsstätte der Niemetz Schwedenbomben ein „Mut-Signal“, so der Landeshauptmann. Die Ausgangssituation in Niederösterreich sei mit sehr viel Optimismus verbunden. Ein Rückgang bei den Insolvenzen, eine Steigerung bei den offenen Stellen und bei den Nöchtigungen seien „sehr viele positive Signale“. „Unser Ziel ist es, diese wirtschaftliche Dynamik in Niederösterreich fortzusetzen“, so Pröll.

Die Betriebsansiedlung der Niemetz Schwedenbomben sei ein „Schub für die niederösterreichische Wirtschaftsentwicklung“ und ein Zeichen dafür, daß der „positive Trend in der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung des Landes NÖ weiter anhalten kann“, so Pröll. 68 Projekte seien seit Jahresbeginn in der Realisierung, das seien 1250 neue Arbeitsplätze am Wirtschaftsstandort Niederösterreich. „Das Interesse am



Foto: NÖ Landespressdienst / Pfeiffer

Präsentation des neuen Standortes für die Niemetz Schwedenbomben (v.l.): Gerald Neumair (Heidi Chocolat AG), Landeshauptmann Erwin Pröll, Wirtschafts-Landesrätin Petra Bohuslav und Gerhard Schaller (Heidi Chocolat AG)

Wirtschaftsstandort Niederösterreich ist ungeboren. Das ermutigt uns, auf diesem Weg weiterzugehen.“

„Die Betriebsansiedlung ist ein Vertrauensbeweis in den Wirtschaftsstandort Niederösterreich“, so Pröll. Dieser habe zwei Vorteile: die unmittelbare Umgebung zur Bundeshauptstadt Wien und die Nähe zu den osteuropäischen Märkten. „Als ich 1980 in die Landesregierung gekommen bin, war ich für die Aufrüstung dieses Standortes verantwortlich“, so Pröll im Blick zurück. Besonders in die Infrastruktur sei investiert worden, sodaß in Niederösterreich gewährleistet werden könne, daß „äußerst kurze Verfahrenswege zu raschen Entscheidungen führen“, so der Landeshauptmann. „Wir haben daran gearbeitet, eine effiziente Verwaltung anbieten zu können“, so Pröll. Das Land Niederösterreich sei „Dienstleister für die Unternehmerinnen und Unternehmer“. „Dort, wo rasche politische Entscheidungen getroffen werden, kann der Unternehmer sicher sein, daß er am richtigen Weg ist und rasch an sein Ziel kommt“, so der Landeshauptmann. Zudem verfüge Niederösterreich über eine „hohe Lebensqualität“.

Den ecoplus Wirtschaftspark IZ NÖ-Süd in Wiener Neudorf bezeichnete Pröll als „Paradebeispiel“. Hier seien 330 Unternehmen mit 11.000 Arbeitsplätzen angesiedelt. Demnach sei der Wirtschaftspark in Wiener Neudorf „der größte Wirtschaftspark in der Republik“. Es werde an ständigen Verbesserungen gearbeitet, beispielsweise habe der Wirtschaftspark nun eine eigene Autobahn-Anschlussstelle. Dafür seien insgesamt 9,5 Millionen Euro investiert worden.

Pröll bedankte sich bei Gerald Neumair und Gerhard Schaller von Heidi Chocolat AG „für das Vertrauen, das sie Niederösterreich geschenkt haben“ und „für ihren Mut“. Bei Landesrätin Bohuslav bedankte er sich für die „umsichtige Wirtschaftspolitik“ und bei ecoplus-Geschäftsführer Helmut Miernicki für die „profunde und sachkundige Arbeit als Grundlage für diese Entscheidung“.

Bohuslav: Klares Signal der Dynamik

Wirtschafts-Landesrätin Petra Bohuslav bezeichnete die Betriebsansiedlung der Niemetz Schwedenbomben als „klares Signal der Dynamik für den Wirtschaftsstandort



Foto: Heidi Chocolat AG / Michael Gruber

Schon 1930 vom Zuckerbäcker Walter Niemetz erfunden: die Schwedenbombe.

Niederösterreich“. Im ecoplus Wirtschaftspark IZ NÖ-Süd in Wiener Neudorf habe man einen „guten Mix aus Groß-, Klein- und Mittelunternehmen“, so Bohuslav. „Es vergeht kaum ein Quartal, in dem wir keinen Spatenstich, Neugründung oder Betriebsansiedlung feiern dürfen. Mit Heidi Chocolat ist uns ein weiterer Meilenstein gelungen“, so die Landesrätin. Für die Produktionsstätte der Niemetz Schwedenbomben sei das Gebäude „M52“ gewählt worden. Es werde nun einen Hallenzubau und Adaptierungen geben. Insgesamt werden 6000 Quadratmeter Fläche für Büro, Nebenräume, Produktion und die Schwedenbomben-Welt zur Verfügung stehen. „Es werden vier Millionen Euro investiert, um das Objekt den Anforderungen entsprechend übergeben zu können“, so Bohuslav.

Neumair: Gute Ausgangsbasis für zukünftiges Wachstum

Gerald Neumair, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Heidi Chocolat AG, bezeichnete die Niemetz Schwedenbomben als „Alltagskulturgut“ und „Markenprodukt mit viel Historik“. „Es ist ein Stück Österreich.“ Nach der Insolvenz der Walter Niemetz GmbH & Co KG wurde der Produktionsbetrieb von der Heidi Chocolat AG übernommen und die Produktion konnte nahtlos fortgesetzt werden. Positiv sei, daß ein Großteil der MitarbeiterInnen mitgekommen sei. Als Vorteil hob Neumair hervor, daß der neue Standort der Niemetz Schwedenbomben nahe bei Wien liege und nur 16 Kilometer

vom alten Standort entfernt sei. Zudem habe man mit dem neuen Standort eine „gute Ausgangsbasis für zukünftiges Wachstum“. In der ersten Phase gehe es darum in Österreich

zu wachsen und in der zweiten Phase darüber hinaus.

Schaller: Für unsere Konsumenten die Marke erlebbarer machen

Gerhard Schaller, Geschäftsführer der Heidi Chocolat AG Niemetz Schwedenbomben Niederlassung Österreich, bezeichnete die Niemetz Schwedenbomben als „Qualitäts- und Traditionsmarke“. Bei der Auswahl des neuen Standortes sei es wichtig gewesen, daß diese weiterhin auf höchstem Niveau produziert werden könne. Weitere Anforderungen seien gewesen, ein österreichisches Unternehmen im Raum Wien zu bleiben und den Mitarbeitern gute und sichere Arbeitsplätze zu bieten. „Über 90 Prozent der Österreicher finden die Schwedenbombe einzigartig. Mit der Schwedenbomben-Welt wollen wir für unsere Konsumenten die Marke erlebbarer machen“, so Schaller. Ab 2016 soll dort über die Geschichte und Herstellung der Niemetz Schwedenbomben informiert werden und die Möglichkeit geboten werden, selbst Schwedenbomben zu produzieren. ■

<http://www.ecoplus.at>

<http://www.schwedenbomben.at>



Foto: ecoplus, Niederösterreichs Wirtschaftsagentur GmbH

Ein Blick über das Industriezentrum Niederösterreich Süd, wo sich mittlerweile rund 330 Unternehmen mit 11.000 Arbeitsplätzen angesiedelt haben.

Österreichs wachstumsstärkste Markenunternehmen

Novomatic, Erste Bank, ÖBB und Red Bull; Spar springt auf Platz 4

Die wertvollsten österreichischen Brand Corporations wurden am 2. Juli vom European Brand Institute zum elften Mal im News Tower präsentiert. Österreichs Top 10 Markenunternehmen sind

1. Red Bull,
2. Swarovski Gruppe,
3. Novomatic Group of Companies,
4. Spar Österreich Gruppe,
5. Casinos Austria Gruppe,
6. Raiffeisen Bankengruppe,
7. A1 Telekom Austria Group,
8. ÖBB Gruppe,
9. Erste Bank Gruppe und
10. OMV

und konnten insgesamt mehr als 34,6 Mrd. Euro (+0,2%) erreichen. Überflieger Red Bull legt auf Höchstwert mit 15,5 Mrd. Euro Markenwert (+1,2%) zu.

Wachstumssieger Novomatic AG: Mit »Winning Technology« Markenwert auf 2,62 Mrd. Euro (+8,2%) ausgebaut

Mit erneut +8,2% bzw. 198 Mio. Euro Markenwertsteigerung ist die Novomatic-Gruppe erstmals relativer und absoluter Wachstumssieger. Europas größter integrierter Glücksspielkonzern zeigt seit Beginn der Studie als einziges Markenunternehmen jährliche Zugewinne im Markenwert und konnte mit wegweisenden Technologieinnovationen und mehr als 2500 IP-Schutzrechten (Marken, Patente, Muster) die Innovationskraft eindrucksvoll ausbauen. Ein weiterer Meilenstein zur Vollintegration und dem Ausbau des „online“ und „mobile Gaming“-Marktes gelang Österreichs Glücksspielgiganten mit der Akquisition des Lotterietechnologieherstellers Betware in Island und I-NEW in Mattersburg. Mit dem Engagement des dreifachen F1-Weltmeisters Niki Lauda als Markenbotschafter bewies Novomatic zudem eine glückliche Hand, um Leadership und Innovation zu demonstrieren. Mit dem erfolgreichen Engagement im lukrativen Online-Glücksspielmarkt und der jüngst erfolgten Expansion in England und Schottland sowie Casino-Investments in Mazedonien, Gibraltar und Litauen konnte abermals ein weiterer wichtiger Schritt in der globalen Expansion gelegt werden.



Foto: European Brand Institute / APA-Fotoservice / Schedl

v.l.: Friedrich Rödler (Präsident Österreichisches Patentamt), Gerald Ganzger (Partner Lansky, Ganzger & Partner), Anett Hanck (Geschäftsführerin CSO Verlagsgruppe News), KR Gerhard Hrebicek (Vorstand European Brand Institute)

Erste Bank verbucht +7,6% Markenzuwachs mit Produkt- und Serviceinnovationen und einen Markenwert von 1,49 Mrd. Euro

Als erster Finanzdienstleister bindet die Erste Bank ihre Kunden und Mitarbeiter mittels der Open Innovation Community Plattform „s Lab der Erste Bank Österreich“ in den Innovationsprozess der Bank ein. Trotz schwieriger wirtschaftlicher Bedingungen erzielte die Erste Bank eine sehr gute Performance und wurde jüngst als „Beste Bank 2014 in Österreich“ vom internationalen Finanzmagazin „Global Finance“ ausgezeichnet.

ÖBB weiter auf Schiene mit +6,1 % Markenzuwachs und 1,77 Mrd. Euro Markenwert

Österreichs größter Mobilitätsdienstleister ÖBB punktet mit einer nachhaltigen Kommunikationsstrategie und innovativen Markenmaßnahmen und konnte den Markenwert erneut um +6,1 % auf 1,77 Mrd. Euro steigern. Mit dem neuen ÖBB-Reiseportal und dem online-Ticketshop setzen die ÖBB verstärkt auf online-Dialog, sowie auf medienwirksames und prestigeträchtiges Engagement beim ÖSV und dem ÖFB. Damit konnte die Marktpräsenz weiter intensiviert werden. Einen wesentlichen Beitrag zu einem konsistenten Markenauftritt leistete

die Einführung neuer konzernweiter Uniformen im Rahmen der railTEX Bekleidungsinitiative. Neben zahlreichen Auszeichnungen, wie z.B. Staatspreis für Design, Effie, German Design Award, European Change Communication Award, New Yorker Interactive Media Award für den neuen ÖBB Webauftritt, konnten die ÖBB in der Vertrauensstudie „brand2trust“ in der Kategorie Mobilität den ersten Platz belegen.

Handelsriese Spar springt von Platz 7 auf Platz 4: Innovation zahlt sich aus

Mit Innovationen und kreativer Markenkommunikation konnte der heimische Handelsriese mit einem Markenwert von 2,18 Mrd. Euro auf Platz 4 vorrücken. Spar punktet vor allem mit einer Fülle an innovativen Eigenmarken auf allen Ebenen. Die Sortimentsrange reicht mittlerweile von Spar Natur*Pur und Spar Vital, über S-Budget mit dem Kultobjekt „S-Börserl“, bis zu Spar Premium. Mit der Einführung der ersten Convenience-Eigenmarke Spar enjoy, hat Spar auf den Trend nach Lebensmitteln „to go“ sehr erfolgreich reagiert. Spar setzt bei Werbekampagnen von Eigenmarken seit vielen Jahren erfolgreich auf das sogenannte Kult- und Starprinzip. Mit dem aktuellen Testimonial Sarah Jessica Parker konnte die lange Liste an internationalen Größen des Filmbiz

Wirtschaft

als Werbegesicht eindrucksvoll fortgeführt werden.

Gerhard Hrebicek, Sachverständiger für Marken- und Patentbewertung, Österreichs Delegierter zum ISO-Projekt Komitee „brand valuation“, und Herausgeber der eurobrand2014 Markenwert Studie resümiert die diesjährigen Ergebnisse wie folgt:

1. Innovative Marken haben bis zu doppelt so hohes Wachstum

Innovative Produkt- und Serviceangebote bewirken stärkeres Marktwachstum als es den weniger innovativen Wettbewerbern möglich ist. Innovationen sind somit für Markenunternehmen die wesentlichen Treiber des Markenwertes. Dies gilt im Produkt- und Servicebereich genauso wie im Handel. Innovationen selbst haben das Potenzial zu wesentlichen Werten sowohl immateriell als auch materiell für deren Eigentümer zu werden. Die wachstumsstärksten Markenunternehmen Österreichs wie Novomatic, Red Bull, Erste Bank, ÖBB und Spar beweisen dies eindrucksvoll.

2. Kreativität ermöglicht Einzigartigkeit und schafft Markenerlebnisse

Botschaften „anders als die Anderen“ zu formulieren, d.h. sich damit einzigartig und einprägsam zu präsentieren, sind wesentliche Differenzierungsmerkmale von Markenunternehmen. Die Kommunikation dieser Einzigartigkeit und Markenidentität, gepaart mit emotionalem „story telling“ und Werthaltungen schaffen unvergeßliche Marken und Markenerlebnisse.

3. Differenzierung und Intellectual Property – Basis für monetäre Markenwerte

Eine einzigartige Identität verbunden mit der Schaffung und dem Schutz von Intellectual Property sind wesentliche Erfolgsfaktoren für Marken. Die Haltung von IP-Schutzrechten in „Brand- und IP Companies“ sowie deren Dokumentation und Verwaltung, eventuell mögliche bilanzielle Abbildung unterstützen und dokumentieren diese Differenzierung. Dies schafft monetäre Markenwerte.

4. Markenwerte sind weit stabiler als Unternehmenswerte – Marken halten Wert

Marken halten die Beziehungen zu den Stakeholdern – auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Dies zeigt sich im Vergleich der Markenwertentwicklung in Relation zum

ATX der letzten drei bzw. fünf Jahre. Markenwerte sind äußerst stabil und machen die Krisenniveaus sowie Schwankungen der Kapitalmärkte nicht mit. Marken und deren monetären Werte haben somit auch für Unternehmen in Umstrukturierungsprozessen, bei M&A Transaktionen, Umgründungen und besonders in Insolvenzverfahren zentrale Bedeutung. Denn Marken behalten ihre monetären Werte und volkswirtschaftliche Bedeutung auch dann, was allerdings von Insolvenzverwaltern häufig nicht genügend berücksichtigt wird.

Friedrich Rödler, Präsident Österreichisches Patentamt: „Marken sind im wirtschaftlichen Wettbewerb ein entscheidendes Tool, um sich von Mitbewerbern abzuheben und den Wert des eigenen Unternehmens zu steigern. Ein effizienter Markenschutz stellt daher ein unentbehrliches Marketinginstrument daher. Das Gleiche gilt für innovative Produktideen, die erst dank Patent- und Designschutz solide und nachhaltig verwertet werden können. Was für Global Player ein ‚must-have‘ ist, wird auch für unsere kreativen heimischen Köpfe immer mehr zur Selbstverständlichkeit. Bei den Markenmeldungen stellt das Österreichische Patentamt seit längerem einen Trend zur Interna-

tionalisierung fest. So hat sich die Zahl der EU-Markenmeldungen österreichischer Unternehmen in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Die österreichische Marken Wert Studie 2014 illustriert einmal mehr auf eindrucksvolle Weise, daß gut geschützte Marken die Basis für eine florierende Wirtschaft bilden.“

Gerald Ganzger, Partner Lansky, Ganzger & Partner: „Die Bedeutung von Markenfamilien und Dachmarken (die Führung mehrerer Angebote unter einer Marke) wächst ständig und schlägt sich auch in der Markenwertstudie nieder. Dieser wachsenden Bedeutung ist natürlich auch im rechtlichen Sinne dahingehend Rechnung zu tragen, daß rechtzeitig entsprechende zusätzliche Marken für künftige Angebote/Produkte einer Markenfamilie geschützt werden und die Dachmarkenstrategie auch rechtlich abgesichert wird.“

Anett Hanck, CSO der Verlagsgruppe News: „Der Markenwert gewinnt an Bedeutung, weil er ein stabiler Erfolgsfaktor eines Unternehmens ist. Jede Marke sucht ihre individuelle Zielgruppe, um geeignete Konsumenten anzulocken und braucht glaubwürdige Medien, die einen Mehrwert liefern.“ ■

<http://www.eurobrand.cc>

Wien: Heißer Herbst für Kreativwirtschaft

Mit einem gemeinsamen Fest für die Wiener Kreativszene startet die Wirtschaftsagentur Wien mit ihrem Kreativzentrum departure am 16. September in eine intensive Herbstsaison. Das zehnjährige Bestehen von departure ist aber nicht nur ein guter Grund zum Feiern, sondern wird gleichzeitig genutzt, um die GewinnerInnen des diesjährigen Ideenwettbewerbs zu präsentieren. Unter dem Motto „City Hype“ waren die besten Ideen für die Stadt von morgen gefragt. Es gab 162 Einreichungen, darunter auch wieder einige internationale, wie zum Beispiel aus New York und Istanbul.

Ab 30. September präsentiert departure im MAK die Jubiläumsausstellung „Tomorrow is...“. Sie zeigt rund 50 Projekte und Initiativen aus dem weiten Feld der Kreativwirtschaft.

„Ein völlig neues Projekt startet am 4. September unter dem programmatischen Titel „Mehrwert Kooperation“, kündigt Gerhard Hirczi, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien an. „Wir verbandeln im wahren Sinn des Wortes Industrie mit Krea-

tivunternehmen und bieten mit sogenannten „Learning Journeys“ Gelegenheit, daß sich die Unternehmen der unterschiedlichen Branchen auf Augenhöhe kennen lernen und so zu neuen Projekten und Arbeitsprozessen animiert und ermutigt werden.“ Dieser intensive Austausch zwischen klassischer Wirtschaft und Kreativunternehmen wird ein wichtiger Fokus in der zukünftigen Ausrichtung von departure als Kreativzentrum der Wirtschaftsagentur Wien sein.

Bereits zum sechsten Mal findet heuer curated by_vienna statt. Ausgewählte Wiener Galerien zeigen im Rahmen des Projekts Ausstellungen, die von internationalen Kuratorinnen konzipiert wurden. Impulsgebend für die diesjährige Ausgabe von curated by_vienna waren Überlegungen zu der Schnittstelle Kunst und Architektur. Die renommierte Architekturhistorikerin Beatriz Colomina hat mit ihrem Aufsatz „The Century of the Bed“ die Ausgangsbasis für die diesjährige Ausgabe von curated by_vienna geliefert. Eröffnet wird curated by_vienna am 2. Oktober. ■

<http://www.wirtschaftsagentur.at>

Teuerstes Auto der Welt rollte durch Schladming-Dachstein

Das teuerste Auto der Welt rollte Mitte Juli durch die Urlaubsregion Schladming-Dachstein. Im Rahmen des Oldtimerfestivals „Ennstal-Classic“ chauffierte Lord Irvine Laidlaw einen Ferrari GTO 1963 durch die steirische Bergwelt. Nur 36 Stück wurden von diesem unter Sammlern als das wertvollste Automodell geschätzten Wagen gebaut. Sein aktueller Marktwert liegt weit jenseits der 30 Mio. Euro-Marke.

Insgesamt mehr als 100.000 Zuschauer lockte die dreitägige Ennstal-Classic Rallye wieder an die Strecke, welche durch vier österreichische Bundesländer führte, mit Start und Ziel in Gröbming. Mit exklusiven Autos und automobilen Raritäten wurde dabei nicht auf schnelle Rundenzeiten gefahren, sondern ein Gleichmäßigkeitsrennen durchgeführt. Rund 200 Teams starteten mit Autos der Baujahre 1922 bis 1972. Die Marken umspannen Luxus- und Sportwagen wie Rolls Royce, Jaguar, Ferrari oder Bentley aber auch Rallye-Klassiker wie den Mini-Cooper.

„Die Ennstal Classic ist für die Urlaubsregion Schladming-Dachstein eine der größten und wichtigsten Veranstaltungen des



Foto: Schladming-Dachstein/Ennstal Classic

Das teuerste Auto der Welt bei der »Ennstal Classic«: der Ferrari GTO 1963

Jahres“, betont Tourismuschef Mathias Schattleitner. „Neben zahlreicher Prominenz zieht sie viele tausende Gäste an.“ Die Legendendichte der Ennstal Classic war auch heuer wieder extrem hoch. Die Rallye mobilisierte auf ihrer Dreitages-Bühne das „Who is Who“ der internationalen Renn-, Sport-, TV-

und Management-Szene. Dieses Jahr waren im Fahrerfeld aus insgesamt 18 Nationen unter anderem mit dabei: Sir Stirling Moss, Ferdinand und Wolfgang Porsche, Hans Joachim Stuck, Hannes Arch, Walter Röhrl und Jacky Ickx.

<http://www.schladming-dachstein.at>

Das rasende »Gummiboot« mit 300 PS auf der Donau

Für 900 Kinder ist es in diesem Sommer im Rahmen der Sportcamps der Stadt Wien wohl eine der Hauptattraktionen: Ein pfeilschnelles und tiefschwarzes „Gummiboot“. Gummi trifft es aber wohl nicht ganz: Das Material des Schlauchboots besteht aus Hypalon, einem sehr robusten und fast nicht alternden Material. In den sechs Kammern beträgt der Druck rund 0,2 Bar und durch die Konstruktion mit einem festen Kunststoff-rumpf würde das Boot auch bei Luftverlust schwimmen. Angetrieben wird das 7,65 Meter lange Geschoss von einem 300 PS starken Außenborder. Damit ist eine Geschwindigkeit von 40 bis 50 Knoten oder 70 bis 90 kmh zu erreichen. Neben der Geschwindigkeit sind das geringe Gewicht und die Wendigkeit auch bei schwerer See von Vorteil, um in Notfällen rasch Hilfe leisten zu können. Es kommt nicht selten vor, daß Besitzer Thomas Wenzel auch ausrückt, um Boote, die Motordefekte haben, ans Ufer zu ziehen.

Ein ungeschriebenes Gesetz auf See lautet „Not kennt kein Gebot“ und daher ist die Hilfeleistung eine Selbstverständlichkeit. „Wir sind hier an der Donau wie eine große Familie“, schwärmt Wenzel. Die Einsatzorganisationen der Stadt, Berufsfeuerwehr,



Foto: PFD / Jobst

Das rasende »Gummiboot« auf der Donau mit 300 PS starkem Außenborder

Wasserrettung und die Polizei sind zur Stelle, wenn Not auf „hoher See“ ist. Und die Donau kann schon einmal hoch werden, denn bei Süd-Ost Wind sind Wellen mit über eineinhalb Metern Höhe keine Seltenheit. Für Wenzel, der im Jahr über 150 Stunden auf dem Wasser verbringt, zählt aber neben

der „Hilfsdienstleistung“ auch der Spaßfaktor, den sein Schlauchboot wahrlich bringt. Daher werden Speed-Fahrten angeboten unter anderem im Rahmen der, in diesem Sommer komplett ausgebuchten, Sportcamps der Stadt Wien.

<http://www.marina.at>

Chronik

Echte »Mäderwirtschaft« herrscht im Büro von LH Pühringer

Eine echte „Mäderwirtschaft“ herrscht im Büro von Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer: Eine Mitarbeiterin und vier Mitarbeiter konnten sich innerhalb eines Jahres über Nachwuchs freuen – gleich fünf Mädchen. Die jungen Damen – Annika (17 Monate), Helena (14 Monate), Theresa (13 Monate), Lea (11 Monate) und Johanna (5 Monate) – haben kürzlich auf Einladung des Landeshauptmanns den Arbeitsplatz der Mama bzw. der Papas im Linzer Landhaus besucht. Pühringers Büro wurde kurzerhand zum Spielplatz umfunktioniert, den Fototermin absolvierte das Fünfmäderlhaus ganz professionell.

Der Landeshauptmann freut sich über den „Kindersegen“ in seinem Büro, denn mittlerweile erwarten drei weitere Mitarbeiterinnen ein Baby. „Oberösterreich ist ein Land, in dem Kinder willkommen sind. Ziel unserer Familienpolitik ist es, jungen Menschen Mut zu Kindern zu machen und sie in allen Lebensbereichen bestmöglich zu unterstützen, daß Familie auch gelingen kann.“



Foto: Land OÖ / Kraml

v.l.: Christian Kolarik mit Helena, Peter Minichshofer mit Annika, Johannes Weindl mit Theresa, Landeshauptmann Josef Pühringer, Barbara Beham mit Lea und Johannes Nußbaumer mit Johanna

2013 konnte Oberösterreich einen leichten Anstieg bei den Geburten verzeichnen. Im Vorjahr erblickten 13.777 Kinder das Licht der Welt. Im Vergleich zum Jahr 2012 stiegen die Geburten damit um 0,3 Prozent.

In den ersten drei Monaten des Jahres 2014 ist die Zahl der Geburten im Jahresvergleich sogar um 5,1 Prozent gestiegen, der zweithöchste Anstieg unter den Bundesländern nach dem Burgenland (+5,2 Prozent). ■

Überflieger in der HOCHsteiermark

Vorbei an den schroffen Felsen des Hochschwabs und über den tiefgrünen Wäldern des Pogusch kreisen die High-Tech-Flitzer, wenn bei den Weltmeisterschaften im Modellflug in Turnau die internationale Elite der Modellflieger ins Rennen um den WM-Titel zieht: Vom 23. bis zum 30. August wird die HOCHsteiermark, wo auch Single-Urlauber und sommerfrisch Verliebte auf Wolke 7 abheben, zum Schauplatz atemberaubender Flugakrobatik am Himmel. Im Anschluß läßt die Airshow „Modelpower“ – zugunsten der Initiative „Wings for Life“ – die Herzen von etwa 5000 Besuchern HOCH schlagen.

In bis zu 150 Metern Höhe ziehen die Modellflieger ihre Runden, wenn der Steirische Landesverband und die Bundessektion Modellfliegen des Österreichischen Aero-Clubs (ÖAeC) ins HOCHsteirische Turnau laden. Rund 100 Teilnehmer aus 20 Nationen haben sich für die Bewerbe angesagt. Das österreichische Nationalteam rechnet sich gute Chancen auf den Sieg aus: In der F5D-Klasse gehen Christian Schnepfleitner, Martin Berner und Kurt Planitzer von der Union Eisenerz an den Start. In der F5B-Klasse startet Karl Waser, der 2008 in Kiew in dieser Klasse schon einmal den Weltmeistertitel einflieg.



Foto:

Showeinlage des Modellflugpiloten Alexander Balzer

Der Sieger läßt sich dann gemeinsam mit tausenden von Besuchern am 30. August feiern: Da geht die Airshow „Modelpower“ erstmals über die Bühne und zieht die Gäste mit Vorführungen von Modellflugzeugen und ihren bemannten großen Brüdern in ihren Bann. Den Abschluß des Events bildet eine fulminante Nachtflugshow mit 3D-Akrobatik und Modellhubschraubern, bevor ein buntes Feuerwerk den Nachthimmel erleuchtet.

„Der Segelflugplatz Turnau bringt mit

seinen weiten Flächen, dem weiten Panorama und der außergewöhnlichen Thermik beste Voraussetzungen für einen WM-Austragungsort mit“, so Veranstalter Johann Sieber. Die WM-Teilnehmer, hunderte Helfer und tausende Flugbegeisterte entdecken auch die HOCHsteiermark kulinarisch und kulturell: Da erfahren Genießer den Charakter der Region über den Gaumen: etwa mit Bier von Gösser oder Spezialitäten vom steirischen Wildbuffet aus der Fleischerei Aigner... ■

<http://www.modelpower.at>

»Hofmeisterei Hirtzberger«

LH Pröll: »Historischer Punkt in unserer Heimat«



Foto: cityfoto Team

Feierten die Eröffnung der »Hofmeisterei Hirtzberger« in Wösendorf (v.l.): Sohn Franz Junior Hirtzberger, Tochter Johanna Hirtzberger, Hausherr Franz Hirtzberger, Elisabeth Pröll, Landeshauptmann Erwin Pröll, die Pächter Hartmuth Rameder und Erwin Windhaber, Irmgard Hirtzberger, Schwiegertochter Theresa Hirtzberger und der jüngste Sohn Mathias Hirtzberger.

Die Gourmetmeile Wachau ist um ein großes Stück reicher geworden“, so Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll am 25. Juli bei der Eröffnung der „Hofmeisterei Hirtzberger“ in der Wachau. Der ehemalige St. Florianer Lesehof in Wösendorf erstrahlt wieder in neuem Glanz. Dieses besondere Ereignis feierten die Familie Hirtzberger sowie die beiden Pächter Hartmuth Rameder und Erwin Windhaber mit zahlreichen Gästen, unter anderem mit Landeshauptmann Pröll und seiner Gattin Elisabeth, Landesrätin Barbara Schwarz, Bezirkshauptfrau Elfriede Mayrhofer, Prälat Johann Holzinger, Probst des Stiftes St. Florian, dem steirischen Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer mit Gattin Marianne, dem NÖ Weinbaupräsident Franz Backknecht, Weinbaupräsident Nationalrat Johannes Schmuckenschlager, Bürgermeister Anton Bodenstein und dem Spitzer Vizebürgermeister Rupert Donabaum.

Die Hofmeisterei Hirtzberger strahle „weit über Niederösterreich hinaus“ und sei der „Beweis dafür, daß wir Attraktives bieten können“, so der Landeshauptmann. Die Eröffnung der Hofmeisterei sei „etwas Besonderes“. Gerade in einer Zeit, in der es wirtschaftlich nicht so einfach sei, sei es ein „Zeichen des Mutes, ein derartiges Restaurant wiederzueröffnen“. Die Hofmeisterei bezeichnete Pröll als „historischen Punkt in unserer Heimat“, die Eröffnung stehe für ein „Zurück zu den eigenen Wurzeln“. Wir müßten wieder „lernen, die eigenen Wurzeln spüren zu lassen“.

„In der Wachau ein paar Stunden zu verbringen, ist etwas ganz Besonderes im Leben eines Menschen“, so der Landeshauptmann. Als UNESCO-Weltkulturerbe sei sie für die zahlreichen Gäste „eine wunderschöne Augenweide“, für die Einheimischen aber zugleich „Verpflichtung und Verantwortung, zu bewahren“. Die Wachau habe sehr schöne, gleichzeitig aber auch „herausfordernde Seiten“. „Vor einem Jahr hat die Situation in der Wachau ganz anders ausgesehen“, so Pröll. Durch sehr sensible Eingriffe wurde die Chance eröffnet, die Kräfte des Wassers zu bändigen. In Zukunft könne die Situation im Hochwasserfall ganz gut gemeistert werden.

„Wir freuen uns auf einen Festabend in der Wachau“, so Hausherr Franz Hirtzberger, der gemeinsam mit Moderatorin Christa Kummer die zahlreichen Gäste begrüßte. Auf die Frage, warum er nun in die Gastronomie gehe, sagte Hirtzberger: „Es ist etwas ganz Spannendes, so ein Haus in der Wachau wieder beleben zu dürfen.“ Er bezeichnete die Hofmeisterei als „Repräsentant für unser Weingut und für den neuen Weinbaubetrieb in der Wachau“. Die Hofmeisterei solle ein Kommunikationszentrum und auch ein Weinzentrum werden. „Wir haben die Herausforderung angenommen, aus der Hofmeisterei nicht nur ein reines Restaurant zu machen, sondern zu einem Ort, wo man auch gut kommunizieren kann.“ Hirtzberger bedankte sich bei allen, „die mitgeholfen haben, dieses Haus wieder instand zu setzen“.

Der neue Name des ehemaligen Florianihofs besinne sich auf die Wurzeln, denn das

Gebäude sei als „Weingartenhofmeisterei des Stiftes St. Florian“ errichtet worden, so Mathias, der jüngste Sohn der Familie Hirtzberger. Er wird in Wösendorf rund um die Hofmeisterei ein neues Weingut aufbauen.

Als Pächter für die Hofmeisterei Hirtzberger konnten zwei gastronomische Routiniers gewonnen werden: Hartmuth Rameder und Erwin Windhaber. „Es soll eine lockere Geschichte werden, wo man auf ein Glas Wein hereinkommt, aber auch ein größeres Restaurantlebnis genießen kann“, so Rameder. Die Hofmeisterei Hirtzberger solle „wie ein hochwertiges Wohnzimmer sein“, wo man sich wohlfühlen könne. Das Küchenangebot sei sehr regional ausgerichtet, so Windhaber, und er werde vor allem auch niederösterreichische Bauern und Produkte in die Küche einbeziehen.

„Wir sind mehr als stolz und es ist eine große Auszeichnung, daß so viele Menschen dem Ruf der Familie Hirtzberger nachgekommen sind“, so Bürgermeister Bodenstein. Der Florianihof habe eine lange Geschichte: „Er spannt architektonisch einen Bogen von der Gotik über die Renaissance bis hin zum Barock.“ Dieses „Kleinod“, von dem es viele in der Wachau gebe, sei etwas ganz Besonderes.

Im Anschluß an den Festakt nahmen Prälat Johann Holzinger und Dechant Ferdinand Reisinger die Segnung des Hauses vor. Für die musikalische Gestaltung sorgten die Trachtenkapelle Wösendorf und Prof. Wolfgang Friedrich mit seiner Band. ■

<http://www.hofmeisterei.at>

Barbara Prammer 1954 – 2014

Barbara Prammer, die Präsidentin des Österreichischen Nationalrats, ist am 2. August ihrer schweren Krebserkrankung erlegen und im Kreise ihrer Familie friedlich entschlafen.

Geboren wurde Barbara Prammer am 11. Jänner 1954 in Ottnang am Hausruck (Oberösterreich), einer Bergarbeitergemeinde mit langer sozialdemokratischer Tradition. Dieses Umfeld und die politische Aktivität ihrer Familie trugen schon bald zur politischen Sozialisierung Prammers bei, ihr Engagement in der Jungen Generation der SPÖ begann in den 70er-Jahren.

Die Grundwerte der Sozialdemokratie prägen seitdem ihr Tun in allen ausgeübten politischen Funktionen – was aber ihrer Objektivität als Nationalratspräsidentin keinesfalls entgegenstand. Ihren Auftrag sah sie darin, einerseits zu einer sachlichen Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament beizutragen, andererseits aber die Interessen des Nationalrats mit Nachdruck zu vertreten.

Nach ihrer Matura an der Handelsakademie Vöcklabruck begann Barbara Prammer 1973 ihre Ausbildung beim Gemeindeamt Ottnang. Neben anderen Zuständigkeitsbereichen übte sie auch die Aufgabe als Standesbeamtin aus.

1978 verließ sie ihre Heimatgemeinde, um an der Johannes-Kepler-Universität Linz ein Studium der Soziologie zu absolvieren. Nach ihrem erfolgreichen Abschluss arbeitete sie als Sozial- und Berufspädagogin im Beruflichen Bildungs- und Rehabilitationszentrum (BBRZ). Anschließend war sie bei der AMS Landesgeschäftsstelle Oberösterreich tätig und war in dieser Funktion karentiert.

Ab 1991 war sie zunächst als Landtagsabgeordnete und Zweite Landtagspräsidentin in der oberösterreichischen Landespolitik tätig.

1995 wurde sie als Landesrätin für Wohnbau, Naturschutz und Verwaltungspolizei das erste weibliche Mitglied der oberösterreichischen Landesregierung und von der Bundes-SPÖ als eine der stellvertretenden Parteivor-sitzenden gewählt.

1997 wurde Barbara Prammer in die Bundesregierung berufen, drei Jahre lang führte sie als Bundesministerin das Ressort Frauenangelegenheiten und Konsumentenschutz. Im gleichen Jahr übernahm sie auch – bis 2009 – den Vorsitz der SPÖ-Frauen.



Foto: Parlamentsdirektion / Wilke

*Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, * 1. Jänner 1954 in Ottnang am Hausruck (Oberösterreich), † 2. August 2014 in Wien*

Seit der Nationalratswahl im Oktober 1999 war Barbara Prammer Abgeordnete zum Nationalrat, am 16. Juni 2004 wurde sie zur II. Präsidentin gewählt.

Seit 30. Oktober 2006 war sie Nationalratspräsidentin und damit die erste Frau an der Spitze des österreichischen Nationalrates.

Trotz ihrer Krebserkrankung, die sie im September 2013 öffentlich machte, übte sie

ihre Amtsgeschäfte bis Juli aus. Erst am 29. Oktober 2013 war sie für weitere fünf Jahre in ihrem Amt bestätigt worden.

Seit ihrem Amtsantritt bemühte sich Barbara Prammer erfolgreich darum, über die tagespolitischen Themen hinaus das Parlament für einen gesellschaftspolitischen, wissenschaftlichen und kulturellen Diskurs zu öffnen. Sie hat das Hohe Haus zu einem Ort

Personalia

Foto: Bundesheer/Sean Morales



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer bei der Vorsitzführung am Präsidium

der Begegnung und des Dialogs gemacht und mit ihrem Vorsitz im Nationalfonds und Entschädigungsfonds für die Opfer des Nationalsozialismus sowie mit zahlreichen Veranstaltungen auch einen wichtigen Beitrag zur Erinnerungskultur in Österreich geleistet.

Vor allem Jugendliche für die Werte der Demokratie zu sensibilisieren und JungwählerInnen für Politik zu interessieren, war ihr ein besonderes Anliegen. Auf ihre Initiative wurde 2007 die Demokratiewerkstatt eingerichtet. Seither konnten fast 70.000 Kinder und Jugendliche aus ganz Österreich in den Workshops im Parlament Demokratie lernen. Vielen von ihnen stand Barbara Prammer persönlich als Gesprächspartnerin zur Verfügung. Mit ihrem 2013 erschienenen Buch „Wir sind Demokratie. Eine Ermunterung.“ wollte sie Lust auf Demokratie und Wahlen machen. Politik sei wichtig, „weil alles, wirklich alles im Leben von der Politik mitgestaltet wird“, so ihre Überzeugung.

Auch parlamentarische Diplomatie war der Nationalratspräsidentin sehr wichtig. Sie konnte zahlreiche prominente Gäste im Hohen Haus begrüßen und setzte sich stets für den Ausbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein. Im Rahmen der Interparlamentarischen Union (IPU) war Barbara Prammer besonders im Netzwerk der Parlamentspräsidentinnen aktiv. Ban Ki-moon, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, dankte Prammer anlässlich ihres 60. Geburtstags besonders für ihr Engagement zur Stärkung von Frauen in Politik und Gesellschaft und würdigte sie als Mitstreiterin für Frieden, Entwicklung und Menschenrechte.

Nationalratspräsidentin Prammer ist es zuletzt auch mit viel Beharrlichkeit gelun-

gen, eine Einigung aller sechs Fraktionen zur nachhaltigen Sanierung des Parlamentsgebäudes zu erzielen. Die einhellige Entscheidung sei ein klares Signal für den Parlamentarismus und ein wunderbares Geschenk zu ihrem Geburtstag, sagte Barbara Prammer im Jänner 2014. Bei dieser Gelegenheit appellierte sie aber auch an alle Fraktionen, an der Weiterentwicklung der politischen Kultur und der politischen Auseinandersetzung zu arbeiten, um das Bild des Parlamentarismus in der Öffentlichkeit zu verbessern.

Bundespräsident Heinz Fischer

„Die Nachricht, daß Nationalratspräsidentin Barbara Prammer wenige Monate nach ihrem 60. Geburtstag einer schweren Krankheit erlegen ist, erfüllt uns alle mit tiefster Traurigkeit“, sagte Bundespräsident Heinz Fischer in einer ersten Reaktion. „Sie hat den Kampf gegen eine tückische Krankheit mit unglaublicher Tapferkeit und großem Lebenswillen geführt, aber dieser Kampf war nicht zu gewinnen.“

Barbara Prammer sei eine der großen Frauenpersönlichkeiten im öffentlichen Leben unseres Landes und auch über die Grenzen unseres Landes hinaus bekannt und geschätzt gewesen. „Sie war eine engagierte und unbestrittene Präsidentin des österreichischen Nationalrats, eine führende Sozialdemokratin und eine absolut integre Politikerin, der ich mich auch persönlich sehr verbunden fühlte. Ihr nachhaltiges Eintreten für Demokratie, Parlamentarismus und soziale Gerechtigkeit kam aus tiefster Überzeugung und stand mit ihrem persönlichen Lebensweg in engem Zusammenhang. Viele weitere Aktivitäten, Leistungen und Erfolge von

Barbara Prammer werden noch zu würdigen sein. Unser tief empfundenenes Mitgefühl gehört den Angehörigen der Verstorbenen“, so das Staatsoberhaupt.

Die Präsidentschaftskanzlei ließ zum Zeichen der Trauer die Flagge auf Halbmast setzen.

Bundeskanzler Werner Faymann

„Barbara Prammer hat heute den Kampf um ihr Leben, den sie mit so viel Zuversicht und Kraft geführt hat, verloren. Ihr früher Tod hinterläßt bei allen, die sie kannten und die mit ihr arbeiten durften, große Betroffenheit und Trauer“, erklärte Bundeskanzler Werner Faymann in einer ersten Stellungnahme zum Ableben der Nationalratspräsidentin. „Barbara Prammer war eine bedeutende Sozialdemokratin, engagierte Frauenpolitikerin, große Demokratin und seit 2006 eine hervorragende Nationalratspräsidentin“, so Faymann.

„Sie sah sich selbst als Kind der Kreisky-Zeit und hat nie aufgehört, an eine Zukunft zu glauben, in der soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit zur Selbstverständlichkeit geworden sind.“ Als Kämpferin für die Gleichstellung der Frauen habe sie die Gesellschaft ebenso geprägt wie mit ihrem Engagement, junge Menschen für Demokratie und politische Mitsprache zu begeistern. Ganz besonders stark war ihr Eintreten für ein Miteinander in der Gesellschaft, gegen Verhetzung, Rassismus und Antisemitismus. Barbara Prammer war es ein großes Anliegen, daß die Gräueltaten des Nationalsozialismus, auch und besonders von jungen Menschen, nicht vergessen werden.

„Ihr mutiger und offener Kampf gegen ihre schwere Krankheit hat mich persönlich schwer beeindruckt“, sagte Faymann. „Barbara Prammer sah in ihrer Erkrankung ‚keinen Grund aufzugeben‘. Ich werde kämpfen“, hat sie gesagt und das dann auch tapfer und zäh getan – wie zeitlebens in ihrer politischen Arbeit auch.“

Durch ihren Tod verliert die Republik eine führende Persönlichkeit. Ihre WegbegleiterInnen verlieren einen außerordentlich liebevollen und wertvollen Menschen. „Mein tiefes Mitgefühl gilt der Tochter Julia und ihrem Sohn Bertram, der Familie und den Angehörigen“, so der Bundeskanzler.

Vizekanzler Michael Spindelegger

„Mit Barbara Prammer verliert die österreichische Politik eine starke Persönlichkeit, die sich menschlich wie politisch Respekt und Anerkennung erworben hat“, zeigt ÖVP-

Personalia

Bundesparteiobmann Vizekanzler Michael Spindelegger seine tiefe Betroffenheit über das Ableben der Nationalratspräsidentin. Zeit ihrer politischen Laufbahn hat Barbara Prammer in verschiedenen Funktionen auf Landes- und Bundesebene gewirkt, in denen sie lösungs- und konsensorientiert für die Menschen in diesem Land gearbeitet hat. Barbara Prammer ist in der oberösterreichischen Landespolitik, als Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Konsumentenschutz sowie zuletzt als Präsidentin des Nationalrats über die Parteigrenzen hinweg für ihre Arbeit wertgeschätzt worden“, so Michael Spindelegger, der unterstreicht: „Barbara Prammer hat stets klare Positionen bezogen und sich als überzeugte Demokratin und Österreicherin durch ihre sachpolitische Arbeit ausgezeichnet.“ Barbara Prammer hinterlasse eine große Lücke in der österreichischen Politik, sagt Spindelegger, der schließt: „In diesen schweren Stunden trauern wir um Barbara Prammer. Unsere ganze Anteilnahme und unser Mitgefühl gilt den Angehörigen und Freunden von Barbara Prammer.“

Bundesratspräsidentin Ana Blatnik

Erschüttert über das Ableben von Barbara Prammer zeigt sich Bundesratspräsidentin Ana Blatnik. „Barbara Prammer hinterläßt sowohl bei ihren Angehörigen als auch im Parlament und der gesamten Republik eine schmerzliche Lücke. Prammer hat Herausragendes für den österreichischen Parlamentarismus und die Demokratie geleistet. In ihrer Funktion als Nationalratspräsidentin hat sie Überparteilichkeit und klare politische Haltungen stets zu verbinden gewußt und viel für das Ansehen und die Würde des Hohen Hauses geleistet“, betont Blatnik.

„Ein starkes und selbstbewußtes Parlament war ihr stets ein wichtiges Anliegen, ebenso wie die Durchflutung der Gesellschaft mit demokratischen Werten. Sie hat die Öffnung des Parlaments vorangetrieben und populistische Attacken auf den Parlamentarismus und die ParlamentarierInnen stets entschieden abgelehnt“, streicht Blatnik etwa Projekte wie die Demokratiewerkstatt und die Sanierung des Parlamentsgebäudes hervor. „Als Sozialdemokratin, Feministin und Vorkämpferin für die Anliegen von Frauen und familienpolitische Gleichstellung hat Barbara Prammer unzählige Menschen nachhaltig geprägt und politisch motiviert. Sie wird uns in liebevoller Erinnerung bleiben, wir werden diese großartige Persönlichkeit nie vergessen.“

FPÖ-Klubobmann Heinz-Christian Strache

„Es ist überaus traurig, daß ihre schwere Krankheit sie aus einem Leben voll Engagement und Schaffenskraft gerissen hat. Umso bewundernswerter ist es, wie professionell Barbara Prammer zusätzlich zum Kampf gegen den Krebs auch bis zuletzt ihre Aufgaben als Nationalratspräsidentin erfüllt hat“, hebt Strache hervor.

„Prammer war eine überzeugte Parlamentarierin und stets auf die Würde des Hohen Hauses bedacht. In diesem Geiste hat sie acht Jahre lang dieses Parlament geleitet und vertreten“, so Strache, der Prammers Angehörigen sein tief empfundenes Mitgefühl ausdrückte.

Grüne Bundessprecherin Eva Glawischnig

„Eine herausragende Persönlichkeit, eine glühende Demokratin und ein liebenswerter Mensch ist von uns gegangen“, betrauert die Grüne Bundessprecherin Eva Glawischnig den Tod von Parlamentspräsidentin Barbara Prammer.

„Barbara Prammer war Vorbild, Vordenkerin und Vorkämpferin zugleich. Mit ihr verliert Österreich eine große Kämpferin für die Rechte der Frauen, Geschichtsaufarbeitung in Österreich, die Rechte von Minderheiten und die Stärkung des Parlamentarismus. Die klaffende Lücke, die Barbara menschlich, politisch und gesellschaftlich hinterläßt, ist Beweis für ihr herausragendes Engagement und ihren unermüdlichen Einsatz“, hebt Glawischnig hervor.

Prammers Umgang mit ihrer schweren Erkrankung stehe sinnbildlich für ihre Lebenseinstellung und ihre Charakterstärke. „Selbst in ihrer persönlich schwersten Stunde hat Barbara alles unternommen, um anderen Menschen Hoffnung zu machen – und Hoffnung zu schenken. Sie hat ihr gesamtes Leben in den Dienst der Menschen gestellt. Dafür möchte ich mich von Herzen bei ihr und ihrer Familie in dieser Stunde der tiefen Trauer bedanken“, bekundet Glawischnig im ihr Beileid. „Die ganze Grüne Bewegung ist in Gedanken bei der Familie und den FreundInnen von Barbara.“

Glawischnig spricht sich für eine angemessene Würdigung ihres Lebenswerkes an jenem Ort aus, den Prammer „unnachahmlich geprägt hat“. Mit ihrer Vorsitzführung als Parlamentspräsidentin habe die Sozialdemokratin als erste Frau in diesem Amt neue Standards gesetzt. „Ausgewogen, umsichtig und stets auf die Stärkung des Par-

lamentarismus und die parlamentarischen Minderheitenrechte bedacht, hat sie sich mit ihrer Arbeit als allererste Frau in diesem Amt selbst ein Denkmal gesetzt“, würdigt Glawischnig die Leistungen der langjährigen Parlamentsvorsitzenden.

Team Stronach Klubobfrau Kathrin Nachbaur

Tief betroffen vom Ableben der Präsidentin des Nationalrates, Barbara Prammer, zeigt sich Team Stronach Klubobfrau Kathrin Nachbaur: „Ich habe sie als Kämpferin kennengelernt – für Parlamentarismus, für die Frauen, für ihre Sozialdemokratie – und für das Leben. Leider hat sie diesen ihren Kampf nicht gewinnen können“. Mit Prammer verliere das österreichische Parlament eine Präsidentin, „die sich bis zuletzt mit vollem Einsatz ihrem Amt gewidmet hat. Unser Mitgefühl gilt nun den Angehörigen, denen es nur ein bescheidener Trost sein kann, daß die gesamte Politiklandschaft mit ihnen trauert“, so Nachbaur.

NEOS-Klubobmann Matthias Strolz

Mit tiefer Betroffenheit über den Tod von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer reagiert NEOS-Klubobmann Matthias Strolz. Mit Prammer verliere das Parlament einen bis zuletzt aufrecht kämpfenden Menschen, dem weit über die Parteigrenzen hinaus Respekt und Anerkennung entgegengebracht wurde.

Strolz: „Der Tod von Barbara Prammer trifft mich zutiefst. Sie war es, die stets mit einem starken politischen Willen und aller gebotenen Klarheit die Würde des Hauses und die Politik im Haus in Einklang bringen konnte. Ihr absoluter Einsatz bis zum Schluß trotz schwerer Krankheit zeigt ihr kämpferisches Herz. Heute aber verliert nicht nur die Republik eine herausragende Vorkämpferin für Parlamentarismus und Dialog, sondern vor allem ihre Familie einen liebenden Menschen. Ihnen gilt mein tiefstes Mitgefühl, ihnen schicke ich viel Kraft und Geduld, loslassen zu können“, schließt Strolz.

ÖGB-Präsident Erich Foglar

„Wir sind zutiefst erschüttert über das Ableben von Nationalratspräsidentin Dr. Barbara Prammer“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar. „Österreich verliert einen in vielen politischen und gesellschaftlichen Bereichen vorbildhaften Menschen.“

„Barbara Prammer hat sich Zeit ihres Lebens für Demokratie, Mitbestimmung und Selbstbestimmung stark gemacht, Werte, die auch dem ÖGB enorm wichtig sind“, so

Personalia

Foglar. „Sie war eine starke, entschlossene Frau, die immer ein Ohr für die Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land hatte. Sie hatte für uns immer offene Türen, der Dialog fand stets auf Augenhöhe statt.“ Ob es um die Gleichstellung der Frauen, die Weiterentwicklung der Demokratie, den Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus oder andere wichtige politische und gesellschaftliche Anliegen ging, Barbara Prammer war ein leuchtendes Beispiel für alle, die für ihre Überzeugungen eintreten und auch unter schwierigen Bedingungen nicht davon abweichen.

Der ÖGB ist äußerst betroffen darüber, daß Barbara Prammer den Kampf gegen ihre schwere Krankheit schlußendlich doch verloren hat. „Nicht nur die Art, wie sie zeitlebens Politik gemacht und für ihre Ideen gekämpft hat, sondern auch dieser letzte Kampf war voll der Zuversicht und des Mutes. Unser tiefes Mitgefühl gilt in diesen schweren Stunden besonders ihren Kindern, der Familie und ihren Angehörigen.“

WKÖ-Präsident Christoph Leitl

Tief erschüttert über das viel zu frühe Ableben von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer zeigt sich WKÖ-Präsident Christoph Leitl: „Eine starke Frau ist nicht mehr. Das Parlament verliert mit Barbara Prammer eine Parlamentarierin, die stets sich selbst und ihren Überzeugungen treu geblieben ist und viel für unser Land bewirkt hat. Sie wurde weit über Österreichs Grenzen hinaus geschätzt. Als Nationalratspräsidentin nahm sie ihr Amt bis in die letzten Wochen ihres Lebens wahr und trieb Projekte, die ihr wichtig waren – wie etwa den Umbau des Parlaments – voran“, hielt Leitl fest.

„In ihrer Charakterstärke und in der Art und Weise, wie sie mit ihrer Krankheit umgegangen ist, war sie ein Vorbild“, so WKÖ-Präsident Leitl, der mit Barbara Prammer in den vergangenen Jahren in den unterschiedlichsten Funktionen Kontakt hatte: „Meine aufrichtige Anteilnahme gilt in diesen besonders schweren Stunden der Familie.“

AK Präsident Rudolf Kaske

„Österreich hat eine großartige Politikerin und einen wundervollen Menschen verloren“, zeigt sich AK Präsident Rudi Kaske tief betroffen vom Ableben von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. „Unsere Gedanken sind in diesen schweren Stunden bei ihrer Familie“, so Kaske weiter.

Kaske betont vor allem das soziale Engagement der verstorbenen Politikerin und



Foto: Parlamentsdirektion / Michael Buchner

v.l.: Parlamentsdirektor Harald Dossi, Zweiter Nationalratspräsident Karlheinz Kopf und Univ.-Prof. Christoph Zielinski (Barbara Prammers behandelnder Arzt)

ihren unermüdlischen Einsatz für mehr Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in diesem Land. „Barbara Prammer hatte stets ein offenes Ohr für die Anliegen und Sorgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Fairness war für sie nicht nur ein Begriff, sondern einer ihrer zentralen Lebensinhalte.“

Die über die Grenzen Österreichs hinaus geschätzte und anerkannte Politikerin zeichnete sich zudem durch Willensstärke, Kampfgeist aber auch durch Teamgeist und ein respektvolles Miteinander aus. „Die Arbeitnehmerschaft hat mit Barbara Prammer eine wichtige Kämpferin für ihre Rechte verloren – und wir allen einen wundervollen Menschen“, schließt Kaske.

LK Österreich-Präsident Hermann Schultes

„Das Ableben von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer bedeutet nicht nur für ihre Familie und ihre Freunde einen ganz besonders tragischen Verlust, auch die politischen Verantwortungsträger in Österreich und hier vor allem im Parlament, verlieren mit Prammer eine Politikerin, die mit hoher Verantwortung und großem Engagement stets um Ausgleich und sachliche Lösungen bemüht war. Barbara Prammer war im Hohen Haus eine von allen politischen Seiten geschätzte Kollegin und Präsidentin, die sich mit ihrer verantwortungsvollen Amtsführung höchsten Respekt verdient hat. Ihr umfassendes und erfolgreiches Engagement für den Parlamentarismus, dem sie trotz schwerer Erkrankung ohne Einschränkung nachging, war vorbildhaft. Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren“, stellte LK Österreich-Präsident Hermann Schultes fest.

2. NR-Präsident Karlheinz Kopf

„Österreich verliert mit Barbara Prammer eine große Staatsfrau und eine beeindruckende Persönlichkeit“, sagte Zweiter Nationalratspräsident Karlheinz Kopf bei einer Pressekonferenz am 4. August. Sein besonderes Mitgefühl gelte der Familie. „Ich verneige mich mit großem Respekt vor dem Menschen Barbara Prammer, die mit großer Willenskraft ihre Krankheit bekämpft und ihr Amt nahezu uneingeschränkt ausgeübt hat. Ich verneige mich auch vor der Politikerin Barbara Prammer, die sich immer für Gleichstellung, gegen Extremismus und für parlamentarische Demokratie eingesetzt hat. Sie war eine Brückenbauerin über Parteigrenzen hinweg.“ Kopf bedankte sich auch für die stets kollegiale und wertschätzende Zusammenarbeit.

In den nächsten Tagen wird in Absprache mit dem Bundespräsidenten und der Familie über die Gestaltung der Trauerfeierlichkeiten beraten. In jedem Fall werde die Bevölkerung die Gelegenheit haben, sich in der Säulenhalle des Parlaments von der Präsidentin zu verabschieden. Die notwendige Sondersitzung zur Wahl einer neuen Präsidentin bzw. eines neuen Präsidenten werde noch vor der ersten regulären Nationalratssitzung am 24. September, aber in gebühlichem zeitlichem Abstand zu den Trauerfeierlichkeiten stattfinden. Dies könnte Ende August der Fall sein. Gesetzliche Fristen zur Wahl einer Nachfolge gebe es nicht. ■

Es besteht die Möglichkeit, sich in ein online-Kondolenzbuch einzutragen, das von der Druckerei Lischkar & Co GmbH und der Bestattung Wien zur Verfügung gestellt wird: http://www.trauerportal.at/cel5-Barbara_Prammer/kondolenzbuch.html

Gert Voss 1926 – 1988

Der am in Shanghai geborene und mit Claus Paymann ans Burgtheater gekommene Schauspieler und Wahlwiener verstarb am 13. Juli in Wien.

Am 10. Oktober 1941 in Schanghai geboren, war Gert Voss bereits als Kind vom Film fasziniert. Er wollte Zeichner bei Walt Disney werden, entschloß sich dann aber doch, Schauspielunterricht zu nehmen. Starke Charaktere, verführerische Schurkengestalten, Könige oder Mörder, mit jeder seiner Figuren versuchte Gert Voss ein anderer zu sein. Legendär sind seine Rollen, ob als despotischer Ludwig in „Ritter, Dene, Voss“, buckliger Richard III., verspielter Hermann in Kleists „Hermannsschlacht“ oder als Liebeshöller Othello – Gert Voss eroberte mit Herz und Gefühl sein Publikum.

Sein Traum als Schauspieler, daß sich das Publikum fragt „ist das der Voss, oder ist er's nicht?“ Erst nach einer Weile soll man den Voss durchschimmern sehen. Er bezeichnete sich selbst als hochraffinierten Lügner. Auf der Straße erkannt zu werden, war ihm unangenehm. Seine Schüchternheit legte er mit den Rollen ab. Für König Lear färbte er sich die Haare weiß, für Othello lief er nächtelang brüllend durch den Wienerwald.

Gert Voss kommt 1948 mit seiner Familie nach Österreich. Die Jugend verbringt er am Bodensee. Er studiert Germanistik und Anglistik und nimmt privat Schauspielunterricht. Intendant Hans-Peter Doll entdeckt das große Talent. Voss spielt in Heidelberg, bevor er mit Claus Peymann nach Bochum und 1986 ans Wiener Burgtheater wechselt, wo er im ersten Jahr als Richard III. brilliert. Thomas Bernhard schreibt für ihn und zwei Schauspielkolleginnen ein eigenes Stück: „Ritter, Dene, Voss“. Es folgen unzählige große Aufführungen am Burgtheater, Gastauftritte in Köln und Berlin, sowie die Rolle des „Jedermann“ bei den Salzburger Festspielen. Mit Ignaz Kirchner tritt er am Burgtheater auch als Komikerduo auf. 1995 kürt ihn die „Times“ zum „Besten Schauspieler Europas“.

Gert Voss hat im Jahr 2011 seine „Theaterreise“ als Buch herausgebracht. Programmatischer Titel: „Ich bin kein Papagei“. Darin erzählt er von seinem Werdegang, er berichtet von frühen Höhenflügen in München, Stuttgart und in Bochum, er gibt Einblick in den oft mühsamen Prozess der Erarbeitung von Rollen und schildert seine Begegnungen mit den Regiegrößen Claus Peymann, Peter Zadek, George Tabori oder Luc Bondy.



Foto: ORF/ORFIII/Ernst Kainerstorfer

Gert Voss, * 10. Oktober 1941 in Shanghai, † 13. Juli 2014 in Wien

Breiten Raum widmet er den ersten, den mehr als schwierigen Jahren in Wien. „Er dachte“, schreibt Voss, er sei hier auf dem „falschen Schiff“. Wien und seine Presse reagierten ablehnend und aggressiv auf die Invasion der „Deitschn“. Seine Autoreifen wurden zerstochn, Drohbriebe kamen, Gert Voss wurde unter Polizeischutz gestellt.

Gert Voss spielte zuletzt in der achtheili-

gen Serie „Altes Geld“, die David Schalko derzeit für den ORF in Wien und Niederösterreich realisiert. Aufgrund der tragischen Umstände mußten kurzfristig Adaptionen am Projekt vorgenommen werden.

In memoriam Gert Voss änderte der ORF sein Programm und gedachte mit Nachrufen, Gesprächsaufzeichnungen und einer Reihe von Filmen des Ausnahmeschauspielers.

Personalia

Bundeskanzler Faymann

„Mit Gert Voss haben wir einen einzigartigen Charakterdarsteller und ganz Großen der deutschsprachigen Bühne verloren“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann. „Als Ensemblemitglied des Burgtheaters hat er dem heimischen Publikum unzählige berührende Theaterabende geschenkt. In seinen vielfältigen Rollen hat er es immer verstanden, die Menschen in seinen Bann zu ziehen.“

Gert Voss habe die deutschsprachige Theaterwelt entscheidend mitgeprägt. „Für seine große schauspielerische Leistung und seinen Einsatz und sein Engagement im Dienste des Wiener Burgtheaters schulden wir ihm unseren Dank und unsere Anerkennung“, so der Bundeskanzler, der in diesen schwierigen Stunden der Familie von Gert Voss viel Kraft wünschte.

Bundesminister Ostermayer

Mit großer Bestürzung hat Bundesminister Ostermayer die Nachricht vom Tod des einzigartigen Schauspielers Gert Voss aufgenommen. „Gert Voss prägte wie kaum ein anderer Schauspieler die deutschsprachige Theaterwelt. Mit seiner markanten Stimme und seinem unverwechselbaren Schauspiel vermochte er es, in jeder Rolle persönlich aufzugehen und Publikum wie Kritiker gleichermaßen zu verführen und zu begeistern. Nahezu majestätisch beherrschte er die Bühne und entführte die Zuschauer in das Reich der Kunst“, so .

„Speziell in der schwierigen Phase der Findung einer interimistischen Burgtheaterdirektion, im Frühling dieses Jahres, war mir Gert Voss ein guter und wichtiger Ratgeber. Ich danke ihm, daß er sich bis zuletzt – auch im Rahmen der Findungskommission – mit vollem Herzen für sein Haus, das Burgtheater, eingesetzt hat. Ich bin glücklich und dankbar für die persönlichen Begegnungen, die ich noch mit Gert Voss haben durfte. Unsere guten Gedanken gehen heute vor allem an seine Frau, Dr. Ursula Voss, seine Tochter, seine Familie, seine Freunde und Wegbegleiter, denen ich in diesen schweren Stunden viel Kraft und Zuversicht wünsche“, so Ostermayer.

Wiens Kulturstadtrat Mailath-Pokorny

„Mit Gert Voss verliert das Burgtheater den prägendsten Schauspieler der letzten Jahrzehnte“, reagierte Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny tief betroffen auf das unerwartete Ableben des Ausnahmekünstlers. „Er war ein unnachahmlicher



2010, vor vier Jahren, traf Gert Voss (Mitte) in Gardone bei André Heller (r.) Harald Schmidt (l.) zum Gespräch. Es war ein Zusammentreffen zweier Granden der Bühne: zum einen Voss, einer der bedeutendsten Schauspieler im deutschsprachigen Raum, zum anderen Schmidt, einer der ganz großen TV-Unterhalter, glühender Voss-Fan und selbst ausgebildeter Schauspieler. Arrangiert wurde dieser pointierte und erhellende Gedankenaustausch mit großartigen Anekdoten über George Tabori, Peter Zadek, Luc Bondy und Claus Peymann vom gemeinsamen Freund André Heller, der seinen Sitz am Gardasee, den »Giordano Botanico«, für die TV-Aufzeichnung zur Verfügung stellte und gemeinsam mit Regisseur Lukas Sturm dieses Gespräch für den ORF gestaltete.

Bühnendarsteller, ein hellwacher Träumer, der das Geheimnis seiner Schauspielkunst in der restlosen Verwandlung suchte. Die Haltlosigkeit, mit der sich Gert Voss in seine Arbeit stürzte, war beispiellos. Er lebte für das Theater und das Theater lebte durch ihn. Claus Peymann brachte ihn nach Wien, wo er die Herzen des schauspielerverrückten Burgtheaterpublikums im Sturm eroberte und wo er sich immer wieder auch in gesellschaftspolitische Fragen einbrachte. Wann immer man in den letzten Jahrzehnten am Burgtheater Innovationskraft wahrnahm, war Voss nicht nur Beteiligter, sondern maßgeblicher Gestalter des Bühnengeschehens. Gemeinsam mit Theatergrößen wie Bernhard, Tabori, Zadek, Bondy oder auch Kirsten Dene und Ignaz Kirchner machte er das Burgtheater zu einer der wichtigsten Bühnen der gesamten Theaterwelt“, schloß Mailath.

Gert Voss wurde in einem Ehrengrab der Stadt Wien beigesetzt, für den 4. September wird eine große Trauerfeierlichkeit im Wiener Burgtheater vorbereitet.

ORF-Generaldirektor Wrabetz

„Mit Gert Voss verlieren wir einen der größten deutschsprachigen Theaterschauspieler der Gegenwart. Ob tragisch oder komisch: Voss' Schauspielkunst packte, fesselte und berührte das Publikum, ganz gleich

in welchem Fach, und ist Vorbild für die nachkommenden Schauspielergenerationen. Auch der ORF konnte mit Gert Voss zahlreiche hervorragende Produktionen realisieren. Die letzte müssen wir nun ohne ihn abschließen.“

ORF-Fernsehdirektorin Zechner

„Gert Voss war ein herausragender Mensch, der mit seinem künstlerischen Wirken unser Leben bereicherte und uns die Mehrdimensionalität unseres Daseins vor Augen führte. Er brannte für die Kunst und besonders für das Theater. Er machte es zum Mittelpunkt seines Lebens. Dieses hat nun eine der schillerndsten und unkonventionellsten Darsteller und Theatermacher unserer Zeit verloren. Gert Voss vermochte es, uns das Leben in seiner Vielschichtigkeit und Mehrdimensionalität vor Augen zu führen. Seine künstlerischen Visionen und Darstellungen zwangen uns förmlich zur Auseinandersetzung mit uns selber und unserer Umwelt. Unvergessen wird mir sein variantenreiches und beeindruckendes Spiel in Wien unter Claus Peymann sein. Wir saßen verzaubert und gebannt in ‚Richard III.‘, ‚Hermannsschlacht‘ und ‚Ritter, Dene, Voss‘. Gert Voss wird immer einer der ganz großen unvergeßlichen deutschsprachigen Schauspieler sein.“

Heinz Zemanek 1920 – 2014

Der große österreichische Computerpionier verstarb im Alter von 94 Jahren.

Daß Österreich einen Platz in der frühen Geschichte der Computertechnik einnimmt, ist ganz maßgeblich Prof. Heinz Zemanek zu verdanken: Der Computerpionier, der in den 1950er Jahren einen der ersten mit Transistoren betriebenen Computer baute und später Computersprachen mitentwickelte, verstarb am 16. Juli 2014 in Wien, im Alter von 94 Jahren.

Zemanek forschte an der TU Wien und später auch in dem von ihm aufgebauten Wiener IBM Labor. Mit seiner Alma Mater und dem auf seine Initiative hin gegründeten Institut für Computertechnik blieb er bis zu seinem Tod eng verbunden. Sechzig Jahre lang – von 1947 bis 2007 – hielt er an der TU Wien Vorlesungen. Die TU Wien verliert mit ihm einen ihrer bedeutendsten Wissenschaftler.

„Mit Prof. Heinz Zemanek verliert die Technische Universität Wien einen herausragenden Techniker und Visionär“, sagt Rektorin Sabine Seidler. „Mit seinem Innovationsgeist hat er Technikgeschichte geschrieben und bleibt dadurch der Scientific Community in höchst respektvoller Erinnerung. Das gesamte Kollegium verabschiedet sich in tiefer Trauer und wird das Wirken und Forschen Heinz Zemaneks in ehrenvollem Andenken weitertragen.“

Heinz Zemanek studierte an der TU Wien und schloß sein Studium 1944 mit der Diplomarbeit „Über die Erzeugung von kurzen Impulsen aus einer Sinusschwingung“ ab. Von 1947 bis 1961 arbeitete er an der TU Wien. Während dieser Zeit promovierte er (1950) und habilitierte sich schließlich 1958.

„Ich bin meinem Kern nach ein Ingenieur – und das heißt: wahr ist, was funktioniert.“ (Heinz Zemanek)

Heinz Zemanek sah sich selbst nicht in erster Linie als Theoretiker, sondern als Mann der Praxis: Unter seiner Führung wurde an der TU Wien von Mai 1956 bis Mai 1958 das „Mailüfterl“ gebaut – einer der weltweit ersten Computer, die nicht mit Röhren, sondern ausschließlich mit Transistoren arbeiteten. Imposante Namen wie „Whirlwind“ oder „Taifun“ hatten die Computer, die in den 1950er Jahren in den USA gebaut wurden. An die Benennung des österreichischen Gegenstücks ging man mit etwas entspannterem Wiener Charme heran: „Mailüfterl“



Foto: TU Wien

Heinz Zemanek, * 1. Jänner 1920 in Wien, † 16. Juli 2014 ebenda

wurde der Rechner genannt, der 1956 bis 1958 von Prof. Heinz Zemanek und seinem Team an der TU Wien gebaut wurde. Als einer der ersten Computer weltweit arbeitete das „Mailüfterl“ nicht mit Elektronenröhren, sondern mit Transistoren. Der Wiener Rechner werde nicht deren Geschwindigkeit erreichen, meinte Zemanek, doch „für ein Mailüfterl werde es reichen“.

Transistoren statt Röhren

„Elektronenröhren durch Transistoren zu ersetzen war ein wesentlicher Schritt der Miniaturisierung der Elektronik“, sagt Prof. Richard Eier, der damals als Student im Team von Heinz Zemanek arbeitete. „Diese Miniaturisierung hat sich dann bis heute fortgesetzt und ermöglicht die Computerleistung, die wir heute täglich nutzen.“

Das transistorbasierte Mailüfterl war nicht nur kleiner als die damaligen Röhrenrechner, es benötigte auch viel weniger Strom und kam daher ohne Klimaanlage aus. Transistoren in ausreichender Anzahl für den Bau eines frei programmierbaren Computers zu einem erschwinglichen Preis zu bekommen, war damals gar nicht einfach. Die notwendigen 3000 Transistoren erhielt das

Team der TU Wien von der Firma Philips als Geschenk. Eigentlich war dieser Transistor-typ für Hörgeräte gedacht – doch auch für elektronische Schaltungen waren sie bestens geeignet.

Für Universitäten war es damals durchaus ungewöhnlich, sich derart praxisnah mit Computertechnologie zu beschäftigen. Computer wurden eher von privaten Firmen entwickelt. So ist es auch nicht überraschend, daß IBM rasch auf das Mailüfterl aufmerksam wurde: Zemanek erhielt von IBM die Möglichkeit, ein eigenes Laboratorium in Wien aufzubauen, in das sein Team mitsamt dem Mailüfterl schließlich übersiedelte.

Primzahlen und Zwölfton-Musik

Das „Mailüfterl“ war frei programmierbar und damit äußerst flexibel. Man konnte es für einfache mathematische Operationen nutzen, etwa für die Berechnung von Primzahlen, doch auch ungewöhnlichere Algorithmen liefen auf dem „Mailüfterl“: „Es wurde an einen Frequenzgenerator gekoppelt, um vom Computer berechnete Zwölftonreihen abzuspielen“, erinnert sich Eier. „Sobald es halbwegs harmonisch klang, wußte man: Da ist ein Fehler passiert.“

Personalia

Später, im IBM-Labor, beschäftigte sich das Team intensiv mit Programmiersprachen. Deren Bedeutung war Zemanek von Anfang an klar. Wenn eine Maschine sehr flexibel ist, nützt das noch nicht viel, solange sie nicht auch einigermaßen benutzerfreundlich von Menschen programmiert werden kann.

Heute steht das „Mailüfterl“ im Technischen Museum in Wien. Die Smartphones, mit denen es von Museumsgästen abfotografiert wird, übertreffen es an Rechenleistung heute deutlich. Doch die wissenschaftshistorische Bedeutung des ersten großen Wiener Computers läßt sich nicht bestreiten.

„Heinz Zemanek war ein unglaublich motivierender Mensch“, sagt Prof. Richard Eier, der in den 50er-Jahren bei Heinz Zemanek seine Diplomarbeit schrieb. „Er war nicht nur ein herausragender Wissenschaftler, sondern auch ein wichtiger Förderer für Generationen von Studierenden, an die er seine Begeisterung für die Computertechnologie weitergegeben hat.“

TU Wien und IBM

Die Computerfirma IBM kaufte der Republik Österreich den an der TU Wien gebauten Rechner ab und übernahm wesentliche Teile der Technik für die Entwicklung des ab 1964 sehr erfolgreichen 360er-Rechners. In Wien stellten sie Zemanek ein eigenes Labor zur Verfügung, wo er sich in weiterer Folge vor allem auf Programmiersprachen konzentrierte. Die „Vienna Definition Language“ (VDL) und die „Vienna Development Method“ erlangten in den 1970er-Jahren internationale Bedeutung.

1976 wurde Zemanek vom damaligen Computerriesen zum IBM-Fellow ernannt und hatte dadurch die Möglichkeit, seine Aufgaben völlig frei zu wählen. 1964 wurde Zemanek an der TU Wien zum außerordentlichen Professor ernannt, 1983 zum ordentlichen Professor berufen. Mitte der 80er-Jahre trat Zemanek in den Ruhestand – allerdings nur formal. Seinen Enthusiasmus für Forschung und Lehre behielt er bis ins hohe Alter. Zemanek hinterläßt ein wissenschaftliches Werk aus rund 500 Aufsätzen und sieben Büchern, darunter etwa „Weltmacht Computer“ (1991) oder „Vom Mailüfterl zum Internet“ (2001).

Auszeichnungen und Ehrungen

Zemanek war Gründungspräsident der Österreichischen Computer Gesellschaft, die seit 1985 auch den „Heinz Zemanek-Preis“ alljährlich vergibt, und Mitglied der Akademie der Wissenschaften, korrespondierendes



Heute steht das Mailüfterl im Technischen Museum in Wien.

Mitglied der Königlich Spanischen Akademie der Wissenschaften, Ehrenmitglied der Wiener Gesellschaft für die Geschichte der Technik, korrespondierendes Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und ordentliches Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste.

Zemanek wurde mit zahlreichen Auszeichnungen geehrt. Er erhielt unter anderem den Kardinal Innitzer-Preis, das Große Verdienstzeichen der Republik Österreich, die Leonardo Da Vinci Medaille der European Society for the Education of Engineers,

die Prechtl Medaille der TU Wien, die Kompfner-Medaille der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik, das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien, die IEEE Computer Pioneer Medal, die Oscar-von-Miller-Plakette in Bronze des Deutschen Museums in München sowie die John-von-Neumann-Medaille der gleichnamigen Gesellschaft für Computerwissenschaften.

Youtube-Video über Prof. Zemanek und das Mailüfterl:

https://www.youtube.com/watch?v=PLG7EqWz2BUJF8S1j0GXw7UvAf0tb_&v=IvniEW-Sm4A



Das Schaltpult des »Mailüfterls«, eines der weltweit ersten Computer, die mit Hilfe von Transistoren funktionierten.

Fotos: F. Staudacher

Dietmar Schönherr 1926 – 1988

Der österreichische Schauspieler, Moderator und Autor ist tot. Er starb in der Nacht zum 18. Juli im Alter von 88 Jahren auf Ibiza, wo er die letzten Jahre gelebt hatte.

Einem breiten Publikum bekannt wurde er am 17. Mai 1926 in Innsbruck geborene Dietmar Schönherr ab 1966 durch seine Hauptrolle in der ersten und bis heute beliebtesten deutschen Science Fiction-Fernsehserie „Raumpatrouille – die phantastischen Abenteuer des Raumschiffes Orion“. Später moderierte Schönherr unter anderem gemeinsam mit seiner Frau Vivi Bach die Fernsehshow „Wünsch Dir was“ und ab 1973 die erste Talkshow im deutschsprachigen Fernsehen „Je später der Abend“. Er wirkte in über 100 Kinofilmen mit, machte Hunderte von Fernsehproduktionen, stand auf unzähligen Theaterbühnen und tat sich darüber hinaus als Synchronsprecher, Schriftsteller und Regisseur hervor.

Wichtiger noch als sein künstlerisches Schaffen war Schönherr selbst sein soziales Engagement. Nachdem er Anfang der 1980er Jahre die deutsche Friedensbewegung unterstützt hatte, engagierte er sich vor allem in Nicaragua. In dem mittelamerikanischen Land, das zu den ärmsten der Welt gehört, baute er gemeinsam mit dem Dichter Ernesto Cardenal in der Stadt Granada die „Casa de los Tres Mundos“ auf, ein Kulturzentrum für Kinder und Jugendliche.

Das Haus gehört heute zu den bekanntesten Einrichtungen seiner Art in Mittelamerika und gilt als Musterprojekt für kulturelle Entwicklungszusammenarbeit. Um das Projekt zu finanzieren, gründete Schönherr eine Stiftung, aus der 1994 der Verein Pan y Arte hervorging. Dessen Name („Brot und Kunst“) geht auf ein Zitat Schönherrns zurück: „Brot und Kunst sind die wichtigsten Lebensmittel des Menschen. Wir kümmern uns um beides.“

Bundesminister Josef Ostermayer

„Mit Dietmar Schönherr verläßt uns die Fernseh- und Bühnenlegende einer ganzen Generation. Geprägt von Schlagfertigkeit und Witz unterhielt er über Jahrzehnte sein Publikum“, so der auch für Kunst und Kultur zuständige Bundesminister Josef Ostermayer. „Da das echte Leben nicht immer ‚Wünsch dir was‘ spielt, nutzte er seine Popularität und setzte sich aktiv für Gerechtigkeit, Frieden und für Hilfe zur Selbsthilfe ein. Er bewies, wie viel ein Einzelner mit Überzeugung, sozialer Haltung und Unterstützung Gleichgesinnter bewegen kann. Es



Foto: Land Tirol

LH Günther Platter verlieh dem verstorbenen Dietmar Schönherr 2008 das Verdienstkreuz des Landes Tirol.

war seine Vielseitigkeit, mit der er sein Publikum stets aufs Neue gewinnen und sein Lebenswerk zu einem Gewinn für uns alle machen konnte. Dafür gebührt ihm Dank und Anerkennung. Seiner Familie, seinen Freunden und Wegbegleitern wünsche ich in diesen schweren Stunden viel Kraft und Mut.“

Dietmar Schönherr wurde mit mehreren Preisen ausgezeichnet. 1976 erhielt er die „Goldene Kamera“ der „HörZu“. 1999 ehrte man ihn für sein politisches Wirken mit dem „Heinz-Galinski-Preis“. Im Rahmen des „Deutschen Fernsehpreises“ im Oktober 2005 er mit dem Ehrenpreis der Stifter bedacht. Im selben Jahr wurde er auch mit dem „Change the World Award“ des „Club of Budapest“ ausgezeichnet. Die Republik Österreich zeichnete ihn 2011 mit dem „Österreichischen Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse“ aus.

LH Platter und LRin Palfrader

Tirols Landeshauptmann Günther Platter und Kulturlandesrätin Beate Palfrader zeigten sich vom Ableben Dietmar Schönherrns tief betroffen: „Tirol hat einen vielseitigen

Künstler verloren, der in seiner langjährigen Karriere die Herzen der Menschen nicht nur als Schauspieler, Regisseur, Moderator, Schriftsteller und Sänger, sondern auch durch sein großes soziales Engagement eroberte.“

Für seine Verdienste als Schauspieler, Moderator und Autor sowie seine Tätigkeit als Entwicklungshelfer in Nicaragua zeichnete ihn das Land Tirol 2008 mit dem Verdienstkreuz aus. „Dietmar Schönherr ist uns allen ein Vorbild, denn er nützte seinen Erfolg und seine Popularität, um Kindern und Jugendlichen eine Perspektive zu geben“, erkennt LH Platter sein soziales Wirken an. Seinen Leitspruch – „Ich bin ein Träumer, der die Welt verbessern will“ – habe Schönherr in die Tat umgesetzt.

„Mit seinem großem schauspielerischen Können prägte er nicht nur die internationale Fernseh- und Theaterlandschaft, sondern auch das Tiroler Kulturleben“, würdigt LRin Palfrader sein berufliches Schaffen. Dietmar Schönherr war unter anderem Mitbegründer der Tiroler Volksschauspiele zunächst in Hall und dann in Telfs, wo er 1983 das Stück „Der Weibsteufel“ inszenierte. ■

<http://panyarte.de>

Therapeutische Parkinson-Impfung

Entscheidung zur Weiterentwicklung dank erster klinischer Daten – AFFiRiS AG veröffentlicht Phase I-Daten einer first-of-its-kind-Behandlung, die mit Unterstützung der Michael J. Fox Foundation entwickelt wird



Foto: AFFiRiS AG / MJFF

v.l.: Frank Mattner (CSO von AFFiRiS), Todd Sherer (CEO Michael J. Fox Foundation for Parkinson's Research's), Walter Schmidt (Walter Schmidt, Mit-Gründer und CEO der AFFiRiS AG) und Univ.-Prof. Achim Schöneberger (Gruppenleiter bei AFFiRiS)

Die AFFiRiS AG gab am 31. Juli auf einer Pressekonferenz in New York Ergebnisse einer klinischen Studie der Phase I (AFF008) bekannt, in der PD01A, eine Impfung gegen Parkinson, untersucht wurde. PD01A ist die erste gegen das Protein Alpha-synuclein gerichtete Therapie, die in einer klinischen Studie getestet wurde. Alpha-synuclein ist ein vielversprechendes Target für die Entwicklung einer Parkinson-Therapie.

Die Michael J. Fox Foundation for Parkinson's Research (MJFF) unterstützte die Studie mit 1,5 Millionen US\$ und präsentierte auf der Pressekonferenz die Bedeutung, die eine Therapie, die den Krankheitsverlauf positiv beeinflusst, für Patienten haben würde. Die Stiftung wird nun auch die anvisierte Anschluß-Studie unterstützen, in der eine Auffrischungsimpfung untersucht wird und die den nächsten Schritt in Richtung einer Phase II-Studie darstellt.

„Für die fünf Millionen Menschen, die weltweit bereits mit dieser Erkrankung leben – und für noch viel mehr Personen, die in unserer alternden Gesellschaft davon bedroht werden – wäre eine Behandlung, die

den Verlauf von Parkinson stoppt oder verlangsamt, eine wirkliche Chance“, sagte MJFF-CEO Todd Sherer. „Die AFF008-Studie ist diesbezüglich eine der vielversprechendsten Initiativen und wir sind stolz, dieses Engagement der AFFiRiS AG zu unterstützen.“

Im Rahmen der Studie erwiesen sich zwei unterschiedliche Dosen von PD01A als gut verträglich und sicher. Damit wurde der primäre Endpunkt der Studie erreicht. Ein sekundärer Endpunkt der Studie war die Ausbildung von Target-spezifischen Antikörpern. Eine für die Parkinson-Krankheit cha-



Foto: AFFiRiS / Petra Spiola

AFFiRiS beschäftigt in Wien aktuell 95 hochqualifizierte MitarbeiterInnen.



Foto: AFFiRiS / Petra Spiola

Die nächste Studie wird in Wien durchgeführt und wird auf die Beurteilung der immunologischen und klinischen Effekte einer Auffrischungsimpfung fokussieren.

rakteristische pathologische Läsion ist das sogenannte Lewy-Körperchen, das hauptsächlich aus Alpha-synuclein besteht und sich in den Nervenzellen des Gehirns anreichert, was deren Degeneration und schließlich Tod zur Folge hat. Wissenschaftler gehen davon aus, daß die Reduzierung der Alpha-synuclein-Ablagerungen Nervenzellen schützen würde. Die AFFiRiS AG setzt nun auf eine aktive Immuntherapie, um diese Theorie zu überprüfen und entwickelt eine Behandlung, die den Krankheitsverlauf modifizieren kann.

PD01A wurde in zwei verschiedenen Dosen (15 µg und 75 µg) an jeweils 12 Patienten in zwei Gruppen verabreicht. Alle Patienten erhielten vier Impfungen in monatlichem Abstand und alle führten die Studie bis zum Ende durch. Weitere acht Studienteilnehmer erhielten die beste verfügbare medizinische Versorgung inklusive einer Standardbehandlung ihrer Symptome und bildeten die Kontrollgruppe. Alle Studienteilnehmer wurden über 12 Monate hinweg regelmäßig untersucht und bewertet.

Bei 50 Prozent der geimpften Patienten wurden in Serumproben Alpha-synuclein-spezifische Antikörper festgestellt. Zusätzlich konnten impfinduzierte Antikörper auch im Liquor (Gehirn-Rückenmarks-Flüssigkeit) gefunden werden. Daß die Ausbildung von Antikörpern gegen Alpha-synuclein gelang, ist ein deutlicher Hinweis, daß das Prinzip der firmeneigenen therapeutischen Impfung von AFFiRiS funktioniert.

Die Auswertung der klinischen Endpunkte ergab einen Trend, konsistent über alle

analysierten Parameter, hin zu einer Stabilisierung der geimpften Probanden im Vergleich zur nicht geimpften Kontrollgruppe. Das erhobene pharmakodynamische Profil von PD01A und seine klinischen Effekte bilden die Basis für weitere Studien, wenn die Entwicklung fortgeführt wird.

„Die Sicherheit und Verträglichkeit, die wir in dieser Studie beobachten konnten, sind sehr erfreulich. Besonders, wenn berücksichtigt wird, daß die normale Funktion von Alpha-synuclein noch nicht bekannt ist“, sagte Walter Schmidt, Mit-Gründer und CEO der AFFiRiS AG. „Wir freuen uns über die andauernde Unterstützung der Michael J. Fox Foundation für die weitere klinische Entwicklung.“

Die nächste Studie wird in Wien durchgeführt und wird auf die Beurteilung der immunologischen und klinischen Effekte einer Auffrischungsimpfung fokussieren. Die Rekrutierung für die Studie beginnt im September 2014.

Die AFFiRiS AG mit Sitz in Wien entwickelt auf der Basis firmeneigener Patentpositionen maßgeschneiderte Peptid-Impfstoffe gegen Alzheimer, Parkinson, Diabetes und weitere Krankheiten mit dringendem medizinischem Bedarf und attraktiven Marktvolumina. Alzheimer ist die aktuelle Leitindikation. Die Investoren sind die MIG-Fonds und Athos Service GmbH, bei München, Deutschland. AFFiRiS beschäftigt am Campusgelände St. Marx in Wien aktuell 95 hochqualifizierte MitarbeiterInnen. ■

<http://www.affiris.com>

JKU Open Lab

Einmal Forschung zum Anfassen, bitte!

Junge Menschen für Technik und Naturwissenschaften begeistern – diesem Ziel hat sich die Johannes Kepler Universität (JKU) Linz verschrieben. Zusammen mit der Borealis AG wurde daher auf Initiative von Bildungslandesrätin Doris Hummer im Jänner 2013 das „JKU Open Lab“ eröffnet – und wurde binnen kürzester Zeit zum Riesenerfolg. 3252 SchülerInnen haben sich bereits als Nachwuchsforscher betätigt, wobei die Mädchen sogar in der Überzahl waren (1713 zu 1539). Begleitet werden sie durch ausgebildete BetreuerInnen, die ihnen intensiv zur Seite stehen. Darüber hinaus soll das „JKU Open Lab“ auch KindergartenpädagogInnen bei ihrer Arbeit mit naturwissenschaftlichen Schwerpunkten unterstützen. Ein Angebot, das auf offene Ohren stößt: Rund 20 Schulklassen kommen im Schnitt pro Monat, um an der JKU spielerisch die Welt zu erforschen. „Wir sind stolz darauf, wie gut das ‚JKU Open Lab‘ angenommen wird. Das schönste Ergebnis dabei ist es zu sehen, wie sich Begeisterung und Neugierde für Naturwissenschaften in den Kindern wecken lassen“, so Projektleiterin Silke Renger.

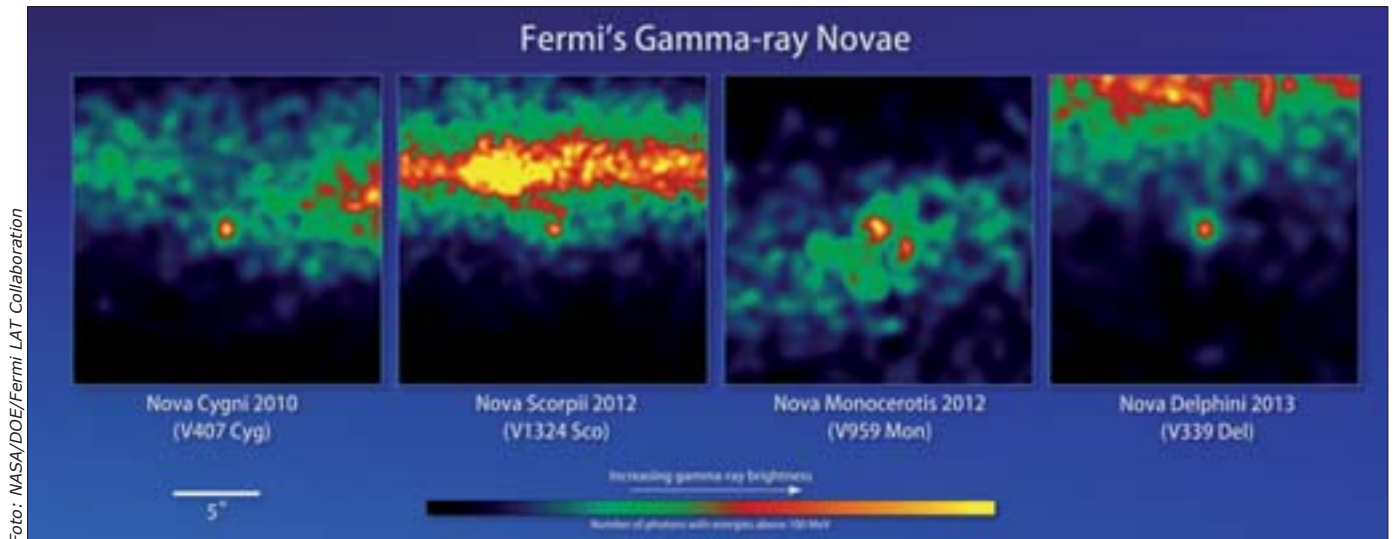
Die Welt der Wissenschaft ist groß, ebenso der Enthusiasmus der Kinder: „Manche Schulklassen waren schon dreimal bei uns“, schmunzelt Renger. Absolutes Lieblingsprojekt bei den Volksschulen ist der Kurs: „Eine Welt voller Farben“, wobei die Kleinen ein bunter Mix aus chemischen Experimenten erwartet. 38 Klassen haben diese Veranstaltung schon besucht. Die höheren Schulstufen machen sich am liebsten auf die „Mit der Wissenschaft auf Verbrecherjagd“, wo sich Nachwuchsdetektive aus 50 Klassen bereits an die Analyse von Fingerabdrücken und Blutspuren gemacht haben, um spielerisch einen Täter zu überführen.

Für JKU-Rektor Richard Hagelauer war das „JKU Open Lab“ eine Herzensangelegenheit: „Die JKU hat sich zum Ziel gesetzt, mehr junge Menschen für Technik und Naturwissenschaften zu begeistern. Das ist wichtig, um den studentischen und wissenschaftlichen Nachwuchs auf diesen Gebieten nachhaltig zu sichern und den in der Industrie und Wirtschaft steigenden Bedarf an Fachkräften in diesen Bereichen längerfristig decken zu können.“ ■

<http://www.openlab.jku.at>

Novae senden Gammastrahlen durchs All

Novae sind relativ häufig zu beobachtende Helligkeitsausbrüche am Sternenhimmel. Nun hat ein internationales Forscherteam unter Beteiligung der Innsbrucker Astroteilchenphysik den Nachweis erbracht, daß Novae wohl immer auch hochenergetische Gammastrahlen emittieren



Die vier bisher beobachteten Gammastrahlen Novae, die Farben zeigen die Stärke der Gammastrahlung (blau niedrig, gelb hoch)

Novae beziehen sich auf das lateinische „stella nova“ („neuer Stern“) und stellen eigentlich keine außergewöhnlichen astronomischen Phänomene dar. Schließlich kommen derartige Ereignisse etwa 30 bis 50 Mal pro Jahr in unserer Milchstraße vor. Klassische Novae sind auch keine wirklich „neuen“ Sterne, sondern bezeichnen charakteristische Helligkeitsänderungen im sichtbaren Licht von Doppelsternsystemen, deren eine Komponente ein Weißer Zwergstern ist, der eine spektakuläre thermonukleare Explosion seiner Sternoberfläche erleidet. Grund dafür ist der begleitende heiße Stern, der Materie abgibt und damit dem eigentlich „ausgebrannten“ kompakten Zwergstern wieder Brennstoff zuführt. Der wird dann auch entsprechend genutzt: Energie aus der Fusionsreaktion und Materie vom Zwergstern wird freigesetzt und in den Weltraum geschleudert. Das Sternensystem selbst bleibt dabei erhalten und kann eine derartige Episode nach Hunderttausenden von Jahren erneut durchleben.

Überraschend war hingegen, daß mit dem Fermi-Weltraumteleskop vor vier Jahren von einem solchen System auch hochenergetische Gammastrahlung detektiert werden konnte. „Bis dahin hatte niemand die Mög-

lichkeit in Erwägung gezogen, daß auch Novae Teilchen in den Gigaelektronenvolt-Bereich beschleunigen könnten und damit im Lichte der Gammastrahlung sichtbar sein würden“, sagt Olaf Reimer, Professor am Institut für Astro- und Teilchenphysik der Universität Innsbruck und Mitglied im Fermi Large Area Telescope Team. Dies konnte durch die gründliche Analyse des Nova-Ausbruchs von V407 Cyg in Verbindung mit der optischen Helligkeitsveränderung und beobachteter Gammastrahlung zweifelsfrei bewiesen werden.

Allerdings handelte es sich bei V407 Cygnus vermutlich um den eher seltenen Fall einer regelmäßig wiederkehrenden Nova mit einem Roten Riesen als Materiespender. Die Partnersterne umkreisen sich hier viel enger als bei klassischen Novae, und der Materiefluß zum Zwergstern ist entsprechend höher. Damit können sich Explosionen auf der Sternoberfläche bereits auf Zeitskalen von Jahrzehnten wiederholen.

Nun haben Beobachtungen mit dem Fermi Gammastrahlen-Teleskop in den Jahren 2012 und 2013 noch drei weitere Novae feststellen lassen, die unter den Namen V1324 Sco (im Sternbild des Skorpions), V959 Mon (im Sternbild des Einhornes) und V339

Del (im Sternbild des Delphins) verzeichnet sind. Hier handelt es sich aber um die häufigen und vergleichsweise unspektakulären klassischen Novae. Für alle drei dieser Beobachtungen sind große Gemeinsamkeiten in den Parametern zu verzeichnen: Die beobachteten Gammastrahlenspektren sind sehr ähnlich, schneiden bei vergleichbaren Energien (wenige GeV) steil ab, die Gammastrahlenemission wird typischerweise über zwei bis drei Wochen in täglichen Beobachtungen detektiert und Helligkeit im Gammastrahlenbereich vergrößert sich dabei typischerweise wenige Tage nach der Erstdetektion, d.h. erfolgt später als in den Wellenlängen des sichtbaren Lichtes.

„Wir können nun die Hypothese wagen“, sagt Olaf Reimer „daß alle klassischen Novae mit hochenergetischer Gammastrahlenemission einhergehen“. Der große Unterschied zwischen den zahlreichen Beobachtungen im sichtbaren Licht und den vier Novae im Gammastrahlenbereich über einen Zeitraum von etwa fünf Jahren Beobachtungszeit mit dem Fermi-Weltraumteleskop erklärt sich aus der Empfindlichkeit der Teleskope bei verschiedenen Wellenlängen. So werden die Novae im Gammastrahlenbereich nur aus dem vergleichsweise geringen Abstand (Licht-

laufzeiten zwischen neun- und fünfzehntausend Jahren) zu unserer Erde beobachtet, während die typischen Raten von mehreren Dutzend Novae pro Jahr über die gesamte Milchstraße hinweg zu verzeichnen sind.

Welche physikalischen Prozesse die Giga-elektronenvolt-Gammastrahlung in Novae produzieren, läßt sich jedoch noch nicht eindeutig identifizieren. „Wie in einigen anderen astronomischen Objekten am höchsten Ende des elektromagnetischen Spektrums ist die Emission sowohl über hadronische als auch leptonische Prozesse erklärbar“, sagt

Olaf Reimer. „In beiden Varianten kann genügend Energie in die Teilchenbeschleunigung gehen, die dann entsprechende Gammastrahlenproduktion nach sich zieht.“ Lediglich die speziellen Bedingungen im Doppelsternsystem wie beispielsweise die Magnetfeldstärke oder Intensität der Strahlungsfelder setzen die Präferenz für die Dominanz oder gar Exklusivität eines physikalischen Prozesses. „Leider kennen wir diese Bedingungen aber nicht gut genug oder beobachten noch nicht präzise genug, um dies bereits entscheiden zu können“, sagt Olaf

Reimer. Mit den jüngsten Beobachtungen des Fermi Gammastrahlen-Teleskops hat allerdings der exklusive Klub der extremen Hochenergiequellen im All recht unkapriziöse neue Mitglieder erhalten. Die Veröffentlichung erschien in der aktuellen Ausgabe des Fachmagazins „Science“. Am Bau der Detektoren auf Fermi und am Betrieb des Observatoriums sind neben der NASA und dem US-Energieministerium Forschungseinrichtungen in den USA, in Frankreich, Italien, Schweden, Deutschland und Japan beteiligt. ■

<http://www.nasa.gov/fermi>

Tür in die Welt der Quasiteilchen

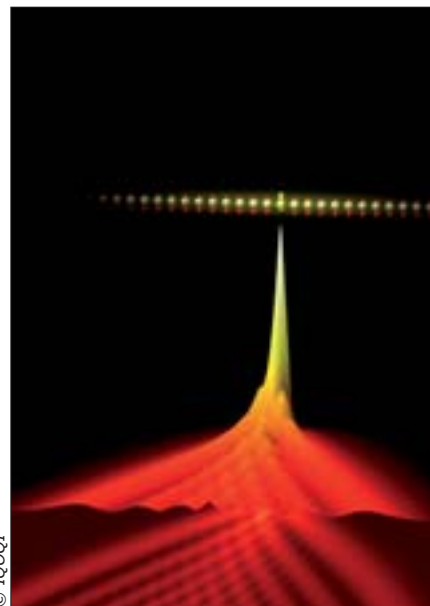
Quasiteilchen sind keine echten physikalischen Teilchen, und doch kann man mit ihnen physikalische Phänomene in Festkörpern sehr gut erklären.

Die Physiker um Christian Roos vom Institut für Quantenoptik und Quanteninformation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Innsbruck haben im Labor eine neue experimentelle Plattform etabliert, um Quantenphänomene zu studieren. In einer Kette aus gefangenen, ultrakalten Ionen können sie Quasiteilchen erzeugen und deren Eigenschaften sehr exakt kontrollieren und vermessen. „Quasiteilchen sind ein bewährtes Konzept der Physik, mit ihnen läßt sich das kollektive Verhalten von Teilchen vereinfacht sehr gut beschreiben“, sagt Christian Roos.

Im Labor nutzen die Physiker zwischen sieben und 15 Kalziumionen, die in einer Vakuumkammer gefangen und wie an einer Schnur aufgefädelt sind. Mit Hilfe von Lasern lassen sich die Quantenzustände der einzelnen Ionen präparieren. „Jedes Teilchen verhält sich wie ein kleiner Quantenmagnet, die sich dann auch gegenseitig beeinflussen“, erklärt Petar Jurcevic, Erstautor einer aktuellen Studie. „Wenn wir eines der Teilchen gezielt anregen, werden die anderen Teilchen dadurch beeinflusst. Das kollektive Verhalten beschreiben wir als Quasiteilchen.“ Diese bewegen sich vom Ort der Anregung in beiden Richtungen entlang der Ionenkette. Dabei entstehen Korrelationen zwischen den Teilchen. Die Ausbreitung von Anregungen wurde in den vergangenen Jahren bereits in Experimenten mit neutralen Atomen erforscht. Dabei konnte auch die Entstehung von Korrelationen zwischen den Teilchen gezeigt werden. „Wir haben nun erstmals nachgewiesen, daß es sich hierbei um Quantenkorrelationen handelt“, sagt

Roos. „Durch die Messung dieser Korrelationen können wir die Quantenverschränkung der Teilchen quantifizieren.“ So konnten die Physiker erstmals zeigen, wie sich die Verschränkung der Teilchen in einem Quantensystem ausbreitet.

Im Gegensatz zu den bisherigen Experimenten ist es den Innsbrucker Forschern erstmals auch möglich, die Reichweite der wechselseitigen Beeinflussung der Teilchen genau einzustellen: vom nächsten Nachbarn bis ins Unendliche. So können sie immer neue, andere Quasiteilchen in dem Quantensystem entstehen lassen.



Quasiteilchen bewegen sich vom Ort der Anregung in beiden Richtungen entlang der Ionenkette, wobei Korrelationen zwischen den Teilchen entstehen.

„Auf diese Weise können wir die Quasiteilchen fast nach Belieben manipulieren“, ist der an der Arbeit beteiligte Theoretiker Philipp Hauke begeistert. „Wir haben Jahrzehnte lang gebraucht, bis wir einzelne Quantenteilchen genau kontrollieren und manipulieren konnten. Nun steht uns auch eine Plattform zur Verfügung, mit der wir Quasiteilchen in ähnlicher Weise untersuchen und damit physikalische Phänomene erforschen können, die bisher experimentell nicht zugänglich waren.“ So läßt sich damit z.B. untersuchen, wie ein Quantensystem sein thermisches Gleichgewicht erreicht, ein Prozeß, der bis heute noch nicht verstanden wird. „Ein großes Ziel ist es auch, Quasiteilchen für die Quanteninformationsverarbeitung zu nutzen“, sagt Hauke. Aber auch die Rolle der Quantenphysik in Transportprozessen, wie sie ähnlich auch in der Biologie auftreten, könnte auf dieser Plattform studiert werden. Konkret arbeiten die Innsbrucker Physiker um Christian Roos nun an der Idee, erstmals die Wechselwirkung von zwei Quasiteilchen eingehender zu studieren.

Die nun in der Fachzeitschrift „Nature“ veröffentlichte Studie entstand in einer Zusammenarbeit der theoretischen Forschungsgruppe um Peter Zoller und der Experimentatoren um Rainer Blatt am Institut für Quantenoptik und Quanteninformation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Universität Innsbruck. Finanziell gefördert wurde sie vom österreichischen Wissenschaftsfonds FWF, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Forschungsrat ERC sowie der Tiroler Industrie. ■

<http://www.quantumoptics.at>

Neue Theorie ermöglicht Blick ins Innere der Erde

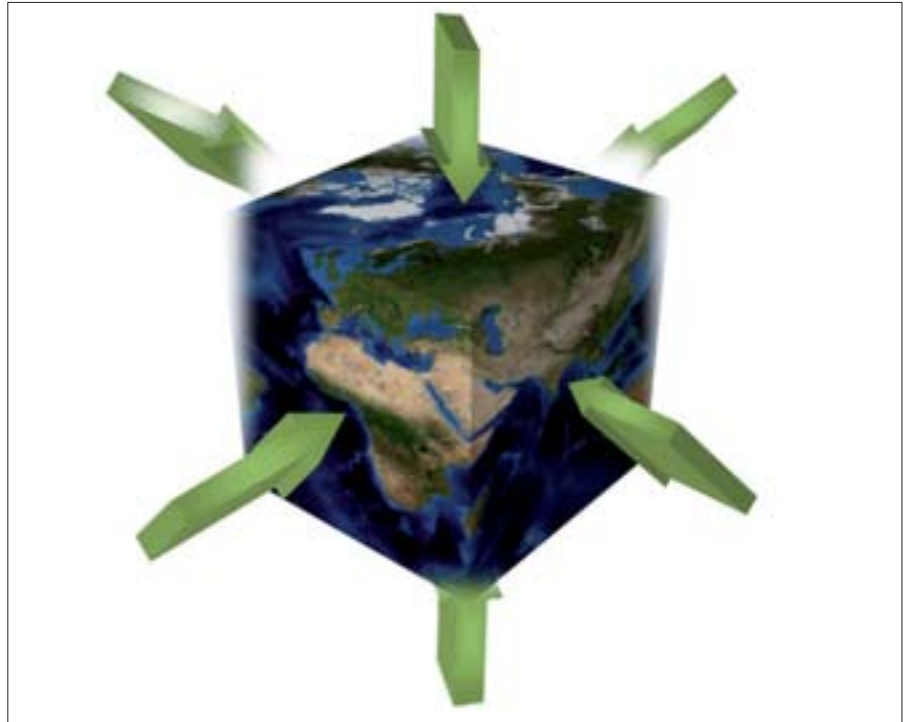
Unter extremem Druck kann es zu Phasenübergängen kommen, die sich mit herkömmlichen Methoden nicht berechnen lassen. Durch eine neue Theorie, entwickelt an der TU Wien und der Universität Wien, wird eine genauere Analyse seismischer Wellen und ein Einblick in die innersten Eigenschaften unserer Erde möglich.

Ins Innere unseres Planeten zu gelangen ist keine schwierige Aufgabe – das hat schon Jules Verne in seinem berühmten Roman „Die Reise zum Mittelpunkt der Erde“ beschrieben. Auch heute noch können wir nur indirekt durch seismische Messungen Information über Struktur und Zusammensetzung der Erde gewinnen. Um solche Daten allerdings richtig interpretieren zu können, braucht man eine exakte Beschreibung der Materialien im Erdinneren. Einem Team von Wissenschaftlern der TU Wien und der Universität Wien unter Führung des theoretischen Physikers Andreas Tröster (TU Wien) gelang es nun mit Hilfe quantenphysikalischer Berechnungen, bestimmte Phasenübergänge, wie sie bei hohem Druck im Erdinneren stattfinden, mit bisher noch nie dagewesener Präzision zu beschreiben. Die neue Theorie wurde nun im Fachjournal „Physical Review X“ publiziert.

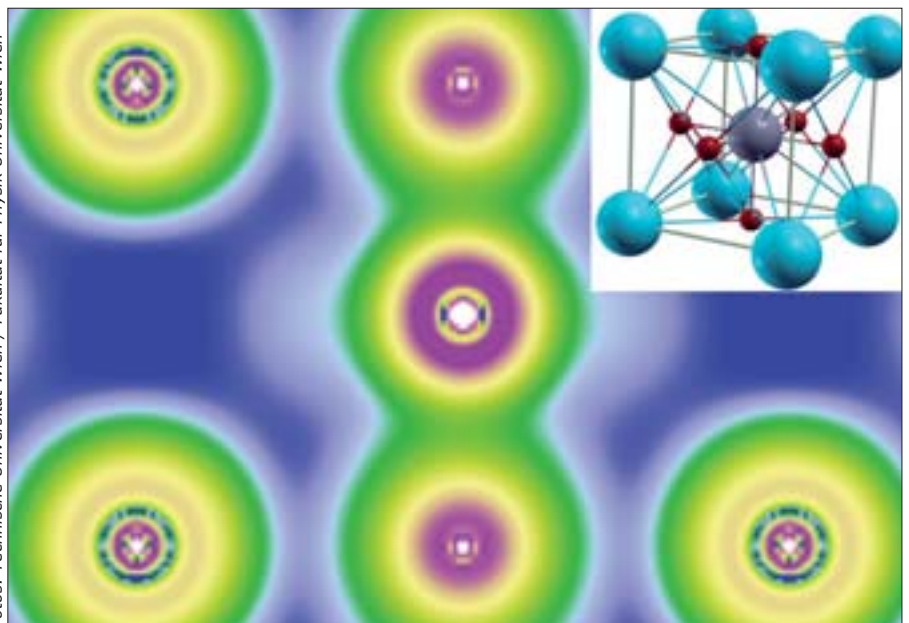
Hochdruckphasenübergänge geben Einblick ins Erdinnere

Das Innere unserer Erde ist bis heute noch nicht vollständig erforscht. Bekannt ist, daß rund 60 Prozent der Erde aus siliziumhaltigen Materialien – sogenannten Perowskit-Strukturen – bestehen, der mächtige untere Mantel sogar zu 93 Prozent. Diese Mineralien sind in der Erde einem enorm großen Druck ausgesetzt. Der im Zentrum herrschende Druck von 360 Giga-Pascal entspricht einem Gewicht von zehn Millionen Elefanten auf einer Fläche von einem Quadratmeter. „Dadurch kann es unter bestimmten Bedingungen zu Hochdruckphasenübergängen kommen, bei denen sich die innere Struktur der Mineralien ändert“ erklärt Trösters einstiger Doktorvater, der Materialphysiker Wilfried Schranz von der Arbeitsgruppe „Physik Funktioneller Materialien“ der Universität Wien.

Die Struktur des Erdkörpers wird untersucht, indem man seismische Wellen analysiert. Ihr Ausbreitungsverhalten wird durch die elastischen Eigenschaften der Materia-



In der Erde herrscht gewaltiger Druck – die Phasenübergänge, die sich dadurch ergeben, können nun endlich berechnet werden.



Fotos: Technische Universität Wien / Fakultät für Physik Universität Wien

Computerberechnung der Valenzelektronendichte in Strontiumtitanat. Inset: Die Perowskit-Struktur

liem im Erdinneren festgelegt. „Diese elastischen Eigenschaften können sich in der Nähe von strukturellen Phasenübergängen als Funktion von Druck und Temperatur stark ändern“, erklärt Schranz. „Bis heute gibt es aber leider keinen veröffentlichten experimentellen Datensatz zu den elastischen Eigenschaften der Materialien im Erdmantel bei realistischen Druck- und Temperaturbedingungen, geschweige denn von Materialien im tiefen Erdinneren.“ Man ist daher auf Berechnungen angewiesen.

Eine Erweiterung der Landau-Theorie

„Quantenmechanische ab-initio-Computersimulationen erlauben zwar die Berechnung von elastischen Eigenschaften von Materialien bis zu extremen Drücken, die Einbeziehung von Temperatureffekten ist dabei aber nur beschränkt möglich“, erklärt der theoretische Chemiker Peter Blaha. Phasenübergänge in Kristallen werden seit vielen Jahren mit Hilfe der „Landau-Theorie“ beschrieben. Sie erweist sich bei Drücken, mit denen wir normalerweise zu tun haben, als äußerst nützlich. „Bei hohem Druck kommt es aber zwangsläufig zu nichtlinearen Effekten, die man in der bisherigen Landau-Theorie vernachlässigen muß“, sagt Andreas Tröster. Das bedeutet zwar mathematisch eine enorme Vereinfachung, kann aber rasch zu Fehlern von sage und schreibe 100 Prozent führen. Einige Vorhersagen von Materialeigenschaften bei hohem Druck, die mit den bisher verwendeten Methoden berechnet wurden, müssen daher vermutlich auch einer gründlichen Revision unterzogen werden.

Lange wurde daher nach einer mathematisch konsistenten Erweiterung der Landau-Theorie auf Hochdruckphasenübergänge gesucht. „Uns gelang das nun mit Hilfe von Gruppentheorie, nichtlinearer Elastizitätstheorie und quantenmechanischen Dichtefunktionalberechnungen am Computer“, erklärt Tröster: „In dieser lange gesuchten Erweiterung der Landau-Theorie wird erstmals auch der bei hohen Drücken entscheidende nichtlineare Beitrag zur elastischen Energie eines Kristalls mathematisch konsistent berücksichtigt.“

Um die neue Theorie zu testen, wandte man sie auf Strontiumtitanat an, einen Perowskit, dessen Eigenschaften bereits gut bekannt sind. „Anhand dieses Schlüssel-Materials konnten wir demonstrieren, daß unsere Theorie exzellent mit den gemessenen Daten übereinstimmt“, sagt Wilfried Schranz. Das zeigt, welche hohe Qualität bei der Beschreibung von Hochdruckphasenübergän-

gen mit Hilfe von quantenmechanischen Dichtefunktionalberechnungen erreicht werden kann. „In Zukunft werden wir durch ein enges Zusammenspiel von experimenteller Arbeit, Computersimulationen und analytischer Theorie die gewonnenen Daten in

große geophysikalische bzw. seismologische Modelle integrieren können. Damit werden wir zu einem immer besseren Verständnis des Aufbaus und der Eigenschaften unserer Erde gelangen“, freut sich Andreas Tröster. ■ <http://www.tuwien.ac.at>

Spitzenforschung macht Schule

PreisträgerInnen & SchülerInnen erleben Wissenschaft

Ab sofort erleben SchülerInnen in Österreich die „Faszination Forschung“ hautnah. Das ist den höchst dekorierten WissenschaftlerInnen des Landes zu verdanken: den Wittgenstein-PreisträgerInnen. Mit Unterstützung des Wissenschaftsfonds FWF gründeten sie die sogenannte „Wittgenstein-Akademie“, deren Mitglieder Ende Juni erstmals ganz persönliche Spitzenforschung an österreichische Schulen brachten. Neben der individuellen Vermittlung von Wissen in den 6. und 7. Schulstufen fordern die PreisträgerInnen die SchülerInnen dabei auch heraus: Schulprojekte, die im Zusammenhang mit der Forschung der PreisträgerInnen stehen, können von der Wittgenstein-Akademie finanziell unterstützt werden – nach Auswahl der besten Ideen. Damit wird auch der anspruchsvolle Wettbewerb um Drittmittel erlebbar, der den Forschungsalltag prägt – und den man auch mit echter Begeisterung gewinnt.

Gute Wissenschaft lebt von der Kontinuität des Erkenntnisgewinns – über Generationen hinweg. Diese Erkenntnis haben Österreichs SpitzenforscherInnen schon lange gewonnen und jetzt die Herausforderung, junge Menschen für Wissenschaft zu begeistern, engagiert angenommen. Dafür gründeten sie die Wittgenstein-Akademie, eine Gemeinschaft von WissenschaftlerInnen, die alle TrägerInnen des prestigeträchtigsten Wissenschaftspreises Österreichs sind, des Wittgenstein-Preises. Das umfangreiche Programm, an dem bereits 10 Schulklassen sowie mehrere individuelle Gruppen teilnahmen, startete nun in einer Pilotphase mit den ersten spannenden Präsentationen und Diskussionen zu den aktuellen Arbeiten der PreisträgerInnen.

Zum Hintergrund der Wittgenstein-Akademie meint Prof. Jörg Schmiedmayer vom Atominstitut der Technischen Universität Wien und Wittgensteinpreisträger des Jahres 2006: „Unsere Initiative soll schon Jugendlichen die Möglichkeit eines persönlichen Kontakts mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geben. So kann der Funke der Forschungsbegeisterung überspringen und

Interesse an der Wissenschaft entfachen.“ Um dieses Ziel zu erreichen, ging das Wittgenstein-Team um Prof. Schmiedmayer bei der Planung durchaus pragmatisch vor. „Uns war aufgefallen, daß nach den Zeugniskonferenzen am Anfang des Sommers der Routineunterricht zur Herausforderung wird. Da wollten wir den Verantwortlichen eine Alternative bieten – den Besuch eines echten Hightech-Labors mit persönlicher Betreuung durch Spitzenforscherinnen oder -forscher.“ Dank des großen Interesses fiel dann das Angebot der Wittgenstein-Akademie bereits im ersten Jahr sehr üppig aus.

So konnten sich SchülerInnen in der letzten Juni-Hälfte des Jahres topaktuelle Forschungsthemen wie die Quantenphysik und ihre „Verrücktheiten“ sowie Informationsverarbeitung auf zellulärer Ebene erklären lassen, einzelne Atome sichtbar machen oder erfahren, was kälteste Materie mit Präzisionsuhren und das Mittelalter mit unseren heutigen Vorurteilen zu tun haben. Doch statt trockenem Unterricht aus dem Schulbuch genossen die SchülerInnen dabei die Ausführungen der begeisterten WissenschaftlerInnen in deren Labors, die dabei gleichzeitig ein realistisches und spannendes Bild ihres Forschungsalltags gaben.

Doch die Mitglieder der Wittgenstein-Akademie engagieren sich über das reine Vermitteln von Wissen hinaus. Denn sie bieten auch echte Anreize, Begeisterung für Forschung gleich an konkreten Projekten anzuwenden.

Tatsächlich vermittelt diese vom FWF unterstützte Initiative neben neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft auch einen ganz persönlichen und individuellen Einblick in den Berufsalltag österreichischer SpitzenforscherInnen. Die Authentizität wird dabei durch das persönliche Engagement der Wittgenstein-PreisträgerInnen gewahrt, die gleichzeitig aufgrund ihrer herausragenden Leistungen ideale Rollenmodelle für zukünftige WissenschaftlerInnen bieten. ■

<http://wittgenstein-akademie.at>

Forschungsprojekt Ecotram erfolgreich abgeschlossen

Bis Mai war die Energiespar-Bim der Wiener Linien im Rahmen des Forschungsprojekts „EcoTram“ auf der Linie 62 unterwegs, mit dem Ziel Energiesparpotenziale bei Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage von Niederflurstraßenbahnen festzustellen. In den vergangenen 10 Monaten sammelte die EcoTram wichtige Daten hinsichtlich des Energieverbrauchs im Fahrgastbetrieb. Rund 4200 Kilowattstunden beziehungsweise mehr als 13 Prozent Energie sparte die EcoTram beim Lüften, Heizen und Kühlen in diesem Zeitraum ein. Das entspricht in etwa dem Jahresenergieverbrauch eines durchschnittlichen österreichischen Haushalts.

Seit 2009 arbeiteten die Wiener Linien gemeinsam mit Siemens und den Partnerunternehmen Rail Tec Arsenal, SCHIG mbh, TU Wien sowie Vossloh Kiepe an dem vom Klima- und Energiefonds geförderten Projekt. In der ersten Phase wurden zuerst Daten einer serienmäßigen ULF-Straßenbahn im Klima-Windkanal und im Linienbetrieb gesammelt. Anschließend wurden Maßnahmen zur Effizienzsteigerung entwickelt und in einem Prototyp – der EcoTram – eingebaut.



Foto: Siemens AG

Bis Mai war die Energiespar-Bim der Wiener Linien im Rahmen des Forschungsprojekts »EcoTram« auf der Linie 62 unterwegs.

Nach erneuten Tests im Klima-Wind-Kanal wurde die EcoTram im Fahrgastbetrieb eingesetzt.

In der Test-Bim kam ein umfangreiches Maßnahmenpaket, z.B. ein vorausschauend handelndes Kühl- und Heizsystem, CO₂-Sensoren zur Bestimmung der optimalen Frisch-

luftzufuhr, ein mehrstufiges Kühlsystem oder spezielle Beklebungen der Seitenscheiben, zum Einsatz. Erstmals wurde außerdem eine Wärmepumpe in einer Straßenbahn eingebaut, die durch die Nutzung der Umgebungswärme und -kälte energiesparendes Heizen und Kühlen ermöglichte. ■

Innovation aus Österreich erobert die Gewässer der Welt

Die CHILLI ISLAND vereint die Vorzüge von Beach-Toy, Badeinsel und Elektrobot und ist sowohl für Privatkunden als auch für kommerzielle Betreiber konzipiert“, faßte Jung-Unternehmerin Alexandra Kraft die Vorzüge des innovativen Designkörpers zusammen. Nach rund einjähriger Entwicklungsarbeit stach die CHILLI ISLAND in Weiden zu ihrer Jungfernfahrt in den Neusiedlersee. Im Anschluß an eine etwa halbjährige Erprobungsphase wird die Design-Innovation aus Österreich ab dem Frühjahr 2015 regulär an Interessenten ausgeliefert werden können. Sie besticht durch eine Mischung aus ansprechendem Design und luxuriösen Accessoires wie einer Soundanlage, die via Bluetooth von Smartphones und Tablets aus angesteuert werden kann, einem integrierten Getränkehalter sowie Gläserhaltern. Gesteuert wird komfortabel mit einem Sidestick. „Design trifft auf Luxus und Funktionalität“, bringt Kraft das Konzept hinter der eleganten CHILLI ISLAND auf den Punkt.

Die CHILLI ISLAND wird in drei Varianten erhältlich sein, die sich durch die Motorleistung und Ausstattungsqualität unterscheiden. Die Basis-Version wird rein



Foto: CHILLI ISLAND / Andreas Haider

Zu Beginn wird die CHILLI ISLAND in drei Ausstattungsvarianten zu 9.450, 11.950 und 13.950 Euro angeboten. Die Designs sind in vielen unterschiedlichen Farbvarianten frei wählbar – auch individuelle Gestaltungen und Brandings sind möglich.

süßwassertauglich sein und über einen Antrieb von 0,5 kW verfügen. Das läßt je nach Wind und Wellen Geschwindigkeiten von drei bis sechs Stundenkilometern zu. Die Premium-Variante wird mit einem Motor der Firma Torqeedo ausgestattet und mit rund 1,2 kW Leistung Geschwindigkeiten von bis zu neun Stundenkilometern erreichen. Ausserdem wird die Premium-Variante über eine

integrierte Unterbodenbeleuchtung sowie eine wasserfeste Halterung für eine GoPro-Kamera verfügen, um den Badespaß zum unvergeßlichen Erlebnis werden zu lassen. Geschwindigkeit steht jedoch nicht im Vordergrund des neuen Designkörpers, auf dem zwei Personen in ergonomisch designten Liegen gemütlich Platz finden... ■

<http://www.chilli-island.com>

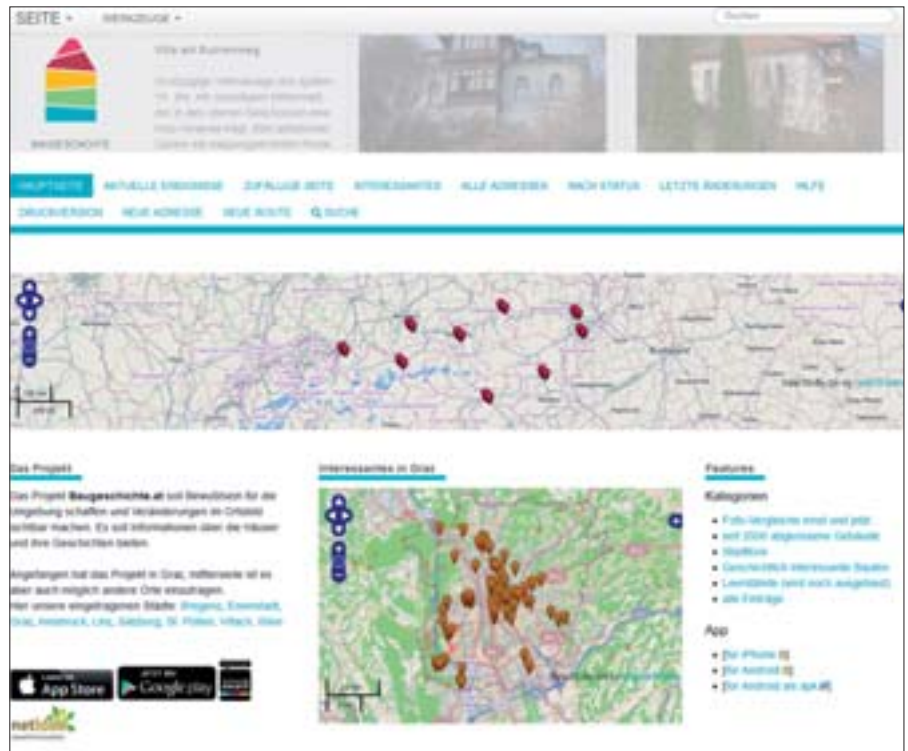
Projekt Baugeschichte.at

Ziel des Grazer Projektes baugeschichte.at ist es, alte Ansichten der Stadt zu sammeln und aktuellen Ansichten gegenüberzustellen, aber auch generell die Geschichte der Häuser und der Umgebung zu sammeln und zu vermitteln. Im Stile einer Wikipedia kombiniert mit Stadtplan können die Veränderungen in der Stadt sichtbar gemacht und kommentiert werden. Die Seite bietet, neben Informationen über die Gebäude, auch Bilder von Gebäuden die nicht mehr stehen, sowie einige Suchmöglichkeiten (z.B. nach Architekten). Die Informationen zu den Gebäuden können auch Geschichten über das Leben in der Stadt, die Geschäfte oder bedeutende Ereignisse enthalten.

Eine Handy-App ergänzt die Webseite und bietet Neugierigen die Möglichkeit einer Stadterkundung vor Ort, zudem können Routen zu bestimmten Themengebieten angelegt und begangen werden.

Das Projekt wurde als Graz-Wiki gestartet. Die individuellen Einträge und Kategorisierungen beziehen sich daher bislang größtenteils auf Graz. Allerdings ist mittlerweile das System auch über Graz hinaus nutzbar, und die Entwickler rund um Martin Brunner haben daher angefangen, die denkmalgeschützten Gebäude aus der Wikipedia zu importieren, damit auch diese in der App verfügbar sind.

Außerdem eignet sich Baugeschichte.at ebenfalls für kleinere Orte und Gemeinden, die ihre Stadtgeschichte archivieren wollen,



sich aber kein großes Softwareprodukt leisten wollen/können. Das Endprodukt ist als Open Source verfügbar.

Die Graz-Wiki wurde im Rahmen der Netidee (eine Initiative der Internet Foundation Austria) gefördert und bekam aufgrund der technischen Umsetzung die Auszeichnung „Semantic Mediawiki des Monats Juli 2012“. Auch von der offiziellen Homepage der Stadt Graz gelangt man über das

Weltkulturerbe durch einen Link diese Seite. Das Datenmaterial entstand durch freiwillige Mithilfe und Beisteuerung von BenutzerInnen, durch die Erlaubnis das AGIS-Datenmaterial zu nutzen, sowie durch die Unterstützung seitens der Initiative „SOKO Altstadt“.

Der Datenbestand wird laufend erweitert und es kann im Prinzip jeder mitmachen. ■ <http://baugeschichte.at>

KinderUni an der JKU: Schlaue Kids stürmten Campus

Erstmals startete diesen Sommer die neue KinderUni OÖ – ein Portal für sämtliche Kinderuni-Aktivitäten des Landes. An diesem Schulerschluß sind die KinderUni Steyr, die KinderUni Linz, die KinderUni Wels, die KinderUniHagenberg, die KinderUniEnnstal und die KinderUniAlmtal beteiligt; die wissenschaftliche Leitung liegt bei der Johannes Kepler Universität (JKU) Linz. Der Erfolg war gewaltig: Von 16. bis 18. Juli besuchten 390 junge Nachwuchsforscher die rund 100 Veranstaltungen an der JKU.

„Die KinderUni macht Kindern und Jugendlichen Lust aufs Forschen und Experimentieren. Ein Land braucht junge Querdenkerinnen und Querdenker – sie sind die Studierenden und damit die Innovations-träger von morgen“, freute sich auch JKU-Rektor Richard Hagelauer über den regen Zuspruch.

Von 5 bis 16 Jahren wurden altersgerechte wissenschaftliche Veranstaltungen angeboten, wobei die inskribierten Neo-Studierenden von über 50 Dozenten aus 21 JKU-Instituten und Abteilungen begleitet wurden. Dabei wurde nicht nur spielerisch Wissen vermittelt, sondern durchaus anspruchsvoll gearbeitet. So wurde in Forschungslabors experimentiert, E-Gitarren gebaut, in Raumanzüge geschlüpft und vieles mehr. Besonders aufregend für die Kleinsten: Sie durften im Open Lab mit Labormantel und Laborbrille zum Wissenschaftler werden und selbst chemische Experimente durchführen.

Einblick in die Welt der Wissenschaft

Auch so mancher Berufswunsch wurde laut: So ist sich eine junge Studentin aus dem dreitägigen Strafrechtsworkshop „Rechte – Regeln – Richter“ (Leitung: Prof. Alois Birk-

bauer, Institut für Strafrecht) jetzt sicher, daß sie Staatsanwältin werden will. Internationaler Flair kam ebenfalls auf: Institutsvorständin Iris Fischlmayr (Institut für Internationales Management) beteiligte sich mit einer Vorlesung, die via Skype direkt aus Melbourne übertragen wurde, wo sie derzeit als Gastprofessorin tätig ist.

Auch Gäste waren gerne auf dem JKU-Campus: Kurt Kortrschal, Verhaltensforscher und Wissenschaftler des Jahres 2010, begeisterte mit seiner Geschichte von Wölfen, Hunden und Menschen. Und DJ Dan von Texte entdeckte einige Talente in seinem Hip Hop-Workshop. Auch die Dozenten waren begeistert: „Am meisten lerne ich selber dabei“, meinte Gerhard Haderer nach seinem Comic-Workshop. Insgesamt verzeichnete die KinderUni Linz 600 Teilnehmer. ■

<http://www.jku.at>

Joan Miró

Von der Erde zum Himmel – 12. September 2014
bis 11. Januar 2015 in der Albertina Wien



© Successió Miró 2014/Bildrecht, Wien, 2014

Joan Miró, *Der Bauernhof*, 1921/22, Öl auf Leinwand; National Gallery of Art, Washington - Schenkung Mary Hemingway, 1987

Der Katalane Joan Miró ist der Dritte in einer Reihe herausragender Künstler, die dem Surrealismus verbunden, doch in ihrem Denken und ihrem Ausdruck so eigenständig sind, und denen die Albertina in einer Ausstellungsreihe seit 2011 auch in Österreich Gehör verschafft. Nach den Retrospektiven zu René Magritte 2011/12 und zu Max Ernst 2013 ist auch jene zu Joan Miró Teil des Albertina Ausstellungsprogramms zu Künstlern eines weit gefassten Surrealismus, die in der Gemäldesammlung der Albertina, der Sammlung Batliner, vertreten sind.

Wie die Surrealisten, will auch Miró neue Wege finden, die Welt zu betrachten. Während Magritte dies durch Bild- und Sprachrätsel tut und Max Ernst künstlerische Verfahren entdeckt, um Unbewusstes aus seinem Inneren hervorzuholen, sind es bei Miró Poesie und Intuition, die ihn inspirierten. Ebenfalls im Sinne des Surrealismus findet er den Ausgangspunkt seines Schaffens aber auch in dem, was ihn unmittelbar umgibt. Miró war ein Künstler, dessen Arbeit zeit seines Lebens mit den Wurzeln seiner Herkunft und zugleich einem Wunsch nach Frei-

heit und Unabhängigkeit verbunden war. Die Hingabe an die katalanische Landschaft und die gleiche Faszination für alle Dinge und Wesen formen den Grund seines Schaffens. Seine Malerei, die von so viel Leichtigkeit, Spontaneität, Poesie und Freiheit ist, entsteht tatsächlich aus einem bedachten Arbeitsprozeß und einer Affinität zum Naturbelassenen und Ursprünglichen.

Mit einer Auswahl von rund 100 Werken – Gemälde, Papierarbeiten und Objekte – zeichnet die Ausstellung in der Albertina den gedanklichen und handwerklichen Weg



© Successió Miró 2014/Bildrecht, Wien, 2014

Joan Miró, *Landschaft (Landschaft mit Hahn)*, 1927; Fondation Beyeler, Riehen/Basel

des Künstlers nach, und folgt dabei dem zentralen Motto des Künstlers: „von der Erde zum Himmel“. Von André Breton, dem führenden Kopf der Surrealisten, zunächst wegen seiner „naiven“ und „intellektuell begrenzten Kunstvorstellung“ kritisiert, ist es genau dieser Zugang, der Mirós Werk so unbeschwert erscheinen lässt. Miró hat seine Wahrnehmung gereinigt und diese Kindlichkeit des Sehens als Basis für eine ernsthafte Auseinandersetzung und die uneingeschränkte und gleichermaßen aufmerksame Faszination für alle Dinge erkannt. Wie so viele kreative Wege, wird auch jener des Katalanen Miró durch die Dynamik des Aufeinanderprallens von Gegensätzlichem angetrieben und geformt. Die immer wieder betonte und in seinen Werken tatsächlich nachvollziehbare treibende Kraft, zieht er aus jenen Impulsen, die er durch sein abwechselndes Leben am Land und in der Stadt erlebt: ein Reisender zwischen seinem Landhaus in Montroig/Tarragona oder der Ruhe des damals noch unberührten Mallorca und dem pulsierenden (visuell, akustisch, physisch sowie in intellektuell bereichernder Hinsicht) städtischen Leben in Paris und Barcelona.

Der stille, schweigsame und zurückgezo-

gen lebende Künstler, der nicht viel auf gesellschaftliche Ereignisse und Zusammenkünfte gab, lieber seine ganze Konzentration

und Hingabe in seine Arbeit legen wollte, hat in mehr als 80 Jahren Werke geschaffen, deren visueller Reiz nichts von der Anstren-



© Successió Miró 2014/Bildrecht, Wien, 2014

Joan Miró, *Spanish Flag*, 1925, Öl auf Leinwand; Privatsammlung, Schweiz Photo: Peter Schälchli, Zürich

Tate – erworben 1951 © Successió Miró 2014/Bildrecht, Wien, 2014



oben: Joan Miró, Malerei (Frauen und Vogel im Mondschein), 1949, Öl auf Leinwand

rechts: Joan Miró, Peinture, 1933, Prag, Narodni Galerie

gung, die er der künstlerischen Arbeit ange-deihen ließ, erahnen lassen. Die so bunten, fröhlichen und in ihrer Formen- und Farb-gewalt so auffallenden Bilder und Objekte, präsentieren sich ganz anders als es das Wesen und die Erscheinung ihres Schöpfers waren.

Mirós Leben war seine Kunst. Er vereint das Bodenständige und Naturbezogene - den „katalanischen Bauern“ – ebenso wie den Denker, oft auch den Grübler – den Philosophen, den Suchenden und „Mystiker“. Mit den Inhalten seiner Werke gelangt er nicht selten in spirituelle, kosmische Ebenen. Dieser Gegensatz gab den entscheidenden Impuls für seine Kreativität.

Auch wenn man Miró aufgrund seiner Zurückhaltung gerne unpolitisch nennt, war



© Successió Miró 2014/Bildrecht, Wien, 2014

ihm stets um das Wohl der Menschheit gelegen – doch kämpfte er mit den ihm eigenen Mitteln. Der Wunsch nach Harmonie und eine Haltung, die allen Lebewesen den gleichen Respekt entgegenbringt, mögen augenscheinlich keinen notwendigerweise zeitpolitischen Kommentar nach außen tragen. Miró war an einer Universalität gelegen, nicht an unverrückbaren Werten, doch an der Erkenntnis grundlegender Wirklichkeiten. Sein Ziel war nicht der dauerhafte Bestand seiner Werke, sondern die Vermittlung einer Botschaft, deren Wirkung eine große Bandbreite der Menschheit erreicht.

Wenn Miró seine Beobachtungen der Umgebung zu einer poetisch-visionären und universellen Bildwelt führt, ist die Realität zwar Ausgangspunkt, doch niemals Endziel. Ihre Transformation in ein System von Farben und Formen ist der Leitfaden seiner Schaffensidee. Die Bildsprache ist magisch und universell. Monde, Sonnen, Sterne und Kometen, Augen und Insekten, Vögel und Frauen bevölkern seine Bilder; an Zeichen wie diesen wird die poetische Interpretation seines Interesses an der Erde und am Kosmos ablesbar, an Flora und Fauna und nicht zuletzt am Menschen und seiner Stellung darin. Miró läßt in seinen Werken – anders als die Surrealisten – kein unbewusstes Material manifest werden. Seine Bilder geben private Visionen vom Ursprünglichen, vom eigentlich Wesentlichen der Dinge, von der Welt und des Universums. ■

<http://albertina.at>

Salotto.Vienna

Wiener Kunstsalon in Triest – präsentiert vom Österreichisches Museum für angewandte Kunst / Gegenwartskunst von 1. August bis 14. September 2014



Foto: Gemeinde Triest

Die ehemalige Triester Fischhalle wird zum Katalysator für inspirierende Begegnungen der kulturellen Akteure Wiens und Triests.

Für 33 Nächte verwandelt die Wiener Kunst- und Kulturszene die ehemalige Triester Fischhalle (Ex Pescheria – Salone degli Incanti) zum Katalysator für inspirierende Begegnungen der kulturellen Akteure Wiens und Triests. Auf Einladung der Stadt Triest eröffnet dort am 1. August 2014 der „Wiener Kunstsalon“ (Salotto.Vienna), ein Kunstsommer unter der künstlerischen Schirmherrschaft des Österreichischen Museums für angewandte Kunst / Gegenwartskunst MAK, kuratiert von Jürgen Weishäupl und seinem interdisziplinären artprojects-Team. Der Wiener Kunstsalon transferiert die vibrierende Atmosphäre der Belle Époque ins beginnende dritte Jahrtausend.

BesucherInnen sind eingeladen, durch Ausstellungen und Installationen zu spazieren, Performances zu erleben, sich Diskussionen zu stellen, zur Musik zu tanzen oder in den österreichischen Kurzfilm von heute einzutauchen. Im Mittelpunkt steht der Dia-

log, die Lust an Konversation und gegenseitigem Austausch.

Die Städte Wien und Triest verbindet eine lange gemeinsame Geschichte sowie Kultur und Architektur und damit verbunden eine international orientierte, kulturelle Vielfalt. Nicht immer verlief die Beziehung reibungslos, doch die Stadt Triest ist überzeugt, daß ein steter kultureller und wirtschaftlicher Austausch eine Chance für eine Vertiefung der positiven Verbindung im Herzen Europas bietet und daß es die zeitgenössische Kunst vermag, das Gemeinsame der beiden Städte zu unterstreichen.

„Es ist von großer Bedeutung für die Stadt Triest, die zeitgenössische Kunst wieder in den Mittelpunkt zu stellen, wobei Innovation, Forschung und Experiment die Grundlagen nicht nur für die kulturelle, sondern auch für die wirtschaftliche Entwicklung bilden“, sagt der Bürgermeister von Triest, Roberto Cosolini. Und weiter: „Daher erschien

es mir geradezu ideal, ein Museum wie das MAK für dieses Projekt zu gewinnen. Das MAK realisiert interdisziplinäre Kunstprojekte auf höchstem Niveau und wir glauben an die Idee, die Beziehungen mit Wien ausgehend von solchen Projekten wieder zu einer neuen Blüte zu führen. Dies umso mehr in einem Jahr, in dem wir das 100. Jubiläum eines so tragischen Ereignisses wie des Beginns des 1. Weltkriegs begehen. Daher wollten wir ein positives Zeichen setzen, das in die Zukunft blickt und nicht nur an die Tragödien der Vergangenheit erinnert“, so Cosolini.

Die an das MAK ergangene Einladung der Stadt Triest, die künstlerische Schirmherrschaft für dieses ambitionierte Projekt zu übernehmen, hat Christoph Thun-Hohenstein, Direktor des MAK und Verfechter interdisziplinärer Kunstprojekte, gerne angenommen. Thun-Hohenstein: „Der Wiener Kunstsalon in Triest bietet eine willkommene Gelegenheit, das zeitgenössische kreative

Kultur

Wien aus neuer Perspektive zu beleuchten. Als Mehrspartenmuseum mit internationalem Profil erscheint das MAK prädestiniert, den grenzüberschreitenden Austausch von Künstlerinnen und Künstlern der verschiedensten Disziplinen voranzutreiben. Die ehemalige Fischhalle direkt am Hafen in Triest, die in jüngster Zeit für künstlerische Projekte genützt wird, bietet eine eindrucksvolle Bühne für die Präsentation der Vielfalt und des kreativen Potenzials der Wiener Kunst- und Kulturszenen.“

Mit dem Ansatz eines Salons greift der „Wiener Kunstsalon in Triest“ ein in der Wiener Moderne beliebtes Format auf und schafft damit eine inspirierende Verknüpfung von Tradition und Experiment – eines der Kernanliegen des MAK. Wie schon bedeutende Salons in Wien um 1900, wie etwa jener von Berta Zuckerandl, bietet der „Wiener Kunstsalon in Triest“ eine Plattform für anregende Begegnungen von Persönlichkeiten verschiedenster Kunstsparten. In Jürgen Weishäupl – einem profunden Kenner der künstlerischen Szenen Wiens mit großer Italienerfahrung – fanden die Stadt Triest und das MAK den idealen Produzenten und Kurator für dieses Vorhaben.

Jürgen Weishäupl ist erfreut über die positiven Reaktionen der Wiener Kulturschaffenden, in und mit Triest zu arbeiten. Als Grund dafür sieht er die tiefgehenden kulturellen Verbindungen der beiden Städte, die in der Wiener Kunstszene diesen Aufbruch nach Triest auslösen. „Anstatt die Kunstwerke im Original zu zeigen, waren wir bestrebt, die Akteure der interdisziplinären Wiener Kunstszene einzuladen und durch reale Präsenz und mediale Vermittlung die zeitgenössischen Schwingungen Wiens nach Triest zu bringen. Die Szenografie des Kunstsalons entwickelten wir im Team mit dem Architekturbüro und Initiator des Kunstsalon Giovanni Damiani. Im Mittelpunkt steht die Salon-Atmosphäre, in der sich die Menschen begegnen, Ideen und Meinungen austauschen und wo Künstler, Performer und Leiter von Kultur- und Wirtschaftsinstitutionen ihr Schaffen präsentieren und zur Diskussion stellen. Die Kunst braucht wieder ihre Polis. Diskurs und persönlicher Austausch müssen erneut ins Zentrum der Aufmerksamkeit der Kunst gerückt werden.“

Unter anderen werden folgenden Wiener Institutionen, Organisationen, Galerien etc.

vertreten sein: Akademie des Österreichischen Films, ART for ART, Charim Galerie, Galerie Emanuel Layr, Galerie Krinzing, Galerie Steinek, Haus der Musik, Impuls-Tanz, Kunsthalle Wien, Kunsthaus Wien, KÖR – Kunst im Öffentlichen Raum Wien, Leopold Museum, MQ – MuseumsQuartier, MICA -music austria, Parabol Art Magazine, Roter Teppich, sound:frame, Stadthalle Wien, TQW – Tanzquartier Wien, Universität für angewandte Kunst Wien, Wien Modern, Wien Products und Wiener Wohnen.

Darüber hinaus nehmen KünstlerInnen, Performer, MusikerInnen, DesignerInnen, RegisseurInnen etc. wie etwa Anna Blume, Nin Brudermann, Victoria Coeln, Johannes Deutsch, Julius Deutschbauer, Paul Divjak, Christoph Dostal, Thomas Draschan, eSeL, VALIE EXPORT, Luca Faccio, Andreas Fogarasi, foxytwins, Silke Grabinger, Daniel Hoesl, Edgar Honetschläger, Erwin Kienast, Jan Lauth, Liquid Loft, Rita Nowak, mediaOpera, Phace | Contemporary Music, Meinhard Rauchensteiner und viele andere teil.

Alle Veranstaltungen finden bei freiem Eintritt statt.

<http://www.mak.at>



Foto: Gemeinde Triest.

Für 33 Nächte Herberge für Wiener Kunst im »Salotto.Vienna« – die ehemalige Fischhalle am Triester Hafen

Leonardo der Naturmalerei

Vor 200 Jahren kehrte der botanische Zeichner Ferdinand Bauer (1760-1826) nach der ersten Umsegelung des australischen Kontinents nach Österreich zurück.

Anlässlich dieses Jubiläums zeigt das Naturhistorische Museum Wien eine Präsentation seiner Arbeiten zur australischen Flora und Fauna.

Eine kleine Schau, die in Kooperation mit der australischen Botschaft in Wien entstand, ist von 27. August bis 28. September 2014 zu sehen.

Ferdinand Bauer (1760-1826) war der erste Europäer, der die einzigartige Tier- und Pflanzenwelt Australiens detailliert und umfassend festhielt. 1817 schrieb Johann Wolfgang von Goethe über ihn: „Daher wird man beim Anblick dieser Blätter bezaubert; die Natur ist offenbar, die Kunst versteckt, die Genauigkeit groß, die Ausführung mild, die Gegenwart entschieden und befriedigend.“

Der international anerkannte österreichische Zeichner gilt als einer der bedeutendsten botanischen Künstler aller Zeiten. Obwohl als „Leonardo der Naturmalerei“ bezeichnet, ist er in seiner Heimat kaum bekannt. Das Naturhistorische Museum Wien besitzt mehr als 2.000 seiner Bleistiftskizzen und Zeichnungen.

Ferdinand Bauer wurde als einer von drei Söhnen in Feldsberg (heute Valtice, Tschechische Republik) geboren. Er arbeitete mit Baron Nikolaus von Jacquin, Professor für Botanik und Chemie an der Universität Wien und Direktor des Botanischen Gartens, und dem bedeutenden britischen Botaniker John Sibthorp zusammen.

1784 bat Sibthorp Bauer, ihn als naturhistorischer Zeichner auf einer Reise nach Griechenland und zu den griechischen Inseln zu begleiten. Anschließend kehrten sie gemeinsam nach England zurück, wo Bauer die Zeichnungen für seine *Flora Graeca* fertigstellte. Dort lernte er Sir Joseph Banks kennen, der ihn 1801 als botanischen Zeichner für die Expedition nach Terra Australis unter Kapitän Matthew Flinders vermittelte. Bei dieser Reise wurde der australische Kontinent zum ersten Mal umsegelt.

1805 kehrte Bauer nach England zurück, im Gepäck 11 Kisten mit 1542 Zeichnungen von australischen Pflanzen, 180 von Pflanzen der Norfolk Inseln und über 300 von Tieren. Die nächsten fünf Jahre arbeitete er an seinem Werk „*Illustrationes Florae Novae Hollandiae*“.



© NHM Wien, Alice Schumacher

Bild oben: Koala; Bild unten: Totentrompete



© NHM Wien, Alice Schumacher

Im August 1814 kam Bauer nach Wien zurück, wo er in ein kleines Haus in Hietzing in der Nähe Schönbrunn zog und 1826 starb. In Wien setzte er seine herausragende Arbeit fort und trug wesentlich zum „Codex

Liechtenstein“ bei, einem wichtigen Nachschlagewerk mit mehr als 3000 botanischen Zeichnungen. ■

<http://www.nhm-wien.ac.at>

http://de.wikipedia.org/wiki/Ferdinand_Bauer

K.U.SCH. Eine Themenpalette

ZEIT KUNST NIEDERÖSTERREICH widmet der Künstlergruppe K.U.SCH. die erste umfassende Retrospektive und beleuchtet ausgehend vom Frühwerk alle wesentlichen Aspekte ihres facettenreichen und eigenwilligen Œuvres.



© Bildrecht, Wien 2014. Foto: K.U.SCH.

K.U.SCH., *Großer Rahmen auf Rädern*, 1979/1980, 294 x 197 x 12 cm

Die Ausstellung „K.U.SCH. Eine Themenpalette“ ist vom 27. September 2014 bis 22. Februar 2015 in der Shedhalle des Landesmuseums Niederösterreich in St. Pölten zu sehen.

Seit 1972 bezeichnen sich die seit ihrer Heirat 1968 als Duo auftretenden Renate Krätschmer (geb. 1943) und Jörg Schwarzenberger (1943–2013) offiziell als Künstlerkooperative K.U.SCH, der seit 2006 auch ihr Sohn Sito angehört. Ihr vielfältiges Œuvre, das auf die unmittelbare Verknüpfung von Kunst und Leben abzielt, umfaßt Objektkunst, Malerei, Zeichnung, Film, Design, Land-Art, Performance und Theater und ist von Anfang an von einem dezidiert gesellschafts- und konsumkritischen Bewußtsein geprägt.

Den eigentlichen Beginn der künstlerischen Zusammenarbeit von Krätschmer und Schwarzenberger markieren Objekte und Möbel, die auf eine intensive Auseinandersetzung mit der Farbenlehre Goethes und Harald Küppers zurückgehen und die Wir-



© Land Niederösterreich. Bildrecht, Wien, 2014. Foto: Rita Newman

K.U.SCH., *»Blitz-Art-Schier«*, 1980
Acryl/Holz, Metall, Höhe 150 cm
Landessammlungen Niederösterreich

kung von Farbe, Form und Linie im Verhältnis zu Raum und Fläche thematisieren. Parallel dazu entstanden, angeregt durch das „New American Cinema“, mehrere experimentelle Filme, die dokumentarische und künstlerische Elemente in sich vereinigen.

1978 übersiedelte das bis dahin in Wien ansässige Paar für einige Jahre auf einen Vierkanthof in Kirnberg bei Melk (NÖ), den so genannten Stroh Hof, wo die beiden im Sinne einer ganzheitlich-kreativen Selbstverwirklichung und im Einklang mit den Zyklen der Natur lebten, Gemüse anbauten und Ziegen züchteten: „Das Leben am Bauernhof kann [...] im Nachhinein vielleicht als eine intime Form von Gesamtkunstwerk verstanden werden.“, so Jörg Schwarzenberger.

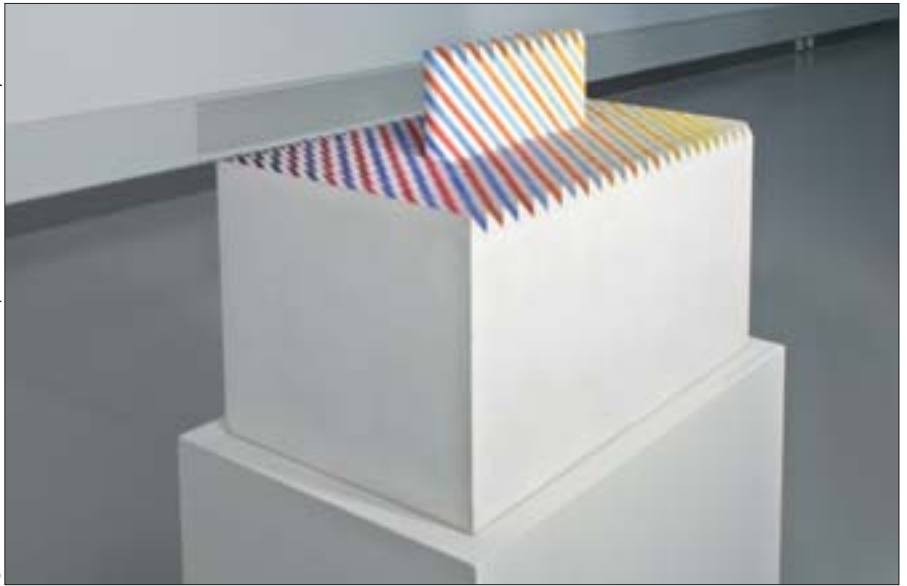
Die eigene Erfahrung des Eingebunden-Seins in die Natur einerseits und die Beschäftigung mit den Kulturen verschiedener Naturvölker andererseits forcierte zunehmend K.U.SCH.'s Interesse für Rituale und Masken, was schließlich in der Idee ihres

Kultur

Prozessionstheaters kulminierte. Die erste Umsetzung eines solchen gesamtkunstwerkartigen Spektakels fand unter dem Titel „Annäherung an das Fremde“ 1988 im Rahmen des Donaufestivals in Krems statt: Ähnlich einer Fronleichnamprozession zogen etwa 50 Mitwirkende – Maskenträger, Musiker, Tänzer, Schauspieler und andere Akteure – nach genauen Anweisungen und mit verschiedenen, von K.U.SCH. gestalteten Masken, Stäben und Schilden ausgestattet, würdevollen Schrittes durch die Kremser Altstadt, wobei es bei bestimmten Stationen zur Aufführung von kurzen szenischen Performances kam. Dem Titel gemäß ging es „um die Erregung einer kontemplativen Aufmerksamkeit, – darum, die Fremdheit der Masken als die eigene Fremdheit sich selbst gegenüber wahrzunehmen (wahrnehmbar zu machen).“

Ein weiterer wichtiger Aspekt im Schaffen von K.U.SCH. ist die mit absurden und zugleich titelgebenden Wortkreationen einhergehende Objektkunst, in der sie auf sarkastisch-ironische Art den Warenfetischismus unserer Zeit zum Thema machen. Indem sie Dinge, die aus völlig unterschiedlichen Zusammenhängen stammen, miteinander kombinieren und nach dem genitalen Prinzip als männlich oder weiblich kategorisieren, werfen sie ein assoziatives Netz aus, in dem

© Land Niederösterreich. Bildrecht, Wien 2014. Foto: Christoph Fuchs



Jörg Schwarzenberger, »Rhythmische Formation (Schiff)«, 1971, Dispersion, Acryl/Holz, 77 x 42 x 42 cm; Landessammlungen Niederösterreich

„alles um uns herum vermittelt seiner Körperhaftigkeit, Bezüglichkeit und Ausstrahlung zu uns spricht, auf uns wirkt [...].“

Die seit längerem geplante Ausstellung, die sich anhand eines chronologisch-thematischen Parcours dem von K.U.SCH. angestrebten Ideal eines Gesamtkunstwerks anzunähern versucht, findet bedauerlicherweise in memoriam Jörg Schwarzenberger statt, der nach schwerer Krankheit im De-

zember 2013 verstorben ist, aber an der Konzeption noch maßgeblich mitgewirkt hat.

Zur Ausstellung erscheint im Kerber Verlag eine bilinguale Publikation mit Beiträgen von Katharina Blaas-Pratscher, Linda Christianell, Renald Deppe, Bodo Hell, Hartwig Knack, K.U.SCH., Wolfgang Müller-Funk, Christian Reder, Dieter Ronte, Alexandra Schantl und Peter Zawrel.

<http://www.zeitkunstnoe.at>

© Bildrecht, Wien 2014. Foto: K.U.SCH.



K.U.SCH., Art-Roller, 1977, museum moderner kunst stiftung ludwig wien, Metall, Lack, 80 x 138 x 10 cm

Punctum.

Bemerkungen zur Photographie – von 26. Juli bis
21. September 2014 im Salzburger Kunstverein



courtesy of the artist

Anna Jermolaewa, ohne Titel, 2010/2014

Punctum“ ist eine Ausstellung, die das Wesen der Fotografie heute untersucht. Bestehend aus fünfzig Fotografien, die von KünstlerInnen, KuratorInnen und SchriftstellerInnen ausgewählt wurden, und begleitet von einer Vortragsreihe sowie einer Publikation, nimmt die Ausstellung ihren Ausgangspunkt beim Begriff des „punctum“, wie ihn Roland Barthes in seinem Buch „Die helle Kammer. Bemerkungen zur Photographie“ einführt.

Was die Fotografie anlangte, so hielt mich ein „ontologischer“ Wunsch gefangen: Ich wollte unbedingt wissen, was sie „an sich“ war...

Roland Barthes, Die helle Kammer

Barthes benutzt den Begriff „punctum“ als sprachliches Mittel, um die Bedeutung von Fotografie zu untersuchen. Der Begriff bezieht sich auf ein besonderes Detail einer Fotografie, das den Betrachter fesselt oder „verwundet“ und es zu einem Objekt der Reflexion vervollständigt. Barthes geht je-



courtesy Privatsammlung

Carleton Watkins, Section Grizzly Giant, Mariposa Grove, California, 1861, Albuminpapierabzug

doch noch darüber hinaus und schreibt eine Reihe weiterer phänomenologischer Betrachtungen dieser Sphäre des „punctum“ zu.

Für die Ausstellung wurden die TeilnehmerInnen eingeladen, Fotografien auszuwählen, die für sie das Konzept des „punctum“ emblematisch verkörpern, speziell im Kontext der heutigen Fotografie und unserem konstanten Ringen um Ästhetik. Jede ausgewählte Fotografie wird von einem kurzen, beschreibenden Text begleitet, der die Gründe der Entscheidung erhellen soll. Den Hintergrund des Projekts bilden die fortwährenden, ontologischen Überlegungen zur Fotografie, besonders heute, lange nach ihrer Digitalisierung und weiteren Universalisierung. Fotografie ist immer problematisch gewesen, als eine sogenannte indexikale Form, als Ersatz für Erinnerung, als manipuliertes Mittel, als Instrument der Beobachtung, Kontrolle und des Militarismus, und auch als vielumstrittene Kunstform.

Mit der Evolution der Fotografie in das digitale Zeitalter hinein haben sich diese

Kultur

Problemfelder wohl vervielfacht. Der Schriftsteller Geoff Dyer, zum Beispiel, argumentiert, daß digitale Fotografie „frei von jeglichen Qualitäten vergangener Zeit zu sein scheint“, daß sie keine der Eigenschaften mehr besitze, die Barthes ihr zugeschrieben habe. Barthes zufolge ist die Fotografie „das lebendige Bild von etwas Totem“ und daher wohnt ihr etwas einer „Auferstehung“ inne.

Würde diese Meinung heute standhalten, in einer Zeit, in der die Fotografie von einem konstanten, sich immerzu verändernden und unaufhaltsamen Fluß der Bilder mitgerissen wird? Würden wir heutzutage noch den Begriffen Barthes wie „profunde Verrücktheit“, „geteilte Halluzination“ oder „das Irreversible“ als elementare Definitionen der Fotografie zustimmen? Oder müssen wir uns nicht erneut fragen: Was ist der ontologische Status der Fotografie?

rechts: Willie Doherty, *Incident*, 1993, Cibachrome kaschiert auf Aluminium

unten: *Spring Hurlbut, Deuil II: James # 5*, 2008, Pigmentdruck

Die Ausstellung wird von einer Vortragsreihe zu aktuellen Themen der Fotografie heute begleitet. In Zusammenarbeit mit Fotohof edition wird ein Katalog publiziert.

BesucherInnen werden eingeladen, ihr ganz persönliches „punctum“ zur Ausstellung hinzuzufügen. ■

<http://www.salzburger-kunstverein.at>



courtesy of the Irish Museum of Modern Art, Dublin



courtesy of Georgia Scherman Projects, Toronto

Oö. Kulturstudie 2014

Kunst und Kultur in Oberösterreich in den Augen der Bevölkerung

Das Land untersucht regelmäßig die Meinung der OberösterreicherInnen zu wichtigen Themen aus den Bereichen Kunst und Kultur. Diese Kulturstudien geben nicht nur Aufschluß über die Haltung der Menschen im Land, sie sind auch Gradmesser für die Weiterentwicklung des Kulturlandes Oberösterreich. Dazu werden für jede Studie inhaltliche Schwerpunktthemen definiert. 2014 waren dies die Bereiche Gedenkjahre, Denkmalschutz und der Höhenrausch.

Stichprobe und Methodik der Kulturstudie 2014

Die Studie wurde vom market Institut durchgeführt. Projektleiter war David Pfarrhofer. Deren Ergebnisse basieren auf 754 persönlichen face-to-face Interviews, die von 11. bis 30. Juni 2014 in ganz Oberösterreich geführt wurden. Die Ergebnisse (maximale statistische Schwankungsbreite +/- 3,64 %) sind repräsentativ für die oberösterreichische Bevölkerung ab 15 Jahren.

Aktuelle Stimmungslage in Oberösterreich

Stabilität und Zufriedenheit sind die Schlagworte, die die Einstellung der OberösterreicherInnen zu ihrem Bundesland am besten beschreiben. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren ist nur ein leichter Rückgang zu spüren, insgesamt sind auch heuer 80 Prozent der Bevölkerung mit der aktuellen Situation in Oberösterreich zufrieden (24 % sehr zufrieden, 56 % zufrieden).

Kulturland Oberösterreich

Die OberösterreicherInnen bezeichnen ihr Heimatbundesland gerne als Kulturland (29 % auf jeden Fall, 56 % eher schon).

Oberösterreichs besondere kulturelle Stärken werden von den Menschen in der Tradition (43 % voll und ganz, 40 % eher), dem vielfältigen Angebot (39 % voll und ganz, 36 % eher), dem Abwechslungsreichtum (29 % voll und ganz, 41 % eher), aber auch in der Qualität der gebotenen Kulturprojekte (28 % voll und ganz, 43 % eher) gesehen.

Das Linzer Musiktheater

Die oberösterreichische Bevölkerung wünscht sich das neue Haus als breit gefächerte Bühne für alle Sparten des



Foto: Land OÖ / Kraml

Pressekonferenz im OÖ. Presseclub mit Landeshauptmann Josef Pühringer (r.) und Projektleiter David Pfarrhofer vom market Institut

Musiktheaters, es soll allen Formen der Bühnenkunst eine Heimat bieten. Besonders wichtig ist den Befragten auch ein populärer Spielplan, um größtmögliche Breitenwirkung zu erzielen; weiterhin sind die OberösterreicherInnen davon überzeugt, daß das neue Musiktheater eine Chance für den Standort Oberösterreich darstellt. Der gewählte Standort wird als attraktiv beschrieben – in diesem Punkt ist die Zustimmung im Jahr 1 nach der Eröffnung sogar angestiegen. Die Kritik am Musiktheater nimmt immer mehr ab.

Erfreulich sind die geplanten Besuche für die kommende Spielzeit: Ein Fünftel (19 %) will in der Saison 2014/15 auf jeden Fall zu Gast im neuen Haus sein, ein weiteres Viertel (27 %) hat dies – zumindest vorsichtig - in Planung. Damit wird fast das Niveau des Eröffnungsjahres (mit besonders intensiver Berichterstattung über das neue Haus) erreicht.

Denkmalpflege in Oberösterreich

Denkmalpflege ist für die oberösterreichische Bevölkerung von Bedeutung – knapp 90 Prozent beurteilen Denkmalpflege als zumindest wichtig (38 % sehr wichtig, 50 % wichtig). Vor allem die Generation ab 40 ist von der Bedeutung der Denkmalpflege überzeugt, jüngere OberösterreicherInnen sehen darin etwas weniger Bedeutung. Die Gründe für diese hohe Zustimmung liegen auf der Hand – man sieht einerseits den Auf-

trag, die Kulturdenkmäler für kommende Generationen zu erhalten, und andererseits kommt Kulturdenkmälern aus touristischer Sicht eine wichtige Rolle zu.

Höhenrausch

Für rund 80 % der Bevölkerung ist der Linzer Höhenrausch ein Begriff, in Linz ist dieses Projekt durchgängig verankert. Und: Vor allem Frauen haben schon zumindest davon gehört. Knapp die Hälfte der Kenner war in den vergangenen Jahren einmal zu Gast beim Höhenrausch – überdurchschnittlich gut vertreten ist die Alterskohorte 30 bis 59 Jahre sowie Personen aus Linz.

Gedenkjahre

Etwas mehr als drei Viertel der oberösterreichischen Bevölkerung beurteilen Gedenkjahre als wichtig (32 % sehr wichtig, 47 % wichtig) und knapp zwei Drittel (61 %) interessieren sich auch dafür (21 % sehr interessant, 40 % interessant). Bei beiden Fragestellungen wird eine klare Korrelation mit dem Alter deutlich: Mit zunehmendem Alter steigt die wahrgenommene Bedeutung von und das Interesse an Gedenkjahren.

Den Hauptnutzen von Gedenkjahren sieht man darin, daß damit wichtige Ereignisse nicht in Vergessenheit geraten und man zum Nachdenken angeregt wird – vor allem aber auch sollen Gedenkjahre helfen, damit junge Menschen aus der Geschichte lernen können. ■

8. Schrammel.Klang.Festival

Das Musikfest in Litschau ist höchst erfolgreich über die Bühnen gegangen.



© Karl Satzinger

Das Schrammel.Klang.Festival in Litschau lockte von 4. bis 6. Juli Tausende BesucherInnen an den Herrensee (ausgegeben wurden weit über 6000 Festivalpässe). Doch bei diesem Festival geht es nicht um Rekorde und Besuchermassen, sondern um den stimmigen, entspannten Genuß von Musik in wunderschöner Waldviertler Landschaft.

Dank der neuen Bühne bei der „Fischerhütte“ konnten die ZuhörerInnen einen zusätzlichen Spielort besuchen, der mit einem hervorragenden Fisch-Grill einen auch kulinarisch erfreulichen Neuzugang im Programm bot.

Eröffnet wurde das Festival Freitagabend unter dem Motto „Unendliche Weiten“ von der Wiener Tschuschenkapelle, die 2014 ihr 25jähriges Bestehen feiert, und immer wieder gerne auch Ausflüge ins Wienerische macht.

Die Strottern & Blech sind eine Klasse für sich, und das bekundete auch lautstark das begeisterte Publikum im Herrenseetheater, bevor es am Eröffnungsabend nach der gemütlichen Schrammel. Jam.Session mit Altmeistern wie Kurt Girk, Willi Lehner, Bäuml & Koschelu die heuer erstmals präsentierten magischen Lichtilluminationen von THIS.PLAY im See bestaute.

Der Highlights wären noch viele zu nennen, etwa die Samstag-Matinée mit dem unvergleichlichen Duo Hodina-Havlicek und dazu Traude Holzer, die mit großem Ver-

»bratfisch« (Bild oben) auf der Waldbühne und die Natursänger Willi Lehner und Kurt Girk (Bild unten) waren am Schrammel.Pfad zu Gast.



© Karl Satzinger

gnügen ihre ironisch-sarkastischen Lieder sang; die über 90 Konzerte am Samstag und Sonntag am Schrammel.Pfad (mit Agnes Palmisano, Fiaker Fiasko, den Mondscheinbrüdern, den Strottern, Wiener Brut und und und); Roland Neuwirth und die Extremschrammeln am Samstagabend, gefolgt von Karl Ritters unbändigen „Schrammelübermalungen“. Birgit Denk nahm die Besucher in ihrem fulminanten Abschlusskonzert am Sonntagabend mit „durch die Wüste“. Zahl-

reiche Kinder nahmen am Kinderworkshop mit Angelika Steinbach-Ditsch teil.

Ermöglicht wird das von Zeno Stanek erfundene und geleitete Festival unter anderem von 140 ehrenamtlichen Helfern aus Litschau und Umgebung sowie von den 40 KomparInnen, die in Kostümen aus der Gründerzeit für ein hübsches Schrammel-Feeling sorgen und damit an die Namensgeber des Festivals erinnern. ■

<http://www.schrammelklang.at>

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In der **79. Folge** portraitiert er

Oscar Straus

Komponist

Oscar Nathan Straus, drei Jahre nach Etablierung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie als Sohn des Bankiers Leopold Straus und seiner Gattin Gabriele am 6. März 1870, einem Sonntag, in Wien-Leopoldstadt geboren, änderte später seinen Namen in Straus, um Verwechslungen mit der berühmten Strauss-Dynastie zu vermeiden. Er studierte in Wien und Berlin Musik und begann als Kapellmeister an Provinzbühnen in Brünn, Teplitz und Mainz. 1893 entstand sein erster Bühneneinakter, 1900 machten ihn einige musikalische Farcen für Stars an Ernst von Wolzogens Kabarett „Überbrett!“ in Berlin bekannt, 1903 schrieb er die Musik für ein Tanzduett in einem Kurzfilm der Maesters Projektion. Nachdem ihm Johann Strauss zum „freschen Walzer“ riet, überraschte er 1904 nach anfänglich kleinen Versuchen mit der Parodie „Die lustigen Nibelungen“, die 1907 vorgestellte Operette „Ein Walzertraum“, daraus das Walzerlied „Leise ganz leise ...“, brachte es im „Carltheater“ in Wien auf über 1000 Aufführungen. Mit seinem Gespür für alle Aspekte des Musiktheaters, dem umfangreichen Gesamtwerk sowie einem melodischen Einfallsreichtum voll Geist, Charme und Originalität zählt Straus zu den Repräsentanten der großen Wiener Walzer- und Operettentradition.

Das wienersche Flair in seinem Schaffen erweckte auch die Aufmerksamkeit Hollywoods. Fox Film Corporation kaufte sein 1928 mit dem Librettisten Armin Robinson erarbeitetes Stück „Hochzeit in Hollywood“, das unter dem Titel „Married in Hollywood“ als einer der frühen Tonfilme in die Kinos kam. Am ersten Tag des Jahres 1929 offerierte ihm Warner Bros. auf Empfehlung ihres Musikchefs Ernö Rappée, einer von Straus' ältesten Freunden, per Kabel ein Engagement für drei Monate. Der Filminteressierte verstand, daß die beginnende Synchronisation von Bild und Ton der Musik die Tore zur Welt öffnete und eine neue Dimension der Verbreitung ermöglichte. Noch vor der Ankunft in Amerika erhielt Straus auf dem Schiff ein von den prominentesten Bühnen- und Filmkomponisten unterzeichnetes Begrüßungstelegramm¹⁾. Der Empfang in der Traumfabrik war bombastisch, in der Los Angeles Station erwarteten ihn Erich Wolfgang Korngold, Leopold Stokowski, der Prager Rudolph Friml, Irving Berlin, Vicki Baum, Gloria Swanson und Pola Negri, auf einer riesigen Party zu Ehren des 50. Geburtstags Ernst Lubitschs erwiesen ihm Greta Garbo, Marlene Dietrich, Mary Pickford, Charles Chaplin, Douglas Fairbanks, Cecil B. de Mille und weitere Größen Hollywoods ihre Reverenz. Die Begegnung mit George Gershwin betrachtete er als Zusammenkunft Europas mit Amerika. Tags darauf erwarteten ihn die Gebrüder Warner am Eingangstor des Studios, eine unübliche Ehrung, das Publicity Department stellte ihn im großen Rahmen der Presse vor. Straus nahm anschließend sein Office in Augenschein, eine Suite, die Warners für den jeweils wichtigsten Mann auf ihrer „pay roll“ bereit hielten. Die zwei Jahre zuvor hatte der Sänger, Schauspieler und Entertainer Al Jolson darin residiert.

Indigniert mußte Oscar Straus allerdings bald zur Kenntnis nehmen, daß der Enthusiasmus um seine fabulöse Verpflichtung eines realen Hintergrunds entbehrte. In der Zeit des beginnenden Tonfilms



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Oscar Straus

wurden viele Pläne gemacht und nicht ausgeführt, Straus oblag es damals lediglich, die Sonne Kaliforniens und in seiner Residenz in den Hollywood Hills die Gesellschaft attraktiver und interessanter Menschen zu genießen. Erst kurz vor Vertragsende und der geplanten Heimreise offerierte ihm MGM's Chief Producer Irving Thalberg ein akzeptables Angebot zur Mitarbeit an dem Musical „A Lady's Moral“, eine Jenny-Lind-Biografie²⁾. Der im Anschluß fertiggestellte Score für den Film „Daybreak“ nach einem Stoff Arthur Schnitzlers („Spiel im Morgengrauen“) blieb ungenutzt, da man den Streifen im Endeffekt ohne Musik produzierte. Teile der Partitur integrierte MGM später in das Lawrence-Tibbett-Musical „The Prodigal“ (auch „The Southerner“). Schwer enttäuscht brach Straus den Hollywood-Aufenthalt ab, kurz nach der Einschiffung in New York erreichte ihn

Serie »Österreicher in Hollywood«



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Oscar Straus mit seinem zweimaligen kongenialen Produzentenpartner Ernst Lubitsch

jedoch der dringende Rückruf von Ernst Lubitsch, der für Paramount eine US-Filmversion des „Walzertraums“ plante. Straus folgte der Bitte, arbeitete mit dem Berliner „producer-director“ am Buch des Films mit dem Titel „The Smiling Lieutenant“, adaptierte dafür seine Musik aus dem „Walzertraum“, schrieb neue Lieder und Tunes, änderte die Orchestration und kehrte anschließend nach Wien zurück.

Die Uraufführung von „A Lady's Moral“, in dem die Sopranistin Grace Moore in ihrem Filmdebüt in der Rolle des schwedischen Opernstars die Songs des Wieners zu einem Hit machte, fand im November 1930 statt, die musikalische Komödie „The Smiling Lieutenant“, die den französischen Star Maurice Chevalier herausstellte, hatte im Juli 1931 Premiere. Aufgrund deren publikumsstarker Rezeption unterbreitete Paramount Straus umgehend ein weiteres Angebot, er akzeptierte und brachte, neuerlich in Hollywood, für den Film „One Hour with You“⁽³⁾ einschmeichelnde, schmissige Songs für das Traumpaar Chevalier-Jeanette MacDonald zu Papier. Beide Musicals erzielten in der Kategorie „Best Picture“ Nominierungen zum Academy Award, verloren jedoch bei der Vergabe-Zeremonie 1931/32 gegen MGM's Vicki-Baum-Verfilmung „Grand Hotel“. Die „Walzertraum“-Adaption „The Smiling Lieutenant“, von Lubitsch in einem neuen Stil als notable Präzedenz inszeniert, geriet indes zum ersten internationalen Erfolg einer Film-Operette, Oscar Straus avancierte damit zum musikalischen Botschafter Österreichs in der Welt.

Der Komponist wirkte beim Aufenthalt 1931 in der deutschsprachigen MGM-Tonfilmreportage „Wir schalten um auf Hollywood“ des Wieners Paul Morgan in einem Cameo-Auftritt mit. Er vollendete anschließend in Berlin die in Amerika begonnene, für Fritzi Massary gedachte Operette „Eine Frau, die weiß was sie will“ (auch „Manon“). Die

Premiere im „Metropol-Theater“ am 1. September 1932 war ein großes, glanzvolles Theaterereignis, gezielte Störungen der Aufführungen durch die Nationalsozialisten bedeuteten letztlich aber den Abgesang für das Zeitalter der heiteren Muse. Nach Hitlers Machtübernahme und Beginn der Barbarei verließ Straus Deutschland, 1936 lieferte er in England die Musik für den Richard Tauber-Film „Forbidden Music“, als man sich in Kalifornien seiner erinnerte, reiste er erneut in die Filmmetropole. Die vom Wiener Hugo Riesenfeld vertonte und mit Straus-Songs versehene Produktion eines kleineren Studios, die Komödie „Make a Wish“ mit einem hochgelobten, aber untalentierten Kinderstar, lief mit nur wenig Resonanz im August 1937 in einem Broadway-Kino an. Der dagegen sensationelle Erfolg seiner 1935 in Zürich uraufgeführten Bühnen-Kavalkade „Drei Walzer“ in der französischen Hauptstadt („Trois Valses“) lockte ihn trotz vieler Warnungen vor den politischen Verhältnissen in Europa an die Seine.

Monate später mußte der von den Nazis Bedrohte aus der an das Dritte Reich „angeschlossenen“ Heimat flüchten. Über Zürich nach Paris, wo man ihn zum Ritter der Ehrenlegion ernannte, nachfolgend 1940 vor der anrückenden Wehrmacht über Spanien



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Oscar Straus 1930 in Hollywood

Serie »Österreicher in Hollywood«



Der Komponist mit dem französischen Star Maurice Chevalier



Oscar Straus mit der Wiener Autorin Vicki Baum in Hollywood 1930

und Lissabon mit einem „re-entry visa“ nach New York. Straus dirigierte bei Konzerten in größeren Städten der amerikanischen sowie kanadischen Ostküste und machte 1941 einen weiteren Schritt nach Hollywood. Der geniale Meister der Noten assistierte MGM mit einigen Songs bei der auf verschiedenen Quellen beruhenden, von Roy Del Ruth mit Nelson Eddy und der Pragerin Risë Stevens inszenierten Filmoperette „The Chocolate Soldier“⁴⁾. 1942 verwendete Warner Bros. seinen mit Richard A. Whiting verfaßten musikalischen Part „One Hour With You“ in Michael Curtiz' Kultfilm „Casablanca“.

Straus, Grandseigneur, Weltbürger und stetige Personifizierung des liebenswürdigen Wieners, lebte während der Emigrationszeit meistens in New York. Er arbeitete noch an mehreren Bühnenwerken, unternahm 1947 eine Konzerttournee in den USA und besuchte nach der umjubelten Heimkehr in das geliebte Österreich mehrere europäische Städte, dirigierte Konzerte und schrieb 1950 den originalen Score mit dem „Valse“, die weltberühmt gewordene Melodie für das vielfach ausgezeichnete Filmdrama Max Ophüls' „La Ronde“, nach dem bekannten Schnitzler-Stück „Reigen“. Der letzte klassi-

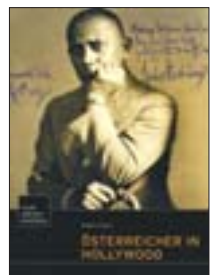
sche Operettenkomponist und Schöpfer von fast 50 Bühnenwerken (mehrere davon verfilmt) wurde zu seinem 80. Geburtstag mit dem Ehrenring der Stadt Wien geehrt. Er war zweimal verheiratet, seit 1908 mit der Sängerin Clara Singer, aus beiden Ehen gingen drei Söhne hervor. Oscar Straus, der 1948 die US-Bürgerschaft annahm, starb am eben begonnenen 11. Jänner 1954 in seiner Villa in Bad Ischl, wo er die letzten Lebensjahre verbrachte und am dortigen Friedhof auch seine letzte Ruhestätte fand. ■

- 1) We American composers are proud to be able to greet the great Oscar Straus and we wish him all the luck in the world on American soil. Jerome Kern, George Gershwin, Irving Berlin, Cole Porter, Rudolph Friml, Sigmund Romberg, Vincent Youmans.
- 2) MGM produzierte unter dem Titel „Jenny Lind“ auch eine französischsprachige Version.
- 3) Paramount produzierte unter dem Titel „Une heure près de toi“ gleichfalls eine französischsprachige Version.
- 4) Der Film ist eine Mixtur aus Teilen der auf George Bernard Shaws Stück „The Arms and the Man“ basierenden Oscar Straus-Operette „Der tapfere Soldat“ von 1908 (in den USA „The Chocolate Soldier“) und Franz Molnárs Stück „Der Leibgardist“ von 1910 (in den USA „The Guardsman“).

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.

Rudolf Ulrich
„Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten, zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1; <http://www.filmarchiv.at>



Urlaub mit Kultur und Geschmack

Ein prachtvolles Kulturerbe, eine lebendige Kunstszene und eine üppige Auswahl an hochkarätigen Wein- und Gaumenfreuden sorgen in Niederösterreich für einen Urlaub mit Kultur und Geschmack.



Foto: Niederösterreich-Werbung / Lois Lammerhuber

Eines der herausragendsten Beispiele für Niederösterreichs reichhaltiges Kulturerbe ist das barocke Stift Melk an der Donau

Mitten in Europa und doch immer wieder Grenzgebiet: Die besondere Lage Niederösterreichs zog schon immer Menschen und Mächte an, die hier nicht nur für eine bewegte Geschichte, sondern auch für überaus reiches Kulturerbe sorgten. Beeindruckend sind vor allem die Spuren, die die Regenten im Laufe von zwei Jahrtausenden Niederösterreich vermacht haben: von den Resten der römischen Provinzhauptstadt Carnuntum über die Burgen der Babenberger und den von ihnen gestifteten Kirchen und Klöstern bis hin zu den grandiosen Bauprojekten der Habsburger, die speziell im Barock Niederösterreich mit Prachtbauten überzogen haben. Mit den Stiften in Melk,

Klosterneuburg und Göttweig und dem Prunkbau und der Gartenanlage von Schloß Hof sind einige der wertvollsten Barockensembles Europas in Niederösterreich zu besichtigen. Auf dem prächtigen Kulturerbe ruht man sich aber heute nicht aus, sondern versucht, darauf aufzubauen und Neues zu schaffen. Mit großem ideellem und materiellem Aufwand ist in den letzten Jahren eine dichte und qualitätsvolle Museumslandschaft und Veranstaltungsszene entstanden.

Eindrucksvoll ist diese Verbindung von Tradition und Moderne in Grafenegg zu besichtigen, wo neben dem historischen Schloßgebäude eine hypermoderne Freilichtbühne – der so genannte Wolkenturm – als

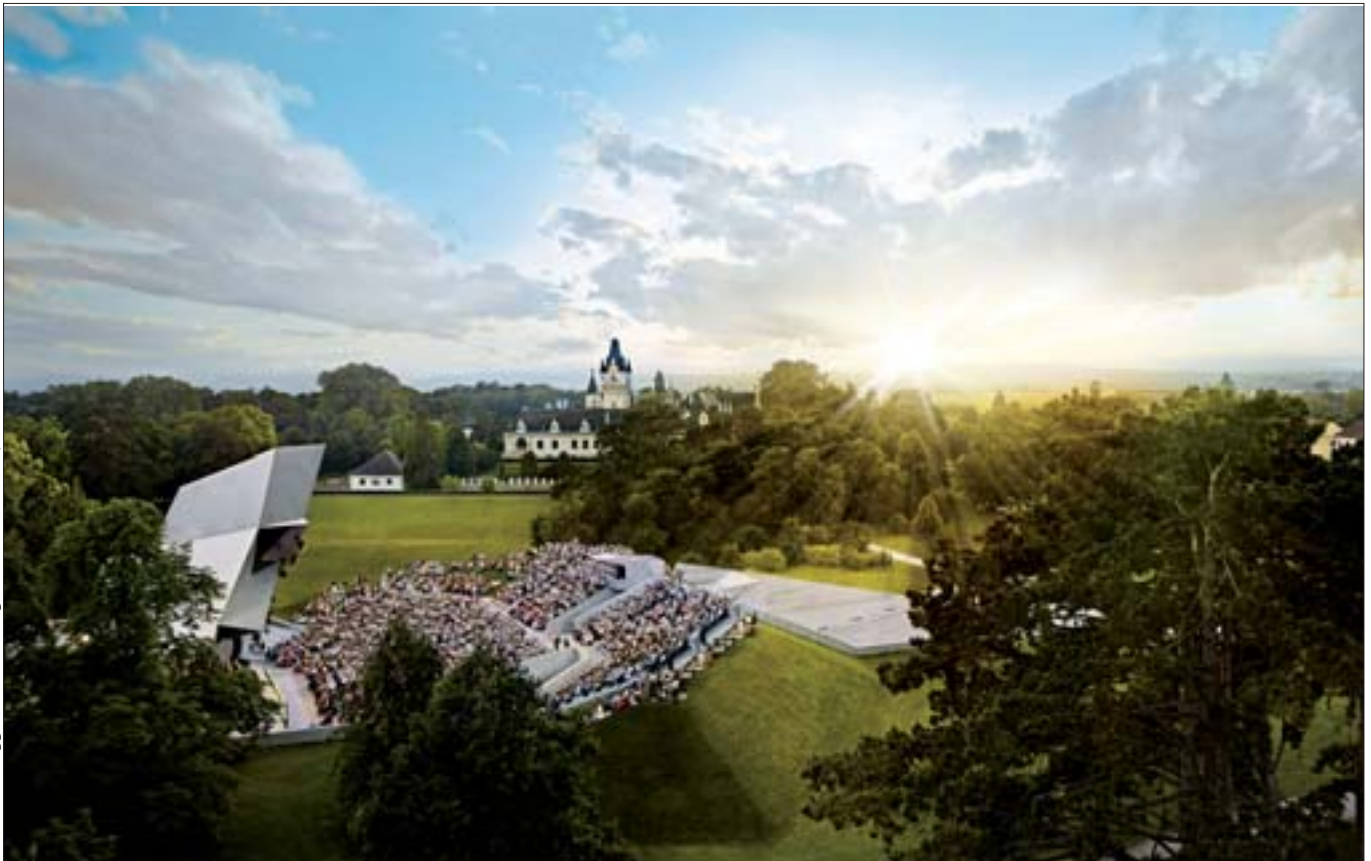
Schauplatz von hochkarätig besetzten Musik-Festivals dient. Weltoffen ist die Musiklandschaft, wo eine Palette an klassischer und zeitgenössischer Musik und Volksmusik aus aller Welt geboten wird.

Kulturgenuß

Ein Festival ganz besonderer Art ist auch das Theaterfest Niederösterreich, das jeden Sommer auf über 20 Bühnen stattfindet und rund 300.000 Besucher anlockt. Ähnliche Publikumsströme verursacht auch die niederösterreichische Landesausstellung, die alle zwei Jahre stattfindet. 2015 wird die Region um den Ötscher zu einer Modellregion. Unter dem Titel „ÖTSCHER:REICH – Die

ÖJ-Reisetip

Foto: Grafenegg Kulturbetriebsgesellschaft m.b.H. / Alexander Haiden



Das Schloß Grafenegg und eine hypermoderne Freilichtbühne als Schauplatz von hochkarätig besetzten Musik-Festivals.

Alpen und wir.“ zeigt ein Blick in die spannende Geschichte des Mostviertels Antworten auf brennende Fragen des Voralpenraums auf, die sich heute viele Menschen von Österreich über die Schweiz bis nach Frankreich stellen. In der beeindruckenden Architektur des neuen Betriebszentrums der Mariazellerbahn in Laubenbachmühle (Frankenfels) treffen in Form einer Ausstellung Natur und Kultur im Alpenraum zusammen. Im Schloß Neubruck (Scheibbs) werden anhand einzelner Biografien der Region Entwicklungen und Erfindungen rund um den Ötscher dargestellt. Die Wiederentdeckung der Alpen durch das eigene Wandererlebnis steht in Wienerbruck (Annaberg) in Form des Naturpark Campus ganz im Mittelpunkt. Das glanzvolle Musik-Spektakel „Starnacht aus der Wachau“ bringt mit internationalen und nationalen Künstlern die malerische Landschaft rund um Dürnstein zum Strahlen. Die Veranstalter vermeldeten im vergangenen Jahr rund 5000 Besucher an einem Wochenende.

Eine einzigartige Weinkultur

Niederösterreich ist mit rund 30.000 Hektar – das ist mehr als die Hälfte der gesamten Weinbaufläche – Österreichs größtes Weinland und sorgt mit seinen grandio-

sen Grünen Veltlinern und Rieslingen, die zu den besten Weißweinen der Welt gehören, für den hervorragenden Ruf des österreichischen Weins. Die Weinstraße Niederösterreich verbindet auf ihren 830 Kilometern die eindrucksvollsten Stätten der Weinkultur, führt in die bekanntesten Rieden und zu den gemütlichsten Heurigen. Die prachtvollen Terrassenweingärten der Wachau lassen sich

beispielsweise besonders gut bei einer Schifffahrt auf der Donau betrachten. Im Weinviertel lohnt der Besuch der Kellergassen mit ihren Presshäusern und den oft hunderte Meter in den Löß gegrabenen Kellerröhren. Die beste Zeit für einen vinophilen Besuch in Niederösterreich ist der Weinherbst, ein Veranstaltungsreigen von über 800 Events, die den Wein in allen Facetten feiern. Neben

Foto: Niederösterreich-Werbung / Manfred Horvath



Weingartenidylle in Niederösterreichs Thermenregion

ÖJ-Reisetip

ursprünglichen Festen und Bräuchen wie den Weintaufen und Erntedankfesten kennt der Weinherbst zahlreiche weitere Lustbarkeiten rund um den Wein: Jungwein-Präsentationen, Straßenfeste in den idyllischen Kellergassen, Wanderungen und Kutschenfahrten durch die Weingärten, Weinseminare und anderes mehr sorgen dafür, daß sich Weingenuss und Weinkultur in immer neuen Variationen lustvoll erleben lassen.

Zahlreiche Spezialitäten

Niederösterreich ist aber nicht nur das Land der großen Weine, sondern auch Österreichs kulinarische Schatzkammer: Nirgendwo sonst wächst auf Feldern und Weiden, in Gärten und Gewässern eine solche Vielfalt an regionalen Spezialitäten heran. Am bekanntesten sind sicherlich die Wachauer Marille und der Waldviertler Mohn – beide Früchte haben sich untrennbar mit dem Namen ihrer Herkunftsregion verbunden. Es gibt in Niederösterreich aber noch weitere 283 der so genannten „GenussRegionen“ vom Mostviertler Birnenmost bis zu den Traisentaler Fruchtsäften, von der Wagramer Nuss bis zur Wienerwald Wiesen-Elsbeere. Dort, wo die besten Früchte wachsen, versteht man es auch aufs Beste, sie zu delikaten Gerichten zu veredeln. Bodenständig oder experimentierfreudig, einfach oder raffiniert, regional oder international – für Feinschmecker sind Niederösterreichs gemütliche Heurige, elegante Gourmetrestaurants und die außerordentliche Wirtshauskultur ein steter Quell unvergleichlicher Genußerlebnisse.

Genußreiche Refugien

Die besten Urlaubsadressen, um sich von den Gaumenfreuden und dem reichen Kulturangebot Niederösterreichs verführen und inspirieren zu lassen, sind die Genießerzimmer. Mehr als 100 ausgewählte Hotels, Privatzimmervermieter und Bauernhöfe bieten in ihren Genießerzimmern eine Extraportion Zuvorkommenheit, Regionalität, Genuß und Kultur. Den einzigartigen Charme dieser Gästezimmer machen die vielen liebevollen Details und Aufmerksamkeiten zum genußreichen Wohlfühlen aus, beispielsweise ein reich beschickter Obstteller oder ein frisch gepflückter Blumenstrauß am Zimmer, ein kleines Geschenk auf dem Nachtkasterl oder auch Blüten im Badewasser. So beginnt oder endet in Niederösterreich ein erlebnisreicher Urlaubstag mit einem kleinen Moment des Wohlfühlens und des Genusses. ■

<http://www.niederoesterreich.at>



Foto: Niederösterreich-Werbung / Christian Fischer

Weingenuß auf der Donau vor beeindruckender Kulisse: Dürnstein in der Wachau



Foto: Niederösterreich-Werbung / Rita Newman

Genießen Sie die kulinarische Vielfalt der niederösterreichischen Spezialitäten...



Foto: Niederösterreich-Werbung / weinfranz.at

... und die Gastlichkeit in den vielen »Genießerzimmern« im ganzen Land.